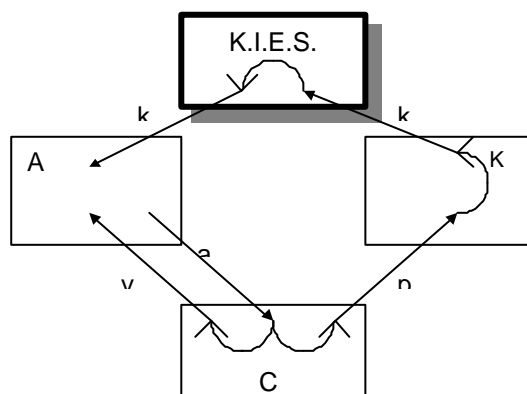


Marktwirtschaft statt Kapitalismus: Reichtum für alle

Neues zu den Themen
Kapital, Leistung, Bedürfnisse

(Manuskript, Ausgabe 1.0, Jan. 1999)



Achim L. Brandt:
Marktwirtschaft statt Kapitalismus: Reichtum für alle!
Neues zu den Themen Kapital, Leistung, Bedürfnisse.
Manuskript, Ausgabe 1.0, Jan. 1999

©1999 A. L. Brandt, München
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Ein Moloch geht um in der Welt - der Moloch des Kapitalismus. Er hat sich nun tatsächlich über die ganze Erde ausgebreitet und zwingt die Menschen, anstatt ihren eigenen Bedürfnissen denen des Molochs zu dienen: Wachstum von Kapital und Brutto sozialprodukt auf Teufel komm raus - als Selbstzweck; Ausbeutung von Mensch und Natur in allen Erdteilen zugunsten dieses Ziels; andauernde Volldampf-Arbeit der dem Moloch dienlichen Menschen für nichts als den Lebensunterhalt; Arbeitslosigkeit oder Hungerlöhne für diejenigen, die den Ansprüchen des Molochs an Leistungskraft, Flexibilität, Mobilität, den richtigen Wohnort, kurz: Ausbeutbarkeit nicht genügen; Reichtumsansammlung in Händen weniger anstatt bei der Menge derer, die den Reichtum erarbeiten; Gewalt bis hin zum Krieg zur Durchsetzung und Zementierung der dem Moloch genehmen globalen Machtverhältnisse.

Die ganze Welt hat sich dem Moloch unterworfen und niemand von den vielen, die unter seiner Herrschaft leiden, scheint einen realistischen Ausweg aus der Abhängigkeit zu finden.

Die ganze Welt? Nein. Eine kleine, unbeugsame Gruppe politisch interessierter Menschen hat sich noch eine Erinnerung daran bewahrt, daß es bereits einmal eine theoretisch fundierte Kritik an den Mechanismen des kapitalistischen Molochs gab, und daß es sogar schon einige zunächst erfolgreiche Bemühungen gab, den Kapitalismus zu entmachten.

Allerdings waren diese historischen Versuche, die Hegemonie des Kapitals abzuschütteln, auf Dauer nicht von dem angestrebten Erfolg gekrönt: Erstens haben die meisten dieser Bewegungen inzwischen kapituliert - sie sind an inneren Widersprüchen und an dem Druck, den der Moloch auf diese widerspenstigen Volksgruppen ausübte, zugrunde gegangen. Und zweitens scheint es mit der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, die sich von der Ausbeutung befreit zu haben glaubten, aus irgendeinem Grunde doch nicht so recht geklappt zu haben.

Dieses Buch zieht nun aus diesem Scheitern der bisherigen Versuche, die Bedürfnisse der Menschen gegen die des Molochs Kapitalismus durchzusetzen, nicht den voreiligen Schluß, daß man's am besten bleiben läßt. Sondern der Autor ist zurück zu den Wurzeln gegangen - nach dem Motto „*To get new ideas, read old books*“ (SZ-intern Sonderausgabe 24.12.98) - und hat noch einmal die Marx'schen Aussagen studiert, mit denen dieser vor über hundert Jahren den Kapitalismus kritisiert hat.

Darüber hinaus habe ich mir erlaubt, selbständig weiterzudenken und bin dabei zu Schlußfolgerungen aus der Marx'schen Analyse gelangt, die dieser wohl selber nicht erwartet hat und die er vielleicht auch nicht ohne weiteres akzeptiert hätte.

Das Ergebnis dieser Studien ist dieses Buch. Es beinhaltet zweierlei: Erstens eine Zusammenfassung der wesentlichen und heute noch aktuellen Erkenntnisse aus den drei Bänden des Marx'schen Hauptwerks „Das Kapital“. Zweitens einen meines Erachtens nach durchaus realistischen Veränderungsvorschlag für die heutige Wirtschaft, der die Vormacht des Kapitals beseitigt.

Die wichtigste neue Erkenntnis ist, daß *Kapitalismus* und *Marktwirtschaft* eben doch nicht identisch sind. Man kann die funktionalen Vorteile einer dezentral, privat- und marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie trennen von dem heute damit verfolgten Zweck der Kapitalakkumulation. Statt dessen kann man die Marktwirtschaft so umfunktionieren, daß der in ihr erarbeitete Reichtum tatsächlich bei den Arbeitenden verbleibt und nicht einer davon getrennten „besitzenden Klasse“ zufällt.

Der Trick besteht kurz gesagt darin, einen Regelmechanismus einzuführen, der das Einkommen aus Kapitalvermögen an das Einkommen aus Arbeit koppelt. Im Endeffekt werden so aus Arbeitern Kapitalbesitzer und die ehemals nur Besitzenden werden auf ein Einkommen aus Arbeit verwiesen. Dadurch wird der Unterschied zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse verschwinden, der Moloch Kapitalismus hat seine Macht verloren und die Menschen sind freie und souveräne Subjekte der Ökonomie, gemäß dem Motto:

Macht euch die Marktwirtschaft untertan! (nach 1. Mose 1, 28)

Das Ziel dieses Buches ist, zu dieser Veränderung maßgeblich beizutragen. Bereits Kapitel 1, die Einleitung, wird für diejenigen, die nicht viel Zeit zum Lesen haben, alles Wesentliche beinhalten.

Das Buch enthält an einigen Stellen, wo es mir angebracht erschien, mathematische Formeln, die aber selten über die Komplexität der Gleichung $m = a - v$ (d.h.: *Mehrarbeit* ist die Differenz zwischen *geleisteter Arbeit* und *bezahlter Arbeit*) hinausgehen. Die mehr geisteswissenschaftlich orientierten Leser, denen die mathematischen Ausdrucksformen vielleicht nicht mehr so geläufig sind, können diese Gleichungen ruhig überspringen; denn der begleitende Text enthält praktisch alle Erkenntnisse, die in den Formelzeichen stecken, noch einmal umgangssprachlich formuliert.

Ich danke allen Diskussionspartnern, die vor und nach der Lektüre des ersten Entwurfs dieses Manuskripts durch wertvolle Kommentare zu seiner Verbesserung beigetragen haben; mein Dank geht besonders an Kathrin, Klaus, Jörg, Erwin, Inge und Uli. Weiterhin danke ich Dagmar für die sorgfältige Umsetzung des zunächst weitgehend handschriftlich vorliegenden Manuskripts.

Nicht zuletzt danke ich meiner Familie für ihre Geduld und ihr Verständnis für die Zeit, die diesem Buch gewidmet war.

München, im Januar 1999

A. Brandt

Dr. Brandt studierte Elektrotechnik in München und ist in der Industrie tätig.

PS: Dies ist nur das Manuskript eines Buches, noch nicht das fertige Buch. Für Herstellung und Vertrieb des fertigen Buches wird noch ein Verlag gesucht.

Inhalt

Abkürzungen	10
Glossar	12
Literatur	21
1 Einleitung: Problemstellung, Lösungsskizze	23
1.1 Problemstellung	23
1.2 Zum Titel	23
1.2.1 Kapital	24
1.2.2 Leistung	24
1.2.3 Bedürfnisse	24
1.2.4 Marktwirtschaft ...	25
1.2.5 ... statt Kapitalismus	25
1.3 Kapitelvorschau	25
1.4 Das Patentrezept: Mehr KIES	27
1.4.1 Bezeichnung	28
1.4.2 Welches Problem soll durch die Erfindung gelöst werden?	28
1.4.3 Wie wurde das Problem bisher gelöst?	30
1.4.3.1 Forcierung des freien Marktes (Wirtschaftsliberalismus)	30
1.4.3.2 Sozialstaat	30
1.4.3.3 Sozialismus	30
1.4.4 Wie löst die Erfindung das Problem?	31
1.4.5 Die KIES-Formel	32
1.4.6 KIES-Formel, grafisch	34
1.4.7 KIES-Wirkung, grafisch	36
1.5 14 Thesen zur Wirtschaft	37
2 Marktwirtschaft bisher	40
2.1 Der Markt	40
2.2 Wertgesetz: Geld ist Zeit	43
2.2.1 Wertschöpfung durch Arbeit	44
2.2.2 Wert-Weitergabe	46
2.2.3 Unterscheidung Wert - Gebrauchswert	46
2.2.4 Zusammenfassung	47
2.3 Mehrwert, unbezahlte Arbeit	47
2.3.1 Arbeitgeber, Arbeitnehmer	47
2.3.2 Mehrwert = unbezahlte Arbeit	49
2.3.3 Wert der Arbeitskraft	50
2.3.4 Mehrwert und Kapitalrendite	52
2.3.5 Zu den Abkürzungen C , c und v	53
2.4 Kapitalformen: Erarbeitetes und naturgegebenes Kapital (Boden)	53
2.5 Produktionspreise	57
2.5.1 Herleitung	58
2.5.2 Interpretation, Schlußfolgerungen	62
2.6 Bilanzgleichungen, Teil I, Teil II	64
2.6.1 Produktivität	65
2.6.2 Gleichungen, die den Fortgang bestimmen	67
2.6.2.1 Gesamtarbeit	67
2.6.2.2 Lohnhöhe	67

2.6.2.3	Mehrarbeit, Mehrwert	68
2.6.2.4	Kapitalistenkonsum	68
2.6.2.5	Gesamt-Konsumproduktion (Teil II)	69
2.6.2.6	Wachstums-Produktion (Teil I)	70
2.6.2.7	Produktivitätserhöhung	70
2.6.3	Zusätzliche Gleichungen	71
2.6.3.1	Mehrarbeitsquote	71
2.6.3.2	Profitrate	71
2.6.3.3	Kapitalakkumulation	72
2.6.4	Zwanzig Jahre im Beispielsystem	73
1.1.5	Gehört die Abschreibung durch technischen Fortschritt zur notwendigen Arbeit?	77
1.1.6	Kapitalrendite in realem Geld gemessen	79
1.7	Geldkreislauf, „Wertepumpe“	81
1.7.1	Eine Zeitscheibe im Werteflussdiagramm	81
1.7.2	Die Wirtschaft - eine runde Sache?	84
1.8	Die offenen Fragen von Kapitel 2.6	88
1.8.1	Woher kommt das Wachstum der Volkswirtschaften?	88
1.8.2	Was ist Kapitalakkumulation?	89
1.8.3	Warum ist anscheinend „Wachstum“ notwendig?	89
1.8.4	Sind wir in einer Tretmühle? Ist die Wirtschaft ein Faß ohne Boden? Sind wir in der Lage von Sisyphus?	89
1.8.5	Was sind die Bedingungen für „Einfache Reproduktion“ (stationäre Wirtschaft) in der Marktwirtschaft?	90
1.8.6	Wie wird maximales Wachstum erzielt? Sind Lohnerhöhungen hierfür nützlich?	90
1.8.7	Sind Arbeitszeitverkürzungen ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit?	91
1.8.8	Kommt der „Kapitalismus ohne Arbeit“?	92
1.8.9	Wo ist die Grenze zwischen „Arbeitern“ und „Kapitalisten“? - Gibt es hier einen Klassengegensatz?	93
2.8.10	Was ist die Rolle der Banken?	95
2.8.11	Was ist die Rolle des Staates? Wer oder was ist der Staat?	96
2.8.12	Die Rolle der Wähler	98
2.8.13	Wie kommen wir da raus?	99
2.9	Gedanken zur Arbeitslosigkeit	100
2.9.1	Abstrakt	100
2.9.2	Was genau ist das Schlimme an der Arbeitslosigkeit?	100
2.9.3	Wie der Staat es sieht	101
2.9.4	Wachstum als Ausweg?	101
2.9.5	Der Ausweg	102
2.9.6	Der konkrete Grund	103
2.9.7	Kommentar zur Arbeitszeitverkürzung	103
2.10	Die Zukunft der Marktwirtschaft, wenn man nichts dagegen tut	104
3	Aufgaben und Randbedingungen der Wirtschaft	105
3.1	Spaß, Freude, Lebensqualität	105
3.2	Die Ökonomie freier Menschen	107
3.2.1	Kennzeichen der freien Ökonomie	107
3.2.2	Sach-Gleichungen	108
3.2.2.1	Produktivität	109
3.2.2.2	Das „Alter“ des Kapitals	109
3.2.2.3	Verschleiß durch Alterung	109
3.2.2.4	Moralischer Verschleiß, Veralterung	110
3.2.2.5	Kapitalveränderung	110
3.2.3	Subjektive Entscheidungen	110

3.2.3.1	Lebensqualität, Lebensstandard, Freizeit	112
3.2.3.2	Die Formel für LS	113
3.2.3.3	Die Freizeit	114
3.2.3.4	Lebensqualität ist Lebensstandard mal Freizeit	114
3.2.3.5	Wachstumsarbeit	115
3.2.4	Zwanzig Jahre im freien, homogenen System	116
3.3	Fertig?	118
	Für die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus!	120
3.4	Weitere Gedanken zu Arbeit und Kapital	120
3.5	Anforderungen an eine vernünftige Wirtschaftsform	122
4	Der Verbesserungsvorschlag: KIES	124
4.1	Die Argumentationskette	124
4.1.1	Marktwirtschaft = Kapitalismus?	124
4.1.2	Lösungsansatz: Marktwirtschaft ohne Kapitalhegemonie	125
4.2	Durchführungs-Szenarien	125
4.2.1	Die KIES-Veranlagung	125
4.2.2	Ergänzungen	129
4.2.2.1	Privatvermögen	129
4.2.2.2	Unternehmerlohn	129
4.3	Die New Economy	130
4.3.1	Vorbelegungen	131
4.3.2	Sach-Gleichungen	131
4.3.2.1	KIES-Transfer	131
4.3.2.2	Einkommen	133
4.3.2.3	Produktivitäts- und Kapitalveränderung	133
4.3.2.4	Lohn, Mehrarbeit, Wachstumsarbeit	135
4.3.3	Subjektive Entscheidungen	137
4.3.3.1	Rückblick auf die FG	137
4.3.3.2	Bezahlungsgrad	138
4.3.3.3	KIES als Funktion der Arbeit	139
4.3.3.4	Einkommen „nach KIES“	140
4.3.3.5	Konsumarbeit der Arbeiter	143
4.3.3.5.1	Lebensstandard (LS)	144
4.3.3.5.2	Freizeit (FZ)	144
4.3.3.5.3	Lebensqualität (LQ)	144
4.3.3.5.4	Die optimale Konsumarbeitsmenge	144
4.3.3.6	Wachstumsarbeit, Sparleistung	145
4.3.3.7	Konsumarbeit der Kapitalisten	147
4.3.3.8	Wachstumsarbeit der Kapitalisten	149
4.3.4	Die ersten 30 Jahre der New Economy	150
4.3.4.1	Profirate	152
4.3.4.2	KIES-Transfer	152
4.3.4.3	Schwellenkapital für die Arbeiter	152
4.3.4.4	KIES-Profirate	153
4.3.4.5	Gesamteinkommen der Arbeiter	153
4.3.4.6	Kapitaleinkommen der Arbeiter	155
4.3.4.7	Kapitaleinkommen der Kapitalisten	155
4.3.4.8	Produktivität	156
4.3.4.9	Kapitalbesitz der Arbeiter	156
4.3.4.10	Eigentum der Kapitalisten	157
4.3.4.11	Arbeitslohn	157
4.3.4.12	Mehrarbeit, Mehrwert	157

4.3.4.13	Wachstumsarbeit der Arbeiter	158
4.3.4.14	Wachstumsarbeit der Gesellschaft	158
4.3.4.15	Geplante Konsumarbeit	158
4.3.4.16	Konsumausgaben	159
4.3.4.17	Gesamt-Arbeitsmenge	159
4.3.4.18	Kaufkraft der Arbeiter-Einkommen	159
4.3.4.19	Sonstige Variablen	159
4.3.5	OE und NE, grafisch	159
4.3.6	Studienthemen	164
4.4	Weitere Aspekte des KIES-Mechanismus	165
4.4.1	Vermeidung von Siegern und Verlierern	165
4.4.2	Internationale Anwendung	166
4.4.3	Geldkreislauf, Werteflußdiagramm	167
4.5	Modifikationen des KIES-Gesetzes	169
4.5.1	Progressive Bewertung des Kapitalvermögens	169
4.5.2	Degressive Bewertung des Arbeitseinkommens	170
4.5.3	Vertrauensschutz, die Lage der Rentner	171
4.6	Aspekte der New Economy	171
4.6.1	Ist Wachstum in der NE notwendig?	171
4.6.2	Ist andauernde Arbeit in der NE notwendig?	172
4.6.3	Die Rolle des Staates in der NE	172
4.6.3.1	Er nimmt sich zurück	173
4.6.3.2	KIES-Abwicklung	173
4.6.3.3	Subsidiaritätsprinzip	173
4.6.3.4	Polizei	173
4.6.3.5	Militär	173
4.6.3.6	Soziales	173
4.6.3.7	Arbeitsschutz	173
4.6.3.8	Wirtschaftspolitik	174
4.6.3.9	Schulwesen	174
4.6.3.10	Steuern	174
4.6.4	Die Rolle der Banken	175
4.6.5	Parteien, Gewerkschaften	175
4.6.6	Dritte Wege	176
4.6.6.1	Prager Frühling 1968	176
4.6.6.2	Dreigliederung des sozialen Organismus	177
4.6.6.3	Freiwirtschaft nach Silvio Gesell	178
4.7	Die Zukunft der Marktwirtschaft, die wir herbeiführen können	179
5	Übergangsphänomene	180
5.1	Die homogene Lösung	180
5.2	Die inhomogene Lösung	180
6	Zusammenfassung und Schlusswort	182
7	Anhang: Leserbriefe und Flugblätter	183
7.1	Leserbriefe	183
7.1.1	Leserbrief: Waren die 68er erfolgreich?	183
7.1.2	Leserbrief: Die Quelle des Reichtums unter den Teppich gekehrt	185
7.1.3	Leserbrief: Nachhaltigkeit durch Negative Kapitalsteuer	187
7.1.4	Leserbrief: Der Arbeitsmarkt ist bereits im Gleichgewicht	188
7.1.5	Leserbrief: Mehr Demokratie in die Wirtschaft	189
7.1.6	Leserbrief: Das Kapital braucht eine Leitplanke	190

7.1.7	Das Produktivkapital liegt in den Händen weniger Reicher	191
7.1.7.1	Der Leserbrief	191
7.1.7.2	Antwort darauf	192
7.1.8	Brief: Marx ging zu weit	193
7.2	Flugblätter	195
7.2.1	Flugblatt: Frage eines lesenden Arbeiters	195
7.2.2	Flugblatt: Die Marktwirtschaft, ihr Konstruktionsfehler, und wie man ihn behebt	197

Abkürzungen

(Manche Abkürzungen haben verschiedene Bedeutung je nach dem Kapitel, wo sie verwendet werden. Die richtige Bedeutung ergibt sich aus dem jeweiligen Zusammenhang.)

a	Arbeit
a_i	Arbeitsmenge (Arbeitszeit) zur Herstellung der Ware W_i ; Arbeitsleistung der Person Nr. i
a_I	Arbeit für Teil I der Wirtschaft (Wachstum)
a_{II}	Arbeit für Teil II der Wirtschaft (Reproduktion)
A	(auch als Index:) Arbeiter
BWL	Betriebswirtschaftslehre
C	Angelegtes, gespeichertes Kapital (von Firmen oder der Gesellschaft)
C_i	Vermögen der Person i
C_i^o	„Idealvermögen“ der Person i (entsprechend der Arbeitsleistung)
C_i^T	Schwellenvermögen der Person i für die KIES-Berechnung
C_A	Kapitalvermögen der Arbeiter in der NE
C_K	Kapitalvermögen der Noch-Kapitalisten in der NE
C_A^T	Kapitalschwelle (Freibetrag) für die Arbeiter in der NE
C_K^T	Kapitalschwelle (Freibetrag) für die Noch-Kapitalisten in der NE
CU	Currency Unit (= W_0)
c	Wert der Roh- und Hilfsstoffe sowie Abschreibungen („konstantes Kapital“)
c_t	Kapitalentwertung durch Alterung
c_g	Kapitalentwertung durch Veralterung oder Produktivitätszunahme
e_A	Gesamt-Einnahmen der Arbeiter in der NE
e_K	Gesamt-Einnahmen der Noch-Kapitalisten in der NE
η	(eta:) Produktivität, Wirkungsgrad der Arbeit
h_A	Wirkungsgrad der Arbeit für den Arbeiter
FG	Freie, autonome Gesellschaft
F&E	Forschung und Entwicklung
FZ	Freizeit
G-Wert	Gebrauchswert
GG	Geschlossene Gesellschaft
g	Wachstumsarbeit
g_A	Von den Arbeitern in der NE geleistete Wachstumsarbeit
g_K	Von den Noch-Kapitalisten in der NE geleistete Wachstumsarbeit
h, h_A, h_K	Verschleißgrößen in der NE
HW	Hardware
KIES	<u>K</u> apital- <u>E</u> inkommen <u>e</u> rsetzendes <u>Z</u> usatzgehalt
K	(auch als Index:) Kapitalisten
k_i	KIES-Auszahlung an die Person Nr. i
k_A	KIES-Einnahmen der Arbeiter in der NE
k_K	KIES-Zahlungen (negative Einnahmen) der Noch-Kapitalisten in der NE
l_i	Stundenlohn bei Herstellung und Verkauf der Ware W_j
l_0	Allgemeiner Normal-Stundenlohn für einfache Arbeit
LS	Lebensstandard
LQ	Lebensqualität
λ	(lambda:) KIES-Koeffizient
m	Mehrarbeit, Mehrwert ($m = a - v$)
μ	(my:) Mehrarbeitsquote ($\mu = m/v$)
ManYear	„Mannjahr“: Wertschöpfung eines Arbeiters pro Jahr in der OE
N	Anzahl Personen im betrachteten Wirtschaftsraum
N_W	Warensorten-Anzahl

NE	New Economy
OE	Old Economy
Pop	Einheit für gesellschaftliche Arbeitsleistung
PopYear	Einheit für gesellschaftliche Arbeitsmenge. 1 PopYear = N ManYears.
ρ	Profit
ρ_i	individueller, fiktiver Profit der Firma F_i bei Verkauf der Waren zu ihrem Wert w_i
ρ_i	(Kapitel 2.1) Preis der Ware W_i
ρ_i'	Profit der Firma F_i bei Verkauf der Waren zu ihren Produktionspreisen
ρ_{ij}	Tauschverhältnis, Preis der Ware W_j ausgedrückt durch Ware W_i
ρ_{i0}	Preis der Ware W_i ausgedrückt durch Geldware W_0
ρ_A	Kapitaleinnahmen der Arbeiter in der NE
ρ_K	Kapitaleinnahmen der Noch-Kapitalisten in der NE
r	(rho:) allgemeine Profitrate, Kapitalrendite ($\rho = m/C$)
r_A	„Arbeiter-Profitrate“: Zinssatz zur Verzinsung des dem Arbeiter fehlenden Kapitals durch die KIES-Auszahlung
r_{Ums}	Umsatzrendite ($\rho_{Ums} = m/w$)
SW	Software
s	(sigma:) Bezahlungsgrad der Arbeit
s_A	Bezahlungsgrad der Arbeit für die Arbeiter (in der OE und der NE)
s_K	Bezahlungsgrad der eigenen Arbeit für die Kapitalbesitzer (in der NE)
s'	Grenz-Bezahlungsgrad der Arbeit
t	(tau:) „Zeitkonstante“ für die Alterung des Kapitals
t	Jahreszahl (in der Simulation)
u	Konsumausgaben
u_A	Konsumausgaben der Arbeiter
u_K	Konsumausgaben der Kapitalisten
u_{eff}	Kaufkraft der Konsumausgaben unter Berücksichtigung der Produktivität
v	Arbeitslohn („variables Kapital“); bezahlte Arbeit
v_i	Arbeitslohn der Person Nr. i
VWL	Volkswirtschaftslehre
w	Wert der verkauften Waren; Umsatz
w_i	Wert der Ware W_i , Umsatz der Firma F_i bei Verkauf der Waren zu ihren Werten
w_i'	Umsatz der Firma F_i bei Verkauf der Waren zu ihren Produktionspreisen
W_i	Ware Nummer i
W_0	Die Geldware, Geldeinheit
ω	(omega:) mittlere Kapitalintensität der Gesellschaft ($\omega = C/v$)
ω_i	„Kapitalintensität“ der Firma F_i oder der Person Nr. i ($\omega_i = C_i/v_i$)
z_i	Zinseinkommen der Person i .

Glossar

Angestellter: Eine bestimmte Sorte Arbeiter, dessen Arbeitslohn nicht Lohn, sondern Gehalt genannt wird.

Arbeit: Die produktive Tätigkeit des Menschen, durch die er Gebrauchswerte schafft oder Dienste leistet, die zur Befriedigung seiner Bedürfnisse und zur Erfüllung seiner Wünsche dienen. Die Arbeit ist die Quelle des Wertes der Waren und Dienstleistungen.

Arbeitgeber: Ein Mensch, der über eigenes oder geliehenes Kapital verfügt und damit bezahlte Arbeitsplätze schafft. (Er sollte daher korrekterweise nicht Arbeitgeber, sondern Arbeitsplatzgeber heißen – er gibt ja nicht Arbeit, sondern nur einen Arbeitsplatz, also eine Gelegenheit zur Arbeitsleistung gegen Bezahlung, d.h. er bezahlt für den Empfang des „Faktors Arbeit“.) Die Arbeitsplätze stellt er den Arbeitern zur Verfügung, wofür er von diesen deren Arbeitsleistung erhält, die nicht nur den Arbeitslohn ersetzt, sondern vor allem Mehrarbeit beinhaltet, woraus sich die Kapitalrendite speist. Ob der Arbeitgeber ein Kapitalist ist, hängt ein wenig davon ab, wie weit er selber Besitzer des eingesetzten Kapitals ist.

Arbeiter: Ein Mensch, der „nichtselbständige“ Arbeit im Kapitalismus leistet. Also ein Mitglied der Arbeiterklasse.

Arbeiterklasse: Die große Mehrheit der Menschen im Kapitalismus, die kein nennenswertes Kapital besitzen und daher ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus Arbeitslohn finanzieren müssen, so daß sie die von den „Arbeitgebern“ gestellten Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Leistungsanforderungen) akzeptieren müssen.

Arbeitnehmer: Siehe Arbeiter.

Arbeitslosigkeit: Der Zustand, daß viele Leute im Kapitalismus keinen →Arbeitsplatz bekommen. Der Grund dafür ist die hohe Anforderung der Arbeitgeber an die zu liefernde →Mehrarbeit als Voraussetzung für einen Arbeitsplatz und für die Zahlung eines Lohnes, von dem ein Arbeitnehmer (womöglich noch mit unterhaltsberechtigten Angehörigen) leben kann. Einige Arbeitsplatzbewerber schaffen die geforderte →Mehrwertquote nicht und bleiben deshalb ausgesperrt.

Arbeitsplatz: Die Erlaubnis eines Arbeitgebers an einen Arbeitnehmer, mit den Produktionsmitteln, die dem Arbeitgeber gehören, arbeiten zu dürfen und dazu noch einen Arbeitslohn zu erhalten. Als Gegenleistung verlangt der Arbeitgeber, daß der Arbeitnehmer an diesem Arbeitsplatz nicht nur seine Lohnkosten selber erwirtschaftet sowie die Produktionsanlagen, die er verwendet, reproduziert, sondern darüberhinaus →Mehrwert produziert, der als →Profit die Kapitalkosten deckt und den Firmengewinn speist. Dabei erwartet der Arbeitgeber eine gewisse Mindesthöhe des Mehrwerts: dieser muß ein Mehrfaches der Lohnkosten betragen. Quantitativ gesprochen: Der Mehrwert muß um den Faktor m die →Mehrwertquote, über den Lohnkosten liegen. Aus diesem Anspruch auf Mehrwertproduktion (siehe auch →Ausbeutung) resultiert die hohe Leistungsanforderung der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer.

Arbeitsproduktivität: Siehe →Produktivität.

Arbeitslohn: Die Bezahlung, die ein Arbeiter für seine Arbeit bekommt. Diese liegt im Kapitalismus deutlich unter der →Wertschöpfung, die der Arbeiter leistet. Siehe →Wert der Arbeitskraft.

Arbeitszeit: Die Zeit, in der ein Mensch arbeitet.

Armut: Die Abwesenheit von Reichtum.

Ausbeutung: „B beutet A aus“ heißt: A leistet Mehrarbeit an B, und zwar (1) gegen seinen Willen, gezwungen (Sklave), oder (2) ohne es richtig zu kapieren, da die Ausbeutung als Sachzwang kaschiert ist (Lohnarbeiter). Die Ausbeutung besteht hier im Zwang zur Mehrwertproduktion. Vergleich mit Milchwirtschaft: Der Bauer gibt einen Teil der Milch zurück an die Kälber, zur Reproduktion der Rinder. Die „Mehrmilch“ aber gehört ihm. Vergleich mit Imker: Dieser gibt den Bienen Zuckerwasser im „Tausch“ für Honig. – Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft leugnet beharrlich diese systemimmanente Ausbeutung, da sie weiß, daß die kapitalistische Wirtschaft von der Ausbeutung lebt und daß gleichzeitig bereits das Aussprechen dieses Sachverhalts den Ruf nach ihrer Abschaffung beinhaltet: „Weder wird der besitzlose Arbeiter ‚ausgebeutet‘, noch eignet sich der Kapitalist den Mehrwert an. So einfach darf man es sich nicht machen. Mit klassenkämpferischen Parolen werden nur die Tatsachen verdreht und Unruhe gestiftet. Den Problemen der Betriebe, die die Kostanlawine drückt, wird man so nicht gerecht.“ ([Gr98], S. 80)

Ausbeutungsgrad: Identisch mit der →Mehrarbeitsquote – außer wenn die Arbeiter selber die Verfügung über den Mehrwert erlangen und dadurch über die Menge und den Inhalt ihrer Arbeit souverän bestimmen können, so daß die Ausbeutung vorbei ist.

Beamter: Angestellter des Staates mit besonderen Pflichten und Rechten.

Bedürfnisse: Ein Kennzeichen allen Lebens. Alle Lebewesen haben Bedürfnisse, z.B. nach Wärme, Nahrung, Kommunikation etc. Die Bedürfnisse des Menschen können in materielle und immaterielle Bedürfnisse gegliedert werden. Die Wirtschaft sollte selbstverständlich auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein, wobei das Bedürfnis nach Muße und Freizeit nicht zu kurz kommen darf. Siehe Kapitel 3.1.

bürgerlich: Kennzeichnet heutiges Paradigma, z.B. bürgerliches Geld, bürgerliche BWL, VWL mit „Faktorleistungen“, wo Arbeiten mit Kapitalanlagen als gleichwertige „Leistung“ gilt.

Dienstleistung: Eine Sorte Waren, deren Gebrauchswert direkt im Arbeitsprozess selbst besteht, wo also die Zeit des letzten Arbeitsgangs zur Fertigstellung der „Ware“ mit der Zeit ihres Konsums zusammenfällt. Häufig sind Dienstleistungsfirmen dadurch gekennzeichnet, daß sie arbeitsintensiv, also mit relativ wenig Kapital, wirtschaften. Beispiel: Frisörgeschäft, Restaurantbetrieb, Taxifahren, Kurierdienste.

Ergebnis: Die moderne Bezeichnung für den Bilanzgewinn einer Firma, also die Differenz zwischen Jahreseinnahmen und Jahresausgaben für Arbeit und Fremdkapital. Dieses „Ergebnis“, bezogen auf das Eigenkapital, ist die *Eigenkapitalrendite* der Firma. Die Gleichsetzung des Firmenergebnisses mit dem Gewinn bzw. Verlust der Firma zeigt den anlegerorientierten Blickwinkel der BWL, für den die übrigen Ergebnisse der jährlichen Firmentätigkeit, z.B. die hergestellten Waren und Dienstleistungen, die Zufriedenstellung der Verbraucher, die ausgezahlten Löhne, die Reproduktion der Arbeiterfamilien, der

erzielte technische Fortschritt, die Zunahme der Produktivität, die Akkumulation von noch mehr Kapital, die verbrauchten Rohstoffe und die Umweltbelastung quasi nur die Nebenwirkung der Gewinnerzielung bilden.

Freizeit: Die Differenz aus der dem Menschen verfügbaren Zeit und der Arbeitszeit. Freizeit und Arbeitszeit müssen nicht streng in Blöcke getrennt sein - Freizeit kann sich zum Teil auch in regelmäßigen Pausen bzw. Muße und Gemütlichkeit während der Arbeit darstellen.

Gebrauchswert (G-Wert): Der Gebrauchswert eines Gegenstands oder eines Dienstes besteht in der Menge der nützlichen Eigenschaften (Wirkungen) dieses Gegenstandes bzw. Dienstes. Bei Konsumgütern ist das unmittelbar die Fähigkeit, Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen (z.B. der Nährwert). Bei Produktionsmitteln ist der G-Wert die Nützlichkeit in der Produktion.

Geld: Eine besondere Ware, deren Gebrauchswert ist, als Tauschwert zum Erwerb (Kauf, Bezahlung) anderer Waren sowie zur Wertaufbewahrung zu dienen. Siehe Kapitel 2.1. – Die heutigen, auf Kredit und staatlicher Absicherung beruhenden Geldformen wie Münzen aus unedlem Metall, Papiergeld, Giralgeld, Buchgeld, Plastikgeld (Kreditkarten etc.) haben faktisch nur noch diesen einen Gebrauchswert – im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo z.T. noch echtes Edelmetall zirkulierte. Man kann zwar Münzen gelegentlich als Schraubendreher verwenden, Kreditkarten als Türöffner und Banknoten als Fidibus zum Zigarreanzünden, aber von diesen zusätzlichen Gebrauchswerten mancher Geldformen wollen wir hier getrost absehen.

Gerechtigkeit: Ein beliebtes Schlagwort und ein hohes Ziel vieler mehr oder weniger idealistischer Bewegungen. Gerechtigkeit impliziert grob gesagt eine Gleichbehandlung aller, z.B. gleiches Einkommen für gleiche Leistung, sowie auch eine Bestrafung von echten oder vermeintlichen Missetätern. In diesem Buch wird das Wort Gerechtigkeit mit Vorsicht verwendet, da Gerechtigkeit im Prinzip auch dadurch erreicht werden kann, daß alle gleich *schlecht* abschneiden. Wir verfolgen dagegen hier das Ziel der möglichst guten Bedürfnisbefriedigung aller – also Gerechtigkeit nicht durch Bestrafung derer, denen es möglicherweise „zu gut“ geht, sondern durch allgemeine Verbesserung der materiellen und gesellschaftlichen Verhältnisse, Überwindung der Armut und Mehrung des „Reichs der Freiheit“.

Güter: Hiermit wollen wir die Waren, welche echte Gebrauchswerte besitzen, im Unterschied zur Geldware bezeichnen. Beispiele sind Sachwerte, vom Menschen hergestellte Waren, von Natur aus vorhandene Waren wie Boden und Rohstoffe, sowie das Leisten von Arbeit sowie die „Ware Arbeitskraft“. Für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist zunächst einmal nur die erfolgreiche Herstellung und Verteilung dieser *Güter* wesentlich, während die Existenz und die Zirkulation von *Geld* und die Akkumulation von in Geld gemessenem Reichtum bestenfalls ein Hilfsmittel zur Effektivierung des ökonomischen Prozesses sein kann und nicht zum Hauptzweck der Veranstaltung entarten darf.

Kapital: Ein ökonomischer Gegenstand, dessen Gebrauchswert darin besteht, daß er die Produktivität der Wirtschaft signifikant erhöht, bzw. direkt Bedürfnisse befriedigt, ohne dabei sich selber wertmäßig zu verbrauchen. Kapital gibt es in folgenden Formen: (1) Erarbeitetes Kapital, d.h. gespeicherte Arbeit (in Form von Maschinen, Gebäuden, Material- und Lebensmittelvorräten etc.) und (2) naturgegebenes Kapital (Grund und Boden; auch Funkfrequenzen etc.). De facto ist jede Ware einschließlich dem Geld Kapital. Siehe Kapitel 2.4.

Kapital-Einkommen ersetzendes Zusatzgehalt (KIES): Eine in diesem Buch vorgeschlagene „Negative Kapitalsteuer“, die an all diejenigen ausbezahlt wird, die gemessen an ihrer Arbeitsleistung wenig Kapital oder Vermögen haben. Umgekehrt bedeutet der KIES eine echte Vermögenssteuer für diejenigen, die überproportional große Vermögen besitzen. Die Wirkungen des KIES sind: 1) Arbeit „lohnt sich wieder“, denn die effektiven Stundenlöhne „nach KIES“ erhöhen sich um ein Vielfaches gegenüber den heutigen Löhnen und Gehältern; 2) es gilt das Leistungsprinzip (siehe unten), denn die Arbeit wird voll bezahlt, indem die Kapitaleinkommen an die Arbeit gekoppelt sind; 3) die Vermögen werden zugunsten derer, die arbeiten, umverteilt; 4) die Armut ist überwunden; 5) die Ausbeutung von Mensch und Natur hört auf; 6) die Marktwirtschaft ist kein Kapitalismus mehr. Siehe Kapitel 1.4.

Kapitalismus: Eine Marktwirtschaft, in welcher der gesellschaftliche Reichtum so ungleich verteilt ist, daß das Kapital (Produktionsmittel, Boden usw.) nicht den arbeitenden Menschen gehört, sondern einer davon getrennten besitzenden Klasse. Hierdurch erhält das → *Kapital* ein Eigenleben: Die Kapitalprofite gehen kaum in den Konsum der Menschen ein, sondern werden ständig wieder dem Kapital zugeschlagen, so daß das Kapital sein Bedürfnis nach maximalem Wachstum befriedigt und die große Mehrheit der Menschen zu diesem Zweck ausgebeutet wird.

Kapitalist: a) Mitglied der Kapitalistenklasse. b) Ein Besitzer von Kapital, welcher dieses bewußt „verwertet“, also zins- oder profiträchtig anlegt. „Als bewußter Träger dieser Bewegung“ (Geld → Ware → mehr Geld) „wird der Geldbesitzer Kapitalist“ ([K1], p. 167). c) Verallgemeinert und anhand von Vermögen und Arbeit definiert: Jemand, dessen individuelle „Kapitalintensität“ w_i (das ist das Verhältnis von Vermögen zu Arbeitseinkommen) den gesellschaftlichen Durchschnitt ω dieser Größe übersteigt. Siehe Kapitel 2.8.9.

Kapitalistenklasse: Die Minderheit derjenigen Menschen im Kapitalismus, die über den Großteil des Kapitals der Gesellschaft (Produktionsmittel, Boden, Geld) verfügen und die daher die Arbeiter für die „Verwertung“ (Vermehrung) ihres Kapitals arbeiten lassen können.

Kapitalverteilung: Die Verteilungsdichte des der Bevölkerung gehörenden Kapitals und Vermögens, wobei in diesem Buch sämtliches Vermögen (Produktiv-, Privat-, Geld-, Sachvermögen, Immobilien etc.) zusammen betrachtet wird. Diese Kapitalverteilung weicht heute signifikant von einer Gleichverteilung ab. Eine theoretische Gleichverteilung würde bedeuten, daß z.B. in Deutschland jedem Einwohner ein 80-Millionstel des Volksvermögens gehören würde. Dieses Buch strebt eine solche strikte Gleichverteilung nicht an, sondern empfiehlt in erster Näherung - durch soziale Belange modifiziert - eine „leistungsbezogene“ Kapitalverteilung, die mit dem persönlichen Arbeitsergebnis zusammenhängt, so daß die „Ameisen“ in der Tendenz auch etwas mehr Kapital besitzen können als diejenigen, die es ruhiger angehen – jeder kann da frei disponieren. Die aus den Leistungsunterschieden resultierende Verschiedenheit der Kapitalmengen wird aber weit näher an einer Gleichverteilung liegen, als es heute der Fall ist, wo mehr als 50% des Produktivvermögens weniger als 5% der Bevölkerung gehören (SZ, 3./4.1.98). Diese unausgewogene Kapitalverteilung hat negative Auswirkungen auf den Grad der Demokratie in der Wirtschaft, und sie bewirkt direkt den hohen Ausbeutungsgrad und den Wachstumszwang, der die heutige Wirtschaft kennzeichnet.

Katalysator: a) In der Chemie oder Physik: Ein Stoff oder Gegenstand, der einen physikalischen oder chemischen Prozeß beschleunigt oder sogar erst ermöglicht, ohne dabei von seiner eigenen Substanz etwas abzugeben oder sonstwie verändert zu werden.

b) Analog dazu in der Wirtschaft: Ein ökonomischer Wertgegenstand, der den Produktionsprozeß signifikant beschleunigt und meist sogar erst ermöglicht, ohne daß der Gegenstand dabei an Wert verliert. Es ist dies: Das **Kapital**.

Konstantes Kapital: Das in Produktionsmitteln (Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen, Zwischenprodukten etc.) angelegte Kapital, bzw. genauer: Der Anteil hiervon, der während der Produktion der Güter verbraucht wird. Der Wert dieser verbrauchten Produktionsmittel wird eins-zu-eins, ohne Zuwachs, d.h. mit konstanter Größe, auf die produzierten Waren übertragen.

Konsumarbeit: Die Gesamtarbeit der Gesellschaft, die nötig ist für die „Einfache Reproduktion“, also den Betrieb der Wirtschaft auf dem Status Quo der Kapitalmenge und der Produktivität. Entspricht in etwa dem „Teil II“ der Wirtschaft aus [K2].

Lebensqualität: Der Grad der Erfüllung aller Bedürfnisse. Lebensqualität beinhaltet neben einem anständigen Lebensstandard vor allem auch ein ausreichendes Maß an freier Zeit für familiäre, gesellschaftliche und andere Aktivitäten im „Reich der Freiheit“.

Lebensstandard: Der Grad der Erfüllung materieller Bedürfnisse.

Leistung: Fast synonym mit dem Begriff Arbeit. Der Begriff Leistung betont besonders folgende Aspekte der Arbeit: Die Zielgerichtetheit, die Effizienz und Intensität der Arbeit, und daß die Arbeit erfolgreich sein soll. Siehe Kapitel 1.2.

Leistungsprinzip: a) Bürgerlich: eine Wirtschaft und insbesondere die Bezahlung der Arbeitenden so einzurichten, daß das Arbeitseinkommen e proportional der Leistung a ist, mit einem Proportionalitätsfaktor s , also $e = s \cdot a$. Im Kapitalismus ergibt sich dabei wegen der Konkurrenz der Arbeitskräfte ein so niedriger Wert für s , daß die meisten Leute für die Erzielung ihres Lebensunterhalts zu maximaler Leistung gezwungen sind, so daß das Bruttosozialprodukt maximal wird und die Wirtschaft „floriert“. b) In diesem Buch: Eine Wirtschaft so einrichten, daß die Arbeit in der Regel zu 100% bezahlt wird, so daß also $e = a$ gilt (Proportionalitätsfaktor $s = 100\%$). Siehe Abschnitt 4.3.3.2.

Lohnarbeiter: Siehe Arbeiter.

Marktwirtschaft: Eine Wirtschaft, die auf der Existenz von Märkten für Waren und Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften beruht, wobei auf den Märkten die Verteilung der Güter auf die Verbraucher durch die Preise geregelt wird, die sich durch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot herausbilden. Grundlage der freien Marktwirtschaft ist das private Eigentum an Waren und Produktionsmitteln einschließlich des Bodens. Durch das →*Zinsprinzip* und die →*Ausbeutung* hat sich die Marktwirtschaft bisher überall zum →*Kapitalismus* entwickelt, bei dem die Mehrheit der Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen ist, da sich dieser in Händen von relativ wenigen Kapitalbesitzern zusammenballt. Die Einführung des →*KIES* beendet diese unselige konzentrierende Wirkung des Zinsmechanismus, ohne die Freiheit der Märkte selbst einzuschränken, und bewirkt dadurch, daß die Marktwirtschaft quasi „vom Kapitalismus befreit“ wird und nur noch ihre positiven Eigenschaften übrigbleiben.

Mehrarbeit: Die Differenz zwischen der von Arbeitern geleisteten Arbeitsmenge und der durch den Lohn bezahlten Arbeitsmenge; also die in der heutigen Wirtschaft unbezahlte Arbeit.

Mehrarbeitsquote: Identisch mit Mehrwertquote: Das Verhältnis von Mehrwert zu Arbeitslohn, also auch von Mehrarbeit (durch den Lohn nicht bezahlte Arbeit) zu bezahlter Arbeit. In diesem Buch abgekürzt mit m . Die Mehrarbeitsquote wächst im allgemeinen mit der \rightarrow Arbeitsproduktivität h wegen der Gleichung $m = h - 1$ (siehe Abschnitt 2.6.3). Die Mehrarbeitsquote liegt heutzutage schätzungsweise bei mindestens $m = 400\%$.

Mehrwert: a) Bürgerlich: Der Wert, der einer Ware oder Dienstleistung auf einer Produktions- oder Umsatzstufe hinzugefügt wird (siehe Definition der *Mehrwertsteuer* in [WW95]). Ein anderes Wort dafür ist die \rightarrow Wertschöpfung. b) Marxistisch (und in diesem Buch): Die Differenz zwischen der vom Arbeiter geleisteten Wertschöpfung und dem Arbeitslohn, also der Wert, der durch die Mehrarbeit geschaffen wird. (Anmerkung: Das Wirtschaftslexikon von Gröske und Recktenwald [WW95] hat es fast richtig ausgedrückt mit der Definition: „Mehrwert ist der Unterschied zwischen Arbeitslohn und dem Wert der vom Arbeiter hergestellten Güter.“ Allerdings wird hier der Wert der hergestellten Güter etwas ungenau mit der Wertschöpfung gleichgesetzt.)

Mehrwertquote: Siehe Mehrarbeitsquote.

Mitarbeiter: Moderne Bezeichnung für Arbeiter und Angestellte. Die Bezeichnung „Mitarbeiter“ stilisiert die Arbeiter quasi zu „Partnern“ der Geschäftsleitung hoch, die aus freien Stücken am Firmenziel mitarbeiten. Tatsächlich gehen bei uns die meisten freiwillig zur Arbeit, wenn auch der freie Wille in der Regel durch einen Blick in den Geldbeutel oder auf den Kontoauszug wesentlich gefördert wird.

Negative Kapitalsteuer: Eine andere Bezeichnung für den **KIES**.

Not: Das Nichterfülltsein grundlegender Bedürfnisse des Menschen.

Produktionspreise: Diejenigen Preise, zu denen die Waren in der Marktwirtschaft bei ausgeglichenem Markt - wenn Nachfrage und Angebot sich die Waage halten - gehandelt werden. Die Produktionspreise der Waren unterscheiden sich von deren Werten dadurch, daß sie anstatt des Mehrwerts den Profit enthalten. In der Summe (also volkswirtschaftlich) stimmen die Produktionspreise mit den Werten überein, da die Profitsumme mit der Mehrwertsumme übereinstimmt. Siehe auch [K3] und Kapitel 2.5 in diesem Buch.

Produktivität: Hiermit ist in diesem Buch durchwegs die *Arbeitsproduktivität* gemeint. a) Betreffend einzelne Warengattungen: Das Verhältnis von produzierter Gebrauchsgütermenge zu eingesetzter Arbeitszeit. b) Gesamtwirtschaftlich: Die Wertschöpfung, die die Arbeiter in der ihnen abverlangten Arbeitszeit hervorbringen, bezogen auf den „Wert der Arbeitskraft“ (d.h. die Lohnkosten). Die Produktivität, abgekürzt h , liegt heutzutage wegen des rasanten technischen Fortschritts und dem hohen Stand der Infrastruktur und der Produktionsanlagen in den Industrieländern bei schätzungsweise mindestens dem Wert $h = 5$. Siehe Kapitel 2.6.1.

Profit: Einnahmen aus Kapitalvermögen. Profit kann in verschiedenen Formen auftreten: Gewinn, Zins, Pachteinnahmen usw. Die Quelle des Profits ist der \rightarrow Mehrwert; somit ist die Summe der Profite in einem geschlossenen Wirtschaftsraum gleich der Summe des insgesamt entstandenen Mehrwerts. Siehe Kapitel 2.5.

Profitrate (Kapitalrendite): Der Profit (Zins etc.), bezogen auf das Kapital, mit dem er erwirtschaftet wurde. Durch die Wirkung des Kapitalmarkts gleichen sich die Renditen der

verschiedenen Kapitale an und begeben sich in die Nähe der *mittleren Profirate*. Siehe Kapitel 2.5.

Reich der Freiheit: Die Menge der Tätigkeiten, die man freiwillig bis spielerisch, aus Freude an den Tätigkeiten selbst, durchführt.

Reich der Notwendigkeit: Die Menge der Tätigkeiten, die man zur Abwendung von Not durchführen muß.

Reichtum: Eine ordentliche Menge von Sach- und Geldwerten, die ihrem Besitzer ein sorgenfreies bis luxuriöses Leben ermöglicht, und welche ihn auch beim zeitweiligen Ausbleiben von Einnahmen sicher davor bewahrt, in irgendwelche Notlagen zu geraten.

Reproduktion: Die Erhaltung und Wiederherstellung von Systemen, die sich in einem „Fließgleichgewicht“ zwischen Erschaffung und Verfall befinden. Oder in anderen Worten: Die Kompensation von Verschleiß und Alterung. Beispiele: Die Reproduktion des Kapitals; der Erhalt der Gesellschaft oder der Arbeiterklasse.

Staat: Diejenige Instanz der Gesellschaft, welche das Gewaltmonopol innehat.

Tauschwert: Die Fähigkeit einer Ware, als Tauschmittel zum Erwerb anderer Waren zu fungieren. Die Materialisierung des Tauschwerts ist das Geld.

Umverteilung: Abschätzige Bezeichnung, mit der häufig die Versuche belegt werden, Armut zu lindern unter Verwendung des in der Gesellschaft vorhandenen Reichtums. So wurde kürzlich ([SZ], 24.-27.12.98) wieder einmal der Sozialstaat, der den von der „Leistungsgesellschaft“ Hinausgedrängten das Überleben ermöglicht (wodurch der hohe Ausbeutungsgrad in dieser Wirtschaft ohne das Entstehen massiven Aufruhrs erst realisierbar ist), wie folgt beschimpft: Er sei zum „Wohlfahrtsstaat degeneriert, einer gewaltigen Umverteilungsmaschinerie“. – Tatsächlich ist aber eine klug konzipierte Umverteilung, wie sie z.B. in diesem Buch vorgeschlagen wird, genau das Richtige, um die katastrophale, von allen verantwortungsbewußten Institutionen beklagte Schieflage der →Kapitalverteilung in diesem Land und erst recht weltweit zu korrigieren.

Unternehmer: Fast synonym mit Arbeitgeber. Ein Mensch, der mit eigenem oder geliehenem Kapital ein Unternehmen gründet oder gegründet hat und allein oder mit Hilfe von angestellten Managern das Unternehmen leitet. Der Begriff „Unternehmer“ betont gegenüber der Bezeichnung „Arbeitgeber“ die Bedeutung der Eigeninitiative, der initialen Firmen-Idee und der Risikobereitschaft des Unternehmers.

Variables Kapital: Das in Arbeitslöhnen ausgegebene Kapital. Dieses findet sich um den Faktor $1+m$ vergrößert - wobei m die Mehrarbeitsquote ist - im Wert der produzierten Waren wieder.

Volkskapitalismus: Eine Art Kapitalismus, „in dem das private Eigentum an dem gesamten Vermögen samt Produktionsmitteln breit gestreut ist und die Interessen der Konsumenten und Arbeiter voll berücksichtigt werden.“ (Zitat aus [WW95], Stichwort „Kapitalismus“) Diese Beschreibung des Volkskapitalismus klingt nach der Veränderung, die dieses Buch anstrebt. Da aber bei erfolgreicher Kapitalstreuung der Charakter der Wirtschaft sich entscheidend verändert – nicht mehr das Kapitalwachstum, sondern die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung ist das Wirtschaftsziel – tendiere ich dazu, diese

neue Wirtschaft überhaupt nicht mehr als „Kapitalismus“, sondern als „**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**“ zu bezeichnen.

Wachstum: Mit „Wachstum der Wirtschaft“ ist gemeint: Eine Zunahme des Brutto-Inland-Produkts (BIP) um einige Prozent jährlich, sowie vor allem die damit verknüpfte Zunahme von Kapital und Wirtschaftskraft (Produktivität). Diese Zunahme ist de facto das Ziel der heutigen Wirtschaft (siehe die „14 Thesen“ in Kapitel 1.5), dem sich alle anderen ökonomischen Variablen wie Leistungsanforderungen, Lohn und Gehalt, Wohlstand bzw. Armut, Grad der Arbeitslosigkeit, unterordnen müssen, und zu welchem Zwecke die Ausbeutung der Arbeit veranstaltet wird. – In der Ideologie der Politiker wird es genau andersherum dargestellt: „Wohlstand, Vollbeschäftigung und Stabilität sind die Ziele. Der Weg dorthin heißt: Wachstum“ ([LM98], S. 275). (Zu der Behauptung, Wachstum wäre der Vollbeschäftigung nützlich, siehe Kapitel 2.9, Gedanken zur Arbeitslosigkeit.) – Vermutlich befindet sich dieses Streben nach andauerndem, exponentiellem Wachstum auf Kollisionskurs mit den ökologischen Zielen der Nachhaltigkeit und Stabilität; dies wird z.B. von Vertretern eines sogenannten „Dritten Weges“ demonstriert, siehe [Ke94] und [Cr97]. – Richtig an den Darstellung, daß Wachstum für den „Wohlstand“ nötig sei, ist folgendes: Der Kapitalismus hat die Menschen in die Zwangslage gebracht, daß das Kapitalwachstum tatsächlich die Bedingung dafür ist, daß die Menschen sich überhaupt ernähren und reproduzieren können. Ohne Wachstum bricht im Kapitalismus tatsächlich sofort die Krise aus, die dann noch mehr Leid über die Menschen bringt, als sie im normalen, erfolgreichen Wachstumsgeschäft aushalten müssen. – Die Antwort auf diese Zwangslage gibt dieses Buch: Durch den Kapitalausgleichsmechanismus „KIES“ wird der Wohlstand unabhängig vom Wachstum; der Wachstumszwang verschwindet; Mensch und Natur können aufatmen und das Wachstum kann so schnell oder langsam weitergehen, wie es der Mensch in souveräner Entscheidung will und die Erde verträgt.

Wachstumsarbeit: Die über die Konsumarbeit hinaus angewandte Arbeit in der Gesellschaft, die zum Wachstum von Kapital und Produktivität, zu Innovationen und technischen „Revolutionen“ ([Ta96], [PO97]) führt. Entspricht in etwa dem „Teil I“ der Wirtschaft aus [K2].

Ware: Alles, was in der Marktwirtschaft handelbar ist. Jede Ware hat einen ökonomischen Wert und einen Gebrauchswert. Waren können danach unterschieden werden, ob sie erarbeitet oder naturgegeben (wie z.B. der Boden) sind, ob sie kopierbar sind (z.B. gar nicht oder durch Arbeit oder auch beliebig wie z.B. Forschungsergebnisse, Wissen), ob sie reproduzierbar oder Einzelstücke sind (wie z.B. Kunstwerke, Antiquitäten). Ökonomisch sind vor allem die erarbeiteten, reproduzierbaren und die naturgegebenen, nicht-kopierbaren Waren von Bedeutung.

Wert: Der ökonomische Wert von Waren und Dienstleistungen ist gleich der zur Bereitstellung dieser Ware/Dienstleistung erforderlichen Gesamt-Arbeitszeit in der Gesellschaft, also die Arbeitszeit zur Herstellung der Ware einschließlich der Produktion der erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe und der Reproduktion der verwendeten Produktionsmittel. Siehe auch [K1] und Kapitel 2.2 in diesem Buch. - Abweichend von dieser Definition gilt bei naturgegebenen, nicht-kopierbaren Waren (nämlich Grund und Boden): Der Wert ergibt sich aus der Kapitalisierung der mit diesen Waren erzielbaren Rendite, wenn sie als Kapital eingesetzt werden, bzw. einfach aus dem „Nachfragewert“. Siehe [K3], „Bodenrente“, und Kapitel 2.4 in diesem Buch.

Wert der Arbeitskraft: Der ökonomische „Wert der Arbeitskraft“ ist derjenige Preis der Arbeitskraft (Arbeitslohn), der für die nachhaltige Reproduktion der Arbeiter, also

einschließlich der Ernährung der Arbeiterfamilien und der Alterssicherung, ausreicht - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Siehe [K1] und Kapitel 2.3.

Wertschöpfung: Der neu geschaffene Wert, der im Arbeitsprozeß den Waren bzw. Dienstleistungen (Gütern) hinzugesetzt wird. Dieser ist gleich dem Wert der hergestellten Güter, abzüglich der Kosten der zur Herstellung erforderlichen Rohstoffe und Zwischenprodukte und der anteiligen Abschreibungen, also abzüglich des →konstanten Kapitals.

Wirtschaft: a) Allgemein: Der Prozeß der Schaffung und Verteilung von Gütern, die benötigt werden und die „knapp“ sind im Sinne von „nicht ubiquitär“, also nicht jederzeit und überall von selbst in ausreichender Menge vorhanden. b) Konkreter: Das Anhäufen („Sparen“) dieser „knappen“ Güter, die Ansammlung von Kapital und die Steigerung der Produktivkräfte durch technischen Fortschritt und Investitionen. c) Personifiziert als „juristische Personen“: Die Unternehmen und Kapitalgesellschaften.

Zinsprinzip: Die Tatsache, daß Kapital „von alleine wächst“, indem für die Benutzung des Kapitals Zinsen (Kapitalkosten, Profite) an die Kapitalbesitzer (Anleger) zu zahlen sind. Diesen leistungslosen Einkommen der Kapitalbesitzer steht auf der anderen Seite die →Mehrarbeit der Arbeit Leistenden gegenüber.

Literatur

(Chronologisch geordnet)

- [K1] Karl Marx: Das Kapital, Erster Band (Hamburg 1867). MEW 23, Dietz Verlag Berlin 1974
- [K2] Karl Marx: Das Kapital, Zweiter Band (Hamburg 1885). MEW 24, Dietz Verlag Berlin 1981
- [K3] Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band (Hamburg 1894). MEW 25, Dietz Verlag Berlin 1979
- [BJ70] G.E.P. Box, G.M. Jenkins: Time Series Analysis - Forecasting and Control. Holden-Day, San Francisco 1970
- [3W74] Wilfried Heidt: Der dritte Weg. Die Alternative zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Verlag Edition Dritter Weg, Achberg 1974
- [R379] Karl Held, Resultate Kollektiv: Der bürgerliche Staat. Resultate der Arbeitskonferenz, Band 3. Resultate Verlag, München 1979
- [MF85] Milton Friedman: Marktmechanismus und zentrale Wirtschaftsplanung. In: Fünf Aufsätze / Five Essays. Privatdruck Bank Hofmann AG, Zürich 1985
- [µÖ87] Marxistische Gruppe (MG): Die Mikroökonomie. Resultate-Verlag, München 1987
- [Me88] Rudolf Mees: Geld – was ist das eigentlich? Kaufen, Leihen, Schenken bewußt handhaben. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1988
- [GM90] Marxistische Gruppe (MG): Glaubenssätze und Methoden der nationalökonomischen Weltanschauung. Resultate-Verlag, München 1990
- [JW91] Joseph Weizenbaum: Kurs auf den Eisberg. Die Verantwortung des Einzelnen und die Diktatur der Technik. Piper-Verlag, München 1991
- [Bo92] Lex Bos: Was ist Dreigliederung des sozialen Organismus? Verlag am Goetheanum, Dornach/Schweiz 1992
- [Ke94] Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation: Ein Tauschmittel, das jedem dient. Goldmann, München 1994
- [V195] D. Bender et al: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1. Verlag Vahlen, München 1995
- [V295] D. Bender et al: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2. Verlag Vahlen, München 1995
- [WW95] K.-D. Gröske, H. C. Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft. 12. Auflage. Kröner, Stuttgart 1995
- [F495] E.U. von Weizsäcker, A.B. Lovins, L.H. Lovins: Faktor vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch. Droemer Knauer, München 1995
- [FH95] Friedhelm Hengsbach: Abschied von der Konkurrenzgesellschaft. Droemersch Verlagsanstalt, München 1995
- [LT96] Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus. Metropolitan-Verlag, Düsseldorf, München 1996
- [Ta96] Don Tapscott: Die digitale Revolution: Verheißungen einer vernetzten Welt – die Folgen für Wirtschaft, Management und Gesellschaft. Gabler, Wiesbaden 1996
- [PO97] Heinrich v. Pierer, Bolko v. Oetinger: Wie kommt das Neue in die Welt? Hanser, München/Wien 1997

- [UH97] Udo Herrmannstorfer: Schein-Marktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Verlag Freies Geistesleben & Urachhaus, Stuttgart, 1997
- [Cr97] Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom: Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Ullstein-Taschenbuch, Berlin 1997
- [GL98] Orio Giarini, Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden: Der neue Bericht an den Club of Rome. Hofmann und Campe, Hamburg 1998
- [Gr98] René Klaus Grosjean: Was ist Wirtschaft?: Alles, was Sie über Aktien, Unternehmen, Marktgesetze, Kapital, Staat und Arbeit, Bank und Börse wissen müssen. Econ, Düsseldorf 1998
- [LM98] Oskar Lafontaine, Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Dietz-Verlag, Bonn 1998
- [Pi98] Nikolaus Piper: Felix und das liebe Geld. Vom Reichwerden und anderen wichtigen Dingen. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1998
- [GSP] Gegenstandpunkt - Politische Vierteljahresschrift. Gegenstandpunkt Verlag, München. Besonders: Band 4, 1996; Band 4, 1997.
- [D3W] Der 3. Weg. Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung; Basis zur demokratischen Vollendung der freien und sozialen Marktwirtschaft. Monatliche Herausgabe von der Freisozialen Union, Treuchtlingen
- [R3G] Rundbrief: Dreigliederung des sozialen Organismus. Vierteljährlich herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, Büro Dr. Strawe, Stuttgart
- [SZ] Süddeutsche Zeitung, München, diverse Ausgaben.
- [KLB] Kapital, Leistung, Bedürfnisse: *Kurzbezeichnung für das hier vorliegende Buch.*

*Der Dollar hat nachgegeben,
die Mark ist nicht mehr, was sie mal war -
nur der Groschen will und will nicht fallen. (Anonymus)*

1 Einleitung: Problemstellung, Lösungsskizze

1.1 Problemstellung

Die am weitesten verbreitete Wirtschaftsform auf dieser Welt ist die Marktwirtschaft. Diese wird von einigen auch als Kapitalismus bezeichnet wegen der wichtigen Rolle des Kapitals in dieser Wirtschaft.

Die Meinungen über diese Wirtschaftsform sind nicht einheitlich. Viele sehen in ihr die Quelle ihres Wohlstands und lieben die Freiheit, die sie bietet: Freizügigkeit, freie Berufswahl, freier Waren- und Kapitaltransfer.

Andere Stimmen sehen allerdings auch Probleme dieser Wirtschaft: Zunehmende Divergenz von Arm und Reich, Arbeitsdruck einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits.

Diese Probleme sind ja tatsächlich vorhanden. Die Frage ist nun: Sind diese Probleme nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit zunehmender uneingeschränkter Ausbreitung der Marktwirtschaft verschwindet, oder sind sie eine notwendige Folge der Marktwirtschaft in ihrer jetzigen Form, so daß sie in Zukunft eher noch schärfer auftreten? Dieses Buch wird dieser Frage nachgehen.

Nun gibt es oder gab es einmal ein Modell, das als Alternative zur Marktwirtschaft oder jedenfalls zum Kapitalismus auftrat: der Sozialismus. Dieser war sogar in vielen Staaten einmal die offizielle Wirtschaftsform.

Die meisten der ehemals „sozialistischen“ Staaten haben jedoch inzwischen von diesem Prinzip Abstand genommen - offenbar wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Aufrechterhaltung dieses Programms. Hierfür sind wiederum mehrere Erklärungen möglich: Entweder das Programm des Sozialismus ist in sich widersprüchlich, menschenfeindlich und zum Scheitern verurteilt. Oder der Sozialismus ist an sich gut, aber er hält die Konkurrenz der „Freien Welt“ nicht aus, die ja einige Anstrengungen unternommen hat, diese Alternative zu Fall zu bringen. Oder es war vielleicht gar kein richtiger Sozialismus, sondern eine Anhäufung von Fehlern und Mißverständnissen.

Auch diese Frage wird hier zu behandeln sein.

Dieses Buch geht jedenfalls davon aus, daß das Scheitern der sozialistischen Experimente noch nicht bedeutet, daß eine Verbesserung der heute vorherrschenden Wirtschaftsweise nicht mehr möglich sei. Mit „Verbesserung“ ist hier nicht nur die Zurückführung der akuten Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut gemeint, sondern generell eine stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse möglichst aller Bevölkerungsschichten. Es geht somit auch um mehr Gerechtigkeit, und zwar nicht primär durch Beseitigen auffälligen Reichtums, sondern durch Überwindung der Armut.

1.2 Zum Titel

Nun ein paar Worte zum Titel dieser Schrift – zunächst zum Untertitel, dann zum Haupttitel.

1.2.1 Kapital

Der erste Entwurf dieses Buches hatte den Titel „Kapital, Leistung, Bedürfnisse – die Zukunft der Marktwirtschaft“. Die drei durch „KLB“ abzukürzenden Themen sind mir nach wie vor wichtig, unter anderem als Kontrast zu dem Schlagwort der VWL „Kapital, Arbeit, Boden“, womit sie die nach ihrer Meinung gleichberechtigten „Faktorleistungen“ bezeichnet.

„Kapital“ lautet das erste Wort der drei Themen im Untertitel, einmal wegen der dominanten Bedeutung dieses ökonomischen Gegenstands in der heutigen Marktwirtschaft und zweitens als Hinweis auf den klassischen Dreiteiler dieses Namens aus dem vorigen Jahrhundert. (Ich werde des öfteren auf Gedanken aus diesem Werk von K. Marx verweisen unter Verwendung der Abkürzungen K1, K2, K3.)

1.2.2 Leistung

Der nächste Begriff ist „Leistung“. Er steht erstens anstelle des abgegriffenen und etwas in Verruf geratenen Begriffs „Arbeit“. Leistung ist nichts anderes als Arbeit, höchstens noch mit zusätzlicher Betonung der Kürze der Zeit, in der die Arbeit verrichtet werden muß, ähnlich der physikalischen Definition: Leistung = Arbeit pro Zeit.

Zweitens wird man feststellen, daß dieses Buch ein Anhänger des „Leistungsprinzips“ ist. Damit ist gemeint: Die Wirtschaft soll grundsätzlich so gestaltet sein, daß das Einkommen eines Menschen proportional seiner Leistung ist. Oder - mit einem beliebigen Schlagwort: Leistung soll sich wieder lohnen! Nach obiger Gleichsetzung heißt das auch: Arbeit soll sich wieder lohnen.

Dieses Buch steht somit denjenigen Verhältnissen kritisch gegenüber, in denen bestimmte Gruppen oder Gesellschaften sich die Ergebnisse der Arbeit ihrer Mitmenschen („Mitarbeiter“) stillschweigend aneignen unter dem Vorwand bestimmter Eigentumstitel, Vorrechte etc. Solche Mechanismen sind in der Marktwirtschaft weit verbreitet, und sie richten einiges Unheil an.

Ich will an dieser Stelle zur Beruhigung hinzusetzen, daß das Leistungsprinzip natürlich nicht im Sinne von „Zahn um Zahn“ unerbittlich zu gelten hat, sondern insbesondere durch soziale Erwägungen modifiziert werden muß, denn jeder von uns durchläuft zeitweilig oder mitunter dauerhaft Phasen reduzierter Leistungsfähigkeit: Kindheit, Alter und andere Phasen. Neben das Leistungsprinzip wird also das Sozialprinzip treten. Da dies aber ein relativ durchsichtiges Verteilungsproblem darstellt, das keine größeren theoretischen Schwierigkeiten bereitet, wird im folgenden mehr das Leistungsprinzip das Kriterium wirtschaftlicher Verhältnisse darstellen. Die Anwendung des Sozialprinzips fällt dann bereits in das „Reich der Freiheit“, nachdem die effiziente, nach dem Leistungsprinzip organisierte Wirtschaft alle Mittel sowie freie Zeit hervorgebracht hat, um das „Reich der Notwendigkeit“ in die ihm gebührende „ökonomische Nische“ zurückzudrängen.

1.2.3 Bedürfnisse

Das dritte Wort im Titel sind die „Bedürfnisse“. Hier wird sich mancher Ökonom vielleicht wundern, daß da nicht der „Boden“ erwähnt wird, wie in „Kapital, Arbeit, Boden“. Aber hier ging es mir darum, bereits im Titel deutlich zu machen, daß das Ziel allen Wirtschaftens selbstverständlich die Erfüllung der Bedürfnisse des Menschen sein sollte. Den Boden hier zu erwähnen, wäre zuviel der Ehre - der Boden ist ja in der Marktwirtschaft nur eine spezielle Form des Kapitals und das Kapital wurde bereits angesprochen.

Eigentlich hätte die Reihenfolge der Worte im Titel sogar umgekehrt sein müssen entsprechend der Bedeutung der Begriffe: Bedürfnisse, Leistung, Kapital. Denn die Bedürfnisse sind - wie letztlich auch bei K. Marx - der Ausgangspunkt der Wirtschaft: Wegen der Bedürfnisse nach Nahrung usw. arbeitet der Mensch, und wenn er mehr arbeitet, als für den aktuellen Konsum nötig ist, bildet er möglicherweise Kapital.

1.2.4 Marktwirtschaft ...

Der Titel „Marktwirtschaft statt ...“ soll andeuten, daß ich mir um die Erhaltung und Verbesserung der Marktwirtschaft Gedanken mache. Dies geschieht nicht deshalb, weil ich in diese Wirtschaftsform so verliebt wäre oder weil ich möglichst nichts ändern wollte, sondern weil ich die Marktwirtschaft an sich für einen relativ effizienten Mechanismus zur bedarfsorientierten Ressourcenallokation halte, den wir uns in Zukunft zur Erreichung neuer Wirtschaftszwecke zunutze machen wollen. Ich unterscheide in diesem Buch konsequent zwischen dem Zweck der heutigen Wirtschaft (Kapitalakkumulation) und dem diesem Zweck unterworfenen Mittel, der Marktwirtschaft.

Die heutige Marktwirtschaft wird analysiert, indem ich ihre paar grundlegenden Gesetze zusammenstelle und in einer einfachen Simulation beobachte, wie sich ein solches System über z.B. 20 Jahre hinweg entwickelt. Die wesentlichen dieser Gesetze stammen aus dem klassischen Dreiteiler von K. Marx [K1, K2, K3], wobei ich meine Ingenieurbildung dazu genutzt habe, die bei Marx häufig nur verbal formulierten und zwischen vielen historischen und philosophischen Erläuterungen versteckten Systemgleichungen in eine moderne, handhabbare Form umzusetzen.

Die Extrapolation dieser Gleichungen in die Zukunft ergibt dann auch eine Analyse der Zukunft der Marktwirtschaft, die uns erwartet, wenn man keine Wende herbeiführt.

1.2.5 ... statt Kapitalismus

Dieses Buch bleibt allerdings nicht bei einer Analyse stehen, sondern enthält auch den Versuch, einen griffigen Verbesserungsvorschlag für die Marktwirtschaft zu formulieren, der ihren heutigen grundlegenden Systemfehler korrigiert. Es kann allerdings sein, daß die Marktwirtschaft, wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht mehr die Bezeichnung „Kapitalismus“ [LT96] annehmen kann, denn die heutige Vormachtstellung der Kapitaleseite gegenüber der Arbeit leistenden Bevölkerung wird entsprechend den Vorschlägen dieses Buches voraussichtlich verschwinden. Im Endeffekt soll nämlich die große Kluft zwischen denjenigen, deren Einkommen aus Arbeit stammt, und denjenigen, die sich wesentlich auf Kapitalvermögen abstützen (und das können auch verschiedene Länder sein - Stichwort „Nord-Süd-Konflikt“), beseitigt werden, und zwar - um es vorwegzunehmen - durch eine echte, breitangelegte Vermögensbildung der breiten Bevölkerung. Diese eigentlich simple Maßnahme kann erstaunliche Wirkung auf so sensiblen Feldern wie dem Arbeitsmarkt, der Firmenpolitik usw. hervorbringen, wie später gezeigt wird.

1.3 Kapitelvorschau

Das Buch ist wie folgt gegliedert. Nach dieser Einleitung folgt im nächsten Kapitel (*Kapitel 2*) die Untersuchung der Marktwirtschaft, wie wir sie heute vorfinden. Dabei kann an vielen Stellen auf den Klassiker (K1-3) zurückgegriffen werden. Ich bemühe mich aber, die Erklärungen durch moderne, mathematische Darstellung etwas weniger angreifbar zu machen als es die im Klassiker vorfindliche Darstellung ist. Insbesondere die Werttheorie

kommt hier vor sowie eine Definition von Begriffen wie „Mehrwert“, „Produktionspreise“, „Ausbeutung“ usw.

In diesem Kapitel 2 ist eine Simulation von „20 Jahren im Beispielsystem“ (siehe Inhaltsverzeichnis) enthalten, die zeigt, wie sich ein typischer Kapitalismus entwickelt; wie z.B. die Produktivität und die Mehrarbeitsquote sowie auch die Entwertung des vorhandenen Kapitals durch den technischen Fortschritt ständig zunehmen und wie marginal die arbeitenden Menschen an der von ihnen bewirkten Wertschöpfung beteiligt werden. Das Kapitel endet mit einer Vorschau auf die trostlose „Zukunft der Marktwirtschaft, wenn man nichts dagegen tut“.

Kapitel 3 bringt einige grundlegende Darstellungen über das Verhältnis von Bedürfnissen, Arbeit, Produktivität und den daraus folgenden Zielen und Kriterien für eine sinnvolle Wirtschaftsordnung. Ein wichtiges Ergebnis dieser Überlegungen ist, daß eine Zunahme der Produktivität - wie sie ja in der jetzigen Wirtschaft ständig stattfindet - sinnvollerweise für zwei Effekte gleichzeitig genutzt wird: Erstens zur Schaffung besserer Produkte und Dienstleistungen, und zweitens gleichzeitig zur Reduktion der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit. Also mehr Wohlstand *und* weniger Arbeit. (Das aktuelle Buch „Faktor vier“ [F495] könnte also mit folgendem Untertitel neu geschrieben werden: „Doppelter Wohlstand - halbierte Arbeitszeit“. - Ein „halbiertes Naturverbrauch“ ergibt sich dann als Nebeneffekt von selbst.) Hieraus folgt bereits die Unsinnigkeit der momentanen Tendenz, die Lebensarbeitszeit wieder zu erhöhen durch Streichung von Feiertagen, Erhöhung des Rentenalters etc.

Das Kapitel enthält eine Simulation der „Freien, autonomen Gesellschaft“; das ist eine Gesellschaft, die planmäßig ihre Ressourcen so einsetzt, daß die Lebensqualität der Menschen optimal gefördert wird. Die Simulation hat den Zweck, dem Leser die Augen zu öffnen über die Ergebnisse, die eine rationale Wirtschaftsform hervorbringen kann und sollte. Kapitel 3 endet allerdings mit einem Hinweis darauf, daß die triviale, zentral angeordnete Durchsetzung dieser Wirtschaftsweise nicht zum erwünschten Ziel führen kann und daß daher ein anderer, liberalerer Weg zur Erreichung der gezeigten ökonomischen Zwecke nötig ist.

Kapitel 4 bringt schließlich den großen Verbesserungsvorschlag (den „KIES“), mit dem die Marktwirtschaft korrigiert werden soll, um den in Kapitel 3 aufgestellten Kriterien und damit den Bedürfnissen der Menschen besser zu genügen. Auch Kapitel 4 enthält eine Simulation, und zwar diesmal von „30 Jahren der New Economy“ (siehe Inhaltsverzeichnis). Hier kann man sehen, wie sich aufgrund der neuen Profit-Verteilungsregel KIES die Menschen zum Souverän über ihre Wirtschaft erheben, wie Wohlstand und Freizeit anwachsen und wie die Klassengegensätze allmählich verschwinden. Die Verläufe der wichtigsten Kenngrößen (Arbeitsmenge, Einkommen, Kaufkraft, Vermögen) über den Zeitraum von 50 Jahren (20 Jahre Old Economy, 30 Jahre New Economy) sind grafisch dargestellt.

Kapitel 5 befaßt sich schließlich mit Übergangsphänomenen, die bei der Einführung der neuen Wirtschaftsweise auftreten können. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Problemen der „inhomogenen“ Entwicklung, die sich einstellt, wenn in einigen Ländern die Neue Wirtschaft eingeführt wird, während andere noch mit dem Kapitalismus weitermachen. Man muß diesen Fall einkalkulieren, wenn auch die *homogene* Entwicklung, bei der eine überwältigend große Zahl von Ländern den Übergang in konzertierter Aktion durchführt, deutlich wünschenswerter ist und daher mit erster Priorität angestrebt werden sollte. Wir wollen vermeiden, daß womöglich wegen schlechter Vorbereitung der „Wende“ die entstehenden Probleme sich zu einem „Blocking Point“ auswachsen, der das ganze Unternehmen zum Scheitern bringt.

Ich setze aber darauf, daß es gelingt, den Widersinn der heutigen Wirtschaftsweise und die Vorteile der „New Economy“ einem breiten, internationalen Publikum hinreichend bewußt zu machen, so daß die heute noch unüberwindlich erscheinenden Probleme des internationalen Gegeneinanders allen Beteiligten als Anachronismus vor Augen stehen werden, den man alsbald gemeinsam auf den Müllhaufen der Geschichte kippen wird.

Kapitel 6 ist die Zusammenfassung mit Schlußwort.

1.4 Das Patentrezept: Mehr KIES

Damit die wesentlichen Leitlinien des Änderungsvorschlags nicht bis zum Kapitel 4 ein Geheimnis bleiben, will ich sie hier bereits „in a nutshell“ darstellen.

Um es gleich zu sagen: Der *Zins* wird nicht abgeschafft. Denn zinslose Kredite sind wie eine Ware, die verschenkt, statt verkauft wird. So etwas kann es vielleicht in sozialen Einrichtungen geben, sozusagen als Spende eines Mäzens etc., aber damit verläßt man bereits das Reich der Ökonomie.

Und - mit dem Zins verknüpft: Auch *Kapital* muß es noch geben. Denn Produktionsmittel, auch sogar der Boden, die notwendige Voraussetzungen des Wirtschaftens sind, auch wenn sie sich nicht verbrauchen bzw. wenn sie zu 100% reproduziert werden, sind Güter, für die ein Preis verlangt werden kann und auch sollte. Denn wenn die Vergabe dieser Güter nicht über den Preis, nach Nachfrage und Angebot, geschieht, ist es sehr leicht möglich, daß sachfremde, politische Kriterien hier hineinspielen oder andere nicht adäquate Kräfte wie Beziehungen, Parteizugehörigkeit etc.

Also sollten diese Güter als Kapital gehandhabt werden, für die ein Preis in Form des Zinses oder der „Rendite“ zu zahlen ist.

Haben wir dadurch nicht wieder der bekannten „Ausbeutung“ der arbeitenden Menschen durch „das Kapital“ Tor und Tür geöffnet? Denn es ist bekannt, spätestens nach Kapitel 2, daß ein „Einkommen aus Kapitalvermögen“ in Wirklichkeit ein „Einkommen aus der Arbeit anderer“ darstellt.

Nein. Die Lösung dieses Widerspruches besteht einfach darin, dafür zu sorgen, daß jeder Mensch neben seinem Einkommen aus Arbeit auch ein Einkommen aus Kapital hat, und zwar gerade so, daß der zunächst unbezahlte Teil der Arbeit (der in K1, K2, K3 die „Mehrarbeit“ genannt wird) durch das Kapitaleinkommen indirekt bezahlt wird.

Dies findet natürlich genau dann statt, wenn jeder arbeitende Mensch gleichzeitig ein Vermögen hat, das seiner Arbeitsleistung proportional ist. Oder anders gesagt: Das gesamte gesellschaftliche Kapital - und hierzu muß auch Privatvermögen gerechnet werden - sollte auf die Bevölkerung entsprechend der Arbeitsleistung (z.B. gemessen am Arbeitseinkommen) verteilt sein. Hierdurch wäre das eingangs genannte Leistungsprinzip ziemlich exakt erfüllt - und die „Ausbeutung“ somit beseitigt.

Wie gesagt, kann das Prinzip auch in Richtung Sozialprinzip verändert werden, indem z.B. das den Einzelnen zukommende Vermögen nicht streng proportional der Leistung, sondern auch nach Bedürftigkeit ermittelt wird, z.B. mehr Vermögen für kinderreiche Familien oder ein Zuschlag zwecks Entwicklungshilfe.

Und wie kann diese Vermögensverteilung bewirkt werden? Das will ich im folgenden in Form einer *Erfindungsmeldung* darstellen, wie sie in der Industrie üblich ist.

Die Formulierung als Erfindungsmeldung verfolgt mehrere Zwecke: Ich will

- zeigen, wie einfach und übersichtlich die Lösung ist;
- alle Ingenieure, Wissenschaftler und Techniker für den Vorschlag begeistern;
- zeigen, daß auch die Wirtschaft ein Gebiet ist, wo man wie im Bereich der Technik durch rationales Nachdenken zu faszinierenden Lösungen gelangt;
- zeigen, daß hier nicht ein neuer Mensch mit völlig veränderten Bedürfnissen, sondern nur eine technische Verbesserung der ökonomischen Abläufe gefordert wird.

Die Erfindungsmeldung weicht natürlich insofern von dem in der Technik Üblichen ab, als sie nicht auf ein handelbares Patent abzielt, mit dem einzelne Firmen ein Geschäft machen könnten. Vielmehr ist der KIES-Mechanismus ein Verfahren, das erst dann seine Wirkung entfaltet, wenn es genügend großflächig angewendet wird.

1.4.1 Bezeichnung

KIES heißt: „Kapital-Einkommen ersetzendes Zusatzgehalt“. Es ist ein Verfahren zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen durch Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.

Die erste Wirkung der Erfindung wird sein, daß die Arbeitenden erheblich mehr Geld in der Tasche haben. Daher habe ich oben die Worte „*Mehr KIES*“ verwendet, obwohl es natürlich den erfindungsgemäßen KIES heute noch überhaupt nicht gibt.

1.4.2 Welches Problem soll durch die Erfindung gelöst werden?

In der freien Marktwirtschaft gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Einkommensquellen:

1. Einkommen aus Arbeit;
2. Leistungslose Einkommen.

Einkommen aus Arbeit ist vor allem Lohn oder Gehalt der Arbeiter und Angestellten, daneben auch die Beamtengehälter und die Bezüge von Leitenden Managern sowie Unternehmern und Selbständigen, sofern sie aus deren Arbeit entspringen.

Leistungslose Einkommen sind in erster Linie die Einkommen aus Kapital und Vermögen, auch aus Vermietung und Verpachtung, und die Bezüge von Unternehmern und Selbständigen, sofern sie auf deren Besitzrechten beruhen.

Das unreflektierte Nebeneinander und die Gleichbehandlung dieser beiden Einkommensarten führt zu einer Trennung der Gesellschaft in zwei Klassen: Die große Gruppe der auf andauernde Arbeit angewiesenen Personen, und die relativ kleine Gruppe derer, die fast das ganze Eigentum der Gesellschaft, und vor allem das Produktivvermögen, in ihrer Hand vereinigen. Die erste Gruppe wird traditionell die Arbeiterklasse genannt, die andere ist die Kapitalistenklasse. Es gibt zwischen beiden Gruppen in der Praxis fließende Übergänge, aber die Polarität bleibt bestehen.

Die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen wird durch ein elementares Prinzip bewirkt: Das Zinsgesetz. Dieses besagt bekanntlich, daß Kapitalprofite immer dorthin wandern, wo bereits Kapital vorhanden ist. Es führt zur Clusterbildung, zu Häufungspunkten, Attraktoren, wo neues Kapital hineingesaugt wird wie Materie in Schwarze Löcher.

Die breite Masse der „Arbeiter“ bleibt dagegen relativ besitzlos: Sie verfügt über kein Kapital und daher auch nicht über Kapitaleinkommen. Sie muß ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus Arbeitseinkommen finanzieren.

Die Anwendung von Kapital ist aber für jede moderne Produktion unabdingbar zur Erzielung der erforderlichen Produktivität. Hierdurch werden die Arbeiter quasi „erpreßbar“: Sie müssen ihre Leistungskraft an diejenigen vermieten, die das Kapital und somit die Produktionsmittel besitzen und auch Vorschüsse tätigen können für die Zeit zwischen Erschaffung einer Ware und ihrem Konsum.

Diese Abhängigkeit der Arbeiter von den Besitzenden führt zur sogenannten „Ausbeutung“ der Arbeiter durch die Kapitalisten: Die Arbeiter müssen jahrein jahraus maximale Arbeit leisten und erhalten dennoch nur gerade soviel ausbezahlt, wie sie für ihren Lebensunterhalt einschließlich Aufzucht von Nachwuchs benötigen. Die Differenz zwischen der Wertschöpfung durch die geleistete Arbeit a und dem, was an Lohn v ausbezahlt wird, kann als „Mehrwert“ $m = a - v$ bezeichnet werden: Er ist das Ergebnis der Ausbeutung.

Dieses beständige Ausbeutungsverhältnis verursacht mehrere Probleme für die Menschen und insbesondere die Arbeiterklasse:

- 1) Man muß für die Erzielung eines bestimmten Lebensstandards LS erheblich *mehr leisten*, als technisch, beim erreichten Stand der Produktivität, nötig wäre. De facto kommt daher die Arbeiterklasse nie über denjenigen Lebensstandard LS_0 hinaus, der gerade zur Reproduktion ihrer selbst ausreicht, und sie hat nicht mehr Freizeit, als gerade zur Erholung und Wiederherstellung der Arbeitskraft nötig ist. (Daher stoßen auch die gewerkschaftlichen Modelle zur Arbeitszeitverkürzung bei den Arbeitern auf wenig Gegenliebe, da sie wegen der knappen Stundenlöhne nur mit voller Arbeitszeit ihren bescheidenen Lebensstandard halten können.) Anders formuliert: Die Arbeitenden werden künstlich ständig an der *Armutsgrenze* gehalten.
- 2) Das Mindestmaß an Leistung, das nötig ist für ein Einkommen, von dem man leben kann, wird nicht durch die erreichte Produktivität definiert, sondern von den „Arbeitgebern“ bestimmt. Diese bestimmen es aus ökonomischen Gründen so, daß diese Leistungsschwelle nur von 80-90% erreicht wird. Die verbleibenden 10-20% der Arbeitssuchenden werden entweder als „*Arbeitslose*“ registriert oder sie müssen sich mit *Hungerlöhnen* als Tagelöhner etc. solange durchschlagen, wie sie es schaffen.
- 3) Der ständig größer werdende Mehrwert m führt zu einer nahezu exponentiell anwachsenden *Produktivität h* , zu ständig neuen Produkten und sich verkürzenden Innovationszyklen. Das kommt daher, daß der größte Teil des Mehrwerts m als Neuinvestitionen, Rationalisierungen sowie Forschung und Entwicklung (F&E) in die Wirtschaft zurückfließt, wenn auch ein kleiner Teil von m von den Kapitalisten konsumiert wird. Die erhöhte Produktivität wäre im Prinzip *wunderbar, wenn sie den Arbeitern zugute käme*; das ist aber nicht der Fall - stattdessen zwingen die ständigen technischen Revolutionen die Arbeiter zu „*lebenslangem Lernen*“, andauernder Weiterbildung und bewirken die Veralterung des bisher Gewußten. Einige kommen bei dieser *Innovationsspirale* nicht mehr mit und reihen sich in das Heer der Arbeitslosen ein.
- 4) Der Mehrwert m ist die Basis für die *Kapitalakkumulation*: Das Kapital wird immer größer und mit ihm sein Bedarf an Profit. Im Endeffekt wachsen die Einkommen aus Kapitalvermögen und die zwischen den Kapitalien zirkulierenden Werte zu riesigen Summen an, während die Löhne zur Restgröße verkommen. Die Wirtschaft entwickelt sich quasi an denen, die sie am Laufen halten, vorbei.

Dies also sind die Probleme, die durch die Erfindung gelöst werden sollen.

1.4.3 Wie wurde das Problem bisher gelöst?

Man kann drei Wege unterscheiden, die sich mit den Problemen befassen oder befaßt haben:

- A) Forcierung des freien Marktes;
- B) Sozialstaat;
- C) Sozialismus.

1.4.3.1 *Forcierung des freien Marktes (Wirtschaftsliberalismus)*

Ausgehend von Beobachtungen, daß in Zeiten des Wiederaufbaus und sonstigen Boom-Phasen die Nachfrage nach Arbeitskräften ansteigt, wodurch es auch mal zu Lohnerhöhungen und Wiedereinstellung von Arbeitslosen kommt, befürworten viele Wirtschaftspolitiker die ungehemmte Ausbreitung des freien Marktes als Lösung aller Probleme. Man will alle Beschränkungen der Freiheit des Kapitals beseitigen, um es zum Florieren zu bringen. De facto wird hierdurch einfach die Ausbeutung, also die erzielbare Menge des Mehrwerts $m = a - v$, gesteigert. Meist ist der erste Schritt hierzu die Senkung der Löhne v . - Dieses Verfahren löst keine Probleme der Arbeiter, sondern allenfalls solche des Kapitals.

1.4.3.2 *Sozialstaat*

Der bürgerliche Staat hat bereits vor hundert Jahren erkannt, daß er auf die Unruhen, die die Armut der Arbeiter hervorrufen kann, am besten mit einer Doppelstrategie reagiert: Einerseits „Sozialistengesetze“, andererseits Sozialmaßnahmen. Seitdem haben die meisten Staaten folgende soziale Einrichtungen im Programm: Arbeitslosen-Zwangsversicherung, Rentenversicherung, Arbeiter-Krankenkassen, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Gesetze zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zum Kündigungsschutz usw. Auch die Zulassung von Gewerkschaften und Tarifverträgen kann hier aufgezählt werden. Diese sozialen „Leistungen“ machen meist den größten Brocken im Staatshaushalt aus und der Staat stellt sie als große Errungenschaft heraus: Angeblich haben sie den Kapitalismus in eine „soziale Marktwirtschaft“ transformiert, die „Wohlstand für alle“ (L. Erhard) hervorbringt.

De facto dienen diese sozialen Leistungen - die im Endeffekt von den Arbeitern selbst finanziert werden - nur zu folgendem: Erstens dazu, daß die Arbeitskräfte vorübergehende besondere Notzeiten (Krankheit, Arbeitsplatzverlust) durchstehen und sie für die Wirtschaft verfügbar bleiben; zweitens dazu, daß die Not nicht zu schweren Unruhen oder sonstigen Ablaufstörungen führt. An der Tatsache der Ausbeutung, die den Arbeitern diesen schlechten Wirkungsgrad der Arbeit beschert (ganzjährige Vollarbeit bringt nicht mehr als das Lebensnotwendige, wenn überhaupt), ändert der Sozialstaat nichts.

1.4.3.3 *Sozialismus*

Anfang des 20. Jahrhunderts haben Aufstände in mehreren Ländern dieser Erde zur Einführung eines Systems geführt, das vielerorts als „Realer Sozialismus“ bezeichnet wurde. Er ist gekennzeichnet durch:

- Verstaatlichung großer Teile des Kapitals;
 - Zentrale Planung der Zuteilung von Kapital und Arbeitskräften auf die jeweiligen Produktionssphären;
 - Ende des freien Marktes, zumindest des Kapitalmarktes;
 - Subventionierung des Grundbedarfs: Nahrungsmittel, Wohnungen, Gesundheitswesen.
- Meist wurde das Geld nicht völlig abgeschafft, d.h. Kauf und Verkauf auf einem Konsumgüter-Warenmarkt bestanden weiter; auch bei der Wahl von Ausbildung und Beruf gab es noch gewisse Wahlfreiheit.

Mit diesem System wurde tatsächlich die private Macht des Kapitals beendet. Ob allerdings auch die Ausbeutung vorbei war, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, denn vielfach hatte der sozialistische Staat, der ja nun im Besitz der Produktionsmittel war, das ehrgeizige Ziel, mit dem kapitalistischen Ausland im Punkte Wirtschaftskraft zu konkurrieren, und setzte die Arbeitskräfte entsprechend unter Druck. Zudem erweist sich der Planungs-Überbau als ineffizient und fehleranfällig im Vergleich zur dezentralen Ressourcen-Allokation des freien Marktes. - Daher kann auch dies insgesamt nicht als gelungene Lösung der Probleme der Arbeiter bezeichnet werden.

Keiner dieser drei Wege ist also eine Lösung.

1.4.4 Wie löst die Erfindung das Problem?

Die erfindungsgemäße Lösung besteht darin, in die Marktwirtschaft einen Profit-Umverteilungs-Mechanismus einzubauen, wodurch Profite (Kapitaleinkommen) an die Arbeitseinkommen der Menschen gekoppelt werden.

Diejenigen Personen, die im Vergleich zu ihrer Arbeitsleistung überproportional viel Kapital und Vermögen besitzen, werden mit einer Art Kapitalsteuer belegt, welche auf der anderen Seite als „KIES“ an diejenigen ausbezahlt wird, die weniger Eigentum haben, als ihrer Arbeitsleistung entspricht.

Diese Umverteilung von Kapitaleinkommen hat folgende positiven Wirkungen:

- 1) Die *Einkommen der arbeitenden Menschen* werden durch den KIES sofort um mehrere 100% aufgestockt. Dies hebt den Lebensstandard der Arbeitenden und bringt Armut und Not weitgehend zum Verschwinden.
- 2) Der KIES ist *Hilfe zur Selbsthilfe* für die Arbeiter: Er trägt zur Vermögensbildung bei und führt dazu, daß der Privatbesitz und der Anteil der Arbeiter am Produktivvermögen sowie das Kapitaleinkommen der Arbeiter mehr und mehr steigt. Hierdurch nimmt das Gesamteinkommen der Arbeiter weiter zu und die Abhängigkeit von den KIES-Zahlungen reduziert sich.
- 3) Die *Vermögen der „Kapitalisten“* wachsen nicht mehr völlig von alleine, wie vor der KIES-Einführung, sondern nur noch in dem begrenzten Maß, wie die Kapitalisten arbeiten. Dadurch werden für jedermann der Anreiz und die Möglichkeit entfallen, irrsinnig hohe Kapitalberge anzuhäufen. Die Sogwirkung der Kapital-Häufungspunkte verschwindet und daher verschwinden in der Folge auch diese selbst: die Kapitalverteilung wird homogener.
- 4) Der KIES ist daher ein „*Regler*“, der die divergierenden Tendenzen der Marktwirtschaft, wodurch diese zum Kapitalismus entartet ist, auffängt, Konvergenz und eine vernünftige Angleichung der Vermögen herbeiführt und somit die Klassengegensätze und die Klassen selbst zum Verschwinden bringt. Es wird auf die Dauer keine Arbeiter oder Kapitalisten mehr geben, sondern nur noch reiche und freie, gleichberechtigte und souveräne Menschen.
- 5) Die *Arbeitslosigkeit* wird signifikant zurückgeführt, da die Anforderungen, die ein Mensch erfüllen muß, um einen Arbeitsplatz zu bekommen, deutlich geringer sein werden. Man wird bereits mit maximal der Hälfte der heutigen Leistungsmenge einen gehobenen Lebensstandard halten können, was bedeutet, daß viele nur noch in Teilzeit arbeiten werden (bei vollem Einkommen „nach KIES“), und daß auch die weniger gut

Ausgebildeten einen akzeptablen Job finden werden.

- 6) Die Leute werden *mehr Freizeit* für die Familie, für Vergnügen, für ehrenamtliche Tätigkeiten usw. haben, da nicht mehr wie heute das ganze aktive Leben durch die Arbeitszeit in Anspruch genommen wird.
- 7) Der „*Zwang zum Wachstum*“ verschwindet. Der technische Fortschritt und die Kapital-Ausdehnung werden gerade in dem Maße stattfinden, wie es den Menschen angenehm ist. Es kann auch jederzeit ohne irgendwelche Krisenerscheinungen die „Stationäre Wirtschaft“, die „Einfache Reproduktion“ [K2], eintreten.
- 8) Das *Vorzeichen* des KIES (negativ = Vermögenssteuer, positiv = Einkommenszulage) zeigt jedem Mitglied der Gesellschaft an, in welcher Richtung es sich bewegen müßte, wenn es Vermögen und Arbeitsleistung in Einklang bringen will. Dies hilft bei der Prioritätensetzung zwischen Arbeiten, Sparen und Konsumieren: Wer viel KIES bekommt, kann daraus den Schluß ziehen, daß er etwas für seine Vermögensbildung tun sollte - und der KIES ist gleichzeitig das Mittel zu diesem Ziel.
- 9) Es herrscht *Chancengleichheit*. Auch zunächst Wenig-Besitzende haben die Möglichkeit zu Ausbildung und „Existenzgründung“. Kapitalbesitz ist kein uneinholbarer Vorsprung mehr.
- 10) Bei einer *internationalen Anwendung* des KIES-Gesetzes über die Ländergrenzen hinweg ergeben sich mehrere positive Wirkungen: a) Die „Globalisierung“ führt wirklich zu einem Wohlstandszuwachs für alle wegen der vermehrten internationalen Arbeitsteilung, denn die KIES-Ausgleichszahlungen verhindern, daß irgendjemand zum „Verlierer“ wird; b) die Entwicklungsländer erhalten KIES-Zahlungen von den Gläubigerländern, die den heutigen astronomischen Zinszahlungen von Süd nach Nord entgegenwirken. Dies verringert die internationalen Spannungen und förderte die Gerechtigkeit der Weltwirtschaft.

(Zur ausführlichen Begründung und Demonstration vieler dieser Effekte siehe Kapitel 4.)

1.4.5 Die KIES-Formel

Wie funktioniert der KIES?

Es gibt das KIES-Amt, das ähnlich organisiert ist wie das Finanzamt.

Alle Personen, die im laufenden Jahr einen nennenswerten Besitz oder ein Einkommen hatten, geben nach Ablauf des Jahres eine „KIES-Erklärung“ ab, ähnlich einer Einkommens- oder Vermögenssteuer-Erklärung. Diese enthält im Prinzip nur zwei Angaben:

1. Das Jahres-Arbeitseinkommen (Lohn, Gehalt) v_i ;
2. den Umfang des Vermögens C_i .

Das Vermögen C_i umfasst sowohl Privatvermögen als auch Kapitalbesitz.

Das KIES-Amt ermittelt dann aus dem jeweiligen Arbeitseinkommen v_i einen Kapital-Freibetrag C_i^T nach der Gleichung

$$C_i^T = I w_i \tag{1.4.5-1}$$

Dieser Freibetrag ist umso größer, je höher das Arbeitseinkommen v_i ist. (Die Parameter I [lambda] und w [omega] werden unten erläutert.)

Dann wird das tatsächliche Kapital C_i der betreffenden Person mit dem Freibetrag verglichen und der KIES k_i mit folgender „**KIES-Formel**“ berechnet:

$$k_i = \begin{cases} +r_A \cdot (C_i^T - C_i) & \text{falls } C_i \leq C_i^T \\ -r \cdot (C_i - C_i^T) & \text{falls } C_i > C_i^T \end{cases} \quad (1.4.5-2)$$

(Wegen r [rho] und r_A siehe unten.)

Dieser Betrag wird dann an die Person (Nr. i) ausbezahlt; d.h. die „Arbeiter“, bei denen $C_i < C_i^T$ ist, erhalten eine positive Einkommensnachzahlung, wogegen für die „Kapitalisten“, bei denen $C_i > C_i^T$ ist, der KIES eine Kapitalsteuer darstellt.

Es muss noch erläutert werden, was die Parameter w , I , r und r_A bedeuten. w ist die mittlere „Kapitalintensität“ der Gesellschaft. Sie wird wie folgt berechnet:

$$w = \frac{C}{v} \quad (1.4.5-3)$$

mit dem Gesamtkapital

$$C = \sum_{i=1}^N C_i \quad (1.4.5-4)$$

und der Gesamt-Lohnsumme

$$v = \sum_{i=1}^N v_i \quad (1.4.5-5)$$

wobei jeweils über alle N Personen der Gesellschaft, die eine KIES-Erklärung abgegeben haben, summiert wird.

I ist ein an und für sich frei wählbarer Parameter, der allerdings größer als 1 sein muss. I soll andererseits nicht zu hoch angesetzt werden, sonst wird der KIES-Mechanismus unwirksam. Ein guter Wert ist $I = 2$.

r ist die mittlere Kapitalrendite (Profirate) in der betreffenden Wirtschaft. Der Wert kann in der Regel bei den Banken erfragt werden. De facto müssen die „Kapitalisten“ also den Profit, den sie mit dem Überschuss-Kapital $C_i - C_i^T$ machen, an das KIES-Amt abführen.

r_A ist ebenfalls eine Art Kapitalrendite, und zwar ist es derjenige Zinssatz, mit dem das KIES-Amt den „Arbeitern“ ihr nicht-vorhandenes Kapital $C_i^T - C_i$ verzinst: Der KIES ersetzt hier das Kapitaleinkommen (daher der Name).

r_A wird gerade so bestimmt, daß der KIES eine Nullsumme ergibt, daß also die KIES-Zahlungen der „Kapitalisten“ voll an die „Arbeiter“ ausbezahlt werden:

$$\sum_{i=1}^N k_i = 0 \quad (1.4.5-6)$$

Es lässt sich zeigen, daß immer $r_A < r$ sein wird, so daß die KIES-Einnahmen der „Arbeiter“ die möglichen Kapitaleinnahmen nur teilweise ersetzen und somit nach wie vor ein Anreiz zur Kapitalbildung für die Arbeiter besteht.

Damit die KIES-Zahlungen nach Eingang der KIES-Erklärungen möglichst schnell erfolgen, kann das KIES-Amt bei den Parametern w und r_A auch mit Schätzungen arbeiten, die durch Extrapolation aus früheren Jahren gewonnen werden (nach Durchlauf der Einschwingphase der KIES-Einführung).

So also funktioniert der vorgeschlagene KIES-Mechanismus. Weitere Hinweise zur KIES-Anwendung finden sich in Kapitel 4.

1.4.6 KIES-Formel, grafisch

Zur Veranschaulichung zeigt Fig. 1.4-1 die durch zwei Geradengleichungen definierte KIES-Formel sowie ihr Zusammenwirken mit dem (mittleren) Kapitalprofit $p_i = r C_i$.

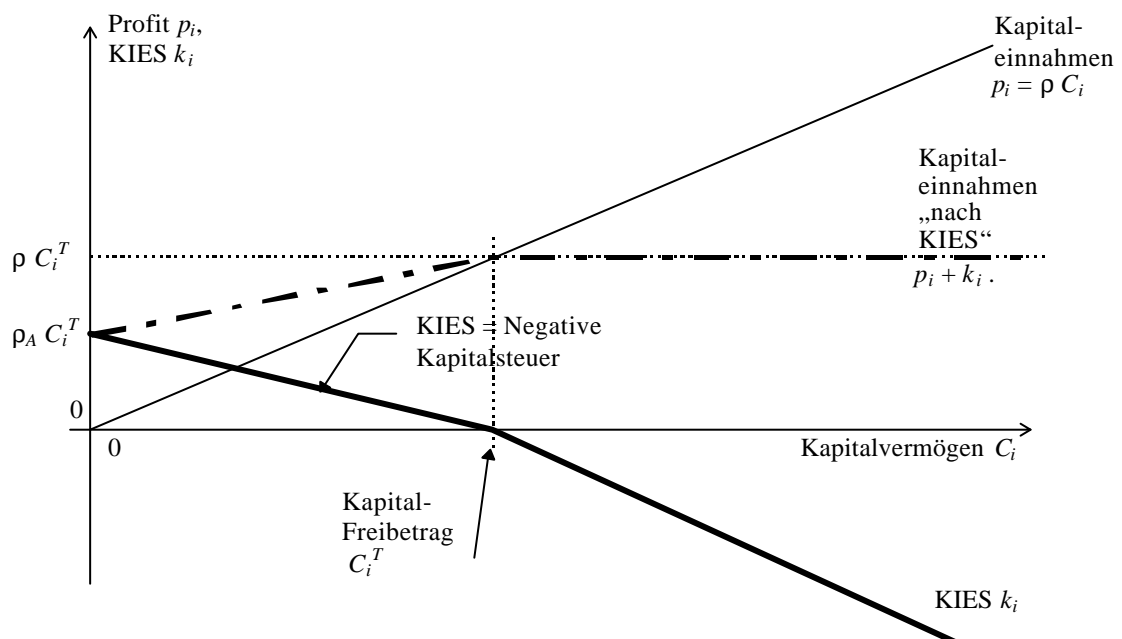


Fig. 1.4-1: Veranschaulichung der KIES-Funktion $k_i = k_i(C_i)$.

Die Funktion k_i ist die fallende, durchgezogene Kurve, die im unteren Bereich, wo $C_i < C_i^T$ ist, positiv und für $C_i > C_i^T$ negativ ist. In Form einer Steuer ausgedrückt, ist der KIES für kleine bis nicht-vorhandene Vermögen eine *Negative Kapitalsteuer*, während er für große Vermögen einer normalen, „positiven“ Vermögenssteuer gleichkommt.

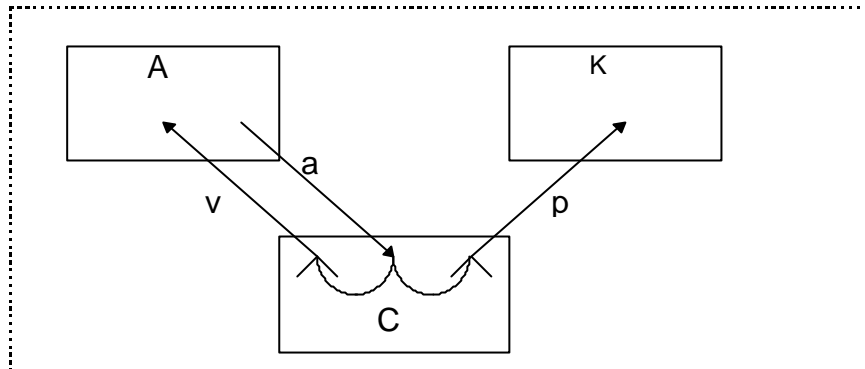
Die ansteigende, durchgezogene Gerade ist der Kapitalprofit p_i . In Summe ergeben die beiden Kurven für Kapitalprofit und KIES die strichpunktiierte Linie $p_i + k_i$. Diese Summenkurve gibt den verbleibenden Profit nach Erhalt bzw. Zahlung von KIES an. Man sieht folgende Effekte:

1. Jemand, der kein Vermögen hat, aber wegen seiner Arbeit einen Kapital-Freibetrag $C_i^T > 0$ genießt, erhält eine KIES-Zahlung $\rho_A C_i^T$.

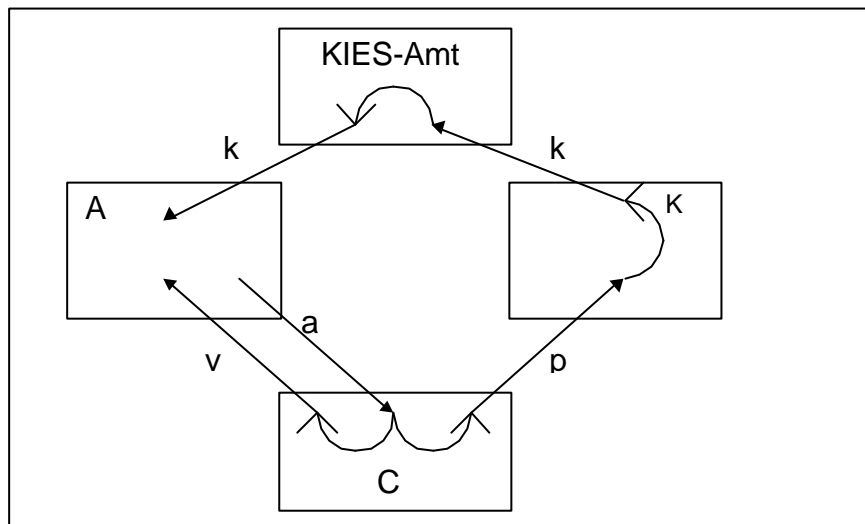
2. Jemand, bei dem das Kapitalvermögen C_i gerade mit dem Kapital-Freibetrag C_i^T übereinstimmt, behält seinen Kapitalprofit rC_i ohne Veränderung durch den KIES, denn in diesem Fall ist $k_i = 0$.
3. Für Kapitale $C_i > C_i^T$ bleibt das (mittlere) Kapitaleinkommen „nach KIES“ auf den Wert ρC_i^T eingefroren, denn dem zusätzlichen Profit $r(C_i - C_i^T)$ steht eine gleich große KIES-Zahlungspflicht an das KIES-Amt gegenüber.
4. Der KIES $k_i = r_A C_i^T$, den ein besitzloser Arbeiter erhält, ist rund halb so groß wie der Profit, den der gleiche Arbeiter erhielte, wenn er mehr Kapital hätte. Dieses Verhältnis hängt eng mit dem Parameter $I = 2$ zusammen.
5. Bei $I = 1$ wäre, wie sich zeigen lässt, $r_A = r$, so daß $p_i + k_i$ eine Konstante wäre, völlig unabhängig vom Vermögen C_i und auch von etwaigen Schulden (negativem Vermögen). Dies wäre ein Anreiz für Schuldenmachen und gegen Vermögensbildung und daher kontraproduktiv. Daher wurde in diesem Buch durchwegs $I = 2$ gewählt.

1.4.7 KIES-Wirkung, grafisch

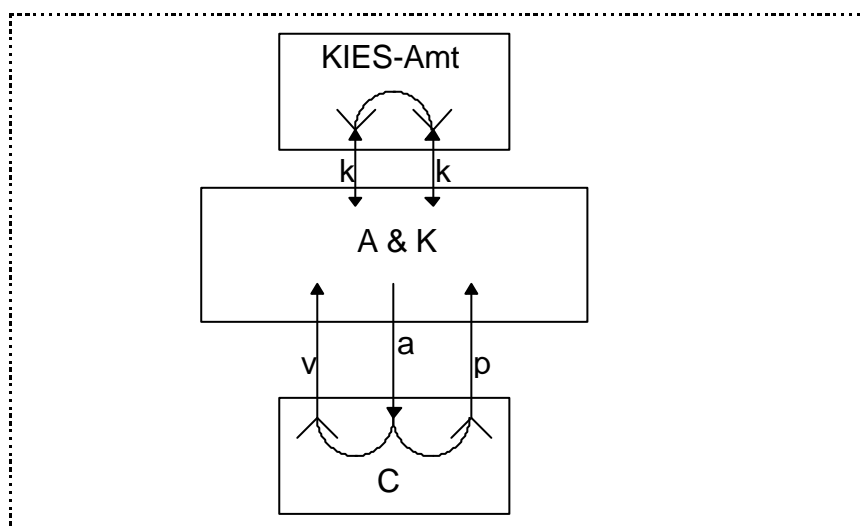
Wir können die Wirkung des KIES, die Veränderung der Wirtschaft, grafisch darstellen. Akteure der folgenden Diagramme sind: Die Arbeiter (A), die Kapitalisten (K), die Firmen (C, für Capital), und das KIES-Amt.



Phase I: Die heutige Wirtschaft (Old Economy, OE)



Phase II: Die New Economy (NE), kurz nach KIES-Einführung.



Phase III: Die NE im eingeschwungenen Zustand.

Phase I zeigt die heutige Situation: Die Arbeiter (*A*) liefern Arbeit (*a*) an die Firmen (*C*); diese zahlen Lohn *v* an die Arbeiter und Profit *p*, das Ergebnis der Mehrarbeit, an die „Kapitalisten“, bloß weil diese die Kapitalbesitzer sind. *p* ist leistungsloses Einkommen.

In *Phase II* greift das KIES-Amt ein: Es transferiert den Profit *p* als KIES *k* wieder zurück zu den Arbeitern, wo er hingehört. Nur wenn die Kapitalisten arbeiten, dürfen sie einen Teil des Profits behalten.

In *Phase III* gibt es keine Trennung zwischen *A* und *K* mehr: Alle Leute sind Arbeiter und Kapitalbesitzer gleichzeitig und kommen daher voll auf ihre Kosten. Das KIES-Amt muss nur noch als „Kleinsignalregler“ sanft nachregeln.

Soviel zur Vorrede. Gleich geht es weiter mit etwas mehr Theorie (ab Kapitel 2). – Zuvor aber noch das Kondensat der Gedanken dieses Buches, zusammengefaßt in 14 Thesen.

1.5 14 Thesen zur Wirtschaft

Diese Thesen wurden konzipiert als Flugblatt im September 1998, aber bisher nur im Freundeskreis verteilt. Die Thesen fassen die Analyse von Soll- und Ist-Zustand der Wirtschaft und den entsprechenden Verbesserungsvorschlag in knapper Form zusammen.

A) Kernthesen:

1. *Das Ziel:*
Die Wirtschaft hat den Bedürfnissen der Menschen zu dienen. Sie darf kein Selbstzweck sein.
2. *Ist-Zustand:*
Die heutige Wirtschaft ist zum Selbstzweck geworden. Sie dient den Bedürfnissen der Menschen nur bedingt, nämlich nur soweit das den Zielen der Wirtschaft nützt.
3. *Der Grund*
Der Grund dafür, dass die Wirtschaft sich gegenüber den Menschen verselbständigt hat, ist die **unausgeglichene Kapitalverteilung**. Wenn es dagegen gelingt, das Kapital in die Verfügung der Mehrheit der Menschen überzuführen, wird die Wirtschaft demokratisiert sein und tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen dienen.
4. *Das Mittel:*
Ein wirksames Mittel zur Erreichung und Bewahrung des Ziels einer ausgeglichenen Kapitalverteilung ist eine **Kapitalsteuer mit Freibetrag**, die für Besitzer großer Kapitalmengen "positiv" ist, während sie für wenig Vermögende "negativ" ist, d.h. eine Einkommenszuzahlung darstellt. Die "*Negative Kapitalsteuer*" für Leute mit geringem Vermögen kann auch als "**Vermögenswirksame Leistung**" in großem Stil verstanden werden. Diese steuerliche Umverteilungsmaßnahme ist für die Demokratisierung der Wirtschaft dringend notwendig.
5. *Der Weg*
Die notwendige und voraussichtlich auch hinreichende Voraussetzung für die erfolgreiche Demokratisierung der Wirtschaft ist eine allgemeine Bewußtseinsbildung über diese wirtschaftlichen Zusammenhänge.

B) Erläuterungen:

6. Die Ziele der heutigen Weltwirtschaft sind (auch wenn das nicht immer deutlich ausgesprochen wird): Erstens, maximales Wachstum des Kapitals; zweitens (als Mittel

zum Erreichen des ersten Ziels), maximales Wachstum der Produktivität. Maximales Wachstum von Kapital und Produktivität aber bedeutet, dass das Wirtschaftssystem die Menschen dazu zwingt, a) maximal viel zu arbeiten und b) nur relativ wenig von den geschaffenen Werten zu verbrauchen, damit die Differenz zwischen Wertschöpfung und konsumtivem Verbrauch möglichst groß wird. Diese Differenz ist nämlich exakt das, was gespart, d.h. in Neuinvestitionen umgesetzt wird, und darauf kommt es der jetzigen Wirtschaft an.

7. Die Bedürfnisse der Menschen dagegen sind: a) Gesundheit, Glück und ein langes Leben; b) Wohlstand und eine ordentliche Gebrauchsgütervielfalt; c) eine ansehnliche Menge Freizeit; d) Fortschritt mit Augenmaß und mit Rücksicht auf die Natur; e) Erfolg im Beruf wie im Privaten; f) geistig-seelische Bedürfnisse: Ruhe oder Geselligkeit, Geborgenheit, Erkenntnis, Ruhm usw. Eine vereinfachte Formel für diese Bedürfnisse ist: Der Mensch wünscht, dass das Reich der Freiheit groß und das Reich der Notwendigkeit minimal sei.
8. Die Ansprüche der Wirtschaft stehen in Konflikt mit diesen Bedürfnissen der Menschen: Da es der Wirtschaft um Wachstum geht, wird jeder Mensch im Wirtschaftsleben daran gemessen, wie nützlich er für das Wachstum ist. Das heißt vor allem: Jeder muß deutlich mehr an Wertschöpfung erbringen, als er selber ausbezahlt bekommt und verbraucht. Die Schaffung von "Mehrwert" - so wird die Differenz zwischen geleisteter und ausbezahlter Wertschöpfung traditionell genannt - ist die Bedingung dafür, dass jemand einen Arbeitsplatz bekommt. Wer also nur gerade soviel leistet, wie er und seine Familie verbrauchen, ist für die Wirtschaft uninteressant. Das ist die bleibende Ursache für den Leistungsdruck einerseits und die beständige Arbeitslosigkeit andererseits.
9. Das Subjekt und der Bestimmer der Richtung der heutigen Wirtschaft ist das Kapital. Das Kapital ist eigentlich nur eine Ansammlung von Gegenständen, die wie ein Katalysator den Wirtschaftsprozeß beschleunigen oder erst ermöglichen. Beispiele für Kapital sind: Der Boden (naturegegebenes Kapital); Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge etc. (erarbeitetes Kapital, gespeicherte Arbeit); Wissen, Können und Know-How, das in Büchern, Datenbanken oder in den Köpfen der Menschen gespeichert ist (meistens durch Forschung bzw. Ausbildung erarbeitetes Kapital).
10. Wieso kann das Kapital zum Bestimmer der Wirtschaft werden? Dies konnte dadurch geschehen, dass das Kapital sich in Händen relativ weniger Menschen zusammengeballt hat. Diese kleine Bevölkerungsschicht unterliegt nicht den oben genannten Ansprüchen der Wirtschaft an die Arbeitenden, sondern nimmt selber den Standpunkt des Kapitals ein und wird zu seinem Sprecher und lebendigen Vertreter. Da die riesigen Kapitalprofite, die diese Leute erzielen, den Konsumbedarf für ein luxuriöses Leben weit übersteigen, führt diese Gruppe die Profite zum Großteil der Wiederanlage in Neuinvestitionen zu. Dies ist die Ursache des Wachstumszwangs der heutigen Wirtschaft.
11. Warum macht die Mehrheit der Bevölkerung diesen bedürfnisfeindlichen Wirtschaftskurs mit? Die Erklärung ist, daß die Menschen von dieser Wirtschaft abhängig sind. Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, trifft es als erstes diejenige Bevölkerungsmehrheit, die kein Vermögen hat und daher auf ihr monatliches Arbeitseinkommen dringend angewiesen ist. Daher haben die Leute notgedrungen großes Verständnis für die maßlosen Ansprüche der Wirtschaft an ihre Leistungskraft und Opferbereitschaft.
12. **Der Ausweg:**
Der Ausweg ist, nach dem oben Dargelegten, dass das Kapitalvermögen der Gesellschaft nicht mehr in wenigen Händen konzentriert bleibt, sondern in die Verfügung der breiten Bevölkerung übergeht. Dann ist erstens die Bevölkerung weit weniger anhängig von täglicher Erwerbsarbeit, da sie auf Kapitaleinkommen zurückgreifen kann. Zweitens wird die Wirtschaft demokratisiert, da jeder Mensch durch seinen Kapitalanteil

ein Mitspracherecht in der Wirtschaft bekommt. Da nun die Kapitalprofite nicht mehr nur denen zugute kommen, die sowieso schon Spitzenvermögende sind, sondern den Durchschnittsverdienern, werden die Profite nicht mehr automatisch gespart, sondern zusammen mit den Arbeitseinkommen dem Konsum zugeführt. Der Zwang zum Wachstum der Wirtschaft verschwindet daher. Der Fortschritt kann nun mit Augenmaß und ohne Zeitdruck stattfinden. Die Natur und die Menschen können aufatmen.

Anmerkung: In dieser zerlegten Form ist das Privatkapital, auch das an Grund und Boden, nichts Schlimmes mehr, das im Sinne der Sozialisten bekämpft werden müßte - im Gegenteil, es ist dann harmlos und sogar nützlich für den Wohlstand und die individuelle Freiheit der Menschen. Übrigens können die Leute ihre Einzelkapitale wie bisher jederzeit demokratisch bündeln, um große Unternehmungen, z.B. Aktiengesellschaften, zu finanzieren.

13. Diese ausgeglichene Kapitalverteilung braucht etwas Hilfestellung durch die politische Instanz der Gesellschaft, also bis auf weiteres durch den Staat. Denn da die sich selbst überlassene Freie Marktwirtschaft die Tendenz zur Kapitalzusammenballung in wenigen Händen hat, ist ein "Regler" notwendig, der dieser Tendenz entgegenwirkt. **Dieser Regler soll die "Negative Kapitalsteuer" sein**, d.h. eine aufkommensneutrale Steuer, die die Großkapitalbesitzer zu zahlen haben und die an die weniger Vermögenden ausbezahlt wird, wobei noch die persönliche Arbeitsleistung als zusätzliches Kriterium für den Anspruch auf Steuerauszahlung dienen kann. Diese Steuer würde quasi den "Mehrwert", den die Arbeitenden im Wirtschaftsprozeß an das Kapital leisten, wieder zu den Arbeitenden zurückführen, und kann für den Einzelnen eine Einkommenserhöhung nach Steuer um 100% und mehr bedeuten. - Diese Kapitalsteuer ist im Prinzip jederzeit realisierbar, sobald nur eine Mehrheit der Bevölkerung von ihrem Nutzen überzeugt ist.
14. Wegen der Freizügigkeit des Kapitals über die Ländergrenzen hinweg ist allerdings eine solche Demokratisierung der Marktwirtschaft im nationalen Alleingang nicht anzuraten. Daher muß vor der Tat das Wort stehen, also eine internationale Aufklärung der Menschen über den Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und den Weg zur Befreiung. Sobald die Menschen dann wissen, was sie wollen, ist die Umsetzung des Demokratisierungsprogramms nur noch eine Frage der gestaltenden Organisation.

2 Marktwirtschaft bisher

2.1 Der Markt

Wir betrachten einen Markt für Waren und Dienstleistungen, im folgenden allgemein als Waren bezeichnet. (Dienstleistungen sind Waren, bei denen der Zeitpunkt der Herstellung mit dem Konsum zusammenfällt.)

Auf dem Markt werden Waren $[W_i, i = 1 \dots N_w]$ getauscht. Dabei stellt W_i jeweils eine Einheit dar, z.B.

$W_1 = 1$ Liter Milch

$W_2 = 1$ Fahrrad

$W_3 = 1$ Haus

(B1)

Also $2 W_1 = 2$ Liter Milch, usw.

Jede Ware wird von ihrem Warenbesitzer angeboten. Jeder Warenbesitzer versucht, auf dem Markt seine angebotene Ware W_i gegen andere Waren W_j , die er benötigt, einzutauschen, und zwar zu einem möglichst guten Tauschverhältnis p_{ji} . Die Zahl p_{ji} gibt an, daß man für eine Einheit der Ware W_j eine Menge p_{ji} der Ware W_i hergeben muss. D.h. W_j entspricht $p_{ji} \cdot W_i$, in Zeichen:

$$W_j \hat{=} p_{ji} \cdot W_i \quad (2.1-1)$$

p_{ji} ist quasi der Preis der Ware W_j , wenn man mit W_i bezahlt. Z.B. 1 Fahrrad entspricht 200 mal 1 Liter Milch, in Zeichen:

$$W_2 \hat{=} p_{2,1} \cdot W_1 \quad (B2)$$

mit $p_{2,1} = 200$

und W_1, W_2 aus obigem Beispiel B1.

Diese Tauschverhältnisse p_{ji} ergeben sich durch Angebot und Nachfrage. Wenn die Nachfrage nach der Ware W_j das Angebot überwiegt, wird p_{ji} steigen, falls aber das Angebot überwiegt, wird p_{ji} fallen. Welchen Wert nimmt aber p_{ji} ein, wenn Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind? Wird sich, im vorigen Beispiel, der „Preis“ von 1 Fahrrad bei 200 Liter Milch oder 1 L Milch oder 10000 L Milch einpendeln? Wir kommen darauf zurück.

Bisher ist Tauschwirtschaft angenommen. D.h. praktisch, jede Ware W_j hat viele verschiedene „Preise“ p_{ji} , je nachdem, mit welcher Ware W_i sie bezahlt wird. Z.B. wenn ein Fahrrad mit einem Anteil an einem Haus bezahlt wird, gilt vielleicht

$$1 \text{ Fahrrad} \hat{=} 0,001 \text{ Häuser.} \quad (B3)$$

Im Prinzip ist somit jede Ware W_i mit jeder Ware W_j tauschbar, d.h. es existieren alle $[p_{ji}, j, i = 1 \dots N_w]$.

Von einem vernünftigen Markt kann man nun gewisse triviale Eigenschaften erwarten, nämlich *Reziprozität* und *Transitivität*.

Reziprozität heißt, daß die Tauschverhältnisse „invertierbar“ sind, d.h.

$$p_{ij} = 1 / p_{ji} \quad (2.1-2)$$

Also wenn

$$W_j \hat{=} p_{ji} \cdot W_i$$

dann gilt auch:

$$W_i \hat{=} p_{ij} W_j = \frac{1}{p_{ji}} W_j \quad (2.1-3)$$

Also wenn 1 Fahrrad 200 l Milch wert ist, dann ist 1 l Milch gleich 1/200 Fahrrad wert. - Oder ein etwas realistischeres Beispiel aus dem Devisenhandel: Wenn man für 100 DEM 700 ATS erhält, dann erhält man für 100 ATS ziemlich genau 14,29 DEM, nämlich $\frac{100}{7}$ DEM. (Daß die

Banken für diese Transaktion eine Gebühr kassieren, indem sie nicht ganz den gleichen Kurs für Hin und Zurück anwenden, ändert nichts am Prinzip.)

Die *Transitivität* folgt dem mathematischen Vorbild, daß, wenn $a = b$ und $b = c$, dann auch $a = c$ gilt. Beim Tausch ist das Analogon: Wenn

$$W_j \hat{=} p_{ji} \cdot W_i \text{ und } W_k \hat{=} p_{kj} \cdot W_j$$

dann gilt:

$$W_k \hat{=} p_{kj} \cdot p_{ji} W_i$$

also

$$p_{ki} = p_{kj} \cdot p_{ji} \quad (2.1-4)$$

Z.B. wenn

- 1 Haus $\hat{=} 1000$ Fahrräder und
- 1 Fahrrad $\hat{=} 200$ l Milch,

dann gilt

$$1 \text{ Haus } \hat{=} 1000 \cdot 200 \text{ l Milch} = 200\,000 \text{ l Milch.}$$

Diese beiden Eigenschaften der Tauschverhältnisse p_{ji} , also *Reziprozität* und *Transitivität*, ergeben sich bei einem freien Markt durch die Aktivität der Marktteilnehmer. Denn wenn irgendwo eine Inkonsistenz herrscht, z.B.

$$p_{ki} > p_{kj} \cdot p_{ji} \quad (B4)$$

dann könnte ein Händler durch Tausch der Ware W_i in W_j und nachfolgend W_j in W_k mehr Ware erhalten als bei direktem Tausch von W_i in W_k . Falls dann womöglich noch gilt: $p_{ik} \leq 1/p_{ki}$, dann kann er W_k wieder in den Ausgangspunkt W_i verwandeln unter Erzielung eines Gewinns, der nur aus der Inkonsistenz der Marktverhältnisse entspringt. Es ist klar, daß solch eine Gelegenheit für „Schnäppchen“ nicht lange anhält, denn die übrigen Marktteilnehmer werden diese Leckstelle der Zirkulation schleunigst verschließen, indem die die Konsistenz wiederherstellen.

Wir können also annehmen, daß in einem freien Markt die Gesetze der Reziprozität und der Transitivität nach Gl. (2.1-2) und (2.1-4) herrschen.

Aber was heißt das für die Preise der Waren? Es heißt, daß praktisch die Matrix $[p_{ij}]$ der Preise zusammenfällt in einen Vektor oder eine Preisliste $[p_i]$, wo jede Ware W_i nur noch einen einzigen Preis hat. Hierzu müssen sich die Marktteilnehmer nur auf eine beliebige Ware W_0 einigen, die fortan als Wertmaßstab gilt. Denn wegen der Transitivität der Tauschverhältnisse p_{ji} gilt:

$$p_{ji} = p_{j0} \cdot p_{0i} \quad (2.1-5)$$

wobei p_{j0} der Preis der Ware W_j , bezogen auf die besondere Ware W_0 , ist, und p_{0i} ist der Preis von W_0 , gerechnet in W_i .

Wegen der Reziprozität (2.1-2) gilt zudem:

$$p_{0i} = 1 / p_{i0} \quad (2.1-6)$$

so daß sich letztlich alle Tauschverhältnisse p_{ji} ausdrücken lassen durch die „Preise“ p_{j0} und p_{i0} der betreffenden Waren:

$$p_{ji} = p_{j0} / p_{i0} \quad (2.1-7)$$

Beispiel: Falls als Ware W_0 gerade 1 l Milch gewählt würde, könnte man aus dem Preis von 1 Fahrrad \triangleq 200 l Milch und 1 Haus \triangleq 200 000 l Milch das Tauschverhältnis zwischen 1 Fahrrad und 1 Haus mit $200 : 200\,000 = 1:1000$ ermitteln (1 Haus \triangleq 1000 Fahrräder).

Wir brauchen fortan also nur noch die Preise

$$p_i := p_{i0} \quad (2.1-8)$$

aller Waren, bezogen auf die ausgezeichnete Ware W_0 . Alle Tauschverhältnisse ergeben sich dann nach Gl. (2.1-7): $p_{ji} = p_j / p_i$.

Der aufmerksame Leser wird bereits gemerkt haben, um welche Ware W_0 es sich hier handelt: Es ist die Geldware oder schlicht das Geld.

Wir können nun auch das „entspricht“ aus der Gl. (2.1-1) etwas exakter formulieren:

$$W_j \triangleq p_{ji} \cdot W_i$$

heißt nun: Ein Stück der Ware W_j hat denselben Tauschwert wie ein Quantum p_{ji} von Einheiten der Ware W_i , wobei das Quantum p_{ji} bestimmt wird durch die in Geld ausgedrückten Preise p_j und p_i , und zwar gemäß der Gleichung $p_{ji} = p_j / p_i$.

Die Geldware W_0 dient somit als Wertmaßstab für die Tauschvorgänge, und dies sogar dann, wenn zwei Warensorten direkt gegeneinander getauscht werden ohne Zwischenkunft des Geldes.

Bei einem entwickelten Markt löst sich dann der Tauschvorgang Ware→Ware auf in den Verkauf (Ware→Geld) und den Kauf (Geld→Ware), so daß neben der Warencirkulation der Geldumlauf entsteht und der Erwerb von Geld schließlich die Grundbedingung für den Markteintritt wird.

Nun weiß jeder, daß Milch sich als Geld nicht besonders eignet. Eher schon Zigaretten, wie z.B. die bekannte Zigarettenwährung 1945 in Deutschland. An das Geld stellt man ja bestimmte Anforderungen - es soll sein:

- wertbeständig
- haltbar
- teilbar
- beweglich, transportabel
- der Wert soll leicht feststellbar sein (z.B. durch eine Waage oder anhand der Aufschrift)
- auch bei großen Beträgen noch handhabbar.

Wie bekannt, haben sich daher Edelmetalle, besonders Goldmünzen, Nuggets, Goldbarren etc. als brauchbares Geld erwiesen.

Aber auch Gold (bzw. Silber oder Kupfer) hat noch seine Nachteile:

- Die Münzen nutzen sich ab, mit entsprechendem Wertverlust;
- der Wert des Goldes kann unerwartet fallen, wenn z.B. ein Staat seine Goldreserven auf den Markt wirft, um Schulden zu bezahlen.
- Vor allem: Es ist eigentlich Verschwendung, wertvolles Gold, das mühsam aus der Erde gewonnen wurde und das für praktische Zwecke wie Schmuck und Zahnfüllungen verwendbar ist, nur als Werttransportmittel für die Warenzirkulation einzusetzen.

Daher wurde das heutige „Kreditgeld“ erfunden. Es entstand ursprünglich im Mittelalter dadurch, daß Händler ihr Gold bei einem Goldschmied oder einer Bank hinterlegten gegen eine Quittung oder einen Schuldschein. Diese Zettel konnten dann anstelle des Goldes als Geld verwendet werden, wobei keine Abnützungsfahrer mehr bestand.

Heutzutage gibt der Staat das Geld heraus. Es ist an sich wertloses Papier bzw. Blech. Es wird nur dadurch „künstlich“ wertvoll gemacht, daß einerseits der Staat es als ein „knappes“ Gut handhabt und daß es andererseits den Gebrauchswert hat, daß es gesetzliches Zahlungsmittel ist, mit dem man alles kaufen kann, was es auf dem Markt gibt. Das Papiergeld erhält seinen Wert dadurch, daß

- es erstens bei Strafe verboten ist, das Geld nachzumachen;
- es somit in der Regel harter Arbeit (also Wertschöpfung) bedarf, um an das Geld zu kommen, gerade so, als wenn es Edelmetall wäre, und
- zweitens ohne Geld praktisch keine Geschäfte zu tätigen sind und nichts zu kaufen ist und somit das Überleben in der Marktwirtschaft nicht möglich ist (Gebrauchswert des Geldes).

(Weitere Erläuterungen zum Thema Staat und Geld finden sich in [GSP], Heft 4-97.)

Der nächste Abschnitt behandelt die Frage, wie die Preise p_i sich bilden, bzw. was den „Wert“ bestimmt.

2.2 Wertgesetz: Geld ist Zeit

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, wie aus der Tauschwirtschaft eine Geldwirtschaft entsteht, so daß alle Waren W_i einen Preis p_i haben. Aber woraus sich die Höhe der Preise ergibt, ist noch unbestimmt.

Es wird sich zeigen, daß die Preise verschieden sind, je nachdem, ob bereits „das Kapital“ auf den Plan getreten ist oder nicht. Es ist für das Verständnis sinnvoll, zunächst den Markt ohne diese Einwirkung zu betrachten. Die Veränderungen aufgrund des Kapitals mitsamt Rendite, Lohnarbeit, Mehrwert folgen in Abschnitt 2.3 ff.

2.2.1 Wertschöpfung durch Arbeit

Betrachten wir den einfachsten Fall: Es werden nur Konsumgüter produziert, also noch keine Produktionsmittel. Die Ausgangsmaterialien sowie Werkzeuge für die Konsumgüterherstellung sind von Natur aus, kostenlos, vorhanden. (Diesen Zustand gab es wohl tatsächlich einmal ganz am Anfang der ökonomischen Entwicklung der Menschheit.)

Wir setzen aber bereits das Vorhandensein von Geld voraus, egal ob dies bereits das moderne Kreditgeld oder eine Primitivform ist - wie z.B. die Perlen oder Muscheln bestimmter Urgesellschaften.

Was ist das Ziel jedes Marktteilnehmers? Es ist dies zweierlei:

- Erstens: Für die eigene Ware, das eigene Produkt, möglichst viel Geld zu bekommen (*guter Verkauf*).
- Zweitens: Für das Geld möglichst günstig die benötigten Produkte anderer Marktteilnehmer zu erwerben (*günstiger Kauf*).

Wenn wir nun noch einen Schritt zurückgehen, zum Produktionsprozess, kommt ein drittes Ziel dazu:

- Drittens: Die zum Verkauf bestimmten Produkte möglichst effizient, mit wenig Aufwand, herzustellen (*das Richtige günstig herstellen*).

Diese Ziele lassen sich kurz zusammenfassen in dem Ziel:

- Mit gegebenem Arbeitseinsatz möglichst viele der von einem selbst benötigten oder gewünschten Produkte der anderen Marktteilnehmer zu erwerben, bzw. die nötigen Produkte der anderen mit minimalem Arbeitseinsatz zu bekommen. Kurz: Das Verhältnis Nutzen zu Kosten zu maximieren.

Da nun aber die Möglichkeit des Erwerbs fremder Produkte auf dem Markt direkt bestimmt ist durch die Menge Geld, die man zur Verfügung hat, ist das Ziel jedes einzelnen, kurz gesagt:

- Die eigene Arbeit soll möglichst gut bezahlt werden (indem man das Richtige günstig herstellt und gut verkauft).

Jeder Marktteilnehmer wird sich also diejenige Arbeit wählen, denjenigen Job ergreifen, dasjenige Produkt herstellen, wo seine Arbeit am besten bezahlt wird.

Wann ist bei diesem Markt ein stabiler, dauerhafter Zustand erreicht? Wenn jede Arbeit gleich gut bezahlt ist. Es gilt das

Prinzip der gleich gut bezahlten Arbeit.

Denn wenn ein Mensch, der eine Ware W_i herstellt und verkauft, feststellt, daß er bei Herstellung und Verkauf einer anderen Warenart W_j mehr Geld pro eingesetzter Arbeit erhalten kann, wird er schleunigst diese Verbesserung durchführen und den Job wechseln.

Sei a_j die Arbeitszeit, die ein Produzent für die Herstellung der Ware W_j aufwendet. Sei p_j der Preis, den er für die Ware W_j auf dem Markt erzielt. Dann ist offenbar

$$l_i = p_i / a_i \tag{2.2-1}$$

der Stundenlohn, den er erzielt.

Durch die Marktgesetze wird sich unweigerlich ein gleicher Stundenlohn für alle Personen mit gleicher Geschicklichkeit einstellen. Denn wenn z.B. die Bäcker durch Herstellung und Verkauf von Brot systematisch einen besseren Arbeitslohn erzielen könnten als die Milchbauern durch Produktion und Verkauf von Milch, würden die Bauern oder spätestens die

Bauernkinder sich fragen, warum sie sich noch mit der Landwirtschaft ablagen sollen, und würden die besser bezahlte Tätigkeit ergreifen.

Das Ergebnis ist, daß das Verhältnis von Preisen zu dem in der Ware steckenden Arbeitsaufwand näherungsweise konstant ist, nämlich gleich dem typischen Stundenlohn $l_i = l_0$. Also:

$$p_i = a_i \cdot l_0 \quad \text{für alle Waren } W_i . \quad (2.2-2)$$

An dieser Stelle macht es Sinn, den **Wert** der Waren einzuführen. Der Wert w_j einer Ware W_j ist offenbar, nach den vorigen Überlegungen, die in der Ware enthaltene Arbeitsmenge a_j . Diese wird im Wesentlichen durch die Arbeitszeit gemessen. (Gewisse Zuschläge für erschwerende Umstände wie Nacharbeit, Wochenendarbeit, besonders intensive Arbeit oder auch eine Gefahrenzulage können wir im Moment außer acht lassen.)

Z.B. könnten, entsprechend der auf die Wareneinheit verteilten nötigen Arbeitszeit, folgende Werte gelten:

$$\begin{aligned} w_1 = \text{Wert}(W_1) = \text{Wert}(1 \text{ l Milch}) &= 1 \text{ Arbeitsminute;} \\ w_2 = \text{Wert}(W_2) = \text{Wert}(1 \text{ Fahrrad}) &= 200 \text{ Arbeitsminuten;} \\ w_3 = \text{Wert}(W_3) = \text{Wert}(1 \text{ Haus}) &= 200\,000 \text{ Arbeitsminuten} \\ &= 417 \text{ Arbeitstage von je 8 h Arbeit.} \end{aligned}$$

Die Preise sind dann, wenn sich tatsächlich ein konstanter Stundenlohn für alle Branchen (Landwirtschaft, Bauwesen, Metallindustrie, Dienstleistungen etc.) herausgebildet hat, proportional dem Warenwert.

Besonders einfach wird die Darstellung, wenn wir „ideales Geld“ zugrundelegen, nämlich Geld, das ohne jegliche Inflation immer den Wert, also die Arbeitszeit, repräsentiert. Sagen wir also:

$$W_0 = 1 \text{ CU} = 1 \text{ Arbeitsminute} \quad (2.2-3)$$

Also die Währungseinheit (*Currency Unit*, CU) entspricht einer Arbeitsminute, was auch immer geschehe.

Dann ist nämlich der Preis der Ware gleich ihrem Wert, mit Umrechnungsfaktor 1:

$$p_i = w_i \quad (2.2-4)$$

Z.B. $w_1 = 1 \text{ CU}$
 $w_2 = 200 \text{ CU}$
 usw.

Bisher wurde unterstellt, daß alle Produzenten gleich schnell arbeiten. In der Realität gibt es natürlich Unterschiede. Diese können allerdings auf den „Wert“ einer Ware keinen Einfluß haben, denn auf dem Markt bestimmen diejenigen Produzenten den Wert, die relativ am schnellsten arbeiten.

Definition: Der **Wert** w_j einer Ware W_j ist gleich der in dieser Gesellschaft, beim gegenwärtigen Stand der Technik, maximal notwendigen Arbeitszeit a_j zur Herstellung der Ware, wobei das Maximum gebildet wird über diejenigen Produzenten, die am schnellsten arbeiten und die in ihrer Gesamtheit die vorhandene Nachfrage nach der Warenart befriedigen

können. Oder knapper: Der Wert der Ware ist gleich der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung dieser Ware.

Der Wert ist also bestimmt durch den langsamsten Produzenten der Ware W_i , der gerade noch in der Lage ist, seine Ware zu einem Preis p_i loszuschlagen, der ihm den in der Gesellschaft üblichen Mindeststundenlohn l_0 einbringt. Alle anderen, schnelleren Produzenten verkaufen dann die Ware W_i natürlich zu demselben Preis (denn der Markt gibt es ja her) und machen damit ein Extrageschäft, da sie die Ware über ihrem individuellen Wert verkaufen können, der durch ihre individuelle, kürzere Herstellungszeit gegeben ist: Sie haben einen höheren persönlichen Stundenlohn.

2.2.2 Wert-Weitergabe

An diesen Ergebnissen ändert sich auch nichts, wenn wir nun die Produktionsmittelherstellung mit einbeziehen, d.h. wenn einige Waren W_i nicht Konsummittel, sondern Produktionsmittel sind. Denn hierbei wird einfach in der Produktion der Wert der Produktionsmittel auf das Produktionsergebnis, also die Konsummittel (oder wiederum Produktionsmittel) übertragen.

Wenn z.B. ein Bäcker für 1 Brot Rohstoffe und Hilfsstoffe (z.B. Mehl, Heizenergie) im Wert von 1 CU verwendet und er selbst setzt seinerseits 1 Minute Arbeit pro Brotlaib hinzu, also einen Wert von 1 CU (gemessen mit „Idealgeld“), dann wird er es natürlich für mindestens 2 CU verkaufen wollen. Der Markt (die Konkurrenz der anderen Bäcker) wird ihn zwingen, die Grenze von 2 CU ziemlich genau einzuhalten. Das Ergebnis ist dasselbe, als hätte ein kombinierter Bauer-Müller-Bäcker gleich alles alleine gemacht, also Brot von Null an mittels 2 Arbeitsminuten angefertigt.

Die gleiche Wert-Weitergabe gilt auch für längerfristige Einrichtungen (Gebäude, Backofen etc.), die ihren Wert im Laufe ihrer Lebensdauer Stück für Stück an die Produkte übertragen, bis sie vollständig „abgeschrieben“ sind und erneuert werden müssen.

Selbstverständlich wird der Markt jede Arbeitsteilung honorieren, durch welche die Gesamtarbeitszeit zur Produktherstellung abnimmt. Also wenn die Nachfrage nach Backwaren groß genug ist, rentiert sich die Spezialisierung einer Gruppe von mahelnden und backenden Bauern in die drei Untergruppen Bauern, Müller und Bäcker, denn durch die Spezialisierung nimmt die Gesamtarbeit zur Brotherstellung und damit der Brotpreis - aber natürlich auch der *Wert* des Brotes (!) - in der Regel ab.

2.2.3 Unterscheidung Wert - Gebrauchswert

Hier muß klargestellt werden, daß der *Wert* einer Ware W_i nicht mit ihrem *Gebrauchswert* verwechselt werden darf. Der Gebrauchswert (G-Wert) ist nichts anderes als die Menge aller nützlichen Eigenschaften der Ware W_i , also z.B. ihr Gewicht, ihr Geschmack, ihre Geschwindigkeit, ihre Qualität, ihre Haltbarkeit, ihre Menge, ihre Zuverlässigkeit - alles worauf es jeweils ankommen mag. Während der Wert nur eine einzige Zahl ist (ähnlich dem Preis), ist der G-Wert eine ganze Liste von Eigenschaften oder ein Set oder ein Vektor, mathematisch ausgedrückt.

So kann der G-Wert eines Brotes sogar zunehmen, während der Wert abnimmt.

2.2.4 Zusammenfassung

Dies war nun die Darstellung des Marktes noch ohne Einwirkung des Kapitals mit seinen Renditeforderungen. Hier nochmals die wichtigsten Statements, diesen Markt betreffend.

1. Der *Wert* der Waren ist definiert durch die in den Waren enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeit.
2. Die *Preise* der Waren pendeln tendenziell um diesen Wert herum, wobei *Nachfrage und Angebot* die Mechanismen sind, die den Ausgleich bewirken.
3. Jeder Marktteilnehmer erhält daher durch Verkauf seiner Ware W_i und Kauf der Waren $W_j, W_k \dots$ Waren, in denen tendenziell die *gleiche Menge Arbeit* steckt, die er selber aufgewendet hat.
4. Es gilt somit das *Leistungsprinzip*, demgemäß das Einkommen der Menschen proportional (genauer: 100% gleich) ihrer Arbeitsleistung sein sollte.
5. Der Markt fördert eine *Arbeitsteilung*, die die Gesamtarbeit zur Herstellung der nützlichen Güter minimiert.
6. Jede(r) kann *frei* entscheiden, *wieviel* oder wie wenig sie/er arbeitet. Sie/er erzielt in jedem Fall das ihrer/seiner Leistung entsprechende Einkommen *ohne Abstriche*.
7. Das Ganze setzt voraus die *Freiheit* der Preisgestaltung, Freiheit bei Kauf und Verkauf, freie Berufswahl. Diese Freiheit wird nur eingeschränkt durch die Marktgegebenheiten; z.B. muß das Arbeitsergebnis einen am Markt vorhandenen Bedarf, d.h. ein zahlungsfähiges Bedürfnis anderer Marktteilnehmer, erfüllen.
8. Irgendeine „*Ausbeutung*“ eines Menschen durch einen anderen findet hier offenbar *nicht* statt.

Wir wollen sehen, ob das so bleibt, wenn „das Kapital“ ins Spiel kommt.

2.3 Mehrwert, unbezahlte Arbeit

2.3.1 Arbeitgeber, Arbeitnehmer

Wir wollen nun den Produktions- und Zirkulationsprozeß näher betrachten. Das ist die Zeit zwischen dem Beginn der Arbeit für eine Ware und ihrem Konsum-Zeitpunkt.

Bei Dienstleistungen kann diese Zeit quasi nicht vorhanden sein, z.B. bei einem Frisör sind direkt nach der Dienstleistung die Haare geschnitten, was das gewünschte "Produktionsergebnis" ist; ein Kellner führt seine Arbeit für die Kundschaft unmittelbar während des Konsums der Mahlzeit durch den Kunden aus.

Bei anderen Waren kann aber zwischen der Arbeitsleistung und dem Genuß der Ware ein Zeitraum von bis zu mehreren Jahren vergehen. Ein Bauer muß nach dem Pflügen und Säen mehrere Wochen oder Monate auf die Ernte warten. Ein Maurer oder eine Baufirma erstellen ein Haus, dessen "Konsum" sich über mehrere Jahrzehnte verteilt. Von der Planung bis zu Fertigung und Verkauf eines neuen technischen Produkts können ebenfalls Monate oder Jahre vergehen. Ein zwölf Jahre alter Whiskey braucht eben diese Zeit der Reife bis zum Genuß.

In allen diesen Fällen muß also Arbeit geleistet oder es müssen Rohstoffe eingekauft werden, lange bevor die Ware einen Nutzen einbringt. Irgend jemand muß hier also Vorleistungen erbringen für den Zeitraum zwischen Arbeitsbeginn und Verbrauch. Dies ist ein ökonomisches Naturgesetz, das in jeder entwickelten Wirtschaft gilt. Die Frage, worin sich verschiedene Wirtschaftsformen unterscheiden mögen, ist nun:

- Wer bringt diese Vorleistung auf? Und:
- Welche Belohnung erhält derjenige, der die Vorleistung tätigt (falls überhaupt)?

Die Vorleistung kann ja von verschiedenen Personen im Herstellungs- und Vertriebsprozeß getätigt werden. Z.B. beim Hausbau: Falls der Maurer das Haus für sich selbst baut ohne fremde Unterstützung, muß er natürlich die Vorleistung selbst erbringen: Er muß einige Monate oder Jahre neben der Tätigkeit zum Erwerb seiner ständigen Lebensmittel noch Zusatzarbeit leisten für den Hausbau. Diese Zusatzarbeit ist die Vorleistung, die er in den Folgejahren durch das Bewohnen des Hauses genießt.

Dasselbe wäre der Fall mit einer Baufirma (z.B. Baugenossenschaft), die einige Häuser erstellt, die sie dann vermietet. Die aufgewandten Baukosten kommen erst allmählich in Form der Miete wieder herein. (Tatsächlich übersteigt allerdings die Miete die Baukosten sowie die laufenden Kosten in unserer Wirtschaft, wie wir gleich sehen.)

Anders ist es, wenn ein Bauherr das Haus für sich bauen läßt. Dann erhält der Maurer bzw. die Baufirma die Kosten sofort vom Bauherrn erstattet. Also trägt hier der Bauherr die Vorleistung.

In jedem Fall sind im Entwicklungs-, Produktions- und Verteilprozeß der Waren beträchtliche Werte gespeichert, die von einer oder mehreren Personen "vorgeleistet" wurden. Ohne diese Vorleistungen ist eine effiziente Produktion meist gar nicht möglich.

Diese vorgeschossenen Werte können gespeichert sein in:

- Rohstoffen;
- Halbfertigprodukten;
- fertigen Waren, die noch keinen Käufer gefunden haben;
- (längerfristigen) Produktionsmitteln;
- Boden und Gebäuden;
- Lagerhallen;
- Transportmitteln (LKW, Schiffe);
- etc.

Nun sind, wie gesagt, solche Vorleistungen zwingend notwendig für eine moderne Wirtschaft. Beispiel: Gebäude sowie Backofen des Bäckers. Jemand, der Bäcker werden will, also Brot zum marktüblichen Preis herstellen, braucht diese Produktionsmittel.

Was macht aber jemand, der Bäcker werden will, und das Geld zur Anschaffung dieser Produktionsmittel nicht verfügbar hat? Der also nicht über das nötige Sparguthaben oder Vermögen verfügt? Er hat im Prinzip zwei Möglichkeiten:

- Er kann versuchen, sich diese Produktionsmittel oder das Geld dazu zu leihen.
- Er kann in eine Bäckereifirma eintreten und dort als "nichtselbständiger" Bäcker mit den Produktionsmitteln arbeiten, die der Firma gehören.

Im ersten Fall wird er wohl an den Geldverleiher eine gewisse Gebühr zahlen müssen, den "Zins". Denn ohne den Zins gibt es in einem freien Markt keinen Grund für einen Geldbesitzer, dieses Geld jemandem anderen zu leihen und somit eine Vorleistung zu tätigen.

Im zweiten Fall wird ebenfalls die Firma eine gewisse Gebühr einbehalten dafür, daß sie dem angestellten Bäcker erlaubt, an den Produktionsmitteln zu arbeiten, die ja von der Firma angeschafft, d.h. vorgeleistet wurden. Das heißt, der Bäcker wird als Angestellter in der Brotfirma nicht dasselbe Einkommen erzielen, wie wenn ihm die Produktionsmittel selbst gehören würden (gleiche Arbeitseffizienz, d.h. Produktivität, vorausgesetzt).

Man kann an dieser Stelle bereits festhalten, daß natürlich durch diese "Gebühr" für die Überlassung von Leihgeld oder Produktionsmitteln das bekannte "Leistungsprinzip" verletzt

wird. Denn mit diesem ist es ja nicht verträglich, daß ein Bäcker, dem seine Produktionsmittel nicht gehören, bei gleicher Leistung weniger verdient als einer, der genügend Vermögen hat, um autonom zu arbeiten. (Und exakt hierzu wird in Kapitel 4 ein Ausweg vorgeschlagen.)

Wir wollen nun einmal den Fall 2, den angestellten Bäcker, betrachten, um quantitativ zu klären, was hier vorgeht.

Wir beschreiben die Situation anhand eines beliebigen Arbeiters oder Angestellten, der "nichtseltändige Arbeit" bei einem "Arbeitgeber" durchführt. So ein Angestellter wird im heutigen Wirtschaftsjargon "Arbeitnehmer" genannt. Dieser sogenannte "Arbeitnehmer" ist in echt kein Arbeit-Nehmer, sondern ein Arbeitsplatz-Nehmer und Arbeit-Geber. Er erhält vom sogenannten "Arbeitgeber" einen Arbeitsplatz, darf also die Produktionsmittel des Arbeitgebers verwenden, was für ihn die einzige Chance ist, mit einem guten Wirkungsgrad, d.h. einem guten Stundenlohn, am Wirtschaftsgeschehen teilzunehmen. Er gibt jedoch dafür dem sogenannten "Arbeitgeber" seine ganze Arbeit bzw. das Arbeitsergebnis. Beispiel Bäcker: Die Brote, die er in der Fabrik herstellt, gehören der Firma, die sie dann zu ihren Konditionen am Markt verkaufen kann. Also ist der Angestellte oder Arbeiter de facto der Arbeit-Geber.

Die Firma ist der Arbeitsplatz-Geber, der dafür die Arbeit des „Arbeitnehmers“ entgegennimmt. (Dieses Quid-pro-quo von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird auch von Wirtschaftsjournalisten gelegentlich mit Kopfschütteln versehen: „Der Begriff (Arbeitgeber) ist etwas missverständlich. Denn in Wirklichkeit *gibt* der Arbeitgeber ja keine Arbeit, sondern einen Arbeitsplatz. Er *nimmt* die Arbeit von seinen Beschäftigten; die aber nennt man *Arbeitnehmer*, obwohl sie ja eigentlich ihre Arbeit *geben*. Die Bezeichnungen haben sich, obgleich sie falsch sind, längst eingebürgert.“ [Pi98], S. 343)

Die Arbeitsergebnisse verkauft die Firma auf dem Markt zu den Marktpreisen p_i . Wir setzen bis auf weiteres voraus, daß sie die Waren W_i zu ihrem Wert w_i verkaufen kann, daß sie also Geld erhält, das die gesamte in den Waren enthaltene Arbeit darstellt. Also $p_i = w_i$.

Hiervon muß die Firma (bzw. deren Einkaufsabteilung) einen Betrag c_i in Form der Einkaufspreise für Roh- und Hilfsstoffe ausgeben, und in c_i sind auch Rücklagen zur Kompensation der Abschreibung der langfristigen Produktionsmittel enthalten, womit, wenn es soweit ist, diese erneuert werden können. Dieser Betrag ist aber im Warenpreis $p_i = w_i$ glücklicherweise enthalten, denn der Wert der Ware W_i ist der Wert c_i der Rohstoffe, Hilfsstoffe und Abschreibungen plus der zugesetzten Arbeit a_i .

2.3.2 Mehrwert = unbezahlte Arbeit

Den Rest, $a_i = p_i - c_i$, gibt die Firma an die Angestellten weiter, oder? Halt - wo bliebe dann die Belohnung für die "Vorleistung", also die Werte, die ständig in Form der Produktionsanlagen usw. in der Fabrik gespeichert sind? Die Eigentümer dieser Werte, also die "Anteilseigner", betrachten diese gespeicherten Werte als *Kapital*, das sie nicht gratis den Angestellten zur Benutzung überlassen haben. Stattdessen erwarten die eine Rendite für die Überlassung des Kapitals. Und diese Rendite muß mindestens so hoch sein wie bei anderen Anlageformen, sonst werden die Kapitalgeber ihr Geld aus der Firma herausziehen (z.B. die Produktionsanlagen nicht erneuern; die ANgestellten entlassen) und ihr Kapital woanders anlegen.

Da trifft es sich gut, daß der Angestellte auch gar nicht darauf besteht, die gesamte "Wertschöpfung" a_i , also Einnahmen minus Ausgaben für Rohstoffe und Abschreibung, voll ausbezahlt zu bekommen. Stattdessen ist er im Prinzip mit jedem Lohn zufrieden, der höher ist als das spärliche Einkommen, das er ohne Zugriff auf jegliche Produktionsmittel erzielen

könnte, oder das er erzielen könnte, indem er sich die Produktionsmittel oder das Geld dafür bei einem Kapitalgeber leihen würde.

De facto verkauft der Angestellte eine bestimmte Ware, nämlich seine Arbeitskraft. Oder andersherum: Die Firma mietet sich einen Arbeiter, der verpflichtet ist, 40 Stunden (z.B.) pro Woche in der Firma zu arbeiten. Der vereinbarte Arbeitslohn ist der "Mietpreis" der Arbeitskraft.

Bei sinnvoll eingesetzter Arbeit schafft der Arbeiter in so einer Woche einen Wert von 40 Arbeitsstunden, das sind $a = 2400$ Arbeitsminuten, also 2400 CU, nach dem oben spezifizierten Geld gemessen. Die Firma hat also auf Dauer eine Wertschöpfung a von 2400 CU pro Woche durch die Tätigkeit dieses Arbeiters.

Sie bezahlt dem Arbeiter aber deutlich weniger, z.B. nur einen Wochenlohn von $v = 1200$ CU, oder ca. 5000 CU im Monat oder ca. 60000 CU im Jahr. Gemäß den Zahlenwerten dieses Beispiels beträgt der Arbeitslohn gerade die Hälfte der durch den Arbeiter geleisteten Wertschöpfung, also $v = a/2$. Die Differenz $m = a - v = 1200$ CU stellt den Profit, die Kapitalrente dar, die an die Kapitalgeber bzw. Kapitaleigner ausbezahlt oder auch gleich wieder in neue Produktionsanlagen investiert wird, je nach Belieben der Anteilseigner oder der in ihrem Auftrag handelnden Firmenleitung. Traditionsgemäß [K1] wird diese Differenz

$$m = a - v \tag{2.3-1}$$

zwischen geleisteter Arbeit a und dem ausbezahlten Lohn v als Mehrarbeit oder **Mehrwert** m bezeichnet.

Der hier angenommene Profit m beläuft sich im Jahr auf ca. 50×1200 CU = 60000 CU. Falls das in der Firma angelegte, vorgeschossene Kapital C ein Volumen von 600 000 CU hat, ergibt dieser Profit eine Profitrate oder Kapitalrendite ρ von $\rho = 60000/600000 = 10\%$ p.a. Die Mehrarbeitsquote μ dagegen, das Verhältnis von unbezahlter zu bezahlter Arbeit, ist aber hier viel höher, nämlich $\mu = m / v = 100\%$.

Warum läßt sich unser Angestellter mit diesem reduzierten Lohn von 1200 CU pro Woche abspeisen, wo doch die ihm zu dankende Wertschöpfung das Doppelte beträgt? Es gilt eben auch hier, auf dem Arbeitsmarkt, das Gesetz von Angebot und Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft, so daß sich im Prinzip das Wertgesetz durchsetzt. (Außerdem hat der Arbeiter meist keine Kenntnis über die Höhe der Wertschöpfung pro Kopf in der Firma.)

2.3.3 Wert der Arbeitskraft

Der *Wert der Arbeitskraft* ist bestimmt durch diejenige Arbeitsmenge, die zur Produktion bzw. Reproduktion der Arbeitskraft nötig ist. D.h. zunächst, daß der Lohn mindestens so hoch sein muß, daß sich der Arbeiter davon ernähren kann und somit am nächsten Tag, im nächsten Jahr usw. wieder auf der Matte steht (*Wertgesetz für die Arbeitskraft*).

Ein etwas höherer Lohn, etwas näher am echten Wert, schließt auch die Aufzucht neuer junger Arbeiter mit ein, also die Ernährung einer Familie mitsamt Kindern. Noch etwas weitergehend ist sogar die Altersversorgung durch den Lohn (bzw. die "Lohnnebenkosten") mit abgedeckt, sowie Phasen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit, die die Arbeitskraft ja auch überstehen muß, wenn sie dauerhaft der Wirtschaft zur Verfügung stehen soll.

Noch etwas besser wird der Lohn, wenn die Arbeiter sich organisieren und gemeinsam ihren "Preis" in Form des Tariflohns durchsetzen. Aber auch eine Gewerkschaft wird das

Wertgesetz für die Ware Arbeitskraft nicht wesentlich überlisten können, da sie selten ein Monopol auf sämtliche Arbeitskräfte zustandebringt.

Das Gehalt eines Arbeiters bzw. Angestellten nimmt außerdem zu mit der Ausbildung des Arbeiters oder Angestellten. Das ist damit zu erklären, daß der Betreffende dann nicht die Normalarbeit macht, sondern eine höherwertige Arbeit, die auch mehr Wert pro Stunde bildet als die einfache Arbeit. Von dieser erhöhten Wertschöpfung ergibt derjenige Anteil, der als Lohn ausbezahlt wird, dann auch ein höheres Gehalt. - Jedoch hat der Betreffende hierfür auch viele Jahre "Vorleistung" in Form der Ausbildung erbracht und sozusagen individuelle "Produktionsmittel" in seiner Person angesammelt, die ihm nun in gewissem Maße bezahlt werden.

Anmerkung: Wenn jemand von den Freunden der "Freien Marktwirtschaft" diese Aussagen über den "Wert der Arbeitskraft" nicht glaubt, dann bitte ich diesen, mir denjenigen Marktmechanismus zu zeigen, der die Unternehmen dazu bringen könnte, an die Arbeiterschaft mehr Lohn zu zahlen, als nötig ist, damit diese sich reproduzieren kann, also in genügender Anzahl dauerhaft der Wirtschaft zur Verfügung steht. *Anmerkung Ende.*

Wie immer man es wendet, das Wertgesetz gilt auch für die Arbeitskraft. D.h. der Lohn oder das Gehalt ist das, was der Arbeiter durchsetzen kann, und dies ist das, was man für ein normales Leben als Arbeiter oder Angestellter eben benötigt. D.h. der Lohn v , das "variable Kapital", das die Firma zahlt, ist praktisch unabhängig von der Wertschöpfung a , die der Arbeiter leistet, weitgehend über die Jahre konstant, egal wieviel Fortschritt in der Produktivität h (siehe Kapitel 2.6) zustandekommt. Sogar im Gegenteil: Bei zunehmender Produktivität h können die Gebrauchswerte, die ein Arbeiter zum Leben benötigt, wie Lebensmittel, Wohnung, ein Fahrzeug, mit kürzerer Arbeitszeit hergestellt werden, so daß sie weniger "wert" sind (trotz evtl. zunehmendem Gebrauchswert durch Features wie Airbag, Scheibenbremsen, geringem Energieverbrauch etc.). Somit wird der Lohn v wertmäßig sogar mit dem Fortschritt der Technik abnehmen - was vielleicht an der nominellen Lohnhöhe nicht einmal sichtbar ist wegen der gleichzeitig stattfindenden Geldentwertung. Halten wir das fest: Der Arbeitslohn v nimmt mit zunehmendem Fortschritt in dieser Wirtschaft ab.

Falls nun aber die Länge des Arbeitstages gleich bleibt oder gar die Lebensarbeitszeit sowie die Arbeitsintensität zunimmt (auch von unbezahlten Überstunden, freiwilliger Wochenendarbeit am privaten PC hat man schon hören müssen), bleibt die geleistete Arbeit a mindestens gleich oder sie erhöht sich!

Was passiert dann mit dem Mehrwert und der Mehrarbeitsquote? Sie steigen ebenfalls. Seien $v_1, a_1, m_1, \mathbf{m}_1$, die Werte zu einem früheren Zeitpunkt (z.B. im Jahre 1970); $v_2, a_2, m_2, \mathbf{m}_2$, die späteren Werte (z.B. 1990). Dann haben wir mit Gleichung (2.3-1):

$$\begin{aligned} v_2 &> v_1; a_2 \geq a_1, \\ \rightarrow m_2 &> m_1, \\ \mathbf{m}_2 &> \mathbf{m}_1. \end{aligned}$$

Falls z.B. die Wochenarbeitszeit a gleich lang blieb, z.B. bei 40 h, die mit dem Lohn bezahlte Arbeitszeit aber von 20 auf 16 Stunden gefallen ist, haben wir

$$\begin{aligned} m_1 &= 40 - 20 = 20 \text{ h;} \\ m_2 &= 40 - 16 = 24 \text{ h;} \\ \mathbf{m}_1 &= 20/20 = 100\%; \\ \mathbf{m}_2 &= 24/16 = 150\%. \end{aligned}$$

Der Arbeiter bräuchte hier für seinen Lebensunterhalt nur 16 Std/Woche zu arbeiten, wenn die Verhältnisse anders wären. (Wer sich für diese Alternative interessiert, bitte in Kapitel 4 nachsehen.)

2.3.4 Mehrwert und Kapitalrendite

Ob die Profitrate oder Kapitalrendite ρ (sprich "rho") ebenfalls so krass steigt, hängt davon ab, was mit der in der Firma gespeicherten Kapitalmenge passiert. In der Regel steigt das im Produktionsprozeß angelegte Kapital wegen der zunehmenden Komplexität der heutigen High-Tech-Prozesse (siehe Halbleiterindustrie, Chip-Herstellung), obwohl die Logistik-Strategen durch minimale Lagerhaltung, "Just-in-time Produktion" etc. diesem Prozeß entgegenwirken. Klar ist auch, daß der Profit (der Mehrwert), der pro festliegendem Kapital herausgeholt wird, sich erhöhen läßt durch Beseitigung der Zeiten, in denen die Produktionsmittel brachliegen, also durch Maßnahmen zur Erhöhung der Maschinenlaufzeiten, nämlich Schichtarbeit, Kontischicht, Wochenendarbeit.

Dennoch ist es eher typisch, daß mit zunehmendem Profit auch das angewandte Kapital wächst, so daß die Profitrate eher gleichbleibt. Sei über 1 Jahr gerechnet

$$m_1 = 20\text{h/Woche} \cdot 50 \text{ Wochen} = 1000 \text{ h} = 60000 \text{ CU}$$

und

$$m_2 = 24\text{h/Woche} \cdot 50 \text{ Wochen} = 1200 \text{ h} = 72000 \text{ CU}$$

und dabei $C_1 = 600\,000 \text{ CU}$,
 $C_2 = 720\,000 \text{ CU}$

(also ein um 20% erhöhtes Firmenkapital zum Zeitpunkt 2), dann ist

$$r_1 = m_1 / C_1 = 10\% \text{ p.a.};$$

$$r_2 = m_2 / C_2 = 10\% \text{ p.a.} = r_1 .$$

In [K3] wurde sogar prognostiziert, daß die Profitrate in der Regel fällt, wegen des Zuwachses an eingesetztem Kapital ("*tendenzieller Fall der Profitrate*"). Dies ist natürlich kein Grund für irgendein Bedauern, noch dazu wenn gleichzeitig die Mehrwertquote m steigt.

Häufig wird die Rendite auch auf den Umsatz berechnet. Der Umsatz ist das, was über das Jahr hinweg eingenommen bzw. ausgegeben wurde. Betrachten wir eine Warensorte, z.B. Fahrräder, mit einem Wert von $W_2 = 200 \text{ CU}$ pro Stück. Sagen wir, die Fa. verkauft 1000 Stück pro Jahr zum Preis von $p = w = 200\,000 \text{ CU}$. Sie baut diese Fahrräder aus Einzelteilen zusammen. Die Einzelteile sowie die anteiligen Kosten der Gebäude, Putzmittel etc. kosten jährlich $c = 80\,000 \text{ CU}$. An Löhnen werden den oder dem Angestellten $v = 60\,000 \text{ CU}$ gezahlt (es ist nur eine kleine Firma). Die Mehrarbeitsquote ist $m = 100\%$, so daß die Angestellten eine Wertschöpfung von $a = 120\,000 \text{ CU}$ hervorbringen. Somit zerlegt sich der Umsatz $w = 200\,000 \text{ CU}$ in:

$$\begin{aligned} w &= c + a \\ &= c + v + m \end{aligned} \tag{2.3-2}$$

$$\text{Also } 200\,000_w = 80\,000_c + 60\,000_v + 60\,000_m$$

(Die Größe m erscheint auf der Ausgabenseite, sofern sie als "Kapitalkosten" an die Anleger geht.)

Das Firmenkapital (das nur im Lauf vieler Jahre umgewälzt und erneuert wird), sei $C = 600\,000 \text{ CU}$. Somit ist die Mehrwertquote m

$$m = m / v = 100\% ; \quad (2.3-B1)$$

die Umsatzrendite ρ_{Ums} :

$$r_{Ums} = m / w = 60000/200000 = 30\%; \quad (2.3-B2)$$

die Kapitalrendite ρ :

$$r = m / C = 60000/600000 = 10\% \text{ p.a.} . \quad (2.3-B3)$$

In die Umsatzrendite geht wesentlich der Wert c der Rohstoffe und Halbfertigwaren ein, die eine Firma nur "durchschleust", ohne daß diese zur Wertschöpfung beitragen. Z.B. wenn die Fa. statt billiger Fahrräder teure Oldtimer-Autos zusammenbaut, die sie für $c = 880\,000$ CU pro Jahr kauft, mit dem bekannten Arbeitsaufwand von $a = 120\,000$ CU renoviert und aufpoliert und dann für $w = 1\,000\,000$ CU verkauft, dann ist plötzlich die Umsatzrendite r_{Ums} geringer als die Kapitalrendite, nämlich nur noch:

$$r_{Ums} = m / w = m / (c + v + m) = 60000 / 1 \text{ Mio} = 6\%; \quad (2.3-B3)$$

Dies zeigt, daß die Umsatzrendite kein zuverlässiger Gradmesser für die Kapitalrendite ist, auf die es dem Kapitalanleger ankommt.

2.3.5 Zu den Abkürzungen C , c und v

Noch ein Wort zu den Abkürzungen C , c und v :

C ist das dauerhaft (mit kleinen Schwankungen) in der Firma angelegte Kapital (vornehmer, oder englisch: Capital), gemessen in Werteinheiten, z.B. Currency Units, CU. Klein c dagegen ist das jährlich oder pro Wareneinheit aufgewandte "konstante" Kapital, dessen Wert 1-zu-1 auf das Endprodukt übertragen wird (gemessen in Werteinheiten pro Jahr, z.B. CU/year). "Konstant" heißt hier, daß aus c keine Wertveränderung entspringt. (In [K1] wurde m.E. zwischen C und c nicht klar unterschieden.)

Die Lohnsumme wurde v genannt in der Bedeutung "variables" Kapital. Sie wird - wie das „konstante Kapital“ c - gemessen in Werteinheiten pro Jahr (CU/year). „Variabel“ soll heißen, daß dieser Vorschuß des Kapitalgebers sich um den Faktor $m+1$ vergrößert im Endprodukt wiederfindet, wobei $m = m/v$ die Mehrwertquote ist. Je mehr eine Firma, bei fixen Ausgaben $c + v$, ihr Kapital in Löhnen v anlegen kann (das hängt von der Produktionssphäre ab), desto mehr "Wachstum" ihres Kapitals könnte sie erzielen, denn umso größer ist der erzielte Mehrwert $m = mv$. (Hier kommt allerdings der Profitausgleich durch die "Produktionspreise" ins Spiel, siehe unten.)

Im nächsten Abschnitt diskutieren wir ein paar typische Kapitalformen mit besonderem Augenmerk auf dem seltsamen Phänomen "Boden" (der eigentlich nur ein Naturprodukt ist). Daraufhin folgt die Umsetzung der "Werte" in "Produktionspreise".

2.4 Kapitalformen: Erarbeitetes und naturgegebenes Kapital (Boden)

Am Anfang von Kapitel 2.3 haben wir einige Formen "vorgeschossener Werte" aufgelistet, von Rohstoffen über Boden bis zu Transportmitteln etc.

Dabei wurde stillschweigend unterstellt, daß auch der Boden einen Wert hat. Dabei ist doch der Boden ohne Zutun des Menschen vorhanden, er enthält keine gespeicherte Arbeit. - Er

kann durch zusätzliche Bearbeitung wie Düngung, Rodung, Kanalisation etc. eine Wertsteigerung erfahren, aber auch der unbearbeitete Boden hat seinen Quadratmeterpreis. Wie paßt dieser ohne Arbeit vorhandene Wert zusammen mit der Definition des Wertes (siehe Kapitel 2.2) als der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware?

Die Frage der Herkunft des Bodenwertes wurde vom Klassiker in [K3] behandelt, und zwar zunächst der Fall, daß der Boden als Kapital in einem Produktionsprozeß eingesetzt wird. Dort wird z.B. eine mit Wasserkraft betriebene Maschinerie (nennen wir sie Fabrik F1), die am Standort eines Wasserfalls betrieben wird, verglichen mit einem Betrieb, der durch eine Dampfmaschine in Bewegung gesetzt wird (Fabrik F2). Die Wartung und Reproduktion der Dampfmaschine und vor allem die ständige Kohlezufuhr gehen in den Wert w_2 der Produkte der letzteren Fabrik ein. Die erstere Fabrik (F1) kann eigentlich aufgrund ihres Standortes am Wasserfall viel kostengünstiger produzieren, z.B. mit laufenden Kosten $w_1 < w_2$. Sie könnte wegen ihres Kostenvorteils sogar die Fabrik F2 (die dampfgetriebene) vom Markt verdrängen, wenn die Nachfrage klein ist.

Wir nehmen aber an, daß die Nachfrage nach den Produkten dieser Fabriken so groß ist, daß die Fabrik F1 (wasserkraftbetrieben) alleine die Nachfrage nicht befriedigen kann, und daß daher die Käufer auch den Preis a_2 zu zahlen bereit sind.

Also kann auch die Fabrik F1 den Preis $w_2 > w_1$ für ihre Produkte verlangen und macht somit einen Extra-Reibach von $\Delta w = w_2 - w_1$.

Wer steckt diesen standortbedingten Extragewinn ein? Die Arbeiter der Fabrik F1? Nein. Der Lohn der Arbeiter ist geregelt durch den Arbeitsmarkt mit der Tendenz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es gilt einfach das Wertgesetz für die Arbeitskraft (Kapitel 2.3). Der den Arbeitern pro Nase gezahlte Lohn ist in beiden Fabriken gleich.

Geht der Extragewinn an den Fabrikbesitzer? Ja, das stimmt schon eher. Aber jetzt kommt es darauf an: Gehört dem Fabrikbesitzer auch der Boden der Fabrik, das Fabrikgelände inclusive dem Wasserfall? Falls ja: Dann geht der Extragewinn an den Fabrikbesitzer (bzw. die "Anteilseigner"), an wen denn sonst?

Betrachten wir aber mal den Boden getrennt von der Fabrik. Nehmen wir an, es gäbe ein "Individuum" [K3], das die Eigentumsrechte an dem Grundstück hat. Was passiert? Der Bodeneigentümer verlangt Pacht vom Fabrikbesitzer. Und zwar kann er als Pacht genau den Differenzbetrag $\Delta w = w_2 - w_1$ verlangen. Somit sind die Herstellkosten für die Fabrik F1 nach Abfuhr der Pacht gerade genauso groß wie die der Fabrik F2, und beide Fabriken sind exakt miteinander konkurrenzfähig.

Diese aus der standortbedingten Differenz der Produktionskosten entspringende Einnahme des Grundbesitzers wird bei [K3] die "Differentialrente" genannt. Sie ist eine Form der Bodenrente oder Bodenzerzinsung.

Eine solche Differentialrente ergibt sich, wie in [K3] gezeigt wird, auch in der Landwirtschaft bei der Bewirtschaftung von Böden verschiedener Qualität (Fruchtbarkeit). Im allgemeinen bestimmen zwei Faktoren die Eignung eines Grundstücks als Wirtschaftsstandort und somit die Höhe der erzielbaren "Grundrente":

- Die Qualität des Bodens:
 - Ackerboden vs. Wüste
 - Bodenschätze, Naturkräfte (Ölvorkommen? Wasserkraft? Fischreichtum von Seen etc.)
- Die Lage:

- Stadtnähe?
- Infrastruktur: Autobahnanschluß etc.
- Arbeitskräfte in der Nähe?

Da nun praktisch jeder Boden gewisse Vorteile hat gegenüber dem absolut schlechtesten Boden (dies ist vielleicht ein Boden mitten in der Wüste oder auf dem Mond), läßt sich aus jedem Grundstück eine gewisse "Differentialrente" herausquetschen, die somit auch als "absolute Grundrente" [K3] bezeichnet werden kann. Sie nimmt zu mit der Lage und der Qualität des Grundstücks.

Aha. Der Boden wirft also quasi einen Zins Z_i ab, in Form der Grundrente oder Pacht. Somit ist der Besitz von Boden offenbar äquivalent dem Besitz von Produktionsmitteln wie dem Backofen des Bäckers, der Dampfmaschine etc., also von Kapital, das erarbeitet wurde.

Also wird der Boden "kapitalisiert". Der Bodenbesitzer sagt: Wenn mein Boden einen Zins Z_i abwirft und der allgemeine Zinssatz, mit dem sich Kapital C in dieser Gesellschaft verzinst, ist z (also $Z = z \cdot C$), so ist mein Boden gleichwertig einem Kapital der Größe

$$C_i = Z_i / z \quad (2.4-1)$$

Diese Größe C_i wird somit zum "Wert" des Bodens, der die Grundrente Z_i abwirft. Daß der Boden - im Gegensatz zu Dampfmaschinen, Gebäuden etc. - nicht "erarbeitet" wurde, spielt hier gar keine Rolle mehr.

Vielleicht sollte man generell unterscheiden zwischen einem "Nachfragewert" und einem "Angebotswert" von Waren, die als Kapital genutzt werden. Als "*Nachfragewert*" bezeichnen wir den Wert, der sich durch *Kapitalisierung der Kapitalrente* ergibt, also beim Boden den oben spezifizierten Wert, der aus der Grundrente entspringt, und beim erarbeiteten Kapital den Wert, der sich aus der Kapitalisierung des Profits (auch des erwarteten zukünftigen Profits, siehe Aktienkurse), ergibt. Der "*Angebotswert*" dagegen ist beim erarbeiteten Kapital der in Kapitel 2.3 definierte Wert, der der gespeicherten Arbeit (der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zur Reproduktion dieses Kapitals) entspricht.

Der Witz ist nun, daß sich durch Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt der "Nachfragewert" und der "Angebotswert" des erarbeiteten Kapitals angleichen, bis sie übereinstimmen. Wenn nämlich die Rendite in einer bestimmten Produktionssphäre überdurchschnittlich hoch ist, so daß der "Nachfragewert" (kapitalisierter Profit) den "Angebotswert" (Herstellkosten der Produktionsmittel) übersteigt, dann wird viel Kapital (Geld) in Anlagen dieser Art fließen, so daß solche Produkte überhand nehmen, die Rendite fällt, und der Ausgleich resultiert.

Somit ist im ausgeglichenen Zustand die Unterscheidung der beiden Wertaspekte überflüssig, und das Wertgesetz (Wert = Σ Arbeit) stimmt nicht nur für erarbeitete Waren, sondern auch für erarbeitetes Kapital.

Beim Boden dagegen ist immer der Nachfragewert der Wert. Die jeweils momentan erzielbare Bodenrendite bestimmt den Wert. Das kommt davon, daß der Boden ein begrenztes Gut ist, das durch Arbeit weder geschaffen noch vermehrt werden kann. (Bodengewinnung am Meeresrand durch Eindeichung etc. ist eine andere Geschichte.)

Soweit zum Boden als Kapital.

Nun kann natürlich Grund und Boden auch unproduktiv "konsumiert" werden, indem man z.B. darauf wohnt. Aber was heißt hier konsumiert? Die Quadratmeter werden ja durch das Bewohnen nicht weniger, der Boden wird nicht verbraucht, er nutzt sich nicht ab - im Gegensatz zu fast allen Arten der erarbeiteten Waren, z.B. dem Gebäude, das auf dem Grund steht.

Tatsache ist nun, daß auch dieser Boden, der "unproduktiv" genutzt wird - z.B. Villengrundstücke an einem Seeufer - vom Bodenbesitzer als Kapital gehandhabt wird. Der Bewohner muß also dem Grundstückseigentümer (Personalunion ändert nichts am Prinzip) eine monatliche oder jährliche Pacht zahlen, egal ob er den Boden nur privat genießt oder ein Firma darauf betreibt.

Und wie hoch ist hier der Wert des Grundstückes, wenn der Boden privat genutzt wird, so daß keine "Differentialrente" erwirtschaftet wird? Es gilt hier wie immer Angebot und Nachfrage. Auf der Nachfrageseite konkurrieren die privaten Interessenten an dem Grundstück (die dort nur wohnen und genießen wollen) mit den geschäftlichen Kapitalanlegern, die sich von der besonderen Lage eine "Differentialrendite" versprechen. Die Angebotsseite wird durch die "Knappheit" oder Begrenztheit des Bodens der jeweiligen Qualität und Lage bestimmt. Beispiel Seeufer.

Wie die Sache ausgeht, kann man schwer vorhersagen; es hängt unter anderem auch von den staatlichen Bebauungsplänen ab (Unterscheidung zwischen Wohngebiet, Gewerbegebiet etc.). Aber in jedem Fall gilt:

- 1) Der Wert des Bodens ergibt sich durch Kapitalisierung der erzielbaren Bodenrendite (Grundrente, Pacht, Miete, wie immer es genannt wird).
- 2) Boden wird durch sachgerechte Benutzung nicht verbraucht - er muß nicht reproduziert werden.
- 3) Boden kann durch Arbeit nicht vermehrt werden (oder nur sehr begrenzt durch Rodung, Landgewinnung am Meer etc.).
- 4) Die erzielbare Bodenrente hängt bei kommerzieller Nutzung mit der Differentialrente zusammen; bei privater Nutzung ist es einfach die Pachtgebühr, die der Nutzer für den Gebrauchswert des Bodens (z.B. Villengrundstück mit unverbaubarer Aussicht) zu löhnen bereit ist.
- 5) Wenn private und kommerzielle Nutzer konkurrieren, muß der Private mindestens die "Differentialrente" zu zahlen bereit sein, um sich durchzusetzen.
- 6) Wegen der Unverbrauchbarkeit des Bodens kann dieser ökonomisch mit dem erarbeiteten Kapital gleichgesetzt werden. Beide haben diese "Katalysator-Eigenschaft", daß sie für die Produktion nützlich und nötig sind, obwohl sie dem Eigentümer ohne Wertverlust, ja sogar mit Zins, zurückgegeben werden müssen.

Es ist in einer stationären Wirtschaft - das ist eine Wirtschaft ohne fortschrittsbedingte Wertveränderungen - nicht nötig, zwischen den Kapitalformen
- Grund und Boden einerseits und
- erarbeitetes Kapital (Produktionsmittel, Gebäude, Maschinen, gelagerte Waren)
zu unterscheiden.

Ein einziger Unterschied verbleibt, wenn es um Wertveränderungen geht. Erarbeitetes Kapital kann im allgemeinen nur im Wert steigen, indem Arbeit zugesetzt wird, also die Gebäude vermehrt werden etc. Dagegen finden Bodenwertsteigerungen oft völlig "leistungslos" (vgl. [SZ], 18./19.11.95, p. V1/37) statt, z.B. weil sich die Lage verbessert, die Bebauungsrechte vermehrt werden etc. Z.B. haben viele Grundstückseigentümer an Stadträndern, z.B. Agrarökonomien, Supergeschäfte gemacht durch die Ausdehnung der Stadt, wodurch

plötzlich der Vorortacker zu einem begehrten Bauland wurde. Solche "Schnäppchen" gehören zu den Phänomenen unserer Wirtschaft, die mit dem "Leistungsprinzip" nichts zu tun haben.

Neben dem Boden gibt es übrigens in der modernen Technik noch einen anderen Fall eines begrenzten, nicht vermehrbaren, aber auch nicht verbrauchbaren Gutes, das wie erarbeitetes Kapital gehandelt wird und Rendite abwirft: Dies sind die Funkfrequenzen für die vielfältigen neuen und alten Funkdienste wie Mobilfunk, Rundfunk, Richtfunk etc. Die US-Regierung hat das erkannt und hat kürzlich die Nutzungsrechte der verschiedenen Frequenzbereiche, nach Regionen unterteilt, an die sich bewerbenden hoffnungsvollen "Operators" *versteigert!* Die Operators zahlen, weil sie dies als Investition mit guter Rendite ansehen. "Frequency spectrum is like real estate" schrieb eine amerikanische Mobilfunkfirma in ihren Werbeprospekten.

Zusammengefaßt:

Boden ist eine Form von Kapital, sogar wenn er privat - unproduktiv - genutzt wird. (Dasselbe gilt tatsächlich auch für Häuser, Autos und andere erarbeitete Güter.) Für Kapitalnutzung wird, wie bekannt, ein Preis in Form des Kapitalzinses bezahlt - beim Boden ist das die Grundrente. Dieser Zins hat nichts mit irgendeinem Verschleiß zu tun - Boden verschleißt nicht, und auch bei anderem Kapital ist die Reproduktion bereits vorausgesetzt, sie muß nicht aus dem Zins bestritten werden. Der Wert des Bodens ist die kapitalisierte Rendite. Der zu zahlende Zins wird in Geld gezahlt und für das Geld gilt das Wertgesetz.

Das Wertgesetz (Wert = Σ enthaltene Arbeit) gilt also nach wie vor für alle erarbeiteten Waren (incl. dem erarbeiteten Kapital), die sich durch ihre Nutzung verbrauchen – sogar, wenn sie normalerweise während ihrer Nutzung bereits reproduziert werden (oder Rücklagen wegen Abschreibung gebildet werden), wie es für die Produktionsmittel üblich ist.

Für die nicht-verbrauchbaren, aber begrenzten Waren wie den Boden ergibt sich der Wert aus der Nachfrage und aus dem Vergleich mit der Rendite, die das erarbeitete Kapital abwirft.

Gewisse Sonderfälle, wie z.B. die nicht erarbeiteten und dennoch verbrauchbaren Waren (Rohstoffe), oder die erarbeiteten, aber sich nicht durch Anwendung verbrauchenden Waren (Forschungsergebnisse, Patente) haben wir hier zugunsten des zügigen Fortgangs der Darstellung ausgeklammert. In einer Folgeversion des Buches kann das, falls das wirklich erforderlich ist, nachgeholt werden. (Vielleicht findet sich ja auch in der Plethora der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der eine oder andere nützliche Gedanke zu diesen Sonderthemen.)

Über die Höhe der Rendite für das Gesamtkapital einer Gesellschaft wird das nächste Kapitel sprechen.

2.5 Produktionspreise

Beim Dreiteiler "Das Kapital" wird in Band 1 [K1] das Wertgesetz hergeleitet, und bis auf weiteres davon ausgegangen, daß bei einem ausgeglichenen Warenmarkt (Angebot = Nachfrage) die Waren zu ihren Werten verkauft werden (Preis = Wert). Dies wird auch in Band 2 beibehalten [K2].

In Band 3 [K3] wird dann aber als Folge der Betrachtung der "Organischen Zusammensetzung" der Einzelkapitale gezeigt, daß durch den Ausgleich der Profitrate die Warenpreise - auch im stationären Zustand - systematisch nach oben und nach unten vom Wert abweichen. Die Waren werden nämlich zu den sogenannten *Produktionspreisen*

verkauft, die zwar mit dem Wert zusammenhängen, aber nur ausnahmsweise mit dem Wert identisch sind.

Manche Kritiker haben hieraus - und aus der Tatsache, daß Band 3 ca. 20 Jahre nach Band 1 erschien - den voreiligen Schluß gezogen, daß nun das Wertgesetz widerrufen worden sei.

Um hier Klarheit zu schaffen, wird daher hier einmal der Zusammenhang zwischen Werten und Produktionspreisen anhand einfacher Gleichungen kurz und griffig dargestellt.

2.5.1 Herleitung

Fangen wir mal mit einer einzigen Firma (F1) an. Diese sei gekennzeichnet durch:

C_1 das insgesamt eingesetzte, also gebundene Kapital (z.B. in Geld, CU, gemessen);
 v_1 die laufenden Lohnkosten (in CU pro Jahr).

Hieraus bestimmt sich die "Organische Zusammensetzung" w_1 - wir wollen auch "Kapitalintensität" dazu sagen - zu:

$$w_1 = C_1 / v_1 \quad (\text{Dimension: Zeit}) \quad (2.5-1)$$

Daneben können wir noch die Größe c_1 (das "konstante Kapital") festhalten:

c_1 die laufenden Kosten für Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Abschreibung (Materialeinkaufskosten, in CU pro Jahr).

Nun wissen wir aus Kapitel 2.3, daß v_1 nur einen Teil der Arbeit bezahlt, die in der Firma geleistet wird. Die Arbeiter und Angestellten leisten tatsächlich eine Wertschöpfung von

$$a_1 = v_1 + m_1, \quad (2.5-2)$$

wobei

m_1 der Mehrwert (CU/Jahr),

$$m_1 = m_1 / v_1 \quad \text{die Mehrwertquote.} \quad (2.5-3)$$

Der Wert w_1 der verkauften Waren ist dann:

$$w_1 = c_1 + a_1 = c_1 + v_1 + m_1 \quad (2.5-4)$$

(Einheit: CU pro Jahr).

Die Firma F1 hat also laufende Ausgaben von $c_1 + v_1$, dagegen laufende Einnahmen von $w_1 = c_1 + v_1 + m_1$. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ist bekanntlich der Profit p_1 :

$$p_1 = w_1 - (c_1 + v_1) = m_1 \quad (2.5-5)$$

(Einheit: CU pro Jahr.)

Dieser Profit geht an den Eigentümer des Kapitals C_1 , wer immer das ist: der Fabrikbesitzer, die Aktionärgemeinschaft, die Banken oder sonstige Kreditgeber bzw. Kapitalanleger.

Die Profitrate oder Kapitalrendite ist der Profit bezogen auf das Kapital; nennen wir sie r_1 :

$$r_1 = p_1 / C_1 \quad (2.5-6)$$

(Einheit: CU pro Jahr durch CU = Jahr⁻¹.)

Der Profit p_1 ist also zunächst, bei einer isolierten Einzelfirma, gleich dem Mehrwert m_1 ; dieser ist - bei gegebener Mehrwertquote m_1 - direkt proportional dem eingesetzten "variablen Kapital", d.h. den Lohnkosten, v_1 ; also proportional dem "Personalaufwand" der Firma. Die Profitrate r_1 hängt jedoch auch noch von der Gesamt-Kapitalmenge C_1 ab, denn es gilt:

$$r_1 = \frac{p_1}{C_1} = \frac{m_1}{C_1} = \frac{m_1 \cdot v_1}{C_1} = \frac{m_1}{w_1} \quad (2.5-7)$$

Die individuelle Profitrate r_1 hängt also mit der Mehrwertquote m_1 zusammen vermittelt der Kapitalintensität w_1 : Je weniger kapitalintensiv die Firma arbeitet, desto höher wäre - bei konstanter Mehrwertquote - die individuelle Profitrate.

Nun wissen wir aber, daß

- 1) die Mehrwertquote m durch Ausgleichsprozesse auf dem Arbeitsmarkt sich vereinheitlicht, denn die Mehrwertquote gibt ja praktisch an, wie gut eine Arbeit bezahlt wird (m = Verhältnis von unbezahlt zu bezahltem Arbeitsanteil), und eine Branche, die systematisch schlechter zahlt als der Durchschnitt, verliert Arbeitskräfte (*Prinzip der gleich gut bezahlten Arbeit*);
- 2) die Kapitalintensität w_i bei verschiedenen Branchen der Wirtschaft sehr verschieden sein kann - man vergleiche z.B. ein Softwarehaus (w_i klein) mit einem Stahlwerk oder einer Fabrik für elektronische Schaltkreise (Chipfabrik, w_i groß);
- 3) die Profitraten r_i der Firmen F_i sich aber durch Ausgleichsprozesse auf dem Kapitalmarkt vereinheitlichen, denn eine Branche, die systematisch weniger Kapitalrendite erwirtschaftet als der Durchschnitt, verliert Kapital und verschwindet vom Markt.

Somit kann Gleichung (2.5-7) noch nicht das letzte Wort sein, denn sie würde ja - bei konstantem $m = m$ und variablem w_i - eine unterschiedliche Profitrate r_i bedeuten, was ein Widerspruch zum genannten Punkt 3 ist.

Um das "Geheimnis" dieses Widerspruchs zu lüften, betrachten wir nun zwei Firmen, F1 und F2, mit unterschiedlicher Kapitalintensität $w_1 < w_2$ (w_1 kleiner als w_2). F1 ist gekennzeichnet durch C_1, v_1, c_1, m_1 und den daraus nach Gl. (2.5-1) bis (2.5-6) abgeleiteten Größen a_1, m_1, w_1, p_1, w_1 und r_1 . Für F2 gilt das Entsprechende.

Wegen des Ausgleichs der Mehrwertquoten über den Arbeitsmarkt gilt:

$$m_1 = m_2 = m, \quad (2.5-8)$$

d.h. die in beiden Firmen von der Belegschaft akzeptierte Mehrwertquote (d.h. der Ausbeutungsgrad) ist gleich, nämlich gleich dem allgemein in der Gesellschaft durchgesetzten Wert m (z.B. $m = 100\%$, d.h. von 40 Std. Arbeit sind $v = 20h$ bezahlt und $m = 20h$ fallen an die Kapitalseite).

Firma F1 hätte nach Gl. (2.5-7) die Profitrate

$$r_1 = m / w_1, \quad (2.5-9)$$

F2 dagegen, die kapitalintensivere, nur die Profitrate

$$= m / w_2 . \quad (2.5-10)$$

Denn aus der Voraussetzung $w_1 < w_2$ folgt, weil w_i bei der individuellen Profitrate im Nenner steht:

$$r_1 > r_2 \quad (2.5-11)$$

Die Firma F2 könnte unter diesen Voraussetzungen nicht lange bestehen, denn die Kapitalanleger würden ihr Kapital unweigerlich aus F2 abziehen. Was macht die Firma F2 dagegen? Sie erhöht ihre Verkaufspreise vom bisherigen Wert

$$w_2 = c_2 + v_2 + m_2 \quad (2.5-12)$$

auf den neuen Wert

$$w_2' = c_2 + v_2 + p_2' \quad (2.5-13)$$

Hierbei ist p_2' der neue, von $p_2 = m_2$ verschiedene Profit, der sich gerade so einstellt, daß die Profitrate

$$r_2' = p_2' / C_2 \quad (2.5-14)$$

gleich der allgemeinen Profitrate r ist. Wie groß ist r ? Dazu muß man den Gesamtprofit in der betrachteten Gesellschaft ins Verhältnis setzen zum gesamten Kapital:

$$r = p / C \quad (2.5-15)$$

wobei

$$C = \sum_{i=1}^N C_i \quad (2.5-16)$$

die Summe über alle Kapitale C_i ($i = 1 \dots N$) im Land ist (oder in der betrachteten Gesellschaft oder dem Wirtschaftsraum), egal ob Boden oder erarbeitete Kapitale (im Beispiel der zwei Firmen ist $N = 2$), und p der Gesamtprofit, die Summe aller Profite, ist. Was kann das sein? Die Quelle der Profite ist der Mehrwert. Also ist der Gesamtprofit nichts anderes als die Summe aller erwirtschafteten (oder „erbeuteten“) Mehrwerte.

$$p = \sum_{i=1}^N p_i' = \sum_{i=1}^N m_i = m \quad (2.5-17)$$

Der neue Verkaufspreis w_2' , der der „Produktionspreis“ genannt wird, beinhaltet also statt des Mehrwerts $m_2 = mw_2$ den Profit

$$p_2' = r C_2 . \quad (2.5-18)$$

Die Differenz Δw_2 zwischen dem *Produktionspreis* w_2' und dem *Wert* w_2 der von Firma F2 produzierten Waren hängt davon ab, wie weit die Kapitalintensität w_2 dieser Firma vom Durchschnitt abweicht. Das sieht man an folgenden Gleichungen. Wir benötigen hierzu noch die Größen v und w :

$$v = \sum_{i=1}^N v_i \quad (2.5-19)$$

ist die gesamte Lohnsumme aller Firmen im benachbarten Wirtschaftsraum;

$$w = C / v \quad (2.5-20)$$

ist die „organische Zusammensetzung“ des Gesamtkapitals, oder die durchschnittliche Kapitalintensität im Land. Hiermit ergibt sich die Differenz Δw_2 wie folgt:

$$\Delta w_2 = w_2' - w_2 = p_2' - m_2 = r C_2 - m w_2 \quad (2.5-21)$$

Nun drücken wir r durch m und w aus, wie in Gleichung (2.5-7):

$$r = m / w \quad (2.5-22)$$

Desgleichen kann v_2 durch C_2 und w_2 dargestellt werden, wie in Gleichung (2.5-1) nach Umkehrung:

$$v_2 = C_2 / w_2 \quad (2.5-23)$$

Dies in Gleichung (2.5-21) eingesetzt ergibt:

$$\Delta w_2 = \frac{m C_2}{w} - \frac{m C_2}{w_2} = m C_2 \left(\frac{1}{w} - \frac{1}{w_2} \right) \quad (2.5-24)$$

Dies ist der gesuchte Zusammenhang. Man sieht, daß $\Delta w_2 = 0$ wird, wenn $w_2 = w$ ist, also die Firma F2 dem Durchschnitt entspricht.

Nochmal allgemein formuliert: Bei N Firmen F_i in einem Wirtschaftsraum, mit den jeweiligen Kapitalmengen C_i und den jeweiligen Lohnsummen v_i , die ein „geschlossenes System“ bilden in dem Sinne, daß ihre Profite aus dem in diesem Wirtschaftsraum entstehenden Gesamtmehrwert entspringen und aus keinen anderen, externen Quellen, gelten folgende Aussagen: Der Profit p_i jeder Firma ist gleich

$$p_i' = r C_i \quad (2.5-25)$$

mit der allgemeinen, ausgeglichenen Profitrate

$$r = m / C = p / C \quad \text{mit} \quad (2.5-26)$$

$$p = m = \sum_{i=1}^N m_i \quad \text{und} \quad (2.5-27)$$

C aus Gleichung (2.5-16).

Damit diese Durchschnittsprofitrate r trotz unterschiedlicher Kapitalintensitäten

$$w_i = C_i / v_i \quad (2.5-28)$$

von jeder einzelnen Firma F_i erzielt wird, verkaufen die Firmen ihre jeweiligen Produkte nicht zu ihren Werten w_i (von denen die Buchhalter der Firma sowieso nichts wissen), sondern zu den „Produktionspreisen“ w_i' , die von den Werten w_i wie folgt abweichen:

$$w_i' = w_i + D w_i \quad (2.5-29)$$

mit

$$\Delta w_i = C_i \left(\frac{m}{w} - \frac{m}{w_i} \right) = C_i (r - r_i) \quad (2.5-30)$$

wobei

$$r = m / w \quad (2.5-31)$$

die ausgeglichene, allgemeine Profitrate ist, und

$$r_i = m / w_i \quad (2.5-32)$$

die individuelle, aber nicht am Markt durchsetzbare Profitrate der Firma F_i ist (d.h. wenn jede Firma ihren individuellen Mehrwert m_i als Profit p_i behalten könnte oder müßte); w_i ist die individuelle Kapitalintensität und w die allgemeine, durchschnittliche Kapitalintensität (nach Gleichung (2.5-1) bzw. (2.5-20)). Die Größe m ist die allgemeine Mehrwertquote:

$$m = m / v \quad (2.5-33)$$

mit m und v aus Gleichung (2.5-27) bzw. (2.5-19).

2.5.2 Interpretation, Schlußfolgerungen

Nun ein paar Worte zur Interpretation dieser Gleichungen.

Erstens: Die Gesamt-Wertschöpfung ist nach wie vor durch die Summe der erbrachten Arbeit gegeben - denn die Produktionspreise stimmen in ihrer Gesamtheit mit den Warenwerten überein:

$$\sum_{i=1}^N w_i' = \sum_{i=1}^N w_i \quad (2.5-34)$$

denn aus Gleichung (2.5-30) folgt:

$$\begin{aligned} \sum_{i=1}^N \Delta w_i &= \sum_{i=1}^N r C_i - \sum_{i=1}^N r_i C_i = \\ &= \sum_{i=1}^N r_i' - \sum_{i=1}^N m_i = 0 \end{aligned} \quad (2.5-35)$$

wegen Gleichung (2.5-17).

Die verschiedenen Kapitalmengen C_i der Firmen bewirken also nur eine Umverteilung des Gesamtprofits der Firmen zugunsten der kapitalintensiveren Firmen, woraus die

Betriebswirtschaftler den Schluß ziehen könnten, daß die Kapitalien C_i direkt die Quelle von Wertschöpfung und Profit wären. Tatsächlich hat sich an der Gesamtwertschöpfung aus der Arbeit A durch den Übergang von den Warenwerten zu den Produktionspreisen nichts geändert. (Die bürgerliche BWL bezeichnet jedoch tatsächlich das Investieren von Kapital K und Boden B genauso als „Faktorleistung“ wie die Arbeit A .) [V195]

Zweitens: Die Produktionspreise w_i' einer Firma F_i stimmen genau dann mit den Warenwerten w_i überein, wenn die Kapitalintensität w_i der Firma mit der durchschnittlichen Kapitalintensität w übereinstimmt. Das sieht man direkt an Gleichung (2.5-30), weil dann $\Delta w_i = 0$ wird.

Drittens: Die Kaufleute in den Firmen können die Produktionspreise w_i' ohne Kenntnis der Warenwerte w_i ganz einfach wie folgt ermitteln: Sie nehmen die Materialkosten c_i (Einkaufspreise der Rohstoffe, Hilfsstoffe, sowie Kosten für Abnutzung von Gebäuden und Maschinen), dazu die Lohnstückkosten v_i , und dazu die „Kapitalkosten“ rC_i , d.h. die eingesetzte Kapitalmenge C_i , multipliziert mit dem tatsächlich zu zahlenden Zinssatz oder der angestrebten Kapitalrendite. Dies alles wird addiert nach Gleichung (2.5-13) und ergibt nichts anderes als den in [K3] definierten „Produktionspreis“ w_i' .

$$w_i' = c_i + v_i + rC_i \quad (2.5-36)$$

Das Wertgesetz (die Wertschöpfung entspringt aus der Arbeit, nicht aus dem Kapitaleinsatz) setzt sich quasi „hinter dem Rücken“ der Produktionsagenten durch.

Viertens: Warum akzeptiert der Markt die „über ihrem Wert“ verkauften Waren der kapitalintensiven Firmen? Weil diese Firmen bei geringeren Verkaufspreisen nicht genügend rentabel, also gar nicht existenzfähig wären, und weil in einer entwickelten Gesellschaft eine große Vielfalt von Waren nötig ist, die zum Teil eben nur mit großem Kapitaleinsatz herstellbar sind.

Fünftens: Was sind die maximalen Abweichungen zwischen Werten w_i und Produktionspreisen w_i' , die auftreten können? Das hängt von der Kapitalintensität w_i ab. Die Extremfälle sind:

a) $C_i = 0 \rightarrow w_i = C_i / v_i = 0$ und $p_i' = 0$

Dies ist eine Firma völlig ohne Kapital und daher „ohne Profit“. Das kommt kaum vor, aber denkbar ist es z.B. in armen Ländern, wo Beerensammler ihr „Produkt“ am Markt verkaufen. (Ein realistischeres Beispiel ist ein Unternehmer, der ausschließlich mit Fremdkapital arbeitet.) Gleichung (2.5-30) ist hier schlecht anwendbar (es ergibt sich eine Division $0 / 0$), aber aus dem Vergleich von (2.5-12) mit (2.5-13) oder (2.5-36) sieht man, daß diese Beerensammlerfirma ihren gesamten Mehrwert $m_i = m v_i$ an ihre Kunden abliefern muß, da die Produktionspreise w_i' hier nur aus v_i bestehen ohne jeglichen Profit. Wir haben also

$$\Delta w_i = -m v_i = -m_i .$$

Die Waren werden hier stark unter Wert, nämlich ohne Mehrwertanteil, verkauft, und die eigenkapitallose Firma ist exakt so bescheiden dran wie ein Arbeiter, der für seine Arbeit $a_i = v_i + m_i$ ebenfalls nur den Anteil v_i bezahlt bekommt.

b) $v_i = 0 \rightarrow w_i = C_i / v_i = \infty$

Dies ist eine Firma völlig ohne Lohnkosten. Auch das ist sehr selten, aber als Beispiel diene ein Händler, der nur Waren einkauft und zwischenlagert bis zum Verkauf, praktisch ohne Arbeitsaufwand. Auch Banken oder Versicherungen mit großem Kapitalfluß bei

minimalem Personal können hierzu zählen. Aus Gleichung (2.5-30) folgt, daß hier der Mehrwert $m_i = \mathbf{m}v_i = 0$ ist, aber der Profit $p_i' = r C_i$ ist vorhanden, so daß

$$\Delta\alpha_i = C_i \frac{\mathbf{m}}{\mathbf{w}} = r C_i = p_i' .$$

Dieser Händler erhält also in seinem Profit einen Mehrwert, der ganz woanders - nämlich bei den Produzenten der Ware, mit der er handelt - geschaffen wurde. Dies führt z.B. wesentlich dazu, daß dieselbe Ware in einem Großlager für Wiederverkäufer billiger ist als beim Einzelhändler, der sie dem Konsumenten verkauft, obwohl es dieselbe Ware ist, ihr Wert also hier wie dort der gleiche ist.

Sechstens: Wer will, kann natürlich diese „Produktionspreise“ auch als eine Art „Wert“ bezeichnen, denn immerhin erfüllen sie die Definition, daß es diejenigen Preise sind, zu denen die Waren im Kapitalismus bei ausgeglichenen Märkten gehandelt werden. Man sollte sich aber des gezeigten Zusammenhangs mit dem aus der Arbeit definierten Wert wohl bewußt bleiben, insbesondere der Tatsache, daß der Unterschied zwischen Wert und Produktionspreisen und daher zwischen Mehrwert und Profit im volkswirtschaftlichen Maßstab sich ausgleicht und verschwindet.

Siebtens: In dieser ganzen Abhandlung waren „Extraprofite“ jeglicher Art ausgeschlossen, was nicht heißt, daß sie nicht vorkommen. Extraprofite können sein:

- Sonderprofit durch außergewöhnliche Produktivität, die noch nicht von anderen Firmen erreicht wurde
- Monopolrenditen, die möglich sind bei zuwenig Konkurrenz, also eingeschränktem Markt (z.B. die Monopolstellung von Boeing im Segment der Großraumflugzeuge - siehe [SZ], 7./8.9.96)
- Bodenwertsteigerungen durch „leistungslose“ Effekte wie Lageverbesserung (Beispiel Stadtrand)
- Spekulationsgewinne aller Art.

Diese Sachen werden wir später gesondert behandeln, falls nötig.

2.6 Bilanzgleichungen, Teil I, Teil II

In diesem Kapitel soll der volkswirtschaftliche Gesamtprozeß betrachtet werden, um Fragen der folgenden Art beantworten zu können:

1. Woher kommt das „Wachstum“ der Volkswirtschaften?
2. Was ist Kapitalakkumulation?
3. Warum ist anscheinend „Wachstum“ notwendig für das „Wohlergehen“ der Bevölkerung im Kapitalismus? Warum ist „Stagnation“ gleichbedeutend mit Krise und Arbeitslosigkeit? Sind wir in einer Tretmühle? Einem Faß ohne Boden? Sisyphus?
4. Was sind die Bedingungen für „Einfache Reproduktion“ (stationäre Wirtschaft) in der Marktwirtschaft?
5. Wie wird maximales „Wachstum“ erzielt? Sind Lohnerhöhungen hierfür nützlich oder eher ein Hindernis?
6. Sind Arbeitszeitverkürzungen ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit?
7. Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? Kommt der „Kapitalismus ohne Arbeit“?
8. Wo ist die Grenze zwischen „Arbeitern“ und „Kapitalisten“? Gibt es hier einen Klassengegensatz?
9. Was ist die Rolle der Banken?
10. Was ist die Rolle des Staates? Wer oder was ist „der Staat“?
11. Was ist die Rolle der Wähler?

12. Wie kommen wir da raus? Wie erreicht man Wohlergehen für alle ohne Klassengegensätze und ohne Wachstumszwang?

Hierzu wollen wir die Wirtschaft unterteilen in zwei grundlegende Abteilungen, und zwar nach den Kriterien, ob sie Konsumtionsmittel oder neue Produktionsmittel herstellen, oder genauer: ob sie eher der Reproduktion oder dem Wachstum der Gesamtwirtschaft dienen.

Dabei orientieren wir uns am „Kapital“, Band 2 [K2], wo in den Kapiteln 20 und 21 die „Einfache Reproduktion“ bzw. die „Akkumulation und erweiterte Reproduktion“ anhand einer Unterteilung in „Teil I“ (Produktionsmittel) und „Teil II“ (Konsumtionsmittel) ausführlich analysiert wurde. Wir wollen hier versuchen, durch Einsatz knapper mathematischer Darstellungsmittel und durch Konzentration auf die heute, Ende des 20. Jahrhunderts, wesentlichen Aussagen, das Wichtigste aus [K2] für den modernen Leser einsichtig zu machen. Dabei werden wir, wo immer nötig, neue Darstellungen und Erklärungen einfügen, um den Charakter der heutigen kapitalistischen Wirtschaft klar herauszuarbeiten.

Gehen wir gleich in die Vollen: Wir betrachten die Entwicklung einer kapitalistischen Beispiel-Gesellschaft über 20 Jahre hinweg: Wie sich in dieser Gesellschaft die Produktivität verändert, die Mehrarbeit zunimmt, das Kapital vermehrt usw. Anhand dieses Beispiels kann dann verfolgt werden, wie sich die gesellschaftliche Gesamtarbeit immer mehr von Teil II (Konsum) zu Teil I (Neu-Investition, Innovation, Wachstum und Beschleunigung) verschiebt.

Diese Beispielgesellschaft ist – zur klareren Demonstration der wesentlichen ökonomischen Entwicklungslinien und zwecks Vereinfachung der Modellrechnungen (man kann die folgenden Rekursionsformeln sogar auf dem Taschenrechner nachvollziehen) – relativ schwarz-weiß gezeichnet. (Solche Überzeichnungen zur klaren Herausarbeitung bestimmter Effekte sind in der Wissenschaft, besonders in der Physik, gang und gäbe – denken wir an die Gedankenexperimente von A. Einstein, in denen Eisenbahnzüge mit halber Lichtgeschwindigkeit fahren usw.)

Insbesondere nehmen wir an, daß es in unserem Kapitalismusmodell nur zwei Typen von Gesellschaftsmitgliedern gibt: Reine „Arbeiter“, die ihren Lebensunterhalt mit Arbeit verdienen und keinen Besitz haben, also auch kein Kapitaleinkommen, und dazu die reinen „Kapitalisten“, die nicht arbeiten, aber dafür sämtliches Kapital der Gesellschaft ihr Eigentum nennen. Und zwar sei das Verhältnis wie folgt: 98% Arbeiter, 2% Kapitalisten. – Diese krasse Eigentumsverteilung ist übrigens gar nicht so weit hergeholt, wie man aus vielen Berichten über die Vermögensverteilung in der Welt entnehmen kann: „Nach Angaben der Zentralbank besitzt *ein* Prozent der amerikanischen Haushalte beinahe 40 Prozent des nationalen Volksvermögens. Die oberen 20 Prozent amerikanischer Haushalte, ab Jahreseinkommen von 180 000 US-Dollar, besitzen 80 Prozent des gesamten amerikanischen Reichtums.“ ([Ta96], S. 327.) Über die ganze Welt berechnet, sieht die Sache vermutlich noch schlimmer aus. Auch innerhalb Deutschlands bietet sich ein ähnliches Bild.

2.6.1 Produktivität

Wir müssen hier die „Produktivität“ - nennen wir sie h (eta, wie den „Wirkungsgrad“ aus den Ingenieurwissenschaften) - genauer definieren, nachdem sie in Kapitel 2.3 bereits kurz erwähnt wurde. Im Prinzip ist die Produktivität für jeden einzelnen Warentyp zu definieren und gibt an, wieviele Gebrauchswert-Einheiten (Brote, Liter Milch, Autos, Surfboards etc.) pro Stunde und pro Arbeitskraft hergestellt werden können. Diese (materielle) Produktivität ist also der Kehrwert der Zeitdauer a_i (siehe Kapitel 2.2), die die Herstellung der Ware W_i kostet, und hätte die Dimension „Gebrauchswerteinheiten pro Zeiteinheit“.

Aber für die rein ökonomische Betrachtung der Werte-Bewegungen in der Gesellschaft ist es besser, die Produktivität h so zu definieren, daß erstens die Welt der Gebrauchswerte nicht mehr explizit darin vorkommt, und zweitens nur ein einziger h -Wert nötig ist anstelle von tausenden, die man bräuchte, wenn wir die Produktivität nach Warensorten aufschlüsseln müßten.

Daher betrachten wir nun nicht einzelne Warensorten, sondern: die Gesamtheit aller Waren, die ein arbeitender Mensch („Otto Normalverbraucher“) in dieser Gesellschaft pro Jahr konsumiert. Sei

T_{notw} = die notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der Güter und Dienstleistungen, die ein Arbeiter sich von seinem Lohn jährlich kauft.

T_{real} = die tatsächliche Arbeitszeit, die ein Arbeiter jährlich leistet.

Dann ist

$$h = \frac{T_{real}}{T_{notw}}$$

die Produktivität zur Herstellung von Konsumgütern in dieser Gesellschaft.

Sei z.B. $T_{real} = 1600$ Stunden die jährliche Arbeitszeit, und $T_{notw} = 800$ Stunden die Zeit, die ausreichen würde, um die paar Lebensmittel herzustellen, die ein Arbeiter sich leistet, dann ist $h = 1600 / 800 = 2,0$ die Produktivität.

Diese dimensionslose Zahl hängt über folgenden Mechanismus mit der „materiellen Produktivität“ h_{mat} (Gebrauchswerte pro Zeiteinheit) zusammen: Nehmen wir an, h_{mat} würde für alle Warensorten, die der Arbeiter konsumiert (Nahrung, Wohnung, Freizeitbedarf...) um einen Faktor k steigen. Dann könnte dies alles um den Faktor k schneller hergestellt werden, so daß T_{notw} um den Faktor k abnimmt:

$$T'_{notw} = T_{notw} / k .$$

Die reale Arbeitszeit, T_{real} , ist aber hiervon - in dieser jetzigen Gesellschaft - total unabhängig: Die Arbeitszeit wird im Wesentlichen gleichbleiben: Jede Woche um die 40 Stunden, jährlich zwischen 1600 und 2000 Stunden (je nach Land, Berechnungsweise, Tradition etc.):

$$T'_{real} = T_{real}.$$

Somit würde h ebenfalls um den Faktor k steigen:

$$h = \frac{T'_{real}}{T'_{notw}} = \frac{T_{real}}{T_{notw} / k} = k \cdot h .$$

Ergebnis: h wächst proportional der „materiellen Produktivität“ h_{mat} . Also sind die Veränderungen von h ein guter Maßstab für den Produktivitätszuwachs aufgrund des technischen Fortschritts, der es erlaubt, in gegebener Zeitspanne mehr nützliche Güter herzustellen.

Interessant ist, daß h mindestens gleich 1 sein muß: $h \geq 1$; sonst könnte eine Gesellschaft nicht einmal ihre notwendigen Lebensmittel herstellen.

Und was ist, wenn $h > 1$ ist? Dann wird - in dieser Gesellschaft - unweigerlich mehr gearbeitet, als für den Erhalt des Status Quo nötig ist. Die notwendige Arbeitszeit T_{notw} umfaßt ja gemäß Voraussetzung bereits alle Tätigkeiten zur dauerhaften Konsumgüterherstellung, schließt also die Schaffung von Rohmaterial und die Reproduktion der nötigen Produktionsmittel (diese Arbeiten sind in Kapitel 2.3 mit „c“ bezeichnet) mit ein.

Nun, wir wissen ja schon, daß in der Zeit T_{real} minus T_{notw} der „Mehrwert“ m erarbeitet wird. Dieser kann nun von den „Kapitalisten“ konsumiert werden - er kann aber auch re-investiert werden und führt dann zum „Wachstum“, d.h. zu weiterer Produktivitätssteigerung.

2.6.2 Gleichungen, die den Fortgang bestimmen

Wir wollen also sehen, wie der Mehrwert zum „Wachstum“ führt. Dazu benötigen wir die folgenden Gleichungen. Einige davon sind schon in vorigen Kapiteln hergeleitet worden; andere sind plausible Annahmen (worauf ich jeweils hinweisen werde).

2.6.2.1 Gesamtarbeit

Wir betrachten die Gesamtarbeit einer Bevölkerung von N Personen (z.B. $N = 1$ Million oder 100 Millionen - wieviel auch immer), davon 2% Nicht-Arbeiter und 98% Arbeiter. Letztere leisten bekanntlich pro Jahr eine Gesamtarbeit von $0,98 \cdot N$ „Mannjahren“. Falls ich für die N Personen (Arbeiter und Nicht-Arbeiter) kurz „Population“ sage, ist die Gesamtarbeit pro Jahr $0,98$ Populations-Jahre, wobei ich für Populations-Jahr die Einheit „PopYear“ verwenden will. Die augenblickliche Leistung der Population ist: $0,98$ „Pop“.

Diese Arbeitsleistung soll (Annahme!) über die Jahre hinweg konstant bleiben. Somit ist in unserem Betrachtungszeitraum

$$a(t) = a_0 = 0,98 \text{ Pop} \quad (2.6.2-1)$$

für alle Jahre $t=1$ bis $t=20$.

Selbstverständlich kann man (bei Bedarf) die Einheit „Pop“ in Arbeitszeit bzw. „Wert“ CU umrechnen, anhand von N und der Arbeitsleistung pro Person.

2.6.2.2 Lohnhöhe

Die Population leistet also jahrein jahraus eine Wertschöpfung von $a(t) = 0,98$ Pop. Wieviel davon wird als Lohn $v(t)$ an die Arbeitenden ausbezahlt?

Wir wissen aus [K1] sowie Kapitel 2.3, Gleichung (2.3-1), daß

$$\begin{aligned} a(t) &= v(t) + m(t) = \\ &= v(t) \cdot [1 + \mathbf{m}(t)] \end{aligned} \quad (2.6.2-1a)$$

mit der Mehrarbeitsquote

$$\mathbf{m}(t) = m(t)/v(t) .$$

Gleichzeitig wissen wir, daß $v(t)$ der notwendigen Arbeitszeit zur Reproduktion des Arbeiters entspricht, also T_{notw} , und $a(t)$ der realen Arbeitszeit, T_{real} . Somit ist

$$\mathbf{h}(t) = \frac{T_{real}(t)}{T_{notw}(t)} = \frac{a(t)}{v(t)}, \text{ also}$$

$$a(t) = v(t) \cdot \mathbf{h}(t), \text{ oder} \quad (2.6.2-1b)$$

$$v(t) = a(t) / \mathbf{h}(t) \quad (2.6.2-2)$$

Gleichung (2.6.2-2) besagt, daß die Lohnhöhe $v(t)$ mit zunehmender Produktivität $\mathbf{h}(t)$ fällt, sofern die Arbeitszeit $a(t)$ gleich bleibt. Eine zunehmende Produktivität kommt also den Arbeitern praktisch nicht zugute, denn aufgrund des Wettbewerbs unter den Arbeitskräften wird der Lohn $v(t)$ immer so tief sinken, daß der Arbeiter sich seine notwendigen Gebrauchsgüter leisten kann und sonst nichts. Wenn sich $\mathbf{h}(t)$ verdoppelt, werden diese Gebrauchsgüter eben in der halben Zeit hergestellt, haben daher nur noch den halben Wert und somit reicht der halbierte Lohn $v(t)$ für den Lebensunterhalt des Arbeiters.

Diese Reallohnreduktion mag nominell, in bürgerlichem Geld gemessen, z.B. in DM, \$ oder Euro, verborgen bleiben; der nominelle Lohn bleibt vielleicht konstant oder steigt sogar um ein paar Peanuts. Das kommt daher, daß dieses Geld einer rasanten Inflation unterliegt, wenn man den Wert, also die Arbeitszeit, betrachtet, die zur Herstellung eines Produktes nötig ist, welches für 1 DM verkauft wird. Das waren früher vielleicht 5 Minuten, heute ca. 1 Minute, und demnächst um die 10 Sekunden. Somit ist die DM gefallen von 5 CU auf 1CU und wird weiter fallen auf 1/6 CU, z.B., wobei CU die Currency Unit des „Idealgelds“ aus Kapitel 2.2 ist (Gleichung 2.2-3).

Darüber, daß die positive Seite der steigenden Produktivität ständig an den Arbeitern vorbeirauscht, wundern sich übrigens gelegentlich auch „bürgerliche“ Wissenschaftler. Ich zitiere ([JW91], S. 61): „Wir haben so gewisse Sitten wie früher etwa die, daß man einen Hut trug, wenn man ins Freie ging. So eine Sitte ist es auch, daß wir es ... für selbstverständlich nehmen, daß Leute, die ihr Geld riskieren, auch das Recht haben, an der steigenden Produktivität teilzunehmen. Das erscheint uns so natürlich wie ein Naturgesetz ... Jetzt will ich aber zeigen, daß das eben kein Naturgesetz ist und daß andere Vorstellungen auch möglich sind: Zum Beispiel könnte es sein, daß die *ganze* Gesellschaft Anspruch auf den neuen Wohlstand hat!“

Gleichung (2.6.2-2) ermöglicht uns, die Lohnhöhe $v(t)$ aus der Arbeitszeit $a(t)$ und der Produktivität $\mathbf{h}(t)$ „vorherzusagen“.

2.6.2.3 Mehrarbeit, Mehrwert

Die Mehrarbeit $m(t)$, die die Arbeiter-Population leistet, ist natürlich die Differenz zwischen der realen Arbeit $a(t)$ und der notwendigen Arbeit $v(t)$, wie früher gezeigt (Gleichung 2.3-1):

$$m(t) = a(t) - v(t) \quad (2.6.2.-3)$$

Die Früchte dieser Mehrarbeit, nämlich der Mehrwert $m(t)$, fallen als Profit und Basis der „Kapitalrendite“ an die Kapitalseite.

2.6.2.4 Kapitalistenkonsum

Der Mehrwert $m(t)$ zerfällt nun in zwei Teile:

1. $u(t)$: Dieser Anteil wird „unproduktiv“ konsumiert von denjenigen, die ihren Lebensunterhalt aus Kapitaleinkommen bestreiten, also von den „Kapitalisten“.

2. $g(t)$: Dieser Anteil wird von den „Kapitalisten“ wieder re-investiert, denn meist ist der Mehrwert $m(t)$ so hoch, daß ihn die paar Kapitalisten gar nicht aufessen können, und außerdem soll das Kapital ja wachsen, damit es noch mehr Rendite abwirft usw., nicht wahr?

$u(t)$ wird also für Konsumgüter ausgegeben, genauso wie $v(t)$.

Übrigens setze ich voraus (Annahme!), daß vom Betrag $v(t)$ praktisch nichts „gespart“ oder investiert wird: Die Fälle, wo Arbeiter durch Fleiß, Sparsamkeit und Glück zu Produktionsmittelbesitzern oder sonstwie Vermögenden werden, sind so selten, daß ich sie zunächst einmal ausklammere. Wenn Arbeiter (Angestellte und Beamte immer inbegriffen) sparen, z.B. für Notfälle oder als Altersvorsorge, dann wird das unterm Strich wieder kompensiert durch andere Arbeiter, die auf Pump leben müssen oder die ihre Altersrente beziehen (Generationenvertrag!). Kapital in Arbeitnehmerhand wird auf diese Weise nicht gebildet.

Wie groß ist $u(t)$? Es wird relativ klein sein im Vergleich zu $v(t)$; nicht weil die Kapitalisten so sparsam leben, sondern weil sie so wenige sind. Annahme:

1. Die „Kapitalistenklasse“ umfaßt nur n Personen mit $n = 2\% N$, also es gibt 49mal so viele Arbeiter wie Kapitalisten.
2. Die Kapitalisten leben aber fünfmal so teuer wie die Arbeiter.

Folgerung: Der Konsumgüterverbrauch $u(t)$ durch die 2% „Kapitalisten“ beträgt ca. 10% dessen, was die Arbeiter verbrauchen, also

$$u(t) = 0,1 v(t) \quad (2.6.2-4)$$

(Der Buchstabe u kommt von „usage“, Nutzung.)

2.6.2.5 Gesamt-Konsumproduktion (Teil II)

Wenn wir $v(t)$ und $u(t)$ addieren, erhalten wir denjenigen Teil (Teil II) der Wertschöpfung der Gesellschaft, der konsumiert wird. Die nötige Rohstoffproduktion sowie Produktionsmittel-Reproduktion $c_{II}(t)$ ist hierin enthalten. Wenn nur genau diese Reproduktionsarbeit

$$a_{II}(t) = v(t) + u(t) \quad (2.6.2-5)$$

geleistet würde, hätten wir eine stationäre Gesellschaft ohne Überarbeit und all die heutigen Streß-Phänomene. Wahrscheinlich wäre auch der „Naturverbrauch“ deutlich niedriger, denn wo weniger gearbeitet wird, laufen weniger Maschinen, bleiben die Leute mehr zuhause, reduziert sich der Berufsverkehr usw. Auch das vorzeitige Wegwerfen noch funktionsfähiger Geräte, bloß weil sie nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen (das ist der bei Marx so genannte „Moralische Verschleiß“) würde entfallen. PCs könnten vielleicht 10 Jahre genutzt werden statt drei Jahre wie heute. Die Produktivität h würde auf dem erreichten Niveau stehenbleiben.

Das Einzige, was diesen stationären Zustand der Ökonomie stören könnte, wäre das Versiegen der natürlichen Rohstoffquellen: Öl, Erdgas, Erze. Man müßte also eine gewisse Forschung und Entwicklung (F&E) betreiben mit dem Ziel, diese Quellen rechtzeitig durch langfristigere zu ersetzen, oder den Verbrauch dieser Rohstoffe zu minimieren durch maximales Recycling etc. Diese Art der Zukunftsvorsorge trägt aber eigentlich nicht zum „Wachstum“ der Wirtschaft bei, sondern ich würde das eher der Reproduktion (also Teil II) hinzurechnen, denn diese F&E ist für die Aufrechterhaltung des Wohlstands unumgänglich. Schätzungsweise haben wir für diese Umstellung der Produktionsweise auf eine mehr

kreislaufmäßige Wirtschaft so an die 100 Jahre Zeit (d.h. *Deadline* ist das Jahr 2100) und sollten natürlich sofort damit anfangen.

Stattdessen dreht sich bei uns alles um das „Wachstum“ der Wirtschaft, und sowohl der Verbrauch an Arbeitskraft wie der von Rohstoffen wird diesem rigorosen Ziel untergeordnet.

(Ein weiterer zu betrachtender Punkt, wenn es um den Stationären Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft geht, ist die Bevölkerungszunahme; hierzu nur der Hinweis, daß diese mit der Armut wie folgt korreliert ist: Die Armut ist der Grund, nicht die Folge, der hohen Nachwuchsrate.)

2.6.2.6 Wachstums-Produktion (Teil I)

Die Gesamtarbeit $a(t)$ der Gesellschaft zerfällt in den bezahlten Teil $v(t)$ und den unbezahlten Teil, $m(t)$. Letzterer zerfällt wiederum in den Kapitalistenkonsum $u(t)$ und die „Wachstumsarbeit“ $g(t)$. Anders zusammengefaßt ergeben $v(t)$ und $u(t)$ die Reproduktions- oder Konsumarbeit $a_{II}(t)$, und $g(t)$ ergibt die Wachstumsarbeit $a_I(t) = g(t)$.

$$\begin{aligned} a(t) &= v(t) + m(t) \\ &= \underbrace{v(t) + u(t)} + g(t) \\ &= a_{II}(t) + g(t) \\ &= a_{II}(t) + a_I(t) \end{aligned}$$

Die Unterteilung in a_{II} und a_I ist an „Das Kapital“, Band 2 [K2], Kapitel 20 angelehnt.

Wieviel bleibt also für das „Wachstum“ nach Abzug der Konsum-Arbeit übrig? Es ergibt sich:

$$g(t) = a_I(t) = a(t) - a_{II}(t)$$

(g deutet hin auf „growth“, Wachstum).

Wir können $g(t)$ auch aus dem Mehrwert berechnen:

$$g(t) = m(t) - u(t) \tag{2.6.2-6}$$

2.6.2.7 Produktivitätserhöhung

Durch die nicht konsumierte Arbeit $g(t)$ ergibt sich ein Kapitalwachstum. Dies wiederum bedeutet eine Ausdehnung und Modernisierung der Produktionsmittel. Dadurch steigt die Produktivität h . Wenn wir nun eine Formel finden, in welchem Maße h in Abhängigkeit von g steigt, dann haben wir einen geschlossenen Formel-Kreislauf, an dem man die typische Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft studieren kann. Dies ist in Fig. 2.6-1 dargestellt. Die Pfeile zeigen an, wie die verschiedenen Variablen durch die Gleichungen (2.6.2-1) bis (2.6.2-6) und eine noch zu definierende Gleichung (2.6.2-7) zusammenhängen.

Die fehlende Gleichung (2.6.2-7) gewinnen wir aus folgenden Annahmen, die auf empirischen Beobachtungen sowie einfachen Überlegungen beruhen:

1. Das Produktivitätswachstum Δh ist proportional der Wachstumsarbeit $g(t)$.
2. Das Produktivitätswachstum Δh ist auch proportional der bereits erreichten Produktivität $h(t)$ – denn die Wirkung jeder Arbeit, also auch der von $g(t)$, steigt ja mit $h(t)$.
3. Wenn die gesamte Gesellschaft nur noch für das Wachstum arbeiten und jegliches Konsumieren einstellen würde – also wenn

$v(t) = u(t) = 0$ und
 $g(t) = a(t) = 1,0 \text{ Pop}$
 wäre, dann ergäbe sich ein Produktivitätsfortschritt von schätzungsweise 10% jährlich.

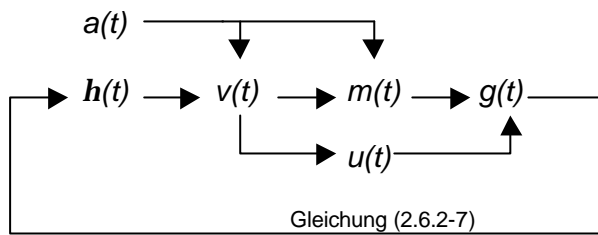


Fig. 2.6-1: Rekursive Berechnung des Fortschritts der Produktivität $h(t)$ aufgrund der Mehrarbeit $m(t)$ mittels der Gleichungen (2.6.2-1) bis (2.6.2-6) und der noch fehlenden Gleichung (2.6.2-7).

Diese Annahmen führen zu folgender Rekursionsgleichung:

$$\begin{aligned}
 h(t+1) &= h(t) + \Delta h \\
 &= h(t) \cdot [1 + 10\% \cdot g(t) / \text{Pop}]
 \end{aligned}
 \tag{2.6.2-7}$$

2.6.3 Zusätzliche Gleichungen

Die Gleichungen (2.6.2-1) bis (2.6.2-7) reichen aus, die Produktivität, die notwendige Arbeit $v(t)$, die Mehrarbeit $m(t)$ sowie die Unterteilung von $a(t)$ in $a_i(t)$ und $a_{ii}(t)$ für viele Jahre $t = 1, 2, \dots$ zu berechnen, wenn man nur noch einen Anfangswert für die Produktivität $h(1)$ vorgibt.

Was aber ist mit dem Kapitalvolumen $C(t)$, der Mehrarbeitsquote $m(t)$ und der Kapitalrendite $r(t)$? Diese können aus den bereits ermittelten Größen abgeleitet werden.

2.6.3.1 Mehrarbeitsquote

Hier haben wir ganz einfach

$$m(t) = m(t) / v(t). \tag{2.6.3-1}$$

Es gilt ebenso: $m(t) = h(t) - 1$.

2.6.3.2 Profitrate

Diese ist

$$r(t) = m(t) / C(t), \tag{2.6.2-2}$$

denn für die Gesamtgesellschaft gilt ja nach Gleichung (2.5-17), daß der Profit p gleich dem Mehrwert m ist. Im Gegensatz zu $m(t)$ ist $r(t)$ nicht dimensionslos, sondern hat die Dimension 1/Zeit, z.B. $r = 5\%$ pro Jahr.

2.6.3.3 Kapitalakkumulation

Hier wird die Sache ein klein wenig kompliziert. Der erste Ansatz wäre natürlich der, daß das Kapital einfach die Summe aller nicht konsumierten Arbeiten, also die Summe aller $g(t)$ seit Anbeginn des Kapitalismus sei, so daß für das Kapital $C(t)$ die Rekursionsgleichung $C(t+1) = C(t) + g(t)$ gelten würde. Das kann aber nicht stimmen, denn

1. Dann müßte das heutige Kapital einen Wert von um die 100 Jahre gesellschaftlicher Arbeit haben (oder vielleicht in Europa 50 Jahre, wenn Weltkriege als „Reset“ gewertet werden) – das ist m.E. zu hoch gegriffen;
2. Dann hätten wir die Veralterung des bestehenden Kapitals aufgrund des Produktivitätsfortschritts, also den „Moralischen Verschleiß“, vergessen.

Also müssen wir zunächst den Moralischen Verschleiß – nennen wir ihn $c_g(t)$, ein Verschleiß c , der durch $g(t)$ verursacht ist – ermitteln. Ich mache wieder plausible Annahmen:

1. $c_g(t)$ ist proportional $g(t)$ – wo kein Wachstum, also kein technischer Fortschritt, da auch keine Veralterung.
2. $c_g(t)$ ist auch proportional $C(t)$ – wo viel Kapital ist, da verschleißt auch viel.
3. Wenn die ganze Gesellschaft nur noch sparen und investieren und nichts mehr essen würde, also $g(t) = 1$ Pop wäre, dann ergäbe sich ein Wertverlust des bisherigen Kapitals durch Veralterung von 5% per annum.

Diese Annahmen führen zu der Gleichung:

$$c_g(t) = 5\% \cdot C(t) \cdot g(t) / \text{PopYear} \quad (2.6.3-3)$$

Man kann fragen, warum nur 5% und nicht 10% entsprechend dem Produktivitätsfortschritt (Gleichung 2.6.2-7)? Antwort: Nicht jedes Kapital ist von technischer Veralterung betroffen – insbesondere nicht der Boden, dieser steigt sogar meist im Wert, je mehr sich die Wirtschaft breit macht.

Nächste Frage: Wer trägt eigentlich den Verlust durch diese Kapitalentwertung? Antwort: Er wird – wie jeder andere Kapitalverschleiß, z.B. der durch Abnutzung – auf den Preis der produzierten Waren aufgeschlagen, geht somit in den Wert der Waren ein. Wer immer diese kauft – Konsumenten oder Produzenten – bezahlt das. (Dieses Umlegen der fortschrittsbedingten „Abschreibungskosten“ auf den Warenpreis gelingt besonders gut, wenn man einer der ersten ist, die modernisieren, weil man dann „Extraprofit“ kassieren kann. Wer dagegen später als der Wettbewerb modernisiert, bleibt auf seinen Kosten sitzen, weil der Wert der Waren dann bereits gefallen ist.)

Anmerkung: Auf das Thema, wer $c_g(t)$ wirklich bezahlt, kommen wir weiter unten nochmal zurück.

Auf Basis von $c_g(t)$ können wir nun die Rekursionsformel fürs Kapital hinschreiben:

$$C(t+1) = C(t) + [g(t) - c_g(t)] \cdot \text{Year} \quad (2.6.3-4)$$

Diese Gleichung impliziert, daß sich das Kapital nicht bis zu unendlicher Größe akkumulieren kann. Denn je größer es ist, desto größer sind die Verluste $c_g(t)$, die durch $g(t)$ mehr als wettgemacht werden müssen, wenn es noch zu Nettowachstum kommen soll. Wegen des Faktors 0,05 in Gleichung (2.6.3-3) ist das maximale Kapitalvolumen dann erreicht, wenn das

Kapital einen Wert erreicht hat, der der gesamten gesellschaftlichen Arbeit von 20 Jahren ($1/20 = 0,05$) entspricht. Denn dann ist

$$c_g(t) = 0,05 \cdot 20 \text{PopYears} \cdot g(t) / \text{PopYear} = g(t) \quad ,$$

so daß Abfuhr und Zufuhr in Gleichung (2.6.3-4) sich die Waage halten.

Wer nun hieraus schließen wollte, daß auch die Produktivität $h(t)$ nur begrenzt wachsen könnte, der irrte sich. In Gleichung (2.6.2-7) ist von solch einer Begrenzung nichts in Sicht. Im Gegenteil, $h(t)$ tendiert dazu, entsprechend einer geometrischen Reihe, d.h. exponentiell, zu wachsen, und zwar um volle 10% jährlich, sobald einmal $v(t)$ zur Restgröße verkommen und daher $g(t)$ gegen 1,0 konvergiert ist.

Wir hätten dann trotz nicht mehr steigendem Kapital-Gesamtwert einen ständigen Produktivitätszuwachs. Daher habe ich in Kapitel 2.6.2 den Produktivitätszuwachs in Gleichung (2.6.2-7) direkt durch $g(t)$ ausgedrückt und nicht auf dem Umweg über das Kapitalwachstum.

Wie gesagt, stecken in obigen Gleichungen einige heuristische Annahmen. Ziel ist, den grundsätzlichen Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft so einfach und dabei korrekt darzustellen, daß jeder ihn versteht, und daß wir in die Lage versetzt werden, die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu erkennen und durchzuführen.

Einstein sagte: „*Make things as simple as possible, but not simpler.*“ Ich hoffe, das hier befolgt zu haben.

Marx sagte: „Der letztendliche Prüfstein jeder Theorie ist die Praxis.“ In diesem Sinne soll im nächsten Abschnitt die auf den obigen Gleichungen basierende Beispiel-Volkswirtschaft vorgeführt werden, so daß jeder selbst sehen kann, ob die Zahlenverläufe Ähnlichkeit mit der Praxis haben oder nicht. Allerdings ist der Zweck dieses Buches weniger das Simulieren oder Vorhersagen ökonomischer Zeitreihen – dafür gibt es andere Bücher, z.B. über „Time Series Analysis“ [BJ70] - sondern die Vermittlung von Kenntnissen, mit denen eine bessere „Zukunft der Marktwirtschaft“ durch geeigneten Eingriff in die Wirtschaft (siehe Kapitel 4) erreicht werden kann.

Ingenieure und Physiker pflegen zu sagen: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“. Eben.

2.6.4 Zwanzig Jahre im Beispielsystem

Als Anfangsbedingungen für Produktivität $h(t)$ und Kapitalvolumen $C(t)$ für das Jahr $t=1$ wählen wir folgende Zahlenwerte:

$$h(t=1) = 2,0 \quad (2.6.4-1)$$

Denn dies ergibt eine Mehrarbeitsquote $m(1) = 100\%$, die auch bei [K1] häufig als Beispiel angenommen wurde. Wir werden sehen, daß es auf die genaue Bestimmung dieses Anfangswerts nicht so sehr ankommt, da dieser Wert nur vorübergehender Natur ist und schnell verlassen wird.

$$C(t=1) = 10,0 \text{PopYears} \quad (2.6.4-2)$$

Das heißt: Das Kapital hat zum Zeitpunkt $t=1$, dem Beginn der folgenden Simulation, einen Umfang, der einer 10-jährigen Arbeit der ganzen Population entspricht (also $10 \cdot N$ „Mannjahren“).

Die Arbeitsleistung $a(t)$ sei wie gesagt über die Jahre konstant:

$$a(t) = 0,98 \text{ Pop} \quad \text{für } t = 1, 2, \dots, 20. \quad (2.6.4-3)$$

Nun wenden wir die Gleichungen (2.6.2-2) bis (2.6.2-7) sowie (2.6.3-1) bis (2.6.3-4) reihum (zyklisch) an, für $t=1$ bis $t=20$, um für alle Jahre $t=1$ bis 20 die Größen $v(t)$, $m(t)$, $u(t)$, $a_{II}(t)$, $g(t) = a_I(t)$, $h(t)$, $\mathbf{m}(t)$, $r(t)$, $c_g(t)$ und $C(t)$ herauszubekommen. Das Ergebnis ist die Tabelle 2.6.

Größe	$a(t)$	$v(t)$	$m(t)$	$u(t)$	$a_{II}(t)$	$g(t)=$ $a_I(t)$	$h(t)$	$m(t)$	$r(t)$	$c_g(t)$	$C(t)$
Einheit	[Pop]	[Pop]	[Pop]	[Pop]	[Pop]	[Pop]	-	-	[1/Year]	[Pop]	[PopYear]
Gleichung		2.6.2-2	2.6.2-3	2.6.2-4	2.6.2-5	2.6.2-6	2.6.2-7	2.6.3-1	2.6.3-2	2.6.3-3	2.6.3-4
Jahr t											
1	0,980	0,490	0,490	0,049	0,539	0,441	2,00	1,00	4,90%	0,205	10,00
2	0,980	0,469	0,511	0,047	0,516	0,464	2,09	1,09	5,00%	0,237	10,22
3	0,980	0,449	0,531	0,045	0,493	0,487	2,19	1,19	5,09%	0,254	10,45
4	0,980	0,428	0,552	0,043	0,470	0,510	2,29	1,29	5,17%	0,272	10,68
5	0,980	0,407	0,573	0,041	0,448	0,532	2,41	1,41	5,25%	0,291	10,92
6	0,980	0,386	0,594	0,039	0,425	0,555	2,54	1,54	5,32%	0,310	11,16
7	0,980	0,366	0,614	0,037	0,403	0,577	2,68	1,68	5,38%	0,329	11,40
8	0,980	0,346	0,634	0,035	0,381	0,599	2,83	1,83	5,44%	0,349	11,65
9	0,980	0,327	0,653	0,033	0,359	0,621	3,00	2,00	5,49%	0,369	11,90
10	0,980	0,307	0,673	0,031	0,338	0,642	3,19	2,19	5,53%	0,390	12,15
11	0,980	0,289	0,691	0,029	0,318	0,662	3,39	2,39	5,57%	0,411	12,41
12	0,980	0,271	0,709	0,027	0,298	0,682	3,62	2,62	5,60%	0,432	12,66
13	0,980	0,254	0,726	0,025	0,279	0,701	3,86	2,86	5,63%	0,452	12,91
14	0,980	0,237	0,743	0,024	0,261	0,719	4,13	3,13	5,65%	0,473	13,16
15	0,980	0,221	0,759	0,022	0,243	0,737	4,43	3,43	5,66%	0,494	13,40
16	0,980	0,206	0,774	0,021	0,227	0,753	4,76	3,76	5,67%	0,514	13,65
17	0,980	0,192	0,788	0,019	0,211	0,769	5,12	4,12	5,68%	0,534	13,88
18	0,980	0,178	0,802	0,018	0,196	0,784	5,51	4,51	5,68%	0,554	14,12
19	0,980	0,165	0,815	0,016	0,181	0,799	5,94	4,94	5,68%	0,573	14,35
20	0,980	0,153	0,827	0,015	0,168	0,812	6,42	5,42	5,68%	0,592	14,58

Tabelle 2.6: Typischer Verlauf wichtiger Kenngrößen in einer Beispielwirtschaft, die dem heutigen Kapitalismus entspricht. Es bedeuten:

- $a(t)$: Gesamtarbeit der Population
- $v(t)$: Lohnhöhe, bezahlte Arbeit
- $m(t)$: $a(t) - v(t)$, Mehrarbeit, unbezahlte Arbeit
- $u(t)$: Konsum, der aus Kapitaleinkommen bezahlt wird
- $a_{II}(t)$: Gesamtarbeit für den Konsum
- $a_I(t)$: $g(t)$, Arbeit für das Wachstum der Produktivität und für die Kapitalakkumulation
- $h(t)$: Produktivität
- $m(t)$: Mehrarbeitsquote, Ausbeutungsgrad
- $r(t)$: Profitrate, Kapitalrendite
- $c_g(t)$: „Moralischer Verschleiß“, Kapitalentwertung durch technischen Fortschritt
- $C(t)$: Wert des Gesamtkapitals

Folgende Tendenzen sind hier zu beobachten:

1. Wir haben mit einer Mehrarbeitsquote von $m(1) = 100\%$ gestartet. Daher ist anfangs $m(t) = v(t)$. Da beides zusammen die Gesamtarbeitsleistung der Population, $a(t) = 0,98 \text{ Pop}$, ergibt, haben wir $v(1) = 0,49 \text{ Pop}$. Innerhalb der betrachteten 20 Jahre fällt dieser bezahlte Anteil der Gesamtarbeit auf $v(20) = 0,153 \text{ Pop}$.
2. Die Mehrarbeit, also die nicht durch Lohn (Arbeitseinkommen) bezahlte Arbeit $m(t) = a(t) - v(t)$, steigt demnach auf $m(20) = 0,827 \text{ Pop}$.
3. Der Konsum der Kapitalisten, $u(t)$, verhält sich annahmegemäß entsprechend dem Konsum $v(t)$ der Arbeiter: $u(t) = 0,1 v(t)$. Durch die zunehmende Produktivität fällt der Wert dieser beiden Konsumgütergruppen in gleichem Maße; $u(t)$ fällt von $0,049 \text{ Pop}$ auf $0,015 \text{ Pop}$.
4. Der Gesamtkonsum der Gesellschaft, $a_{II}(t)$, also die Arbeit für Teil II der Produktions- und Zirkulationssphäre, fällt hier wertmäßig von $0,539$ auf nur noch $0,168 \text{ Pop}$ – unabhängig davon, ob vereinzelt der Gebrauchswert dieser Waren sich erhöht, z.B. beim Ersatz von Plattenspielern durch CD-Player, Erfindung neuartiger Sportgeräte etc.
5. Somit verbleibt ein ständig zunehmender Teil $g(t) = a_I(t) = a(t) - a_{II}(t)$ der Arbeit der Population für das „Wachstum“. $g(t)$ verdoppelt sich fast, von $0,44 \text{ Pop}$ auf $0,81 \text{ Pop}$, in den betrachteten 20 Jahren.
6. Diese ständige Wachstumsarbeit $g(t)$ führt zu einem Wachstum der Produktivität $h(t)$. Diese steigt um über 200% in 19 Jahren, vom Anfangswert $2,0$ auf den Endwert $6,42$, wobei der Zuwachs anfangs ca. 5% jährlich und am Ende bereits 9% jährlich beträgt. Die Produktivität $h(20) = 6,42$ besagt, daß die Arbeiter jährlich eine Wertschöpfung zustandebringen, die um den Faktor $6,42$ höher ist als derjenige Warenwert, der in ihren Lebensunterhalt $v(t)$ eingeht.
7. Die überschüssige Wertschöpfung, die Mehrarbeit $m(t)$, ist also am Ende $5,42$ mal größer als die Wertschöpfung für den Eigenbedarf der Arbeiter, $v(t)$. Dies zeigt der Verlauf der Mehrarbeitsquote $m(t)$, die von mäßigen 100% auf satte 542% steigt - und dort noch lange nicht Halt macht. Falls die Arbeiter nicht noch indirekt von der Mehrarbeit profitieren (siehe Kapitel 4), kann die Mehrarbeitsquote mit Fug und Recht Ausbeutungsgrad genannt werden, der nun bei 542% liegt.
8. Die Profitrate $r(t)$ beginnt in unserer Beispielwirtschaft bei $4,9\%$, steigt an bis auf $5,68\%$ und beginnt dann wieder zu fallen (ab $t = 21$, hier nicht zu sehen). Man kann hier fragen, warum sie nicht von vorneherein nur fällt, denn Marx hat doch in [K3], 13. Kapitel, vom „tendenziellen Fall der Profitrate“ gesprochen, welcher deshalb zu erwarten sei, weil in der Formel für die Profitrate $r(t) = m(t) / C(t)$ das Kapital $C(t)$ im Nenner steht und bekanntlich $C(t)$ ständig wächst.

Nun, es treten hier „entgegenwirkende Ursachen“ ([K3], 14. Kapitel) in Erscheinung. Und zwar vor allem die „Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit“ – also das Anwachsen der Mehrarbeitsquote $m(t)$, also auch der Mehrarbeit $m(t)$. Diese steigt in den ersten 17 Jahren der Beispielwirtschaft schneller als das Kapital $C(t)$; daher wächst $r(t)$ in diesem Zeitraum. Allerdings kann $m(t)$ nicht beliebig zunehmen, denn $m(t)$ kann nicht über die Gesamtarbeit der Gesellschaft, $a(t) = 1 \text{ Pop}$, ansteigen. Daher wird irgendwann das Kapital $C(t)$ schneller wachsen als $m(t)$, so daß $r(t)$ wieder fällt. Das ist im Beispiel ab

dem Jahr $t=21$ der Fall.

Eine weitere „entgegenwirkende Ursache“ ist die „Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals“ ([K3]), oder anders gesagt, der Wertverlust des Kapitals $C(t)$ durch den technischen Fortschritt, also die Abschreibung wegen Veralterung. Wir haben dies durch den „moralischen Verschleiß“ $c_g(t)$ berücksichtigt. Dieser begrenzt das Kapitalvolumen in unserem Modell auf den Maximalwert $C_{max} = 20$ PopYears. Bei $m(t) = 1$ Pop ergibt das die langfristige Profitrate $r = 5\%$ p.a. Tiefer wird also $r(t)$ nicht fallen.

Wir müssen allerdings weiter unten nochmal prüfen, wie sich das Ganze in realem, bürgerlichem Geld darstellt, welches ja einer Inflation unterliegt, so daß Sachwerte im Vergleich zum Geld scheinbar im Wert zunehmen, was scheinbar höhere Kapitalrenditen ergibt als es in $r(t)$ zum Ausdruck kommt. - Und die Rolle von $c_g(t)$ ist noch nicht ausdiskutiert, siehe unten.

9. Der „moralische Verschleiß“ $c_g(t)$ nimmt ständig zu. Man beachte, daß am Ende des Beobachtungszeitraums diese Abschreibung mit dem Wert 0,592 Pop bereits einem Großteil der Wachstumsarbeit $g(t) = 0,812$ Pop auffrißt. Wenn es so weitergeht, stellt sich in absehbarer Zeit das Gleichgewicht $c_g(t) = g(t)$ ein, so daß $C(t)$ nicht mehr weiter wachsen kann.
10. Das Kapital $C(t)$ hat in den 20 Jahren des Modellsystems von 10,0 auf 14,58 PopYears zugenommen, und zwar anfangs um 2,3% pro Jahr, am Ende nur noch um 1,8%. Das Wachstum wird sich wie gesagt weiter verlangsamen.

2.6.5 Gehört die Abschreibung durch technischen Fortschritt zur notwendigen Arbeit?

In Kapitel 2.6.3.3 haben wir die Frage gestellt, wer eigentlich den Verlust trägt, der durch die Kapitalentwertung entsteht, die aufgrund Veralterung, also technischem Fortschritt, stattfindet. Und wir haben – etwas voreilig – geantwortet: Dieser „moralische Verschleiß“ wird, wie jeder andere Verschleiß, auf den Preis der produzierten Waren umgelegt, geht also in deren Wert ein.

Dies würde jedoch heißen, daß der moralische Verschleiß, die Abschreibung $c_g(t)$, sich im Wert der Konsumgüter wiederfindet, die die Arbeiter und die Kapitalisten konsumieren, also in $v(t)$ und $u(t)$. Der Lohn $v(t)$, der den Arbeitern bezahlt wird, müßte dann praktisch auch zur Bezahlung von $c_g(t)$ ausreichen.

Diese verrückte Rechnung haben wir aber in den Bilanzgleichungen nicht nachvollzogen. Stattdessen beruhen die obigen Gleichungen in Kapitel 2.6.2 und 2.6.3 auf der Annahme, daß der „moralische Verschleiß“ $c_g(t)$ eine spezielle Sorte Verschleiß ist, und zwar die einzige, die die Unternehmen nicht auf die verkauften Waren umlegen können, sondern die die Kapitalbesitzer selber verkraften müssen.

Die gesellschaftliche Gesamtarbeit $a(t)$ teilt sich also wie folgt auf:

$$\begin{aligned} a(t) &= v(t) + m(t) \\ &= v(t) + u(t) + g(t) \\ &= v(t) + u(t) + c_g(t) + \Delta C(t)/\text{Year} \end{aligned} \tag{2.6.5-1}$$

D.h. die Wachstumsarbeit $g(t)$ geht nicht voll in Kapitalwachstum $\Delta C(t)$ über, sondern wird zerlegt in einen Anteil zum Ersatz des moralischen Verschleißes und den verbleibenden Anteil für Kapitalwachstum. Oder wie in Gleichung (2.6.3-4) dargestellt:

$$C(t+1) = C(t) + \Delta C(t) \quad \text{mit}$$

$$\Delta C(t) = [g(t) - c_g(t)] \cdot \text{Year} \quad (2.6.5-2)$$

Also $g(t) = \Delta C(t) / \text{Year} + c_g(t) \quad (2.6.5-3)$

Wenn wir stattdessen darauf bestehen würden, daß der Verschleiß durch Veralterung $c_g(t)$ in den Wert der Konsummittel $v(t)$ bzw. $u(t)$ eingehen muß, würde sich folgende Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit $a(t)$ ergeben:

$$a(t) = v'(t) + m'(t)$$

$$= v'(t) + u'(t) + g'(t)$$

mit $g'(t) = \Delta C(t) / \text{Year}$

$$v'(t) = v(t) + c_g(t) \cdot \frac{v(t)}{v(t) + u(t)}$$

$$u'(t) = u(t) + c_g(t) \cdot \frac{u(t)}{v(t) + u(t)}$$

$$m'(t) = u'(t) + g'(t) .$$

Hier würde $g'(t)$, die „Netto-Wachstumsarbeit“, voll in Kapitalwachstum $\Delta C(t)$ umgesetzt ohne Abzug der Abschreibung durch „moralischen Verschleiß“ $c_g(t)$, denn diese Abschreibung wäre in die „Erhaltungsarbeit“ oder „Konsumarbeit“

$$a_{II}'(t) = v'(t) + u'(t)$$

mit eingerechnet.

Bei dieser Rechnungsweise würde sich jedoch das absurde Resultat ergeben, daß die Wachstumsarbeit $g'(t)$ mit zunehmendem Kapitalwachstum allmählich gegen Null gehen würde und die Erhaltungsarbeit $a_{II}'(t)$ gegen 100%. Denn wenn das Kapital $C(t)$ sich seinem Maximalwert annähert, wird

$$c_g(t) = g(t) \quad , \text{ d.h.}$$

$$\Delta C(t) = 0 \quad \text{und}$$

$$g'(t) = 0 \quad , \text{ so daß}$$

$$a(t) = v'(t) + u'(t)$$

$$= a_{II}'(t) .$$

Also hier käme heraus, daß die gesamte gesellschaftliche Arbeit $a(t)$ voll in notwendiger Arbeit zur Herstellung der Konsummittel $a_{II}'(t)$ bestehen würde und nichts für $g'(t)$ und somit für das „Wachstum“ übrig bliebe. Und dies aber in einer Situation, wo – wie es im Beispiel aus Kapitel 2.6.4, Tabelle 2.6, in der Tendenz sichtbar wird – der größte Teil der Arbeit $a(t)$ in Wachstumsarbeit $g(t)$ verausgabt würde.

Der Trugschluß käme einfach daher, daß das Kapital hier an seine maximale Ausdehnung gelangt ist, wo jeder weitere Produktivitätsfortschritt gerade soviel Neukapital bedeutet, wie durch den „moralischen Verschleiß“ vernichtet wird.

Der Fehler bei dieser Betrachtung ist, daß praktisch die Wachstumsarbeit $g(t)$ als „notwendig“ vorausgesetzt wird. Wir wollen diesen Fehlschluß daher nicht mitmachen, sondern als Erhaltungsarbeit $a_{II}(t) = v(t) + u(t)$ nur diejenige Arbeit akzeptieren, die für die Schaffung der Lebensmittel für die Bevölkerung nötig ist einschließlich Ersatz für Abschreibung durch Verschleiß, aber ohne zusätzliche Steigerung der Produktivität.

Also $v(t)$, $u(t)$ und somit $a_{II}(t)$ ist die Arbeit für den Erhalt des Status Quo.

Die gesamte überschüssige Arbeit $g(t)$ – das ist heutzutage der Löwenanteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit – dient dem Produktivitätsfortschritt; auch wenn von $g(t)$ ein immer größerer Anteil durch „moralischen Verschleiß“ verbraten wird und somit nur ein kleiner Teil von $g(t)$ noch zu Kapitalwachstum ΔC führt.

Den durch technischen Fortschritt und die damit einhergehende Veralterung bewirkten Verlust $c_g(t)$ müssen also die Kapitalbesitzer selber tragen, sie können ihn nicht – wie ich in Kapitel 2.6.3.3 zunächst angenommen hatte – wie den normalen, durch Abnutzung verursachten Kapitalverschleiß auf die produzierten Waren umlegen und somit von ihren Kunden einfordern. Da die Kapitalbesitzer sich allerdings für diesen Verlust $c_g(t)$ an der Wertschöpfung $g(t)$ schadlos halten, die wiederum Teil des Mehrwerts $m(t)$ ist, bleiben die Kosten für den moralischen Verschleiß letztlich doch wieder bei den „Mitarbeitern“ hängen.

2.6.6 Kapitalrendite in realem Geld gemessen

Die Kapitalbesitzer können also netto nicht den gesamten Mehrwert

$$m(t) = u(t) + g(t)$$

als Profit verbuchen, sondern müssen hiervon wohl oder über den „moralischen Verschleiß“ $c_g(t)$ abziehen, so daß als „Profit nach Veralterungsabschreibung“ p_g folgendes übrigbleibt:

$$\begin{aligned} p_g(t) &= u(t) - c_g(t) \\ &= m(t) - c_g(t) \end{aligned}$$

Im Extremfall, wenn das Kapital „in Sättigung“ gegangen ist und nicht weiter wächst, ist $c_g(t) = r(t)$, so daß

$$p_g(t) = m(t) - c_g(t) = u(t) .$$

Wenn wir unser Beispielmodell aus Kapitel 2.6.4 zugrundelegen, tritt dieser Fall ein bei:

$$C = C_{max} = 20 \text{ PopYears} .$$

Ebenfalls aus dem Beispielmodell sieht man, daß $v(t)$ und $u(t)$ immer kleiner werden, so daß die „Proftrate nach Veralterungsabschreibung“ $r_g(t)$ am Ende winzig wird, wobei

$$r_g(t) = p_g(t) / C(t) .$$

Z.B. wenn $m(t) = 900\%$, dann ist

$$\begin{aligned} v(t) &= 0,1\text{Pop} \\ m(t) &= 0,9\text{Pop} \\ u(t) &= 0,01\text{Pop} \\ p_g(t) &= u(t) = 0,01\text{Pop} \end{aligned}$$

$$r_g(t) = p_g(t) / C(t) = \frac{0,01Pop}{20PopYears} = 0,05\% \text{ p.a.}$$

Dies ist also wirklich eine fast verschwindende Profitrate, viel kleiner als die 5%, die sich ergeben, wenn man den „moralischen Verschleiß“ c_g nicht abzieht.

Hier kommt nun dem Kapitalisten zugute, daß ja im echten Leben nicht in „Idealgeld“ CU gerechnet wird, also mit absoluten, durch die Arbeitszeit bestimmten Werten, sondern mit bürgerlichem Realgeld. Dieses unterliegt im Verhältnis zum „Idealgeld“ einer rasanten Inflation.

Wie groß ist diese Inflation typischerweise? Sehen wir uns einmal die Ausgaben eines Arbeiters an. Dieser gibt Jahr für Jahr, in absolutem Wert gemessen, weniger aus für seinen Lebensunterhalt $v(t)$, denn nach Gleichung (2.6.2-2) nimmt $v(t)$ wegen der Beziehung $v(t) = a(t) / h(t)$ mit zunehmender Produktivität $h(t)$ ab. Wenn z.B. die Produktivität von $h(t)$ auf $h(t+1)$ um 10% gestiegen ist, erfordert die Herstellung der Reproduktionsmittel des Arbeiters 10% weniger Arbeit, sie enthalten somit 10% weniger Wert.

Aber der nominale Lohn des Arbeiters fällt normalerweise nicht in dem Maße wie die Produktivität steigt, sondern er bleibt in etwa konstant oder es findet sogar eine kleine (nominale) Lohnerhöhung statt. Dieser Lohn dient aber nach wie vor zur Bezahlung der Lebensmittel des Arbeiters und zu sonst nichts.

Also kosten die Waren, die der Arbeiter konsumiert, näherungsweise dasselbe, obwohl sie wegen der erhöhten Produktivität weniger wert sind, nämlich um den Faktor $h(t+1) / h(t)$ weniger.

Das bürgerliche Geld gilt, wie man weiß, genau dann als inflationsfrei, wenn der „Warenkorb“, der die üblichen Konsummittel der Arbeiter umfaßt (Ernährung, ein Fahrzeug, ein Dach über dem Kopf, Freizeitgerät...), im Preis stabil blieb.

Hieraus schließen wir, daß das bürgerliche Geld tendenziell einen Wertverlust um den Faktor $h(t) / h(t+1)$ jährlich erleidet.

Was heißt dies für das Kapital $C(t)$, das in Sättigung ist, also wertmäßig nicht weiter wächst? Es bedeutet, daß dieses Kapital, in bürgerlichem Geld gemessen, dennoch ständig wächst, und zwar proportional der Produktivität. Wenn z.B. $h(t) = 10,0$ ist und im nächsten Jahr bei $h(t+1) = 11,0$ angelangt ist, also um 10% gestiegen ist, dann nimmt auch ein Kapital C , das wertmäßig bei z.B. $C = 20 \text{ PopYears}$ verharrt, im Marktpreis um 10% zu.

Somit erfreut sich der Kapitalbesitzer dauerhaft eines kräftigen Zuwachses des Geldwertes seines Kapitals, welchen er als „Kapitalrendite“ verbuchen kann, während die Arbeiter jahraus jahrein mit kaum wahrnehmbaren Lohnerhöhungen vorlieb nehmen müssen. Daß es in absolutem Wert etwas anders ist, nämlich das Kapital im Wachstum langfristig stagniert während die Löhne jährlich entsprechend dem Produktivitätszuwachs wertmäßig fallen, wird in der bürgerlichen Buchführung nicht sichtbar. Das Resultat ist aber in jedem Fall – egal wie man rechnet – für den Kapitalbesitzer erheblich erfreulicher als für denjenigen, der nur von Arbeitslohn leben muß.

Wir sehen also, die Sache mit der Profitrate oder der „Eigenkapitalrendite“ – neuerdings gilt diese erst ab $r_{Ziel} = 15\% \text{ p.a.}$ als ordentlich – ist ein wenig trickreich. Vielleicht ist daher auch die obige Herleitung der bürgerlichen Kapitalrendite noch nicht ganz wasserdicht –

wahrscheinlich habe ich – da ich ja auch kein mit den üblichen Denkmustern von BWL und VWL, von Macro- und Microökonomie beschlagener Berufsfachwirt bin - eine ganze Reihe *buchhalterischer* Vorschriften außer acht gelassen. Es ging mir aber um die Erklärung, was mit c_g passiert, und warum das Kapital in der bürgerlichen Welt trotz der rasanten, durch den technischen Fortschritt bewirkten Veralterung aller technischen Anlagen dennoch ständig wächst und wächst und wächst.

Ich möchte hier nicht weiter in die Wirrungen der heutigen Finanzbuchhaltung einsteigen, sondern lieber den Wertschöpfungsprozeß noch einmal in einer anderen Darstellungsweise veranschaulichen.

2.7 Geldkreislauf, „Wertepumpe“

2.7.1 Eine Zeitscheibe im Werteflussdiagramm

Die Wirtschaft besteht im Wesentlichen aus drei „Instanzen“, die Werte schaffen, speichern oder vernichten können und zwischen denen Waren und Geld ausgetauscht werden.

Dies sind

1. die Gruppe der Arbeiter A ,
2. die Gruppe der Kapitalbesitzer K , und
3. das Kapital C .

A und K sind natürliche Personen, leibhaftige Menschen, während C die Unternehmen sind, d.h. gespeicherte Werte in Form von Produktionsmitteln und anderen Waren.

Nun spielen wir nochmal die Gleichungen aus Kapitel 2.6.2 und 2.6.3 durch und sehen zu, wo das Geld hängenbleibt und wo sich die Werte akkumulieren.

Die Wertebewegungen sind grafisch in Figur 2.7 über den Zeitraum eines Jahres dargestellt. Zusätzlich zu den drei Instanzen A , K und C ist noch eine vierte „Instanz“, der „Abfalleimer“, dargestellt, in dem die Abschreibungen c_g verschwinden.

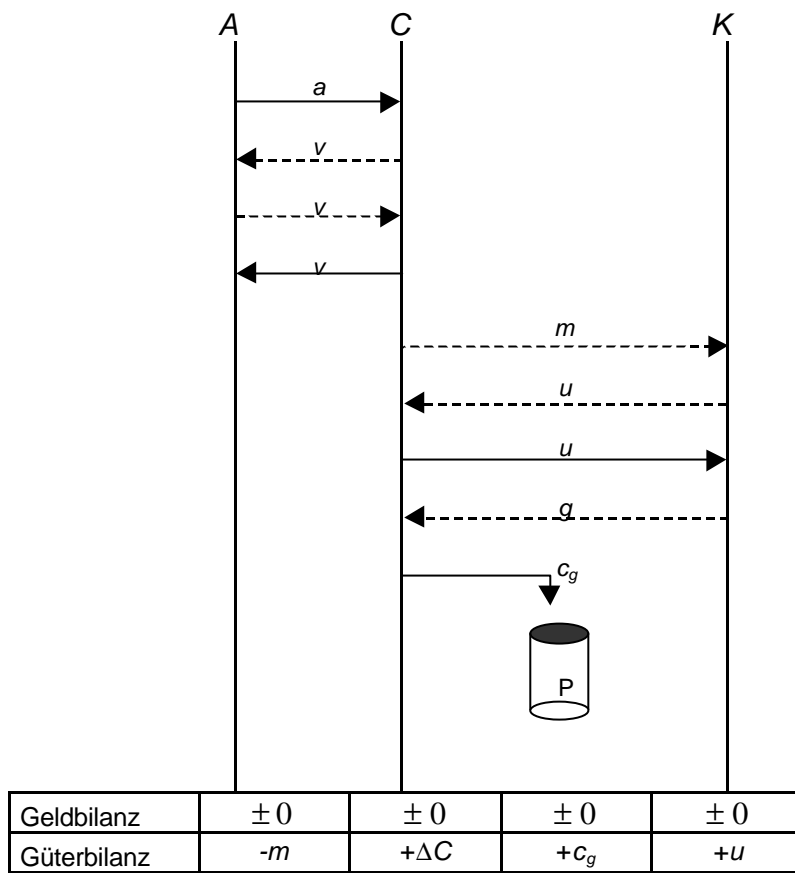


Fig. 2.7: Werteflußdiagramm zur Darstellung der „Wertepumpe“. Durchgezogene Pfeile bedeuten echte Güterbewegungen; gestrichelte Pfeile sind reine Geldbewegungen. Es bedeuten:

- a : Arbeitsleistung, Wertschöpfung durch Arbeit;
- v : Arbeitslohn bzw. Konsummittel der Arbeiter;
- m : Mehrwert, Profit;
- u : Konsum der Kapitalbesitzer;
- g : Gesparter Profit, Neuinvestition;
- c_g : Kapitalentwertung (Veralterung) durch Produktivitätszuwachs.

A: Arbeiter, K: Kapitaleigner, C: Kapital, P: „Papierkorb“.

Resultat: Das Geld fließt im Kreis, aber die realen Werte wandern von der Quelle A zu den drei anderen Instanzen.

Für jede der somit vier Instanzen betrachten wir zwei „Konten“: das Geldkonto und das Wertekonto. Das Geldkonto ist das, was in der normalen Geldwirtschaft sichtbar wird; das Wertekonto zeigt dagegen reale Wertbewegungen (Güterbewegungen) an.

Die Aktivitäten der Arbeiter A sind durch die Gleichungen (2.6.2-1) und (2.6.2-2) bestimmt: Sie arbeiten ständig mit voller Kraft, produzieren eine Wertschöpfung a , erhalten dafür aber von den Unternehmen nur einen Lohn v , der wertmäßig kleiner ist als a . Er wird voll konsumiert, d.h. die Arbeiter kaufen sich von dem Lohn Lebensmittel im Wert von v . Dieser Kaufvorgang wird durch die unteren beiden Pfeile, die zwischen A und C verlaufen, dargestellt.

Bilanz der Arbeiter am Jahresende: Geldmäßig unverändert – der Lohn ist ausgegeben; aber wertmäßig hat sich ein Verlust von „minus m “ angesammelt, denn das ist der Mehrwert $m = a - v$, die unbezahlte Arbeit, die die Arbeiter dem Kapital überlassen haben.

Betrachten wir als nächstes die Kapitalbesitzer K . Ihnen steht aufgrund ihres Kapitalbesitzes der Mehrwert m (Gleichung 2.6.2-3) zu, den sie als „Profit“ verbuchen und der ihrem Geldkonto gutgeschrieben wird. Einen Teil davon, u , (hierfür haben wir Gleichung 2.6.2-4 angesetzt) verwenden sie, um von den Unternehmen C Konsumgüter im Wert von u zu erwerben, welche sie verbrauchen. Dieser Kauf (Geld von K nach C , Ware von C nach K) ist durch die zwei mit „ u “ benannten Pfeile dargestellt.

Den Rest des Profits, nämlich $g = m - u$ nach Gleichung (2.6.2-6), sparen die Kapitalisten, d.h. sie reinvestieren es in die Unternehmen C , wie durch die gestrichelte Linie (Geldtransfer) dargestellt.

Bilanz der Kapitalbesitzer: Geldmäßig auch hier ausgeglichen, denn sie haben den Profit voll ausgegeben, teils konsumtiv (u), teils „produktiv“ (g), nämlich zum Erwerb zusätzlicher Kapitalanteile, so daß die K -Gruppe immer der Besitzer des gesamten Kapitals C bleibt, einschließlich der neu investierten Kapitalanteile. Wertmäßig (oder gütermäßig) hat die Gruppe K aber neben dem Kapitalbesitzzuwachs auch noch dadurch profitiert, daß ihr Waren im Wert von u , die Konsumgüter, zugeflossen sind, ohne daß die Gruppe der K dafür arbeiten mußte. Daher die Güterbilanz „+ u “.

Als nächstes betrachten wir das in den Unternehmen (in der „Wirtschaft“) gespeicherte Kapital C . Zunächst die Geldbilanz, also die gestrichelten Pfeile: Die Löhne v , die an die Arbeiter gehen, kommen voll zurück, also das Geldkonto ist nach Verkauf der Lebensmittel an die Arbeiter wieder auf demselben Stand wie vor der Lohnzahlung. Auch der Mehrwert m , der zunächst auf die Konten der Kapitaleigner gebucht wird, kommt voll zurück, zum kleinen Teil (u) durch den Verkauf von (Luxus-) Konsumgütern an die K -ler, zum größeren Teil (g) in Form von neuen Kapitalanlagen. Also auch bei C ist geldmäßig ± 0 festzustellen.

Und wertmäßig oder warenmäßig, also bei Betrachtung echter Gebrauchswerte (Güter) im Unterschied zum bloßen Geld: Da macht das Kapital C bei den mit den Arbeitern stattfindenden Transaktionen, wo a reinkommt und v rausgeht, sein Supergeschäft, denn es verbleibt ja der Mehrwert m in Form echter unbezahlter Arbeitsergebnisse, unbezahlter Wertschöpfung. Leider gehen von dieser Wertschöpfung zwei Anteile wieder verloren: Die Kapitalisten-Konsumgüter u und die Abschreibung c_g aufgrund des technischen Fortschritts, die in den „Papierkorb“ wandert. Aber am Ende verbleibt meist ein hübscher Kapitalzuwachs

$$\begin{aligned} \Delta C &= a - v - u - c_g \\ &= m - u - c_g \end{aligned} \tag{2.7-1}$$

Zu guter Letzt noch die Bilanz des „Papierkorbs“, also des fiktiven Kontos, wo der Wertverlust c_g hinfließt: Geldmäßig natürlich ± 0 (denn es ist ein reines Wertekonto); wertmäßig eine „Einnahme“ von $+ c_g$.

Über die Gesamtgesellschaft, also alle vier Instanzen, hinweg ergibt sich auch bei den Werten die Summe Null:

$$-m + \Delta C + c_g + u = 0 \tag{2.7-2}$$

Dies ergibt sich durch Umkehrung von Gleichung (2.7-1).

Man kann dies den „*Werterhaltungssatz eines geschlossenen Wirtschaftssystems*“ nennen. Er besagt, daß einer Wertequelle – nämlich der Arbeit der arbeitenden Menschen – eine Reihe von Wertesenken (Verbraucher) gegenüberstehen – in unserem Fall die Konsumenten von v und von u sowie der „Papierkorb“ für c_g – und daß die Differenz aus Wertschöpfung und Werteverbrauch der resultierende Wertzuwachs ΔC ist.

Den ganzen Prozeß, der sich ja jährlich wiederholt, möchte ich die „Wertepumpe“ nennen: Das Geld bewegt sich wie die Stufen einer Rolltreppe oder wie die Pleuelstange eines Kolbenmotors im Kreis, aber die realen Güter (Arbeit und von dieser geschaffene Waren) werden ständig von der Quelle A zu den Verbrauchern gepumpt, und der nicht verbrauchte Teil landet als ΔC auf dem Kapitalberg.

Dieser Pump- oder Melkvorgang ist der Mechanismus der „Kapitalakkumulation“.

2.7.2 Die Wirtschaft - eine runde Sache?

In der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre (VWL) ist folgendes Diagramm sehr beliebt:

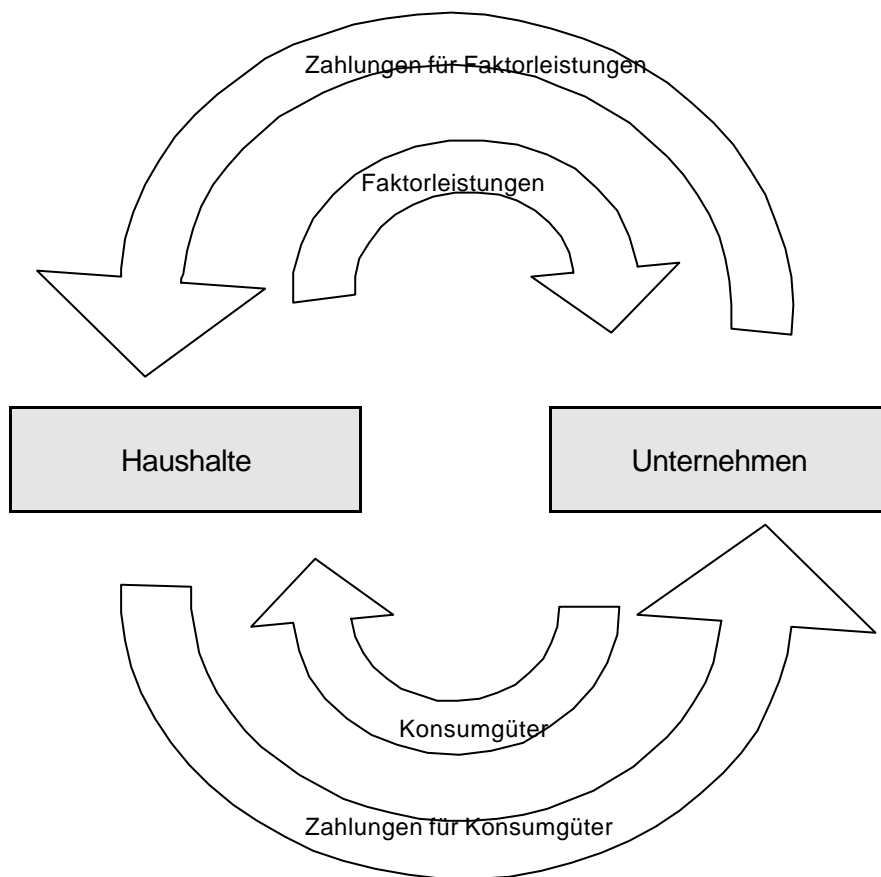


Fig. 2.7.2: Wirtschaftskreislauf in der VWL

Siehe z.B. [V195], S. 55.

Der innere Kreis soll die „realen Ströme von Gütern einschließlich Faktorleistungen“. [V195] darstellen, der äußere die monetären Ströme (Geldbewegungen).

Dabei ist „Faktorleistung“ die gleichmacherische Bezeichnung für die „notwendigen Einsatzfaktoren für den Produktionsprozeß“ ([V195], S. 51). Hierunter werden großzügig zusammengefaßt:

1. Arbeitsleistung A
2. Kapitaleistung K (Geldanlage...)
3. Bodenleistung B („ich leiste Boden“?)

Das Kreislaufbild unterstellt, daß

1. „jedem realen Strom ... ein entgegengesetzter monetärer Strom entspricht.“ [V195], S. 55. Und zwar ist gemeint: Der reale Güterstrom oder Faktorleistungsstrom ist genau das wert, was für ihn bezahlt wird.
2. Die in jeden „Pol“ hineinfließenden Ströme sind in Summe gleich den hinausfließenden Strömen.

Also es wird ein Bild von „Ausgewogenheit“ und Gerechtigkeit suggeriert, so daß weit und breit keine Spur von „Ausbeutung“ der Arbeit durch das Kapital sichtbar wird.

Wir wollen einmal das harmonische Kreislaufbild mit Leben erfüllen, indem wir die Güter- und Geldbewegungen aus Figur 2.7, dem „Werteflussdiagramm“, in das Kreisschema eintragen. Dann sollte klar werden, ob es wirklich ein Kreislauf ist oder eher eine „Pumpe“ (= Kreisprozeß, der etwas von A nach B – oder hier nach C – transportiert), und um welche Art „Faktorleistungen“ es sich handelt, und aus welchen Unterklassen die „Haushalte“ bestehen.

Es ergibt sich das Bild in Figur 2.7.2-2.

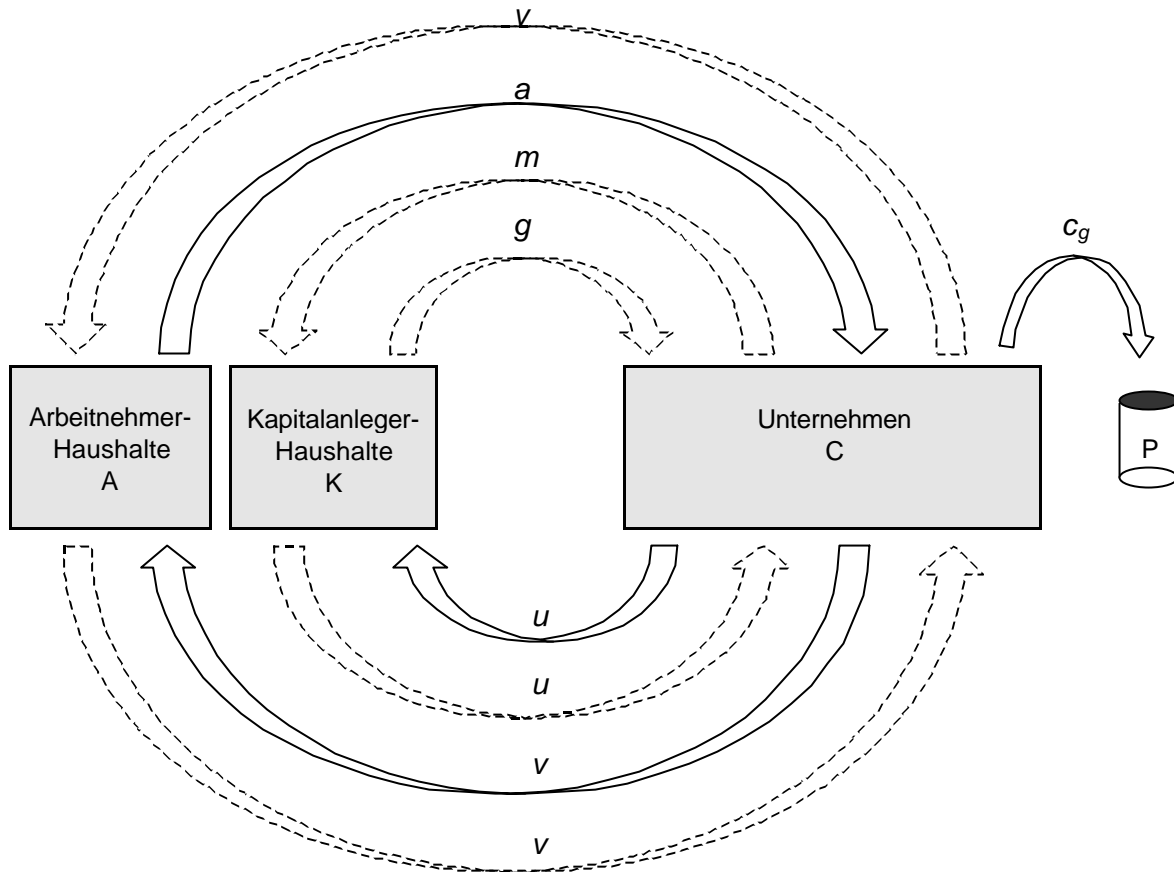


Fig. 2.7.2-2: Ein Blick in das Innenleben des Kreislauf-Schemas der VWL

Es bedeuten, von oben nach unten:

- v : Lohnzahlung, Entgelt für Faktorleistung „Arbeit“
- a : Arbeit, eine „Faktorleistung“
- m : Mehrwert, Profit, Kapitalzins: Entgelt für Faktorleistung
- g : Kapitalanlage, eine andere Sorte „Faktorleistung“
- u : Konsumgüter für Kapitalanleger
- u : Bezahlung der Konsumgüter für Kapitalanleger
- v : Konsumgüter für Arbeiter
- v : Bezahlung der Konsumgüter für Arbeiter
- c_g : Wertverlust durch „moralischen Verschleiß“ (verschwindet im „Papierkorb“ P)

Was erkennen wir aus diesem mit Inhalt ausgefüllten VWL-Kreislaufdiagramm?

1. Entspricht jedem Geldstrom ein „gleichwertiger“ Güterstrom in entgegengesetzter Richtung? Auf der Konsumseite ja: In der unteren Hälfte des Bildes findet Austausch von Geld gegen Ware zu gleichen Werten (u bzw. v) statt. In der oberen Hälfte, bei den „Faktorleistungen“, stimmt das aber nicht:
 - Die Arbeitsleistung, die den Umfang a hat, nämlich einen Wert a produziert, wird nur mit dem Lohn $v = a - m$ bezahlt.
 - Die Kapitaleinlage g wird anscheinend mit einem Profit m bezahlt, der größer als g ist, denn $m = g + u$.
2. Die Faktorleistung „Kapitalanlage“ ist eigentlich kein Güterstrom, sondern nur ein Geldstrom, denn es ist keine andere Leistung als die, das Geld g auf die Bank zu tragen. Daher ist es richtig, diese Faktorleistung durch eine gestrichelte Linie als Geldstrom zu kennzeichnen.
3. Die Geldströme (gestrichelte Pfeile) sind – wenn man die „Sparleistung“ g korrekt als Geldstrom bilanziert – ausgeglichen: In allen „Polen“ fließt gleich viel Geld zu wie ab; denn $m = g + u$. Bezüglich des Geldes haben wir also einen Kreisprozeß.
4. Bei den Güterströmen ist aber die Kreislaufbedingung nicht erfüllt: Die *Arbeiterhaushalte* geben mehr ab als ihnen zufließt, denn $a > v$; die *Kapitalanleger* leisten gütermäßig überhaupt nichts, verbrauchen aber Konsumgüter im Wert von u ; und die *Unternehmen* genießen eine Wertzufuhr von $a - u - v$, was nämlich die „Wachstumsarbeit“ g ist. (Den Wertverlust c_g durch die fortschrittsbedingte Abschreibung haben wir nicht vergessen.)
5. Der Güterstrom stellt also keinen Kreisprozeß dar, sondern einen Transportvorgang von der Quelle A zu den beiden „Senken“ K bzw. C ; der Löwenanteil landet bei C : das ist die Kapitalakkumulation. – Und wenn das Kapital wegen des „moralischen Verschleißes“ c_g an seine maximale Ausdehnung stößt, dann landet der größte Teil der gesellschaftlichen Arbeit a als c_g im Papierkorb. – Wirklich eine sehr sinnvolle und befriedigende Arbeitswelt, nicht wahr?
6. Die Faktorleistung „Kapitalanlage“ wird in obigem Bild durch den Geldtransfer g von K nach C repräsentiert, der nicht einmal so groß ist wie der Profit m , der dem Kapitalisten ausbezahlt wird. Dagegen kann man einwenden: Die „Faktorleistung“ Kapital besteht ja gar nicht in dem jährlichen Geldtransfer in Höhe g von K nach C , sondern in dem „Dienst“, den die K -Gruppe der Gesellschaft leistet, indem sie den Arbeitern *erlaubt*, die Produktionsmittel (sowie Boden) zu benutzen, die den K gehören, und indem sie den Firmen Kredite geben zur Bezahlung der Belegschaft auch für solche Tätigkeiten, die erst mit einiger Verzögerung nützliche Konsumgüter hervorbringen, z.B. für Forschung und Entwicklung (F & E), Herstellung von Investitionsgütern etc.

Antwort auf diesen Einwand: Einerseits richtig. Auf den Transfer von g kommt es gar nicht an. Auch wenn die K die Neu-Anlage g für ein paar Jahre einstellen würden, bekämen sie nach wie vor ihren Kapitalzins m ausbezahlt, denn sie sind ja Besitzer des Kapitals C . – Andererseits: Was ist das für ein Dienst, was für eine „Leistung“, wenn ich anderen *erlaube*, mein Eigentum (Kapital incl. Boden) zu benutzen und unversehrt, ungeschmälert zurückzugeben?

Sagen wir es ganz deutlich: Einkommen aus Kapitalvermögen ist *leistungsloses* Einkommen. (Es ist keine *Leistung*, anderen die *Erlaubnis* zu geben, mit dem Kapital, das sie nicht haben, aber für eine effiziente Produktion benötigen, zu arbeiten).

Beweis für die Leistungslosigkeit (falls noch ein weiterer Beweis nötig ist): Der Begriff „Rente“. Die „Rente“ war früher der Name für Profit aus Kapitalbesitz. Dies war für wohlhabende Leute („Rentiers“) das Einkommen im Alter, für die Zeit, in der ihre Leistungsfähigkeit abnahm und für einen Lebensunterhalt durch Arbeitsleistung nicht mehr ausreichte. Also damals war klar, daß man eine Rente ohne jede Leistung (außer Coupon-Abschneiden) beziehen kann, sofern man nur Kapital hat. Diese Bedeutung des Begriffs „Rente“, nämlich Einkommen für Leute zu sein, die nicht (mehr) arbeiten, ist heute auf das Einkommen der „Rentner“ aus ihrer Rentenversicherung übergegangen.

Also ich denke, es ist nun klargeworden, daß die Kreislaufdarstellung das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft nicht adäquat wiedergibt, da dieselbe stattdessen eher mit einer großen *Melkanlage* vergleichbar ist.

2.8 Die offenen Fragen von Kapitel 2.6

Am Eingang von Kapitel 2.6 haben wir eine Reihe Fragen gestellt. Mal sehen, ob wir diese nun beantworten können.

2.8.1 Woher kommt das Wachstum der Volkswirtschaften?

Die genaue Definition des Begriffs „Wachstum“ in der bürgerlichen Rechnungsweise haben wir bisher nicht besprochen – zum Teil geht in diesen die Inflation ein, die das real existierende Geld erleidet, wodurch Waren und Sachwerte einen scheinbaren Zuwachs erzielen, wie in Kapitel 2.6.6 diskutiert.

Klar ist aber, daß jedes ökonomische Wachstum eng mit dem Kapitalzuwachs ΔC und mit dem Produktivitätszuwachs Δh zusammenhängt. Und woher diese beiden Größen kommen, haben wir in Kapitel 2.6 und 2.7 gesehen: Sie kommen aus der Wachstumsarbeit $g = a_I$, dem Teil I („eins“) des Wirtschaftsprozesses; und g wiederum entsteht aus dem Mehrwert $m = a - v$ durch Abzug des konsumierten Mehrwertanteils u :

$$g = a - v - u = m - u \quad (2.8-1)$$

Also kommt das Wachstum aus der Mehrarbeit m .

Das Wachstum würde dann verschwinden, wenn $g = 0$, also $m - u = 0$ wäre. Dies kann eintreten, wenn

- a) es weder Mehrwert m noch einen Kapitalistenkonsum u gibt, also wenn $v = a$, d.h. die gesamte Wertschöpfung a wird voll als Lohn v ausbezahlt und von den Arbeitern konsumtiv verbraucht. Oder wenn:
- b) $u = m$, d.h. der Mehrwert m ist zwar vorhanden, aber er wird voll von den Kapitalbesitzern konsumiert, so daß nichts für g übrigbleibt.

In beiden Fällen wäre der Zustand „Einfache Reproduktion“ erreicht, wo $a_I = 0$ und $a_{II} = a$ mit a_{II} aus Gleichung (2.6.2-5).

Umgekehrt wird das Wachstum angeheizt, wenn man g vergrößert; hierzu muß man wegen Gleichung (2.8-1) folgendes tun:

- a) die Gesamtarbeit a vermehren und / oder
- b) den Konsum $v + u$ einschränken, was vor allem Reduktion von v bedeutet, also Lohnsenkung.

2.8.2 Was ist Kapitalakkumulation?

Dies ist der Prozeß zur Schaffung von ΔC sowie auch die Maßnahmen zur Produktivitätserhöhung, denn durch letztere wächst das Verhältnis C/v , also der Kapitalumfang im Vergleich zur Lohnsumme.

2.8.3 Warum ist anscheinend „Wachstum“ notwendig?

Wir haben gesehen, daß im normalen Ablauf ständig Wachstumsarbeit g geleistet wird, die zum Wachstum führt. Die Quelle für g ist die Ausbeutung, also die unbezahlte Arbeit m . Wenn nun durch irgendwelche Umstände das Wachstum vereitelt wird, kann es sich nicht mehr um einen normalen Ablauf handeln – sondern nur um eine Krisensituation.

Eine solche Stockung des Wachstums kann dadurch entstehen, daß die Unternehmen ihre Waren plötzlich nicht mehr absetzen können. Dies kann konjunkturell oder strukturell verursacht sein. In beiden Fällen können die Firmen nicht mehr den erwarteten Umsatz machen, haben also weniger Einnahmen und brauchen weniger Arbeitskräfte. Daher senken sie die Lohnkosten, meist durch Kurzarbeit und Entlassungen.

Oder noch anders formuliert: Der Kapitalismus ist durch folgende Zusammenhänge gekennzeichnet:

1. Die Bezahlung v der arbeitenden Bevölkerung durch die Unternehmen ist gerade so eingestellt, daß sich die für die Wirtschaft erforderliche Zahl von Arbeitskräften bei vollem Arbeitseinsatz von diesem Lohn ernähren kann.
2. Wenn die Wirtschaft weniger Arbeitskräfte braucht, dann zahlt sie auch weniger, so daß sich eben nicht mehr dieselbe Zahl von Arbeitskräften davon ernähren kann wie vorher. Dies führt dann zu Arbeitslosigkeit und Existenznot.
3. Eine Vollbeschäftigung der ganzen Bevölkerung zu annähernd 100% bewirkt wegen der ungeheuren Menge Mehrwert, die hierbei geschaffen wird, ein erhebliches „Wachstum“. Dies setzt aber voraus, daß die Unternehmen immer für ihre Waren einen Absatzmarkt finden.
4. Sobald der Absatz stockt (konjunkturell oder längerfristig), fällt die Wachstumsrate, es kommt zu Stagnation, so daß die Unternehmen weniger Mehrarbeit verwerten können, weniger Arbeitskräfte brauchen und daher weniger Lohn zahlen.

Also aus Vollbeschäftigung folgt Wachstum; der logische Umkehrschluß lautet: Ohne Wachstum keine Vollbeschäftigung mehr, sondern Lohnzahlung nur noch an einen Teil der Bevölkerung.

2.8.4 Sind wir in einer Tretmühle? Ist die Wirtschaft ein Faß ohne Boden? Sind wir in der Lage von Sisyphus?

Ja. Denn Kennzeichen einer Tretmühle ist, daß man da drin strampeln kann, soviel man will, man kommt nicht vom Fleck. Analog dazu können wir die Produktivität steigern wie wir wollen – wir werden dennoch für unseren Lebensunterhalt immer lebenslang ganztägig, ganzjährig und volles Rohr arbeiten müssen, solange wir vom Lohn v leben müssen; denn der effektiv (in CU , d.h. bezahlten Arbeitsminuten, gemessen) ausbezahlte Lohn pro Stunde Arbeit wird mit zunehmender Produktivität ständig gesenkt. Insofern ist auch das „Faß ohne Boden“ ein

passendes Bild, denn wenn die Arbeit so wenig positive Wirkungen zeigt, muß irgendwo ein Loch sein.

Und die Geschichte von Sisyphus, der ständig einen Stein den Berg hinaufrollen muß, wo er ihm regelmäßig entgleitet, paßt ebenfalls wie die Faust aufs Auge des rackenden Proleten.

2.8.5 Was sind die Bedingungen für „Einfache Reproduktion“ (stationäre Wirtschaft) in der Marktwirtschaft?

Das haben wir vorhin bei Frage 1 schon besprochen: Die Bedingung ist $g = 0$, was wiederum entweder $m = 0$ bedeutet oder $m = u$, d.h. in letzterem Fall, daß das gesamte Mehrprodukt, das Ergebnis der Mehrarbeit m , „unproduktiv“ konsumiert wird von den Kapitalbesitzern.

So etwas kann im Kapitalismus gar nicht vorkommen, denn $m = 0$ würde bedeuten, daß, wer immer das Kapital besitzt, den Arbeitern die Produktionsmittel kostenlos überläßt, und daß alle Kredite zinslos sind, was natürlich kein Kapitalismus mehr ist. Und $m = u$ würde bedeuten, daß der gesamte Profit von den Kapitaleigentümern verprasst wird – selbst wenn sie es wollten, würden sie es gar nicht schaffen, weil sie zu wenig sind! Auch $m = u$ wäre also kein Kapitalismus mehr, denn damit Profite überwiegend konsumtiv ausgegeben werden, dürfen sie nicht mehr in der Hand weniger berufsmäßiger Kapitalbesitzer landen, sondern müßten die Seite wechseln (hierzu siehe Kapitel 4). Im Kapitalismus herrscht eben der Wachstumszwang.

2.8.6 Wie wird maximales Wachstum erzielt? Sind Lohnerhöhungen hierfür nützlich?

Aus der Formel

$$g = a - v - u$$

haben wir oben schon gefolgert, daß es dem Wachstum am meisten dient, a rauf und v sowie u runterzusetzen, oder kurz das Verhältnis Arbeit pro Lohn, a/v , zu maximieren. Also Lohnsenkung, nicht Lohnerhöhung scheint dem Wachstum der Wirtschaft zu nützen.

Dagegen wird von Gewerkschaftsseite oft das „Kaufkraftargument“ ins Feld geführt: „Wie sollen die Unternehmen etwas verkaufen können, wenn die Arbeiter kein Geld mehr haben, um die Waren zu kaufen?“

Neuerdings kann man sogar vom deutschen *Finanzminister* selber die unglaubliche Theorie vernehmen, daß „Umverteilung“ (von „oben“ nach „unten“, wohlgemerkt) das Wachstum fördere: „Umverteilung für Wachstum und Beschäftigung. Zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung besteht ein enger Zusammenhang. ... Die kaufkräftige Nachfrage ist davon abhängig, daß die Einkommen der Haushalte gestärkt werden, die einen großen Teil ihres Geldes verkonsumieren.“ [LM98], S. 291.

Diese Theorie ist *zu schön, um wahr zu sein*. Sie übersieht, daß es neben Teil II auch noch Teil I der Wirtschaft gibt, und Teil I ist heutzutage wesentlich größer als Teil II. Betrachten wir z.B. das Jahr $t = 20$ der Simulation in Kapitel 2.6.4. Die Produktivität h ist bei 642% angelangt, daher ist die Mehrarbeitsquote $m = 542\%$; nur 15% der hergestellten Waren gehen in den Arbeiterkonsum, knappe 2% in den Konsum der Kapitalbesitzer, dagegen dienen $g = 83\%$ der Arbeiten dem technischen Fortschritt, der Produktivität und dem Kapitalwachstum, d.h. es sind Arbeiten in Forschung und Entwicklung (F&E), zur Rationalisierung, zum Bau neuer Fabriken etc. Also

$$a_t = g = 83\% \cdot a;$$

$$a_{II} = v + u = 17\% \cdot a.$$

Wenn nun die Arbeiter höhere Löhne bekämen, wäre v größer, daher a_{II} größer und g kleiner, also das Wachstum langsamer. Umgekehrt umgekehrt.

Also scheint mir das Kaufkraftargument nicht stichhaltig zu sein – und es hat noch den verhandlungstaktischen Mangel, daß man sich mit dem Ziel der Gegenseite, Kapitalwachstum, einverstanden erklärt, obwohl es einen objektiven Zielkonflikt zwischen der Konsumarbeit a_{II} und der Wachstumsarbeit a_I gibt. Man kann jede Mark (Dollar etc.) nur einmal ausgeben, für a_I oder a_{II} , nicht für beides! (Es mag seltene Einzelfälle geben, wo eine Konjunkturankurbelung durch Kaufkrafterhöhung in Arbeiterhand gefördert werden kann, z.B. wenn die Unternehmen zufällig Überkapazitäten für Produkte des Sektors II haben. Aber das ist die Ausnahme – leider.)

Daß ein amtierender Finanzminister diese waghalsige Kaufkraft-These vertritt, kann man sich damit erklären, daß er sich bei einer gewissen Wählerschicht beliebt machen will, sogar auf Kosten der Stimmigkeit seiner ökonomischen Aussagen. Dabei wird eine Interessengleichheit zwischen der nach Wachstum strebenden Wirtschaft und den an verringerter Ausbeutung interessierten Werktätigen vorgetäuscht. Daß die Wirtschaftsvertreter diesen Rechnungen keinen Glauben schenken wollen, ist nachvollziehbar. Die wirtschaftliche Praxis wird den Minister wohl über kurz oder lang dazu bringen, von seiner Theorie mit bedauerndem Schulterzucken abzurücken.

Die zentrale These dieses Buches hier ist gerade umgekehrt (siehe die 14 Thesen in Kapitel 1.5): Tatsächlich besteht zwischen Wirtschaftswachstum und Vermögensverteilung (und Einkommensverteilung) ein signifikanter Zusammenhang: Je *ungleicher* die Verteilung, je mehr also die Umverteilung von „unten“ nach „oben“ (durch die profitansaugende Wirkung des Kapitals) sich durchgesetzt hat, desto mehr „Zwang zum Wachstum“ sieht sich die Bevölkerung ausgesetzt, und desto mehr Wachstum entsteht daher. – Die Umverteilung in Gegenrichtung, die *Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand*, wird daher das *Wachstum bremsen* – und nichtsdestoweniger den Reichtum der Mehrheit fördern und die Armut beseitigen..

2.8.7 Sind Arbeitszeitverkürzungen ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit?

Diese Frage muß man unterteilen in den Fall mit oder ohne Lohnausgleich.

Wenn die Arbeitszeitverkürzung „kostenneutral“ für die Unternehmen durchgeführt würde, ohne Lohnausgleich, so daß die Firmen nach wie vor für die gleiche Lohnsumme den gleichen Mehrwert erhalten würden, nur auf mehr Arbeitskräfte verteilt, dann würde dies wohl neue Arbeitsplätze hervorrufen. Nur ist das für die meisten Arbeiter nicht tragbar, denn:

- Die Löhne sind nicht so üppig, daß sie jederzeit weiter reduziert werden könnten – sie waren ja vorher bereits so eingestellt, daß man gerade davon leben kann.
- Die Lohnsenkung müßte unter der Bedingung „Kostenneutralität“ sogar stärker sein als die Arbeitszeitverkürzung, denn wenn mehrere Leute sich einen Arbeitsplatz teilen, gibt es gewisse Reibungsverluste, Übergabeprobleme.

Also ist die andere Variante, „mit Lohnausgleich“, realistischer. Dies ist aber gleichbedeutend mit einer Lohnerhöhung. Es verteuert die Ware Arbeitskraft, anscheinend (aus Sicht der Gewerkschaft) in der Annahme, daß die Nachfrage nach den Arbeitskräften durch diese Preiserhöhung nicht gemindert werden wird – ja sie soll sogar größer werden, es geht ja um „Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung“. Hierbei wird unterstellt, daß die Firmen einen Bedarf an einer gegebenen Menge Arbeit hätten, unabhängig davon, was die

Arbeiter kosten. Wenn das so wäre, dann ist nicht ganz einzusehen, warum die Firmen überhaupt Leute entlassen.

Also die Begründung der Arbeitszeitverkürzung mit „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ ist nicht wasserdicht. Hier wird wieder (wie beim Kaufkraftargument) so getan, als wäre die Arbeitszeitverkürzung im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und der Kapitalseite: nützlich für die einen und gleichzeitig schadlos für die anderen. Wir kommen darauf zurück (Kapitel 2.9).

2.8.8 Kommt der „Kapitalismus ohne Arbeit“?

Manche Ökonomen [GL98], Soziologen und Wirtschaftsjournalisten nehmen die zunehmende Knappheit an ordentlichen Arbeitsplätzen, also solchen, wo ein nennenswerter Lohn gezahlt wird, von dem ein Arbeiter (Angestellter) allein oder mit Familie leben kann, zum Anlaß, die Lohnabhängigen dazu aufzufordern, doch nicht so an den „Vollerwerbsarbeitsplätzen“ zu hängen.

Da wird dann behauptet, es sei wegen des technischen Fortschritts selbstverständlich, daß die Gelegenheiten, mit Arbeit Geld zu verdienen, weniger werden, und man solle sich abfinden mit

- Teilzeitarbeit (was natürlich auch Teil-Lohn heißt),
- Gelegenheitsarbeit, moderner Tagelöhneri,
- Ehrenamtlichen Tätigkeiten im Sozialbereich etc.

Hierzu möchte ich folgendes einwenden.

1. Die Knappheit an Arbeitsplätzen ist keine direkte Folge des technischen Fortschritts, sondern in erster Linie das Resultat des Bestrebens der Unternehmen, profitabel zu arbeiten, um die Kapitalanleger zu befriedigen („Shareholder value“ ist das aktuelle Stichwort). Denn der Profit ist maximal, wenn die Arbeitslosigkeit einen Wert zwischen 10 und 20% annimmt. – Siehe unten (Kapitel 2.9)
2. Die Behauptung, die Arbeit im Kapitalismus müßte weniger werden, weil man ja die benötigten Güter in immer kürzerer Zeit herstellen kann, ignoriert wieder einmal die Existenz des Teils I der Wirtschaft, nämlich die Arbeiten für Wachstum, Produktivitätssteigerung und Kapitalakkumulation. Der Kapitalismus hängt überhaupt nicht davon ab, ob es eine Nachfrage nach Konsumgütern (Teil II) gibt; der Phantasie und den Anstrengungen, mit welchen der Teil I ausgedehnt wird, sind keine Grenzen gesetzt.
3. Falls es wirklich einmal dazu kommen sollte, daß es absolut keine Arbeit mehr gibt, weil die Produktivität gegen unendlich gegangen ist und alles von völlig wartungsfreien und perfekt arbeitenden und sich selbst reproduzierenden Robotern (Sklaven!) hergestellt wird – dann ist klar, daß der Wert der Waren auf null sinken wird, denn die Arbeit der Menschen ist die Quelle des Werts, nicht die „Arbeit“ von Maschinen. Dann wären die Waren ubiquitär und kostenlos wie die Luft zum Atmen. Dann ist aber auch das Kapital, also die Maschinen selbst, wertlos und dementsprechend ist der Kapitalismus zu Ende. – Aber auf diese Vision für das Jahr 3.000 zu warten ist albern.

Fazit: Einen „Kapitalismus ohne Arbeit“ wird es nicht geben – nur einen mit Knappheit an bezahlten Arbeitsplätzen. Und beides gilt es zu bekämpfen: die Armut der Arbeitslosen und die der Arbeiter.

2.8.9 Wo ist die Grenze zwischen „Arbeitern“ und „Kapitalisten“? - Gibt es hier einen Klassengegensatz?

Bei der obigen Analyse haben wir oft von Arbeitern und Kapitalbesitzern gesprochen, die wie folgt definiert waren:

- Ein Arbeiter lebt nur vom Lohn v_i , er besitzt kein Kapital.
- Ein Kapitalist lebt nur vom Kapitaleinkommen z_i (Zins), er arbeitet nicht.

Die Wirklichkeit ist nicht so schwarz-weiß: Es gibt alle Schattierungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten: Arbeiter haben oft etwas Besitz, z.B. ein Häuschen, oder auch Wertpapiere; Kapitalisten gehen auch mal arbeiten, vorzugsweise als Manager im eigenen Betrieb (d.h. als „Unternehmer“), usw.

Dennoch gibt es einen Interessengegensatz zwischen „Kapital“ und „Arbeit“, z.B. wenn es um die Lohnhöhe geht oder um die Höhe der Dividendenzahlung. Daher kommen wir nicht umhin, eine plausible Schwelle zwischen den Gruppen zu definieren, die deutlich macht, warum es diesen Interessengegensatz gibt.

Wir beginnen mit dem Satz: „Ein Kapitalist ist jemand, der mehr verdient, als er verdient.“

Etwas klarer: Ein Kapitalist ist jemand, der – alle Einkommensquellen zusammengenommen – mehr Einkommen hat, als es seiner Arbeitsleistung entspricht. Andernfalls ist er ein Arbeiter.

Wieviel Einkommen hat denn ein Mensch, in Abhängigkeit von seiner Arbeitsleistung und seinem Vermögen?

1. Arbeit: Wir gehen von normaler, einfacher Arbeit aus. Ein Mensch Nr. i leiste z.B. die Arbeit a_i . Nehmen wir an, es ist unselbständige Arbeit in einer Firma. Dann wird ihm folgender Lohn ausbezahlt:

$$v_i = \frac{1}{1 + m} \cdot a_i \quad (2.8-1)$$

wobei m die Mehrarbeitsquote ist, die meist für einen ganzen Wirtschaftsraum die gleiche ist. Der Rest,

$$m_i = \frac{m}{1 + m} a_i = a_i - v_i, \quad (2.8-2)$$

verbleibt bei der Firma.

2. Vermögen: Derselbe Mensch habe auch Vermögen in Höhe von C_i , z.B. in Wertpapieren. Hierfür kriegt er Zins z_i entsprechend der Rendite r , die in dem betreffenden Wirtschaftsraum typisch ist:

$$z_i = r C_i . \quad (2.8-3)$$

3. Gesamteinkommen: Somit hat der Mensch ein Einkommen von

$$e_i = v_i + z_i , \quad (2.8-4)$$

welchem die Arbeitsleistung a_i gegenübersteht.

Er ist Kapitalist, wenn $e_i > a_i$, d.h.

$$\begin{aligned}
 v_i + z_i &> a_i, \text{ d.h.} \\
 v_i + z_i &> v_i + m_i, \text{ d.h.} \\
 z_i &> m_i \\
 rC_i &> mv_i, \text{ also} \\
 C_i / v_i &> m / r = w
 \end{aligned}
 \tag{2.8-5}$$

Nochmal: Ein Mensch ist

- Kapitalist, wenn $w_i > w$
 - Arbeiter, wenn $w_i \leq w$
- (2.8-6)

wobei $w_i = C_i / v_i$ die persönliche und (2.8-7)

$w = m / r = C / v$ die gesellschaftliche (2.8-8)

Kapitalintensität („organische Zusammensetzung“) ist.

Beispiel: Wir betrachten wieder das Jahr $t = 20$ der Simulation aus Kapitel 2.6.4. Dort ist

$$\begin{aligned}
 v &= 0,153 \text{ Pop,} \\
 c &= 14,58 \text{ PopYear.}
 \end{aligned}$$

Somit ist

$$w = C / v = 95,3 \text{ Years}$$

die gesellschaftliche „Kapitalintensität“. Außerdem ist der Tabelle 2.6 bei $t=20$ zu entnehmen:

$$\begin{aligned}
 m &= 5,42 \\
 m &= 0,827 \text{ Pop} \\
 r &= 5,68\% \text{ p.a.}
 \end{aligned}$$

Mensch Nr. i sei ein Mitglied der Population. Er arbeite z.B. 1.666,6 Stunden pro Jahr, d.h. $60 \cdot 1.666,6 = 100.000$ Minuten pro Jahr:

$$a_i = 100.000 \frac{\text{min}}{\text{Year}}.$$

Er bezieht einen Lohn von

$$v_i = \frac{1}{1 + m} a_i \approx 15.600 \frac{\text{min}}{\text{Year}} = 15.600 \frac{\text{CU}}{\text{Year}}$$

mit der Currency Unit CU, die 1 Arbeitsminute entspricht.

Wieviel Vermögen C_i kann er als Arbeiter besitzen, ohne ein Kapitalist zu werden? Hierzu braucht er nur seinen Arbeitslohn v_i mit der gesellschaftlichen Kapitalintensität w zu multiplizieren:

$$C_i = w v_i$$

$$= 95,3 \text{Years} \cdot 15.600 \frac{\text{CU}}{\text{Year}}$$

$$= 1.486.700 \text{CU}.$$

Dies ist ein Vermögen, das 95,3 Jahreseinkommen dieses Arbeiters entspricht – er kann es also, wenn ihm niemand hilft, im Leben nicht zu so einem Vermögen bringen. Wenn er es aber hätte, bräuchte er es nur auf die Bank zu tragen, um folgende Zinsen zu erhalten:

$$z_i = rC_i = 5,68\% \text{ p.a.} \cdot 1.486.700 \text{CU}$$

$$z_i = 84.400 \frac{\text{CU}}{\text{Year}} .$$

Mit diesem Vermögen C_i wäre unser Mensch genau an der Grenze zwischen Arbeiter und Kapitalist, denn er hätte dann ein Gesamteinkommen, das genau seiner Arbeitsleistung zu 100% entspricht, nicht mehr und nicht weniger:

$$e_i = v_i + z_i = 15.600 + 84.400 = 100.000 \frac{\text{CU}}{\text{Year}}$$

$$e_i = a_i .$$

Das Besondere an dieser Grenze w , die die Arbeiter von den Kapitalisten trennt, ist, daß die Interessenlage des Menschen davon abhängt, auf welcher Seite der Grenze er steht: Falls $w_i \leq w$, ist er Arbeiter und ihm werden Lohnerhöhungen wichtiger sein als Dividenden-erhöhungen; falls $w_i > w$, setzt sich der Mensch Nr. i die Charaktermaske des Kapitalisten auf und denkt nur noch an den „Shareholder value“.

2.8.10 Was ist die Rolle der Banken?

In der ganzen bisherigen Betrachtung kamen die Banken mit ihrem ausgefuchsten Kreditsystem kaum vor. Der Grund war vielleicht, daß mich die realen Wertbewegungen, von der Arbeit über die Ware bis zum Produktivkapital, weit mehr interessieren als das Hin- und Herschieben von Geld, noch dazu von Kreditgeld, was nichts als Papier ist, das alleine durch staatliches Hoheitsrecht und das allgemeine Funktionieren der Wirtschaft seinen „Wert“ bekommt. (Zum Zusammenhang von Staat und Geld siehe auch [GSP], Heft 4-97.)

Dennoch sei kurz daran erinnert, was die Banken anstellen.

- Sie bündeln die Spareinlagen vieler Anleger zu einer großen Kapitalmenge, die sie als Kredite für große und kleine Projekte zur Verfügung stellen.
- Sie legen dieses Kapital jeweils dort an, wo es die höchste Rendite erbringt.
- Sie ziehen das Kapital aus Unternehmen heraus, denen sie nicht mehr zutrauen, die geforderte Rendite zu erwirtschaften.
- Die staatliche Zentralbank gibt zudem das staatliche Kreditgeld heraus und beeinflusst durch manchmal politisch begründete Zinssätze das Auf und Ab der Wirtschaft.

Die Banken haben durch ihre Kreditvergabepolitik oft großen Einfluß auf das Schicksal anderer Firmen, da sie z.B. bei zwei konkurrierenden Firmen durch die Gewährung bzw. Rückforderung von Krediten bestimmen können, welche von beiden gewinnt. (Aktuelles Beispiel vom Frühjahr 1997: Deutsche Bank im Fall Krupp gegen Thyssen.)

2.8.11 Was ist die Rolle des Staates? Wer oder was ist der Staat?

Manchmal hört man die euphemistische Aussage: "Der Staat – das sind wir alle." Das kann aber nicht ganz stimmen. Z.B. darf der Staat Geld drucken, wir alle dürfen es nicht. An den Staat zahlt man Steuern. Wenn wir alle der Staat wären, würde ich das Geld einfach bei mir behalten.

Also im Ernst: Der Staat ist offenbar eine bestimmte abgegrenzte Institution mit besonderen Rechten und Pflichten. Mag sein, daß wir alle den Staat stützen, mehr oder weniger freiwillig, oder daß wir seine Bürger oder sein „Volk“ sind, aber deshalb sind Staat und Bevölkerung noch nicht dasselbe.

Wenn man nun genau darüber nachdenkt, was den Staat von anderen Organisationen der Gesellschaft, wie z.B. den privaten Organisationen im Transportwesen, Bildungswesen etc. unterscheidet, kommt man zur Erkenntnis, daß es die staatliche *Gewalt* ist, die den Staat einzigartig macht: Er hat das Gewaltmonopol nach innen, mit dem er die Gesetzes Einhaltung durchsetzt (Polizei etc.), und er hat ein Militär zum Einsatz gegen andere Staaten.

In [V195] wird das auf S. 5 recht hübsch dargestellt: „Es sind danach drei gesellschaftliche Teilsysteme zu unterscheiden, weil Bedürfnisbefriedigung möglich ist durch

- Androhung und Anwendung von legitimierter Gewalt (politisches System)
- Anwendung von psychischen Fähigkeiten (kulturelles System) sowie durch
- Produktion und Bereitstellung von Gütern (ökonomisches System oder Wirtschaftssystem).

Das politische Teilsystem umfaßt alle Handlungen physischer Gewaltandrohung oder -anwendung, die in den meisten modernen Gesellschaften in der Rechtsordnung niedergelegt und dem Staat vorbehalten sind.“

Was speziell den bürgerlichen Staat, also den modernen Staat westlicher Prägung, kennzeichnet, ist in einem Heft von 1979 [R379] so beschrieben:

„§1: Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft. Er unterwirft die Agenten der kapitalistischen Produktionsweise unter Absehung von allen natürlichen und gesellschaftlichen Unterschieden seiner Herrschaft und gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: *Gleichheit & Freiheit*. Er verpflichtet sie, die ökonomische Konkurrenz unter Respektierung des *Privateigentums* abzuwickeln. ... Weil die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in der Verfolgung ihres individuellen Nutzens die Schädigung der anderen betreiben, ... wollen (sie) die staatliche Herrschaft, weil sie ihren Sonderinteressen nur nachgehen können, indem sie von ihnen auch abstrahieren. Der bürgerliche Staat ist also die Verselbständigung *ihres abstrakt freien Willens*.“ (Siehe auch [GSP], Heft 4–97.)

Also der Staat erläßt Gesetze und überwacht ihre Einhaltung. Daneben betreibt er auch eigene Wirtschaftsbereiche, die er nicht dem freien Markt überlassen will: Bahn, Post, Telefon, Straßenbau, Müllabfuhr etc. Vieles davon wird jetzt zunehmend privatisiert. Forschung, Bildung und Erziehung hat er auch weitgehend in seine (öffentliche) Hand genommen. Zur Finanzierung seiner Aufgaben zieht er Steuern ein, direkte und indirekte: Hier führt er vor, wie man seine Bedürfnisse durch „Androhung und Anwendung von legitimierter Gewalt“ [V195] befriedigen kann – was sonst niemand anders darf in der Gesellschaft. Das eingezogene Geld gibt der Staat dann zum größten Teil für „Soziales“ aus. Das ist Sozialhilfe, Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung etc. Daß dieser Bereich so groß ist, kommt daher, daß es so viele arme Leute gibt im Kapitalismus. Viel Geld geht auch dahin für den Gewaltapparat.

Schließlich greift der Staat noch aktiv in die Wirtschaft ein durch Finanz- und Wirtschaftspolitik: Eine Reihe von Branchen wird subventioniert, z.B. Kohle, Stahl, Landwirtschaft, offenbar weil er auch hier dem freien Markt nicht zutraut, die Bedürfnisse der Bevölkerung und seine eigenen, z.B. nach Unabhängigkeit von anderen Staaten, zu erfüllen.

Was steckt hinter all diesen Aktionen dahinter? Ich möchte es mit der „Formel 1“ ausdrücken: Der Staat tut soviel wie möglich für das Kapitalwachstum und so wenig wie nötig für die sich sorgende Bevölkerung. Oder etwas anders gesagt: Er tätigt so viele produktive Ausgaben wie möglich und so wenige konsumptive Ausgaben wie nur gerade nötig. Er tut alles für Teil I der Wirtschaft und reduziert Teil II auf das Minimum, das sich die Bevölkerung gerade noch gefallen läßt.

Z.B. wenn es um Kürzungen seiner eigenen Ausgaben geht: Da wird soviel wie möglich bei den armen Leuten gekürzt (Sozialhilfe, Krankenversicherung usw.), die all ihr Geld für den Lebensunterhalt brauchen, also für Teil II der Ökonomie. Wenn es aber um Steuerentlastung geht, werden die größten Geschenke an die Vermögenden gemacht, denn der Staat weiß, daß diese die zusätzlichen Gelder sofort investieren werden, wodurch das Kapital wächst. Die kleinen Leute würden solche Geschenke womöglich zur Verbesserung ihres Lebensstandards und zur Linderung ihrer Not, also konsumtiv, ausgeben. Daher kriegen sie nichts.

Und warum fördert der Staat so einseitig *Teil 1* der Ökonomie, die Wachstumsabteilung? Weil es ihm um die Produktivität geht, die wiederum die Hauptwaffe im internationalen Wirtschaftswettstreit der Staaten ist. Und weil es ihm darum geht, daß das nationale Kapital auf dem Weltmarkt erfolgreich ist und z.B. Profite von extern ins eigene Land saugt. Auf diese starke Wirtschaft kann wiederum der Staat Steuern erheben und seine eigenen Machtmittel finanzieren (z.B. auch mal einen Krieg am Golf mitfinanzieren, wenn es sein muß). Eine gewisse militärische Macht ist auch nötig zur Absicherung der „Terms of Trade“, wenn das eigene Kapital weltweit aktiv ist und sich im Ausland Mehrarbeit einverleibt.

Gänzlich einseitig wird die Beziehung zwischen Staaten, wo der Nord-Süd-Konflikt wirksam ist. Viele Staaten der Dritten Welt – wie auch viele aus dem ehemaligen Ostblock – sind hochverschuldet und müssen daher dauerhaft große Teile ihres Brutto-Inlands-Produkts an die kapitalistischen Staaten des Nordens abliefern, wodurch das Reichtumsgefälle noch größer wird statt kleiner. Damit die armen Länder keine Chance haben, sich gegen dieses Ausbeutungsverhältnis zu wehren, haben die reichen Staaten ein Militärpotenzial aufgebaut (zum Einsatz untereinander und gegen Dritte).

Diese ganzen Verhältnisse sowohl im Inneren des Staatsgebietes als auch zwischen den Staaten sind höchst unerfreulich. Das Problem ist generell die Ungleichverteilung der Reichtümer, also des Kapitals, und was noch schlimmer ist: Daß der Zinsmechanismus diese Ungleichheiten, wo immer sie erstmals auftreten, sofort vergrößert und exponentiell (Zins und Zinseszins) wachsen läßt.

Also gilt es, kurz gesagt, einen Regler zu finden, der die Kraft hat, Ungleichheiten in der Kapitalverteilung zum Stillstand und dann zum Verschwinden zu bringen, die enormen Zinsströme, die von Arm nach Reich fließen, einzudämmen und sogar umzudrehen und so die Armut zu beseitigen. Ich denke, der Vorschlag in Kapitel 4, der auch eingangs bereits skizziert wurde, kann dies leisten.

Das staatliche Wirken könnte dann stark zurücktreten, wenn einmal die Armut überwunden ist: der Sozialbereich wäre weitgehend überflüssig, um Ausbildung der Kinder an freien Schulen, Altersvorsorge, Krankenversicherung, Überbrückung von Zeiten der

Erwerbslosigkeit (z.B. während eines „Sabbatical“, oder auch mal einem ganzen Jahr Urlaub!) könnte sich jeder selber kümmern, wenn jeder vermögend wäre. Also packen wir's an!

2.8.12 Die Rolle der Wähler

Wir leben doch in einer Demokratie. Wie kann es da sein, daß Staat und Wirtschaft ständig die Leistungsanforderungen hochschrauben, die Mittel zum Lebensunterhalt der breiten Bevölkerung angreifen und Teil I auf Kosten des Teils II fördern? Wenn das der Mehrheit schadet, warum sind dann die Verhältnisse so verfestigt? Warum wird eine solche Politik nicht abgelöst? Warum unterstützen die Wähler offenbar diesen Kurs?

Nun, ich denke, hierfür gibt es mehrere Erklärungen.

1. Die *Vermögenden* sind sehr zufrieden mit dieser Politik. Und diese Gruppe hat eine bessere Lobby, wird besser in der öffentlichen Meinung repräsentiert, als die ärmeren Schichten – die ja im Durchschnitt weniger Bildung genießen durften und weniger Geld für PR-Maßnahmen haben.
2. Die ganze Bevölkerung ist *abhängig*:
 - Abhängig vom Florieren der Wirtschaft, vom Kapital, denn wo gibt es sonst Arbeitsplätze her?
 - Abhängig vom Staat, der ihr Eigentum schützt (wie gering es auch sei), der den armen Leuten mit sozialen Leistungen beisteht.Also meinen viele: Was meinem Herrn nützt, das muß auch ich unterstützen, was ihm schaden könnte, muß ich aktiv bekämpfen. – Genauso haben wahrscheinlich die Sklaven im alten Rom auch gedacht. Daß man sich von der Abhängigkeit vielleicht befreien sollte – der Gedanke ist nicht sehr populär.
3. Die bürgerliche *Wirtschaftswissenschaft* stellt die Wirtschaft absichtlich verkehrt dar. Z.B. ist typisch, daß immer von den drei gleichberechtigten „Faktorleistungen“ [V195] Kapital, Arbeit, Boden gesprochen wird, so als wäre es vergleichbar, ob ich 1.600 Stunden arbeite oder ob ich 1 Mio CU Kapital den Arbeitenden gnädigst zur Benutzung überlasse (gegen Gebühr), oder ob ich einen Baugrund verpachte (für einen kleinen Pachtzins, versteht sich). Alle drei Verfahren ergeben einen Lebensunterhalt, aber Methoden 2 und 3 setzen voraus, daß man Kapitalbesitzer ist, sind also nur von wenigen Glücklichen heutzutage anwendbar. Ein weiterer Unterschied: Das Kapital kann beliebig groß werden, so daß es schließlich soviel „Revenue“ abwirft wie 10 oder 100 Arbeiter zusammen – und das Kapital wächst von alleine weiter! Dagegen ist es beim Faktor Arbeit kaum möglich, daß ich ab nächstem Jahr für zwei und bald für zehn und mehr arbeite, denn das Jahr hat nur 365 Tage. Daher können auf der Kapitaleseite wenige „Arbeitgeber“ genausoviel oder mehr Wirtschaftsmacht darstellen wie ein Millionenheer von Arbeitern auf der anderen Seite. Die Faktoren Arbeit, Kapital und Boden in einen Topf „Faktorleistungen“ zu werfen heißt, die Dinge schief darzustellen und Ungleichheiten zu verfestigen statt zu überwinden. – Und warum machen das die heutigen Wirtschaftswissenschaftler dennoch so? Ich weiß es nicht. (Kann es sein, daß sie für diese systemstabilisierenden Theorien besser bezahlt werden?) – Weitere Argumente zur Kritik der heute üblichen Wirtschaftswissenschaft finden sich z.B. in [µÖ87], [GM90].
4. *Schwarz-Weiß-Denken*: Es gibt nach wie vor das Gerücht, daß Ungleichheit, Armut, Leistungsdruck die zwingenden Begleitumstände der bürgerlichen Grundrechte Freiheit, Gleichheit und Eigentum seien, oder kurz gesagt, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus identisch seien. Aus diesem Dogma folgt dann, daß jeder, der das Recht des Kapitals auf unbegrenzten Profit, das Einsaugen fremder Arbeit, einschränken möchte, um die

ärmeren Leute von der Last dieser Verpflichtung zu befreien und ihnen ein leistungsgerechtes Einkommen zu ermöglichen, sofort zu hören bekommt:

- a) Du willst wohl die freie Marktwirtschaft und das Eigentum abschaffen, was?? Das lassen wir nicht zu.
- b) Wenn Du das willst, dann mußt Du aber den freien Markt und das Eigentum an Produktionsmitteln abschaffen und eine ordentliche Planwirtschaft sowie Sozialismus einführen.

Statement a) wird man von rechts hören (Beispiel: Milton Friedman [MF85]), Statement b) kommt aus der linken Szene.

Dummerweise bestärken beide Stellungnahmen, a) und b), den verunsicherten Wähler in der Meinung, wer am Profitrecht drehen möchte, gefährdet unsere Lebensgrundlagen wie Privateigentum am eigenen Häuschen und Auto, Freiheit bei Ausbildung, Berufswahl, Kauf und Verkauf usw.

Daher bestärkt dieses Schwarz-Weiß-Denken den Wähler und viele Politiker darin, daß sie trotz aller Mißstände am Bestehenden festhalten.

5. *Fehlen einer moralischen Rechtfertigung für den Wandel:* Dieses Buch zeigt, daß tatsächlich die einfache Forderung nach Leistungsgerechtigkeit oder nach dem Leistungsprinzip, also nach 100% Bezahlung der Arbeitsleistung, zu dem Vorschlag der Begrenzung des Profits und zur Umverteilung des abgeschöpften Profits als „KIES“ an die Arbeitnehmer führt. Ich denke, diese Begründung für eine Umverteilung ist neu und ist dazu geeignet, denjenigen, die für den neuen Vorschlag eintreten, moralische Rückendeckung zu geben. Bisher wurde man häufig verdächtigt, aus „Neidmotiven“ heraus zu handeln; dieser Vorwurf hat sicher auch zur Einschüchterung der Wähler beigetragen.
6. *Furcht vor Wettbewerbsnachteilen:* Jaja, die Standortdiskussion. Es hat sich schon so in den Köpfen festgesetzt: Im Schwellenland XY lassen sich die Leute dreimal stärker ausbeuten als hier, und zwar: man arbeitet dort für ein Viertel des Lohnes eineinhalb mal soviel pro Jahr, macht einen Faktor 6; glücklicherweise sind sie bisher erst 50% so produktiv, so intensiv bei der Arbeit, also Faktor zwei rausdividieren; Ergebnis: Faktor 3. „Wenn ihr hier nicht mit den Löhnen auf ein Drittel runtergeht, geht das Kapital nächstes Jahr nach XY und nimmt eure Arbeitsplätze mit.“
Aus solchen Horrorszenarien schließt der naive Wähler: Wir leben über unsere Verhältnisse, also Gürtel enger schnallen und bloß keine Ansprüche mehr stellen.

Darauf ist zu sagen:

- Erstens, ob alles so stimmt?
- Zweitens, warum kann die Angleichung nicht mal andersrum laufen? Die Leute in XY wollen sich vielleicht auch mal ein Auto, eine Vierzimmerwohnung, eine Urlaubsreise leisten und werden nicht ewig alles mitmachen.
- Drittens: Warten wir doch mal ab, bis die Gedanken dieses Buches sich etwas ausgebreitet haben in mehreren Ländern, vielleicht lösen sich die Inhomogenitätsprobleme auf wie Frühnebel.

2.8.13 Wie kommen wir da raus?

Wie erreicht man Wohlergehen für alle ohne Klassengegensätze und ohne Wachstumszwang?

Antwort: Mit KIES. Siehe Kapitel 1.4 und Kapitel 4.

2.9 Gedanken zur Arbeitslosigkeit

2.9.1 Abstrakt

Der erste Gedanke zur Arbeitslosigkeit müßte eigentlich folgender sein: Die Gesellschaft ist offenbar verrückt, daß sie mit dem „Mangel an Arbeit“ ein Problem hat. Denn es gibt ja nur zwei Möglichkeiten:

- a) Entweder es sind alle Bedürfnisse befriedigt, alle Arbeit ist getan, wir leben im Überfluß, die Produktivität ist so hoch, daß man mit links alles herstellen kann, was gebraucht wird. Dann lehnen wir uns eben zurück und genießen die freie Zeit, solange bis die Güter allmählich weniger werden und man mal wieder die Ärmel hochkrepeln muß.
- b) Oder: Es fehlt noch was, es haben noch nicht alle genug zu essen und was man sonst so braucht – dann nichts wie los an die Arbeit, um das Fehlende bereitzustellen.

Wann herrscht hier irgendwo ein Mangel an Arbeit? Im Falle *a* nicht, denn keiner leidet Not, jeder hat was er braucht. Im Falle *b* nicht, denn es gibt was zu tun.

Eine Gesellschaft, in der es einerseits Not und Armut, also ungestillte Bedürfnisse gibt, und andererseits behauptet wird, es gebe nicht genug Arbeit, weil alle Märkte gesättigt seien und kein Bedarf mehr an der Herstellung irgendwelcher Güter vorzufinden sei, muß also verrückt sein. Eine solche Gesellschaft kommt mir vor wie jene zwei Ausbrecher aus dem Witz, die ein behelfsmäßiges Seil aus aneinandergeknüpften Bettüchern verwenden, um sich aus dem Fenster einer therapeutischen Anstalt abzuseilen; beim ersten Versuch ist das Seil zu kurz, aber nachdem sie das Seil verlängert haben, scheitert der Ausbruchsversuch wiederum, diesmal wegen des folgenden Problems: „Es ist zu lang“.

Wie kann der Überfluß an Gütern und an Produktionsmitteln zu Not und Existenzangst führen? Wenn so etwas passiert, gehört etwas an den ökonomischen Grundregeln der Gesellschaft geändert.

Soviel zur abstrakten Vorrede. Im folgenden müssen wir aber etwas konkreter werden.

2.9.2 Was genau ist das Schlimme an der Arbeitslosigkeit?

Die Arbeitslosigkeit, die z.B. in Deutschland nun (1997) auf über 10% geklettert ist, wird immer wieder von Politikern als „das wichtigste Problem der Legislaturperiode“ und von Kanzler Kohl zur „Chefsache“ erklärt. Dennoch steigt sie seit Jahren und alle Politiker geben sich recht hilflos und ohnmächtig dem Problem gegenüber.

Dabei ist noch nicht einmal klar definiert, warum das Los der Arbeitslosen so schlimm ist: Die einen meinen, der Verlust des Kontaktes mit den Kollegen sei das Schlimmste, oder der Verlust des Tagesrhythmus, weil man nicht mehr um 6 Uhr raus muß, oder die Sinnkrise, weil man „nicht mehr gebraucht wird“ (als ob es das Gleiche ist, ob einen das Kapital für sein Wachstum braucht, oder ob einen die Gesellschaft und die Mitmenschen benötigen).

Andere meinen, es sei ein Jammer für die Volkswirtschaft, dieses Arbeitskräftepotential brachliegen zu lassen, und eine Belastung für die Staatskasse, weil sie durch den Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung diesen Arbeitslosen mitfinanzieren muß, weshalb man das Arbeitslosengeld kürzen oder die Arbeitslosen irgendwie schnell beseitigen, also z.B. wieder in Arbeit setzen muß.

Zu guter Letzt gibt es auch Stimmen, die meinen, die materielle Situation des Arbeitslosen wäre vielleicht das Schlimmste für ihn, und man sollte sich darauf konzentrieren, diese zu

verbessern und ihm außerdem eine Weiterbildung anbieten, damit er den technischen Fortschritt mitvollziehen kann, der in einigen Fällen der Anlaß für seine Arbeitslosigkeit ist. Dieser letzten Meinung möchte ich mich hier anschließen.

2.9.3 Wie der Staat es sieht

Und warum wird die materielle Situation nicht einfach verbessert? Warum fällt man nach einem Jahr vom Arbeitslosengeld auf die Arbeitslosenhilfe zurück, also auf Sozialhilfeniveau?

Hier schlägt die „Formel 1“ des Staates (siehe Kapitel 2.8.11) zu: Überlebenshilfen an den Arbeitslosen wären klar eine konsumptive Ausgabe (Teil II), was sich der Staat im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb auf keinen Fall leisten mag. Aus Sicht des Staates stellt sich – mit Billigung der Wählermehrheit – das Problem mit den Arbeitslosen so dar:

1. Kann die Wirtschaft ihn nochmal brauchen? Na gut, dann kriegt er zunächst genügend Geld, daß er sich fit halten kann.
2. Nach einem Jahr ist aber „Time Out“. Dann ist nur die Frage, wieviel muß man ihm geben, daß er unauffällig bleibt und kein Ordnungsproblem darstellt.
3. Im Zweifel muß eben die Polizei oder die Sicherheit präsent sein, um mit aufsässigen oder zum Aussteigen übergehenden Arbeitslosen fertig zu werden. Zwischen Punkt 2 und 3 wird der kostenminimale Kompromiß gewählt.

Diese Vorschrift, immer die kostengünstigste Lösung für den Staat zu wählen, wird selbstverständlich von den Politikern immer beachtet, auch wenn sie noch so sehr das Problem zur Chefsache machen.

2.9.4 Wachstum als Ausweg?

Daher fällt dem Staat als Lösung letztlich nur ein: Es muß wieder genügend Wirtschaftswachstum her, z.B. so viel wie in den Aufbaujahren um 1960 herum, so daß die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften so hoch wird wie damals. Hierbei trifft es sich gut, daß die Förderung des Wachstums (Teil I) sowieso das Hauptziel des Staates ist, so daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gar keine Veränderung des Staatsprogramms erfordert.

Nun ist es aber heute, am Jahrhundertende, nicht mehr so leicht wie 1960, ein signifikantes Wachstum (in Deutschland) zu erzielen, denn:

- Was der Krieg zerstört hatte, ist längst wieder aufgebaut.
- Der Wettbewerbsvorteil Deutschlands und anderer westlicher Industrieländer gegenüber dem Rest der Welt ist durch die „Globalisierung“ dahingeschmolzen; Südostasien und andere Regionen haben stark aufgeholt und teilweise überholt.

Noch dazu ist gar nicht sicher, ob ein Wachstum heutzutage den Arbeitslosen viel nützt, denn: Wachstum heißt – siehe Beispiel in Kapitel 2.6.4 – daß sich die gesellschaftliche Arbeit immer mehr von Teil II nach Teil I verschiebt, von der Konsumgüterproduktion hin zur Investitionsgüterproduktion incl. High Tech Produktion, F&E; außerdem von HW-Herstellung zu SW-Programmierung, von Mechanik zu Elektronik etc. Nun hat der Mensch ja etwas gelernt und das Gelernte ist sein Humankapital. Leider kann man nun dieses Wissen und Können nicht einfach auswechseln wie eine Schreibmaschine durch den PC, oder wie irgendeine Computerdiskette. Daher passiert es einigen Arbeitnehmern, daß ihr Humankapital „moralisch verschleißt“ und sie nicht schnell genug Ersatz beschaffen können. Dadurch sinkt ihre zuvor „höherwertige“ Arbeit nun auf Normalarbeit zurück. Sie können also in der schönen neuen Welt keine Tätigkeit finden, die der vorherigen gleichrangig ist. Ob Weiterbildung hier hilft bzw. „sich rechnet“, hängt vom Alter, der Vorbildung, der Lernfähigkeit etc. ab. So entsteht hier die strukturelle, lang andauernde Arbeitslosigkeit, die auch bei signifikantem „Wachstum“ nicht verschwindet.

2.9.5 Der Ausweg

Was ist dann der echte Lösungsansatz für dieses Problem?

Hier möchte ich mal einen Sprung nach vorn machen. Stellen wir uns mal nicht so dumm an, wie es die heutige Wirtschaftswissenschaft tut, sondern machen wir uns das ungeheure Maß an Freiheit klar, das wir durch den erzielten Produktivitätsfortschritt eigentlich erworben haben. Ich zitiere aus der Zeitschrift „*Gegenstandspunkt*“ [GSP], 4-96, S. 113: „Denn wenn Menschen Verstand und Körperkraft arbeitsteilig zweckmäßig einsetzen, dann bringen sie nicht bloß ihre Lebens- und Produktionsmittel zustande, sondern auch noch einigen technischen Fortschritt; und wenn sie auf dem mittlerweile erreichten Niveau der Technik ans Werk gehen, dann wird die Herstellung auch von komplizierten Bedarfsartikeln zur Sache von Arbeitsminuten. So gesehen wäre es für die Arbeiter heute kein Problem, sich und alle, die fürs Arbeiten gerade ausfallen, mit Gebrauchsgütern jedweder Art ohne große Mühe flott zu bereichern - wenn es denn darum ginge.“

Genau: Das ist die Ursache der Misere: daß die kapitalistische Wirtschaft gar nicht auf die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung hin angelegt ist, also auf einen hinreichend großen Teil II der Wirtschaft, dessen Produkte für jedermann, ob arbeitsfähig, arbeitslos, Jugendlicher, Rentner, Gesunder, Kranker, problemlos erschwinglich sind, und auf einen Teil I, der sich dem Teil II unterordnet und immer weniger wird, je mehr man sich dem Schlaraffenland der automatischen Produktion annähert; sondern umgekehrt: Teil I, das Wachstum, ist Ziel und Zweck dieses Affenzirkus, und Teil II, die Konsumgüterproduktion, stellt sich als unumgängliches Anhängsel heraus zur Produktion von Treibstoff für die Arbeitskräfte, die für Teil I gebraucht werden. So daß alle, die dem Wachstum nicht oder nicht mehr dienlich sind, als unnützer Ballast und Kostgänger erscheinen, die sich von Wirtschaft, Staat und dessen Wählern schwach anreden lassen müssen.

Na und wie ändert man das? Hier gehen die Meinungen etwas auseinander. Die Redakteure der Zeitschrift „*Gegenstandspunkt*“ halten es bereits für falsch, daß „Lohnarbeiter, wenn sie überhaupt an die Arbeit gehen, schon nicht mehr für sich tätig sind“ - wegen des fremden Privateigentums an Produktionsmitteln. Dagegen glaube ich, daß an der Lohnarbeit selbst noch nichts falsch ist - man muß allerdings dafür sorgen, daß der Arbeiter den gesamten Gegenwert seiner Arbeit a als Einkommen ausbezahlt bekommt, also nicht nur den Lohn v wie heute. Dies geht entweder dadurch, daß der Arbeiter selbst Kapitalbesitzer wird - er muß aber nicht unbedingt Besitzer von denjenigen Produktionsmitteln werden, mit denen er gerade arbeitet - oder er erhält ersatzweise, solange er noch nicht genug Kapitaleinkommen hat, „KIES“ vom Finanzamt, d.h. Kapital-Einkommen Ersetzendes Zusatzgehalt.

Das Hauptergebnis dieser in Summe 100%igen Auszahlung ist, daß der Arbeiter nun selber entscheiden kann, ob er den Mehrwert $m = a - v$ zusammen mit v konsumiert, also dem Teil II zuführt, oder ob er etwas davon spart, d.h. investiert und somit dem Teil I der Wirtschaft zukommen läßt.

Ein weiterer Effekt von KIES bzw. Kapitaleinkommen ist, daß der Arbeiter reich und vermögend wird, so daß er auch einmal Zeiten der Nicht-Arbeit oder der Weiterbildung lässig durchsteht. Und zudem wird der technische Fortschritt erheblich weniger hektisch verlaufen als heute, so daß wir alle mehr Zeit zur Anpassung an die neuen Techniken haben.

Das mit dem Durchstehen von Zeiten der Nicht-Arbeit ist leicht einzusehen, wenn man bedenkt, daß wir heute schätzungsweise eine Ausbeutungsquote $m = m/v$ von mindestens $m = 4,0$ haben. D.h. nur $v = 20\% \cdot a$ (der Gesamtarbeit) sind notwendige Arbeit für den Status

Quo und werden ausbezahlt, während $m = 80\% \cdot a$ im wesentlichen das Wachstum von Kapital und Produktivität antreiben. Wenn nun vermittels KIES oder Kapitalbesitz nicht mehr 20%, sondern 100% der Arbeit bezahlt werden, hat der Arbeiter *fünfmal mehr Einkommen pro Arbeitsstunde* als heute. Er kann das z.B. dafür verwenden, pro Jahr nur noch 2,4 Monate zu arbeiten und die restlichen 9,6 Monate blau zu machen, wobei sein Lebensstandard der gleiche bleibt wie heute. Oder er arbeitet etwas mehr und geht dafür früher in Rente oder leistet sich etwas Luxus oder spart, um mehr Kapital zu bilden - wobei er im letzten Fall das Wachstum fördert, aber niemand zwingt ihn dazu, im Gegensatz zu heute. Ich denke, in diesen „liberalen“ Verhältnissen wird Arbeitslosigkeit gar kein Thema mehr sein.

Dies also scheint mir auf Dauer der Weg aus der Arbeitslosigkeit und all den anderen wirtschaftlichen Zwängen zu sein.

2.9.6 Der konkrete Grund

Aber ach - noch ist es nicht soweit. Die arbeitenden Menschen müssen bis auf weiteres noch mit dem Lohn / Gehalt auskommen, welches absichtlich so knapp bemessen ist, daß die meisten Menschen 12 Monate jährlich, und bis zum 60. Lebensjahr oder länger, arbeiten müssen, sonst reicht es nicht.

Und der Lohn wird auch nur für eine Leistung gezahlt, die 80 - 90% der Arbeitssuchenden schaffen, während diejenigen 10 - 20%, die aus irgendwelchen Gründen diese Leistungsschwelle nicht überspringen, z.B. weil sie nicht die passende Ausbildung für die neuen Berufe haben, eben keinen Lohn bekommen bzw. so wenig, daß es nicht zum Leben reicht. Das ist der Grundmechanismus, wie es zur Arbeitslosigkeit kommt.

Die Unternehmen haben eben die Wahl: Bezahlen wir die Arbeitsleistung so großzügig, daß auch der schwächste, schlechtest ausgebildete Arbeiter noch seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen kann, oder fahren wir nicht besser, wenn wir die Arbeitsergebnisse erheblich schlechter bezahlen, mit der Folge, daß 10 - 20% der Arbeitswilligen keine Stelle finden, wo sie genug zum Leben verdienen? Im zweiten Fall bekommen wir zwar nur die Arbeitsleistung von 80 - 90% der Arbeitswilligen (die anderen sollen sehen wo sie bleiben...), aber wir sparen uns eine Menge Personalkosten: ja, machen wir's so. (Soweit die Gedankengänge der Kaufleute in den Unternehmen.)

Der Grund für die Arbeitslosigkeit ist also ganz einfach die Kosten-Nutzen-Analyse der Unternehmen bezüglich der Personalausgaben, die ihr Optimum offenbar dort hat, wo 80 - 90% der Leute einen Arbeitsplatz bekommen und der Rest nicht.

Wie der Zustand überwunden werden kann, habe ich im vorigen Kapitel bereits dargestellt.

2.9.7 Kommentar zur Arbeitszeitverkürzung

Vielleicht noch ein Nachsatz zur Idee der Arbeitsplatzbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung: Letztere ist gleichzeitig eine Verknappung und eine Verteuerung der Arbeitskräfte. Ob nun die Nachfrage nach Arbeitskräften eher wegen der Verknappung zunimmt oder wegen der Verteuerung abnimmt - das kann wohl niemand vorhersagen. Dazu kommt, daß die Zeitverkürzung auf z.B. 35 Stunden in vielen Fällen nur auf dem Papier steht, Aufschläge und Überstunden sind zulässig und üblich - somit wird es eine reine Verteuerung (Lohnerhöhung). Wie das die Arbeitsplätze vermehren soll, bleibt das Geheimnis derer, die die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Arbeitsbeschaffung anpreisen.

An sich ist natürlich Arbeitszeitverkürzung etwas Schönes: Wer wollte nicht seinen Lebensunterhalt mit weniger Arbeit verdienen können? Die Betonung liegt hier aber auf der nach wie vor *guten Bezahlung*: Wenn das pro Stunde oder insgesamt (*mitsamt Kapitaleinkommen*) erzielbare Einkommen auch bei reduziertem Arbeitspensum „im grünen Bereich“ bleibt, dann werden viele Leute freiwillig Arbeitsverträge mit reduzierter Pflichtstundenzahl akzeptieren.

Genau das ist der Weg, der in diesem Buch favorisiert wird. In der hier vorgeschlagenen *Neuen Wirtschaft (New Economy, NE)*, in der die Arbeiter zunehmend vermögender werden, wird es eine veritable Arbeitszeitverkürzung geben - einfach deshalb, weil die Arbeit aufgrund des Zusatzeinkommens durch den KIES oder durch Kapitaleinahmen um ein Vielfaches besser bezahlt ist und daher niemand mehr einsehen wird, wieso er seine ganze Lebenszeit mit Lohnarbeit zubringen sollte, wie es heute die Regel ist.

Wie gesagt, man muß sich aus der Abhängigkeit von den Unternehmen befreien, am besten, indem man dieselben in den Besitz der Arbeiter bringt, d.h. diese zu Kapitalbesitzern werden läßt. Siehe Kapitel 4.

2.10 Die Zukunft der Marktwirtschaft, wenn man nichts dagegen tut

Wir kommen zum Ende des Kapitels 2 dieses Buches, also zum Ende der – mit eigenen Gedanken angereicherten - Zusammenfassung der Marx’schen Bücher K1, K2, K3.

Wir wollen hier einen Blick in die Zukunft werfen, wie sie sich ergibt, wenn man alles wie bisher anstandslos mitmacht. Dazu kehren wir noch einmal zur „Simulation“ aus Kapitel 2.6.4 zurück und extrapolieren die Trends für $t \rightarrow \infty$. Es ergibt sich:

$a(t)$	=	0,98 Pop:	Die Arbeitslast wird nicht weniger – nur keine Illusionen!
$v(t)$	→	0:	Die Löhne verkommen zur Restgröße.
$m(t)$	→	$a(t)$:	Die gesamte Arbeit wird Mehrarbeit.
$u(t)$	→	0:	Auch der Konsum der Kapitalisten wird wie der der Arbeiter wertmäßig verschwinden.
$a_{II}(t)$	→	0:	Also die ganze Konsumarbeit ist Null.
$a_I(t)$	=	$g(t) \rightarrow a(t)$:	Wachstum pur.
$h(t)$	→	∞ :	Die Produktivität steigt über alle Grenzen.
$m(t)$	→	∞ :	Der Ausbeutungsgrad ebenfalls.
$r(t)$	=	5%:	Die Profitrate ist konstant 5%.
$c_g(t)$	=	$g(t)$:	Der „moralische Verschleiß“ frißt den Wertzuwachs voll auf.
$C(t)$	=	20,0 PopYears:	Das Kapital ist in Sättigung.

Über die Arbeitslosigkeit sagt das Modell nichts aus. (Der Leser darf hierzu selber Vermutungen anstellen – die Vorhersage ist nicht allzu schwer.)

Weitere Hinweise auf die konkrete Ausgestaltung dieser konventionellen Variante der Zukunft der Marktwirtschaft finden sich in dem ganz richtig betitelten Buch von L. Thurow: „Die Zukunft des *Kapitalismus*“ [LT96].

Eine schöne, neue Welt, nicht wahr? Bloß weg hier.

Beam me up, Scotty!

3 Aufgaben und Randbedingungen der Wirtschaft

Wir haben in Kapitel 2 die heutige Wirtschaft analysiert und Mängel festgestellt. Dabei hatten wir implizit bereits Kriterien im Kopf, an denen wir die Wirtschaft gemessen haben - daß möglichst die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden sollen; daß Armut und Ausbeutung schlecht sind usw.

Nun könnte man versucht sein, auf Basis der Mängelliste ohne weiteres Nachdenken eine radikal andere Wirtschaftsform zu entwerfen und durchzusetzen, die genau die spezifischen Mängel der heutigen Wirtschaft überwindet. Dabei besteht jedoch die Gefahr, daß die positiven Seiten der heutigen Wirtschaftsform - z.B. die verschiedenen Freiheiten sowie die Effizienz der dezentralen Organisation - mit über Bord geworfen werden, so daß dann neue Mängel hervortreten, an die man vorher nicht gedacht hat.

Daher ist es ratsam, daß wir uns erst in Ruhe die Aufgaben einer Wirtschaft und die zu berücksichtigenden Randbedingungen klarmachen, bevor wir an das Design der Neuen Wirtschaft gehen.

3.1 *Spaß, Freude, Lebensqualität*

„Arbeit macht Spaß - aber wer kann schon Spaß vertragen?“

Diesen Scherz kann man zum Anlass nehmen für die folgenden Gedanken.

1. *Arbeit macht Spaß*: Ja, unter günstigen Umständen kann das der Fall sein. Aber ein Großteil der Freude an der Arbeit entspringt aus dem Zweck, aus dem Ziel, das mit der Arbeit erreicht werden soll. Wenn das Ziel nicht verlockend oder zumindest lohnend ist, macht auch die Arbeit in der Regel keinen Spaß.

Weiterhin kann der Spaß an der Arbeit gedämpft werden durch einen schlechten Wirkungsgrad der Arbeit, und insbesondere dann, wenn man in einem Ausbeutungsverhältnis steckt und man sich dessen bewußt ist, daß der einem selbst zugute kommende Wirkungsgrad der Arbeit wegen des Ausbeutungsverhältnisses *künstlich* verschlechtert ist.

2. *Spaß*: Ist damit vielleicht schon das Ziel einer vernünftigen Wirtschaft vollständig beschrieben? Wahrscheinlich nur teilweise. Was dazukommen muss, sind *Freude* und *Lebensfreude*, ein guter *Lebensstandard* und die *Lebensqualität*.

Ist *Lebensqualität* (LQ) das Ziel, woraufhin die Wirtschaft ausgerichtet sein sollte? Ja, ich denke, dem kann man zustimmen. Nur muss noch genauer definiert werden, was mit LQ gemeint ist.

Nach meinem Verständnis beinhaltet LQ einen hohen Erfüllungsgrad der Bedürfnisse. Die Bedürfnisse wiederum umfassen sowohl materielle Bedürfnisse als auch immaterielle, geistig-seelische Bedürfnisse. „Die meisten Dinge haben ihren Wert daher, daß sie die Bedürfnisse des Geistes befriedigen.“ ([K1], 2. Fußnote)

Die materiellen Bedürfnisse sind im wesentlichen die Bedürfnisse nach Konsumgütern einschließlich Konsum-Dienstleistungen. Beispiele für solche Güter und Dienstleistungen sind:

- Gesunde Nahrung, Kleidung, eine hübsche Wohnung
- Gesundheitspflege
- Transportmittel
- Freizeitbedarf
- Berufsausbildung (erfüllt indirekt materielle Bedürfnisse)

Diese Güter können die Menschen direkt durch Arbeit bereitstellen.

Der Erfüllungsgrad der materiellen Bedürfnisse wird allgemein als *Lebensstandard (LS)* bezeichnet; diese Definition von LS soll hier übernommen werden.

Die immateriellen, geistig-seelischen Bedürfnisse richten sich auf Ziele der folgenden Art:

- Sport
- Geselligkeit, Musik, Tanz
- Ruhe, Erholung, Erbauung
- Erkenntnis, Bildung und Wissenschaft
- Kunstgenuss und Kreativität
- Freundschaft und Liebe
- Familienleben
- Geborgenheit
- Verreisen können
- Daheim bleiben dürfen
- Anerkennung, Bewunderung
- Soziales Engagement
- Gerechtigkeit
- Handlungsfähigkeit
- Selbständigkeit
- Einfluss, Macht
- Ruhm, Ehre, Würde
- Teilnahme an Politik
- Naturgenuss
- Harmonie mit Flora und Fauna
- Persönlichkeitsentfaltung
- Pursuit of happiness

Bedürfnisse dieser Art können meist nicht direkt durch Arbeit oder Arbeitsergebnisse erfüllt werden. Jedoch ist ein ausreichender Lebensstandard (LS) eine gute Basis auch für diese Ziele. Darüberhinaus ist es wichtig, daß die Wirtschaft ausreichend *Zeit* übrig lässt: Zeit für die Familie, für Geselligkeit, für Besinnung, für Naturgenuss, für Ehrenämter, Vereinsleben, soziales Engagement etc.

Somit ergibt sich aus der Forderung nach Lebensqualität (LQ), daß die Wirtschaft folgendes liefern muss:

1. die Mittel für einen hohen Lebensstandard (LS) ohne materielle Sorgen, und
2. die Zeit, d.h. die freie Zeit, für alle möglichen Aktivitäten im „Reich der Freiheit“.

Die Unterstreichung der Bedeutung der Freizeit für eine hohe LQ finden wir auch in folgendem Ausspruch des Sozialethikers Friedhelm Hengsbach: „Da die Menschen nicht nur leben, um zu arbeiten, sondern jenseits der Erwerbsarbeit sich an Stille und Erholung, an Spiel und Feiern, an Liebe und Natur erfreuen, wird die Lebensqualität für viele offensichtlich dann gesteigert, wenn sie ihre Erwerbsarbeit verringern und souverän über die eigene Zeit verfügen können.“ ([FH95], S. 132)

Dies wollen wir im folgenden konkretisieren. Hierzu werden wir die Wechselwirkung zwischen Mensch und wirtschaftlichem Umfeld betrachten, und zwar zunächst für den Fall, wo der Mensch oder eine Menschengruppe nur der Natur und sonst nichts gegenübersteht (isolierte Population). Wir werden studieren, wie diese autonome Population ihre Freiheit nutzt zur Erzielung einer optimalen Lebensqualität. Dann werden wir uns fragen, ob dasselbe positive Ergebnis auch in einer weniger homogenen, nicht-isolierten Population erreichbar ist.

Aus dieser Betrachtung soll sich erweisen, welche Prinzipien und Kriterien für eine gute Wirtschaftsform sich in geeignete Anforderungen umsetzen lassen, die eine hohe LQ für die Beteiligten bewirken.

Das Ergebnis wird eine Liste von Anforderungen sein, die

1. in Summe eine gute Wirtschaftsform kennzeichnen, und
2. die nicht utopisch, sondern tatsächlich erfüllbar sind.

3.2 Die Ökonomie freier Menschen

Wir betrachten eine Population von Menschen, die völlig souverän wirtschaften, keiner anderen Menschengruppe untertan sind, die also frei sind. Die aus diesen Menschen gebildete Gesellschaft sei als Autonome Gesellschaft oder kürzer als Freie Gesellschaft (FG) bezeichnet.

Wie werden die wirtschaftlichen Kenngrößen Arbeitsmenge, Konsum, Lebensstandard, Freizeit sich entwickeln, wenn diese Population die Wirtschaft planmäßig so handhabt, daß die Bedürfnisse der Menschen optimal befriedigt werden, also die Lebensqualität (LQ) maximiert wird?

3.2.1 Kennzeichen der freien Ökonomie

Diese Freie Gesellschaft (FG) ist gekennzeichnet durch folgende Kriterien.

- F1) Alles, was die Population erarbeitet, gehört ihr selbst. Somit gibt es *keine Ausbeutung* der Population durch irgendwelche externen Subjekte.
- F2) Die Population muss an *niemanden irgendwelche Zinsen* oder Gebühren abführen für die Benutzung von Produktionsmitteln, Land etc.
- F3) Niemand zwingt diese freie Population zu „*Wachstum*“. Die Menschen können also frei wählen, ob sie nur den Status Quo der Wirtschaftskraft erhalten und sich fröhlich reproduzieren wollen, oder ob sie durch Wachstumsarbeit die Produktivität steigern und Innovationen erzielen wollen, um in der Zukunft noch besser zu leben als bisher.

Übrigens gehe ich von der Annahme aus, daß die Freie Gesellschaft (FG) auch „geschlossen“ ist, d.h. daß sie - wie die Geschlossenen Systeme der Physik - keinen Kontakt zum Rest der Welt hat, daß sie also isoliert sei. Beispiele für solche Geschlossenen Gesellschaften (GG) sind:

- Siedlungen von Pionieren, die in unbewohntes Land vorstoßen,
- Robinson und andere Einsiedler
- Länder und Erdteile, die autark wirtschaften,
- die Menschheit als Ganzes.

(Nicht jede dieser GG verhält sich auch wie eine FG, die die LQ ihrer Mitglieder maximiert!)

Aus der Isolation der FG folgen gewisse Einschränkungen und Randbedingungen, denen die FG unterliegt:

- F4) Alle Arbeitsprodukte, die die Gesellschaft konsumieren will, muss sie selber erarbeiten. Sie kann *nicht auf leistungslose „Einnahmen“* hoffen z.B. aus der Ausbeutung der Mitglieder anderer Gesellschaften.
- F5) Die isolierte Gesellschaft *verzichtet auf die Produktivitäts-Vorteile (Synergieeffekte)*, die sich aus der Arbeitsteilung mit anderen Gesellschaften ergeben würden.
- F6) *Kein Überziehungskredit*: Die Gesellschaft kann sich von externen Gruppen nichts leihen. „Kredite“ kann es nur innerhalb der Gesellschaft geben.

Wir wollen im Folgenden sehen, wie sich so eine Gesellschaft ökonomisch verhält.

Wir werden dann durch Vergleich mit der Ökonomie der heutigen Welt den Schluss ziehen, daß es sich bei der heutigen Wirtschaftsform nicht um die Wirtschaft einer freien, souveränen Gesellschaft handeln kann, denn sonst würde die heutige Wirtschaft nicht so entsetzlich suboptimal und zerstörerisch gegenüber Mensch und Natur verlaufen.

Schließlich werden wir (in Kapitel 4) zeigen, wie die heutige Wirtschaft in eine Ökonomie souveräner Subjekte transformiert werden kann, in der noch dazu die Freiheiten F1, F2 und F3 nicht nur für die ganze Gesellschaft, sondern sinngemäß auch für die Einzelnen gelten, obwohl diese voll an der Arbeitsteilung teilnehmen und daher den Einschränkungen F5 und F6 nicht unterliegen.

3.2.2 Sach-Gleichungen

Die Wirtschaft der Freien Gesellschaft (FG) entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur, wobei der Mensch handelt und die Natur reagiert. Unter Natur werden hier alle Gegenstände außerhalb des Menschen verstanden, also auch die bearbeitete Natur, die Felder und Äcker, die Bauten, die Produktionsmittel und auch das angesammelte Kapital.

Als Kapital werden hier erstens die erarbeiteten Produktionsmittel bezeichnet, in denen also Arbeit gespeichert ist, zweitens auch alle anderen erarbeiteten Waren in der Zeit zwischen Erschaffung und Verbrauch, und drittens sogar das naturgegebene Kapital, wie der Boden, da dieser - wie in Kapitel 2.4 gezeigt - wegen seiner Begrenztheit und Nützlichkeit indirekt wie erarbeitetes Kapital wirkt.

Also kurz gesagt, wird der gleiche Kapitalbegriff und Wertbegriff wie in Kapitel 2 verwendet. Der ökonomische Wert der Gegenstände ist also auch in der FG bestimmt durch die in ihnen enthaltene gesellschaftliche Arbeit bzw. durch den „Nachfragewert“ im Falle des Bodens.

Auch in der FG gibt es somit eine Produktivität, eine Kapitalmenge etc. Diese Größen verändern sich durch die Arbeit der Menschen, in ähnlicher Weise wie in Kapitel 2.

Ein Unterschied zu der in Kapitel 2 untersuchten „*Old Economy*“ (OE) wird aber sein, daß die Menschen bei ihrer Arbeit erheblich Dampf zurücknehmen, daß sie also erheblich mehr Freizeit haben werden, weil das ihrer LQ zugute kommt.

Hierdurch wird ein Mechanismus zutage treten, der auch bei Marx betont wurde, daß nämlich das Kapital sich nur durch die tägliche Arbeit erhält und reproduziert. Wenn nun die Leute ihr Arbeitsvolumen reduzieren, wird ein Teil des Kapitals verschleißt und entwertet und nicht

mehr ersetzt werden. Dieser Effekt trat in der OE nicht in Erscheinung, weil die Arbeit mit $a(t) = 0,98 \text{ Pop}$ ständig am Anschlag war.

Um diesen Effekt zu modellieren, wird hier die Größe $t(t)$, das „Alter“ des Kapitals, neu eingeführt. Mit dieser Größe wird die Alterung des Kapitals berechnet, die sichtbar wird, wenn das Arbeitsvolumen der Gesellschaft abnimmt.

Wir werden übrigens diese FG nahtlos an die OE anschließen lassen, die wir in Kapitel 2.6.4 für 20 Jahre, von $t=1$ bis $t=20$, simuliert haben. Das heißt, wir nehmen an, daß am Ende des Jahres $t=20$, zur Jahreswende 20/21, die Menschen sich einen *Ruck* geben und sagen: „Schluss jetzt mit der Selbst-Ausbeutung bzw. mit der Ausbeutung der Arbeitenden durch die Kapital-Eigner; wir organisieren jetzt eine Wirtschaft zur planmäßigen Maximierung der Lebensqualität aller Mitglieder der Gesellschaft.“

Somit startet die FG zur Zeit $t=21$ auf Basis der Produktivität und der Kapitalgröße, die in der OE am Ende des Jahres $t=20$ erreicht wurden.

Es gelten dann folgende Sach-Gleichungen.

3.2.2.1 Produktivität

Es gilt nach wie vor Gl. 2.6.2-7:

$$H(t+1) = H(t) [1 + 10\% \cdot g(t) / \text{Pop}] \quad (3.2.2-1)$$

Die Produktivität wächst proportional der Wachstumsarbeit $g(t)$, also der nicht-verbrauchten Arbeit.

3.2.2.2 Das „Alter“ des Kapitals

Dies ist die besagte Größe $t(t)$. Sie wird – zusammen mit $c_t(t)$, siehe unten – gerade so definiert, daß ein Kapitalverschleiß $c_t(t)$ herauskommt, der nur dann in Erscheinung tritt, wenn die Menschen in ihrer Arbeitsmenge nachlassen. Es gelte für $t \geq 20$:

$$t(t+1) = t(t) [1 - 0,05 \cdot g(t) / \text{Pop}] + \frac{g(t) \cdot \text{Year}}{0,98 \text{Pop}} \quad (3.2.2-2)$$

Der Startwert für $t=20$ muß gewählt werden zu:

$$t(20) = C(20) / a(20) \quad (3.2.2-2a)$$

3.2.2.3 Verschleiß durch Alterung

Der normale Verschleiß des Kapitals, der durch Reproduktion aufgehoben wird, soll wie folgt bestimmt sein:

$$c_t(t) = C(t) / t(t) \quad (3.2.2-3)$$

Warum dieser Ansatz Sinn macht, wird man unten sehen.

3.2.2.4 *Moralischer Verschleiß, Veralterung*

Nach wie vor gibt es denjenigen „Verschleiß“, der nur dadurch eintritt, daß eine Wachstumsarbeit $g(t)$ geleistet wird. Die folgende Gleichung ist identisch der Gleichung (2.6.3-3) aus der OE:

$$c_g(t) = 5\% \cdot C(t) \cdot g(t) / PopYear \quad (3.2.2-4)$$

3.2.2.5 *Kapitalveränderung*

Die Gleichung (2.6.3-4) aus der OE muß nun um die Verschleißgröße $c_t(t)$ und die Arbeit $a(t)$ erweitert werden.

$$C(t+1) = C(t) + [a(t) - c_t(t) + g(t) - c_g(t)] \cdot Year \quad (3.2.2-5)$$

Wir sehen hier, wie die Arbeit $a(t)$ durch ihre Kapital-Reproduktion den Verschleiß $c_t(t)$ aufhält, gerade so wie die Wachstumsarbeit $g(t)$ dem moralischen Verschleiß $c_g(t)$ entgegenwirkt.

Dabei ist $c_t(t)$ so konstruiert, daß in der OE, wo ja ständig $a(t) = 0,98 \text{ Pop}$ war, der Verschleiß $c_t(t)$ gerade gleich $a(t)$ war, so daß

$$a(t) - c_t(t) = 0 \quad \text{für } t = 1 \dots 20 \quad (3.2.2-5a)$$

und somit diese beiden Größen in Gleichung (3.2.2-5) für die Jahre $t \leq 20$ nicht in Erscheinung treten, auch wenn Gleichung (3.2.2-5) bereits ab $t=1$ angewandt wird.

Für $t=1 \dots 20$ reduziert sich Gleichung (3.2.2-5) wegen Gleichung (3.2.2-5a) automatisch auf die Gleichung (2.6.3-4), die daher korrekterweise in Kapitel 2.6.4 für die Simulation der OE bis zum Jahr $t=20$ angewandt wurde.

Nun aber, ab $t=21$, arbeiten die Leute, nachdem sie sich den erwähnten „Ruck“ gegeben haben, weniger, so daß $a(t) - c_t(t)$ negativ wird und das Kapital $C(t)$ abnimmt, da es nur noch teilweise reproduziert wird.

Ansonsten sind die Sach-Gleichungen der FG bis auf die Einfügung von $t(t)$ und $c_t(t)$ mit denen der OE identisch.

3.2.3 *Subjektive Entscheidungen*

Einige der wesentlichen Fragen jeder Gesellschaft sind:

Q1) Wieviel wird gearbeitet?

Q2) Wieviel wird konsumiert?

Q3) Wieviel wird daher „gespart“, geht also als Wachstumsarbeit in die Ökonomie ein?

Daneben muß natürlich auch entschieden werden, was gearbeitet wird, wie sich also die Arbeit auf die verschiedenen Sphären von Produktion und Dienstleistung verteilt. Diese Verteilung sollte optimal den Bedürfnissen der Konsumenten nach den verschiedenen Waren entsprechen. *Planwirtschaft* und *Marktwirtschaft* sind die beiden prinzipiellen Wege zur Lösung dieser Arbeits-Verteilungsaufgabe. Wir kommen später darauf zurück.

Wie werden die obigen drei Fragen Q1, Q2, Q3 traditionell beantwortet?

Zu Q1: Wieviel wird gearbeitet? Die Darstellung der heutigen Wirtschaft in Kapitel 2 hat es gezeigt: All diejenigen, die von Arbeit und nicht von Kapitaleinkommen leben, werden zu 100% Arbeit (ca. 40h/Woche, 40 Wochen/Jahr, 40 Jahre/Leben) gezwungen. Nachdem dies der Großteil der Bevölkerung ist, ergibt sich ein in etwa konstanter Wert nahe an 1 Pop. In Kapitel 2 war es durchwegs $a(t) = 0,98$ Pop. (Anmerkung: In die Definition der Arbeitsleistung „Pop“ sind also die unvermeidlichen Aufzucht-, Ausbildungs- und Altersruhezeiten mit eingerechnet, die der Mensch, weil er keine Maschine ist, braucht. 100% Arbeit der Gesellschaft, also die Leistung 1 Pop, bedeutet eben „nur“ 40 Arbeitsjahre je arbeitsfähiger Person und nicht 70 oder 80. – Darüberhinaus ist klar, daß ich versucht habe, mein ökonomisches Simulationsmodell „as simple as possible“ zu halten, ohne dabei von Wesentlichem zu abstrahieren. Wer will, kann in einer Nachfolgestudie das Modell gerne komplexer ansetzen, wenn es dem Erkenntnisgewinn dient.)

Zu Q2: Wieviel wird konsumiert? Wir haben in Kapitel 2 gesehen, wie klein $a_{II}(t)$, die konsumierte Arbeit, ist. Sie besteht hauptsächlich in dem, was sich die Arbeiter von ihrem Lohn $v(t)$ leisten können. Dieser nimmt wertmäßig mit zunehmender Produktivität $h(t)$ ab, denn $v(t) = a(t) / h(t)$.

Zu Q3: Wieviel wird gespart? Das ist ganz einfach der Rest: $g(t) = a(t) - a_{II}(t)$.

Wir sehen hier, daß die Fragen rein technisch, aufgrund der erreichten Produktivität, und ohne jede freie Entscheidung der Betroffenen, beantwortet wird. Der Wirtschaftsmechanismus schränkt die den Arbeitern verfügbare Produktivität, woraus ein gewisser Freiraum entspringen könnte, so stark ein, daß diese sich jahrein jahraus „frei“ entscheiden, vollzeitmäßig zu arbeiten, bloß um leben zu können.

Die den Arbeitern verfügbare Produktivität h_A ist nämlich in der OE de facto immer $=1$, denn ihre reale Arbeitszeit t_{real} ist gerade gleich ihrer notwendigen Arbeitszeit t_{notw} zur Reproduktion. Das kommt daher, daß ihre Arbeit a nur um den Faktor $1/h$ reduziert in v ausbezahlt wird.

In der OE gilt:

$$h_A = \frac{v}{a} \cdot h = \frac{1}{h} \cdot h = 1$$

Die Freie Gesellschaft (FG) jedoch muß annahmegemäß an niemanden etwas abgeben und sie gibt auch intern die Produktivität an alle Menschen weiter, weil sie annahmegemäß „homogen“ (d.h. hier: nicht in irgendeine Klassen gespalten) ist. Hier kommt jedem Arbeitenden das Ergebnis seiner Arbeit zu 100% selbst zugute. Daher ist hier die dem Arbeitenden verfügbare Produktivität h_A identisch mit der Produktivität h der Gesellschaft insgesamt.

In der FG gilt:

$$h_A = h$$

Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Beantwortung der drei Fragen Q1-3. Denn wenn z.B. $h = 4$ ist, dann hat das handelnde Subjekt in der FG folgende Wahlmöglichkeiten:

- a) Man arbeitet nur noch $1/h = 1/4$ der früher üblichen Zeit und genießt dennoch den (bescheidenen) Lebensstandard (LS) eines Arbeiters.

- b) Oder man arbeitet nach wie vor voll durch (die bekannten 40 x 40 x 40 Stunden pro Leben), leistet sich aber den (wertmäßig) vierfachen Lebensstandard, also etwa den eines Kapitalisten aus der OE.
- c) Oder man wählt den Mittelweg: halbe Arbeit, doppelter Lebensstandard.

Weiterhin kann man dann frei entscheiden, wieviel man noch an Sparleistung oder Wachstumsarbeit für die Zukunft investieren möchte.

Wir sehen: Plötzlich ist das *Reich der Freiheit* für die Subjekte der FG, und das sind die arbeitenden Menschen, angebrochen.

Der Verlauf der Wirtschaft der FG hängt daher entscheidend davon ab, wie die Leute ihre Freiheit nutzen: ob sie eher den Weg a oder b oder c einschlagen. Ganz im Gegensatz zur OE, wo der Freiheitsgrad der meisten Menschen auf null reduziert war und die Ökonomie lauter eingebildeten Sachzwängen folgte.

Damit wir die Wirtschaft der FG so wie zuvor die der OE simulieren können, müssen wir daher ein Modell für die an sich freien Entscheidungen der Menschen in der FG formulieren. Was herauskommt, ist dann natürlich nur ein Beispiel für den Wirtschaftsverlauf, aber – bei guter Begründung des Modells – ein repräsentatives.

3.2.3.1 *Lebensqualität, Lebensstandard, Freizeit*

Wir begeben uns hier in das Gebiet der subjektiven Bedürfnisse der Menschen. Knüpfen wir an an die Diskussion über Freude, Lebensqualität (LQ), Lebensstandard (LS), Freizeit (FZ) in Kapitel 3.1.

Natürlich hat jeder Mensch andere Bedürfnisse: der eine liebt den Sport, der andere spielt lieber Klavier, der dritte liebt den Erfolg im Beruf, der vierte hat gern viel Freizeit.

Dennoch kann man gewisse allgemeine Aussagen treffen:

- A1) Es gibt Unterschiede in der Dringlichkeit der Bedürfnisse. Z.B. sind Atemluft und Nahrung elementare Notwendigkeiten, während ein Wochenendhaus oder ein Theaterbesuch hübsch und wertvoll, aber nicht unumgänglich sind. Es gibt somit Prioritäten.
- A2) Die Genüsse, die einem die verschiedenen Gebrauchswerte bereiten, sind unterschiedlich groß und hängen von der Art der Gebrauchswerte ab sowie von dem Grad, in welchem bereits die Bedürfnisse gestillt sind. Z.B. kann für einen Dürstenden ein Glas Wasser, das fast keinen „Wert“ (enthaltene Arbeit) hat, einen Riesengenuss darstellen, während ein Glas Bier, und sei es noch so eine Edelmarke, für denjenigen, der bereits mehrere Gläser intus hat, eher eine Strafe als einen Genuss darstellen kann.
- A3) Diesen Effekt der „Sättigung“ kann man auch *nutzentheoretisch* darstellen, und zwar als abnehmenden *Grenznutzen* der gleich großen Gebrauchswerteinheiten. Der „Grenznutzen des sechsten Bieres“ [GSP] ist nicht mehr der gleiche wie der des ersten.
- A4) Und letztlich: „*Ohne Freizeit ist alles sinnlos*“. Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme dabei keine Rücksicht auf seine Freizeit? Ein Mindestmaß an Freizeit ist nötig zur Erholung, zur Gesunderhaltung und zum Genuss der materiellen und immateriellen Freuden des Lebens. Eine fehlende Freizeit kann nur sehr begrenzt durch einen hohen Lebensstandard (Autos, Luxusvilla) oder ein hohes Einkommen kompensiert werden.

Auf Basis dieser Überlegungen kann man versuchen, eine Formel zu finden, die angibt, wie die Lebensqualität (LQ) der Menschen bei gegebener Produktivität h von ihrem Arbeitseinsatz a abhängt.

Wenn ich dann davon ausgehe, daß die Menschen sich so verhalten, daß ihre LQ maximiert wird, dann kann ich ausrechnen, wieviel sie arbeiten werden: Es ist diejenige Arbeitsmenge a , bei der die Funktion $LQ(a, h)$ ihr Maximum annimmt.

Eine weitere Frage ist wie gesagt die nach der Höhe der Wachstumsarbeit g , die zusätzlich zur Konsumarbeit geleistet wird, wenn die Leute die Produktivkräfte weiterentwickeln wollen. Eigentlich müßte man in die Formel $LQ(a, h)$ noch einen Anteil für „Zukunftsperspektive“ mit hineinnehmen, so daß LQ nicht nur vom heutigen Lebensstandard (LS) und der Freizeit (FZ) abhängt, sondern auch von den Zukunftsaussichten, die man durch Wachstumsarbeit g steigern kann. Die Maximierung von LQ würde dann auch den optimalen Wert für g liefern. Dieser Weg erwies sich jedoch mathematisch als unübersichtlich und wenig vermittelbar (der Leser soll die Gedankengänge ja nachvollziehen können und wollen). Daher habe ich für die Bestimmung von g einen einfachen Ad-hoc-Weg gewählt, siehe unten. –Die Vereinfachungen sind m.E. zulässig, solange ein plausibles Verhalten herauskommt, das einen repräsentativen Wirtschaftsverlauf ergibt.

3.2.3.2 Die Formel für LS

Aus den obigen Aussagen A1, A2, A3 folgt, daß der Lebensstandard mit der Arbeit, die man konsumtiv einsetzt, wächst – aber „degressiv“, also mit abnehmendem Grenznutzen oder abnehmender erster Ableitung. Eine wichtige Designfrage ist die, ob die Kurve $LS(u)$ mit zunehmender Konsumarbeit u gegen einen oberen Grenzwert LS_{\max} konvergiert oder ob LS zwar langsam, aber stetig über alle Grenzen wächst. Ich habe mich für die erste Variante entschieden – nicht zuletzt wegen des schönen mathematischen Ergebnisses für die Funktion $u(h)$, die herauskommt.

Die Gleichung für den Lebensstandard LS soll also lauten:

$$LS(u, h) = LS_0 \cdot \left(2 - \frac{a_0}{hu} \right) \quad (3.2.3-1)$$

Hierbei ist u der Anteil der Arbeit a , der konsumtiv, also für Teil II der Wirtschaft, verwendet wird; a_0 ist die „maximale Arbeit“, worunter das zu verstehen ist, was ein Arbeiter in der OE leistet; LS_0 ist der Lebensstandard eines Arbeiters in der OE, und h ist die Produktivität der Arbeit.

$LS(u, h)$ ist eine monoton zunehmende Funktion von u , die aber gegen den oberen Grenzwert $LS_{\max} = 2LS_0$ konvergiert; d.h. der (subjektive) Lebensstandard wird bei großem Arbeitseinsatz u oder bei hoher Produktivität h im besten Fall auf das Doppelte des Lebensstandards eines Arbeiters der OE steigen. Dabei ist LS als subjektiver Genußmaßstab zu verstehen, nicht als die Menge Arbeit oder Geld, die für den LS ausgegeben wird – diese haben wir ja mit u bezeichnet. Hier kommt zum Ausdruck, daß z.B. zwei Autos nicht den doppelten Genuß von einem Auto verschaffen, sondern weniger, desgleichen bei Häusern usw. „Geld allein macht nicht unendlich glücklich“, könnte ich auch sagen.

Die folgende Tabelle verdeutlicht den Verlauf von LS:

$\frac{u \cdot \mathbf{h}}{a_0}$	0,5	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	∞
$\frac{LS(u, \mathbf{h})}{LS_0}$	0	1	1,5	1,67	1,75	1,80	1,83	1,86	1,88	1,89	1,90	2,00

Tab. 3.2.3-1: Der (subjektive) Lebensstandard als Funktion der Arbeitsmenge u .

Die Tabelle zeigt den Lebensstandard LS bezogen auf LS_0 , als Funktion der mit der Produktivität \mathbf{h} multiplizierten konsumptiven Arbeit u . Bemerkenswert ist der Punkt, wo $u \cdot \mathbf{h} / a_0 = 1$ und $LS/LS_0 = 1$: Dies ist der Punkt, wo sich die Arbeiter in der OE ständig aufhalten, nämlich bei $a = a_0$ und $LS = LS_0$. Für die Arbeiter in der OE ist ja wie gesagt die ihnen verfügbare Produktivität $\mathbf{h}_A = 1$, so daß sie die „Maximalarbeit“ $a = a_0$ leisten müssen, um den bescheidenen Lebensstandard $LS = LS_0$ zu halten. Tatsächlich ist natürlich nur der Anteil $v = a/\mathbf{h}$ die Konsumarbeit, die sie für sich selber leisten; der Rest $m = a - v$ geht seine eigenen Wege (siehe Kapitel 2.6.2.4).

3.2.3.3 Die Freizeit

Wie modellieren wir den Genuß, den die Freizeit bereitet? Hierfür habe ich folgenden linearen Ansatz gewählt:

$$FZ(u) = 2a_0 - u, \quad (3.2.3-2)$$

wobei u wie bei $LS(u, \mathbf{h})$ die Konsumarbeit ist.

Dies kann man am besten verstehen, wenn man einmal $a_0 = 8$ h/Tag als Normalarbeit ansetzt. Bei $u = a_0$ ergibt sich $FZ(u) = a_0$. Der Genuß durch Freizeit verdoppelt sich, wenn man überhaupt nicht arbeiten muß, da $FZ(0) = 2a_0$. Dagegen verschwindet jeglicher Genuß durch Freizeit, wenn die Arbeitszeit auf das Doppelte der Normalarbeit, also auf einen 16-Stunden-Tag, ansteigt: $FZ(2a_0) = 0$.

(Ich habe hier „Normalarbeit“ und „Maximalarbeit“ gleichgesetzt, da die Normalarbeit a_0 das Maximale ist, was man auf Dauer aushält. Die Grenze $a = a_0$ wird nicht einmal in der OE von jemandem für längere Zeit überschritten. In der FG und der NE – Kapitel 4 – wird sie selbstverständlich deutlich unterschritten.)

3.2.3.4 Lebensqualität ist Lebensstandard mal Freizeit

Nun kombinieren wir die Formeln für LS und FZ , und zwar multiplikativ, nicht additiv.

$$LQ(u, \mathbf{h}) = LS(u, \mathbf{h}) \cdot FZ(u) \quad (3.2.3-3)$$

Durch die Multiplikation wird der obigen Aussage A4 Rechnung getragen. Denn sobald einer der beiden Faktoren gleich Null wird, verschwindet auch das Produkt, nämlich die Lebensqualität LQ . Sie verschwindet also einerseits bei zu geringem Arbeitseinsatz, nämlich bei $u/a_0 = 1/(2\mathbf{h})$, denn dann ist, wie Tab. 3.2.3-1 zeigt, $LS(u, \mathbf{h}) = 0$. Wenn $\mathbf{h} = 1$ ist, liegt dieser Mindestwert bei $u = a_0/2$; bei größerer Produktivität liegt er entsprechend tiefer. Andererseits verschwindet LQ bei zu hohem Arbeitseinsatz, nämlich bei $u = 2a_0$, denn dann verschwindet die Freizeit und somit der Faktor $FZ(u)$.

Dazwischen befindet sich das Maximum der Funktion $LQ(u, \mathbf{h})$. Durch Ableiten und Nullsetzen – wie in der Schule gelernt – findet man denjenigen Wert u , der die Lebensqualität maximiert. Wir erhalten das wunderschöne Ergebnis:

$$\frac{d}{du} LQ(u, \mathbf{h}) = \frac{2a_0^2}{\mathbf{h}^2} - 2 = 0$$

$$\rightarrow u = a_0 / \sqrt{\mathbf{h}} \quad (3.2.3-4)$$

$$\text{oder } u(t) = a_0 / \sqrt{\mathbf{h}(t)}$$

wobei t das jeweilige Jahr bezeichnet.

Diese Gleichung besagt, daß man, um maximale Lebensqualität zu erzielen, mit zunehmender Produktivität \mathbf{h} seine Arbeitszeit reduzieren sollte, und zwar entsprechend $\sqrt{\mathbf{h}}$. Dies ist also genau die Strategie, die oben als Alternative c, dem Mittelweg zwischen Lebensstandard-Steigerung und Arbeitszeitverkürzung, bezeichnet wurde. Der Lebensstandard wird trotz der Arbeitszeitverkürzung steigen, da ja wegen der erhöhten Produktivität \mathbf{h} mit weniger Arbeit mehr Gebrauchsgüter herstellbar sind.

Nehmen wir wieder den Fall $\mathbf{h} = 4$ im Vergleich zu $\mathbf{h} = 1$. Bei $\mathbf{h} = 4$ sollte man nach Gleichung (3.2.3-4) die konsumptiv verwendete Arbeitszeit u um den Faktor $\sqrt{\mathbf{h}} = \sqrt{4} = 2$ reduzieren, also halbieren. Die für die Konsumgüterproduktion verfügbare „effektive Arbeit“

$$u_{\text{eff}}(t) = \mathbf{h}(t) \cdot u(t) = a_0 \cdot \sqrt{\mathbf{h}(t)} \quad (3.2.3-5)$$

ist dann dennoch um den Faktor 2 gewachsen, denn

$$u_{\text{eff } \mathbf{h}=4} = 4 \cdot u_{\mathbf{h}=4} = 4 \cdot u_{\mathbf{h}=1} / 2 = 2u_{\text{eff } \mathbf{h}=1}.$$

Also $\mathbf{h} = 4$ ermöglicht „doppelten Wohlstand, halbe Arbeit“ im Vergleich zu $\mathbf{h} = 1$, dem Wert, dem die arbeitende Bevölkerung in der OE effektiv ausgesetzt ist.

3.2.3.5 Wachstumsarbeit

Wie schon gesagt, werden auch die Leute in der FG an die Zukunft denken und etwas für das „Wachstum“ von Produktivität und Kapital tun. (Das Kapital gehört ihnen selber, so daß sie es gefahrlos wachsen lassen können.) Sie werden aber nicht wie die Arbeiter in der OE die gesamte nicht für Reproduktion nötige Zeit den Bedürfnissen des Kapitals opfern. Stattdessen könnten sie folgende Ad-hoc-Strategie einschlagen:

$$g(t) = [a_0 - u(t)] / 4 \quad (3.2.3-6)$$

Diese Regel bedeutet: Ein Viertel der Zeit, die nach Abzug der für eine optimale LQ nötigen Konsumarbeitszeit $u(t)$ noch verbleibt, wird als Wachstumsarbeit $g(t)$ für den Fortschritt der Wirtschaft aufgewendet; der Rest bleibt Freizeit. Mit dieser Strategie werden immer noch bei zunehmender Produktivität \mathbf{h} der LS und die Freizeit zunehmen, aber auch die Wachstumsarbeit wird zunehmen, jedoch immer in Maßen, so daß sie erträglich bleibt. Im Extremfall, bei $\mathbf{h} \rightarrow \infty$, geht $u(t) \rightarrow 0$ und $g(t)$ steigt auf $g(t) = a_0 / 4$. Die Leute arbeiten

dann gerade noch ein Viertel des in der OE üblichen Wertes, bei Super-Wohlstand und weiter steigender Produktivität (sofern eine Steigerung noch möglich).

Die Gesamtarbeit ist natürlich

$$a(t) = u(t) + g(t) \quad (3.2.3-7)$$

3.2.4 Zwanzig Jahre im freien, homogenen System

Wir können nun diese neue Sorte Ökonomie, die entsteht, wenn die Arbeitsprodukte voll den Arbeitenden zugute kommen und sie daher voll über die Produktivität h verfügen, simulieren, indem wir die Gleichungen

(3.2.2-1), (3.2.2-2), (3.2.2-3), (3.2.2-4), (3.2.2-5),

(3.2.3-4), (3.2.3-5), (3.2.3-6), (3.2.3-7)

zyklisch für $t=20$ bzw. 21 und folgende durchspielen, ausgehend von den in der OE erreichten Werten für $h(20)$ und $C(20)$. Für $t=20$ ist der Startwert $t(20)$ nach (3.2.2-2a) zu berücksichtigen.

Das Ergebnis zeigt Tabelle 3.2.4-1.

Größe	$a(t)$	$u_{eff}(t)$	$u(t)$	$g(t)=$ $a_i(t)$	$h(t)$	$t(t)$	$c_q(t)$	$c_t(t)$	$C(t)$
Equ.	3.2.3-7	3.2.3-5	3.2.3-4	3.2.3-6	3.2.2-1	3.2.2-2	3.2.2-4	3.2.2-3	3.2.2-5
Jahr t									
20	0,980	1,078	0,168	0,812	6,417	14,87	0,592	0,980	14,58
21	0,535	2,634	0,380	0,155	6,938	15,10	0,115	0,980	14,80
22	0,533	2,654	0,377	0,156	7,046	15,14	0,112	0,951	14,39
23	0,530	2,675	0,374	0,157	7,156	15,18	0,110	0,923	14,02
24	0,528	2,696	0,371	0,157	7,268	15,22	0,107	0,898	13,67
25	0,526	2,717	0,368	0,158	7,382	15,26	0,105	0,875	13,35
26	0,524	2,738	0,365	0,159	7,499	15,30	0,104	0,853	13,05
27	0,522	2,760	0,362	0,159	7,618	15,34	0,102	0,833	12,78
28	0,520	2,782	0,359	0,160	7,739	15,38	0,100	0,814	12,53
29	0,517	2,804	0,357	0,161	7,863	15,42	0,099	0,797	12,29
30	0,515	2,827	0,354	0,162	7,989	15,46	0,098	0,781	12,07
31	0,513	2,849	0,351	0,162	8,119	15,50	0,096	0,766	11,87
32	0,511	2,872	0,348	0,163	8,250	15,54	0,095	0,752	11,69
33	0,509	2,896	0,345	0,164	8,385	15,58	0,094	0,739	11,51
34	0,507	2,919	0,343	0,164	8,522	15,62	0,093	0,727	11,35
35	0,505	2,943	0,340	0,165	8,662	15,66	0,092	0,715	11,20
36	0,503	2,967	0,337	0,166	8,805	15,70	0,092	0,705	11,07
37	0,501	2,992	0,334	0,166	8,951	15,74	0,091	0,695	10,94
38	0,499	3,017	0,331	0,167	9,100	15,78	0,090	0,686	10,82
39	0,497	3,042	0,329	0,168	9,252	15,82	0,090	0,677	10,71
40	0,495	3,067	0,326	0,168	9,407	15,86	0,089	0,669	10,61

Tabelle 3.2.4-1: Simulation der homogenen Freien Gesellschaft (FG). Man sieht, wie trotz halbiertes Arbeitszeit der Wohlstand $u_{eff}(t)$ sich bald verdreifacht, und die Produktivität steigt immer noch, wenn auch verlangsamt. Das Kapital nimmt ab, da es nur noch teilweise reproduziert wird.

Es zeigen sich folgende Tendenzen.

1. $a(t)$: Die Gesamtarbeit nimmt schlagartig ab von 0,980 auf 0,535 Pop, im wesentlichen wegen der Wirkung von h in Gleichung (3.2.3-4). Sie nimmt in der Folge noch weiter ab, weil h weiter steigt.
2. $u(t)$: Die für den Konsum aufgewendete Arbeit vervielfacht sich schlagartig von $u(20) = 0,168$ auf $u(21) = 0,380$ Pop, denn die Bevölkerung will natürlich den bescheidenen Lebensstandard LS_0 , der bis zur Zeit $t=20$ herrschte, überwinden und ein höheres Niveau erklimmen. In der Folge nimmt $u(t)$ wegen der zunehmenden Produktivität h wieder ab.
3. $u_{eff}(t)$: Diese Größe war während der Zeit der OE ständig konstant, knapp über 1 Pop. Ohne den Anteil des Kapitalistenkonsums war sie nämlich exakt bei $u_{eff,Arb} = h \cdot v = h \cdot a / h = a = 0,98$ Pop während der OE, also bis einschließlich $t=20$.
Nach der Wende sehen die Leute nicht mehr ein, wieso die für LS verfügbare „effektive Konsumarbeit“ so niedrig sein soll, und $u_{eff}(t)$ schnellst hoch auf $u_{eff}(21) = 2,634$ Pop. Danach nimmt $u_{eff}(t)$ wegen Gleichung (3.2.3-5) langsam noch weiter zu.

4. $g(t)$: Hier, an der Wachstumsarbeit, zeigt sich der größte Unterschied zwischen OE und FG: In der OE war $g(t)$ dem Wert $g(t) = 1,0$ Pop schon recht nahe gekommen, denn die Maximierung des Wachstums ist ja der ganze hohle Sinn und Zweck des Kapitalismus. Nach der Wende steht dagegen ein anständiger Lebensstandard, also Wohlstand für alle, im Vordergrund, zweitens die Freizeit, und erst an dritter Stelle kommt $g(t)$. Daher fällt $g(t)$ zum Zeitpunkt der Wende drastisch ab. Danach aber nimmt $g(t)$ wieder leicht zu wegen der unterstellten Gleichung (3.2.3-6) bei abnehmendem $u(t)$.
5. $h(t)$: Die Produktivität wird mit dem erfreulich hohen Wert $h(20) = 6,417$ aus der OE übernommen. Sie steigt dann weiter, allerdings nicht mehr mit 8%p.a., sondern nur noch mit ca. 1,5%p.a., was ja auch nicht schlecht ist. Das Produktivitätswachstum ist eben in einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Wirtschaft kein Selbstzweck mehr.
6. $t(t)$: Diese Hilfsgröße zur Berechnung von $c_t(t)$ steigt langsam an. Sie kann übrigens maximal den Wert $t(\infty) = 20$ Years erreichen.
7. $c_g(t)$: Der „moralische Verschleiß“, die Entwertung des Kapitals wegen technischem Fortschritt, geht deutlich zurück, einfach weil $g(t)$ geschrumpft ist.
8. $c_t(t)$: Der normale Verschleiß des Kapitals nimmt ab von anfangs 0,98 auf zuletzt 0,669 Pop, und zwar weil das Kapital selbst im Umfang abnimmt. Er wird aber nun erstmals wirksam, im Gegensatz zur OE. Das sieht man z.B. am Vergleich der Jahre $t=20$ und $t=21$: War zunächst noch $c_t(20) = a(20) = 0,98$, so ist im Jahr $t=21$ $c_t(21)$ noch genauso groß, aber $a(21) = 0,535$ Pop hat abgenommen. Daher wird $c_t(21)$ nicht mehr durch $a(21)$ kompensiert.
9. $C(t)$: Das Kapital, das in der OE immer gewachsen ist, tritt jetzt erstmals den Rückwärtsgang an, wegen der Dominanz von $c_t(t)$ in Gleichung (3.2.2-5) ab $t=21$.

Fazit: Die FG verwirklicht eine Wirtschaft, die der Bevölkerung dient. Dadurch, daß die Produktivität h der Gesellschaft als ganzer wie auch jedem Einzelnen zur Verfügung steht, ist sowohl die für den Wohlstand verfügbare effektive Konsumarbeit u_{eff} wie auch die Freizeit $1 - a(t)$ deutlich vergrößert gegenüber den Werten in der Old Economy (OE). Die Ausbeutung ist abgeschafft.

3.3 Fertig?

Die Kennzahlen der FG klingen ermutigend: So sollte eine rationale Ökonomie sich verhalten. Der Lebensstandard ist für alle Gesellschaftsmitglieder gestiegen (außer für die, bei denen er schon in der OE so hoch war, daß er nicht mehr steigen konnte), so daß die Zeiten der Armut vorbei sind; die Freizeit hat zugenommen, und somit sind alle Voraussetzungen für eine hohe LQ gegeben

Sind wir nun fertig mit der Kapitalismuskritik? Wissen wir genug, um zur Einführung der Ökonomie einer Freien Gesellschaft (FG) zu schreiten?

Ich meine, wir sind noch nicht ganz am Ziel. Denn es besteht an dieser Stelle die Gefahr, daß es zwar gelingt, die Ausbeutung abzuschütteln und die Macht des Kapitals zu brechen, so daß die Produktivität h voll an die einzelnen Arbeiter weitergegeben wird, daß aber hierbei der Ressourcen-Allokations-Mechanismus der Ökonomie Schaden erleidet, so daß es einen Einbruch in der gesellschaftlichen Produktivität h gibt, der die Vorteile der Befreiung ganz oder teilweise wieder zunichte macht.

Stellen wir uns einmal folgenden Dialog zwischen den Arbeitenden (Arb.) und den „Arbeitgebern“ (AG) vor.

Arb.: Wir haben in einem Buch „Kapital, Leistung, Bedürfnisse (KLB)“ in Kapitel 2 gesehen, daß uns ein Großteil unserer Arbeitsergebnisse, nämlich der Mehrwert m , vorenthalten wird, und daß der Lohn v nur der um den Faktor h reduzierte Gegenwert unserer Arbeit a ist. Weiterhin haben wir in Kapitel 3 gesehen, wie vorteilhaft eine Wirtschaft verläuft, sobald der volle Gegenwert der Arbeit an die, die den Wert schöpfen, ausgeschüttet wird. Daher fordern wir eine Lohnerhöhung um den Faktor h , wobei h , die gesellschaftliche Produktivität, zur Zeit bei schätzungsweise 500% liegt.

AG: Ja seid Ihr des Wahnsinns? Wo bliebe denn dann der Profit, den wir an die Kapitalseite abliefern müssen? Schon mal was von „Shareholder value“ gehört? Habt Ihr nicht selber ein paar Aktien, für die Ihr Dividende wollt? Sollen wir die Zinszahlungen an die Banken einstellen? Sollen wir die Firma dichtmachen, weil kein Mensch uns das benötigte Kapital ohne Bezahlung durch den Zins schenken wird? Und wie kommen wir zu dem nötigen Wachstum, das heutzutage zum Überleben auf dem Weltmarkt absolut notwendig ist? Wenn Ihr auf der Forderung besteht, müssen wir Euch alle entlassen.

Arb.: Also wenn das so ist, dann nehmen wir hiermit die Sache selber in die Hand. Alles Kapital wird eingesammelt und einem von der Bevölkerung demokratisch legitimierten Kapital-Verteil-Gremium unterstellt. Dieses Gremium ermittelt durch regelmäßige Umfragen die Bedürfnisse der Bevölkerung und erfasst die Verteilung der Ressourcen: Produktionsmittel, Arbeitskräfte usw. Daraufhin erstellt es mit Hilfe der modernsten Computer einen Plan zur Maximierung der Lebensqualität (LQ) der Bevölkerung. Jedem einzelnen wird mitgeteilt, was er zu tun hat und was er konsumieren darf. Alle halten sich daran, denn es führt ja zu maximaler LQ. Somit entfällt jede Notwendigkeit der Belohnung von Kapitalanlegern in Form von Profit, Zins, Dividende, Shareholder value und sonstigen Formen des Mehrwerts. Vielleicht wird überhaupt die ganze Geldwirtschaft abgeschafft.

Da staunten die Arbeitgeber und übergaben die Firmenschlüssel an die Sprecher der Aufständischen.

So etwa könnte der Versuch ablaufen, die Old Economy (OE) zu beenden und eine Wirtschaft ohne Ausbeutung auf die Beine zu stellen. Und so ähnlich sind ja auch verschiedene Ansätze in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gestartet.

Aber ich fürchte, dieser Weg zur Abschaffung der Ausbeutung, der auf Beseitigung von Mehrwert und Profit und auf Einführung der Planwirtschaft beruht, ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Folgende Einwände können geltend gemacht werden.

1. Die Kapital-Verteilbehörde ist überfordert. Es ist nicht möglich, alle materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung schnell genug zu erfassen und daraus einen Plan zu machen, dessen Ausführung die aktuellen Bedürfnisse erfüllt. Auch modernste Computer können das nicht grundsätzlich ändern.
2. Die Bevölkerung ist in der Vorhersagekraft ihrer zukünftigen Bedürfnisse überfordert. Spontane Bedürfnisse sind per definitionem nicht vorhersagbar. Daher werden in den Fünfjahresplänen z.B. neueste Sportarten, Modeartikel, kulturelle Vorlieben nur mangelhaft berücksichtigt sein.
3. Die Verteil- und Planungsbehörde ist zu mächtig. Sie mag noch so gut demokratisch legitimiert sein – sie hat dennoch die Macht, über Konsumverhalten und Arbeitskontingente der Bevölkerung zu bestimmen, und die Gefahr des Mißbrauchs dieser Macht ist groß.
4. Die Motivation der Bevölkerung zur Ausführung der Pläne wird ein andauerndes Problem darstellen. Unter anderem wegen der begrenzten Aktualität der Pläne werden viele nicht einsehen, warum gerade sie diese oder jene Arbeitsmenge leisten oder gewisse

unangenehme Jobs ausführen sollen, oder warum die Konsumgüter, Grundstücke etc. gerade so und nicht anders zugeteilt werden.

5. Die Ressourcen-Allokation durch die Planungsbehörde wird daher um einiges schwerfälliger und an den Bedürfnissen vorbei verlaufen als mit den dezentralen, privatwirtschaftlichen Mechanismen der Marktwirtschaft. Dies erzeugt Reibungsverluste, die die gesellschaftliche Produktivität h ernsthaft gefährden können.

Daher habe ich in diesem Buch nach einem Weg gesucht, die Ausbeutung und den Kapitalismus abzuschaffen unter Beibehaltung von Marktwirtschaft, Privateigentum und Profit. Wie dieses Rätsel gelöst werden kann, erzählt Kapitel 4.

Für die *Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus!*

Für die *„Subsumtion des Kapitals unter die Arbeit“!*

3.4 Weitere Gedanken zu Arbeit und Kapital

Hier nochmals - als Vorbereitung auf Kapitel 4 - eine Abfolge von Überlegungen, aus denen die Notwendigkeit einer Neuregelung der Marktwirtschaft folgt.

- Der Zweck der Wirtschaft ist (hat zu sein): Bedürfnisbefriedigung, „Genussmaximierung“. Was sonst?
- Genuss oder „Lebensqualität“ wächst mit der Menge nützlicher Güter, fällt mit der Menge Arbeit, die zu leisten ist.
- Es gibt so etwas wie den „Abnehmenden Grenznutzen des nächsten Bieres“: Der Mensch ist kein Gierschlund. (Und selbst wenn er ein Gierschlund wäre, ist das nie und nimmer der Grund dafür, daß bei uns Wachstumszwang herrscht; dieser kommt aus der Gier des Kapitals nach Plusmacherei, und diese aus der Ungleichverteilung des Kapitals, aus dem Klassengegensatz. In der KIES-Wirtschaft wird ein Gierschlund ein Workaholic, ohne Schaden für seine Mitmenschen, that's all.)
- Das Optimum der Größen „Gütermenge“ und „Arbeitsmenge“ hängt von der Produktivität ab: Je höher diese, desto weniger werde ich arbeiten, und desto mehr und bessere Konsumgüter werde ich mir leisten.
- Je höher die bereits erzielte Produktivität, desto weniger „Wachstumsarbeit“ zur weiteren Produktivitätserhöhung ist nötig. (Andererseits fällt die Wachstumsarbeit immer leichter, da die notwendige Arbeit immer weniger wird.)
- Irgendwann tritt daher - falls die Menschen das wünschen - der stationäre Zustand ein, die „einfache Reproduktion“ von Wirtschaft und Gesellschaft auf höchstem Niveau - das „Schlaraffenland“, wenn man so will.
- Damit all das so kommt, ist nur eines erforderlich: Ende der Ausbeutung.
- Normale Ausbeutung im Kapitalismus heißt: Die Arbeiter erhalten immer nur so viel Einkommen, daß sie sich reproduzieren können.

- Ende der Ausbeutung heißt: 100% Auszahlung; der Mensch, der Arbeit im Volumen a leistet, soll auch Einkommen in der Höhe a haben.
- Dies ist nichts anderes als das „Leistungsprinzip“: Einkommen = 100% der Leistung.
- Aber: Die *Zeit* zwischen Arbeit und Konsum muss bedacht werden.
- Ein Bauer, der im Frühjahr pflügt und sät, kann erst im Sommer ernten, und noch ein Stück später ist erst das Brot fertig. Noch größere Wartezeiten gibt es bei Hausbau, F&E, Whiskey-Herstellung etc.
- Die Wartezeit heißt: Im Produktions- und Zirkulationsprozess ist aus *technischen Gründen* Arbeit gespeichert.
- Diese gespeicherte Arbeit ist nichts anderes als - *Kapital*.
- Es zeigt sich, daß Kapital die folgende Eigenschaft hat: Es ist eine nützliche und notwendige Zutat zum Produktionsprozess - obwohl es sich in der Produktion nicht abnützt. Die Maschinen nützen sich ab und müssen reproduziert werden, nicht aber das Kapital - also die vorgeleistete Arbeit, die in den Maschinen gespeichert ist und ihren Wert ausmacht.
- Daher ähnelt das Kapital einem *Katalysator*: Es ist für die Produktion nützlich und notwendig, obwohl es nichts von seiner Substanz an die Produkte abgibt und sich daher im Produktionsprozess nicht verbraucht.
- Genau dieselbe Eigenschaft hat der *Boden*.
- Nützliche Dinge, die nicht „ubiquitär“ (d.h. überall, wo man sie braucht, von Natur aus vorhanden) sind, haben ihren Preis; der Preis des Kapitals ist sein *Zins*.
- Also jedenfalls: Leistungsprinzip schön und gut, aber es kommt auch noch auf den zeitlichen Abstand zwischen Arbeit und Konsum an.
- Es ist ein Unterschied, ob jemand alles, was er erarbeitet, sofort konsumiert, oder ob er nur einen Teil konsumiert und den Rest *spart*.
- Sparen heißt: Jetzt arbeiten und erst später konsumieren. Also: Vorausarbeit, Vorleistung.
- Wenn man das in der technisch richtigen Form macht, schafft man Produktionsmittel, erhöht die Produktivität und muss später für ein Konsumgut weniger arbeiten.
- Diese Produktivitätssteigerung (das ist auch Wissenszuwachs, Erfindungen, technischer Fortschritt, mehr Know How) kommt der ganzen Gesellschaft zugute.
- Daher soll die Vorleistung, Vorausarbeit, Sparleistung auch belohnt werden.
- ABER: Nicht über die Maßen. Es muss eine obere Schranke geben für die Belohnung der Vorausarbeit. Denn sonst kommt es zu der Reichtumsakkumulation, die wir heute haben:
- Jemand erfindet um 1860 eine Maschine (z.B. den Dynamo), stellt dieses Ergebnis seiner Vorausarbeit (in diesem Fall Forschung) seinen Mitmenschen zur Verfügung gegen

Entgelt; diese zahlen ihm erfreut diesen Lohn für die Vorleistung, denn sie profitieren ja ebenfalls von dem Produktivitätsfortschritt, den der Dynamo bedeutet.

- Somit wird unser Vorausarbeiter reicher und reicher und noch heute profitieren seine Erben von dem Kapital, das er angehäuft hat.
- Diese immense „Belohnung“ der Sparleistung, der damaligen Vorausarbeit zur Produktivitätserhöhung, steht in keinem Verhältnis mehr zur damaligen Leistung.
- Das Leistungsprinzip wird massiv verletzt, wenn jemand ein völlig leistungsloses Einkommen aus Kapitalvermögen bezieht, oder wenn umgekehrt arme Leute einen Großteil ihrer Wertschöpfung an einen Kapitalverleiher abführen müssen.
- Andererseits muss das Vorausarbeiten (Sparleistung) honoriert werden, sonst wird niemand mehr einsehen, warum ausgerechnet er sich um den Produktivitätsfortschritt kümmern sollte.
- Gleichermaßen muss aber auch das „Vorauskonsumieren“, also der Verbrauch von Konsumgütern noch vor ihrer Neuschaffung (z.B. wenn der Bauer bereits bei der Aussaat ein Brot verzehrt - das natürlich jemand „vorgeleistet“ hat), zu einem gewissen Abstrich am Einkommen führen. (Wenn der Bauer selbst die Vorleistung getätigt hat, macht er die Sache mit sich selbst aus.)
- Das „Leistungsprinzip“ muss also die Zeitkomponente mit umfassen: Wenn jemand zur Zeit t eine Arbeit $a(t)$ leistet, dann soll er zur Zeit $t+T$ ein Einkommen $e(t+T)$ erhalten, das gleich der vergangenen Leistung ist. Näherungsweise.
- Hierbei ist T die Zeit, die im vorgeleisteten Kapital C steckt:

$$T = C / a = \frac{C}{v} \cdot \frac{v}{a} = \frac{C}{v} \cdot \frac{v}{v+m} = \mathbf{w/h}$$

- Auf deutsch: Jemand, der praktisch eine Zeitspanne T vorausgearbeitet hat, hat danach Anspruch auf 100% Leistungsprinzip, 100% Auszahlung.
- Wer noch mehr vorausarbeitet, wird in Maßen dafür belohnt - wer aber weniger Vorleistung einbringt oder gar Schulden macht (Voraus-Konsum), muss einen gewissen (gemäßigten) Schuldzins entrichten.
- Diese Überlegungen, das Leistungsprinzip um die Zeitkomponente bzw. um das Sparleistungsprinzip zu ergänzen, führten zum KIES.

3.5 Anforderungen an eine vernünftige Wirtschaftsform

Die KIES-Wirtschaft, international eingeführt, erfüllt einige wesentliche *Requirements* an jede vernünftige Wirtschaft:

1. Keine Ausbeutung mehr.
2. Effizienz, kein unnötiger Planungs-Wasserkopf.
3. Freiheit bei der Wahl von Art und Menge der Konsumgüter, die ich mir leiste.

4. Freie Entscheidung, ob ich viel arbeiten und mir viel leisten will oder lieber weniger arbeiten und normal leben will.
5. Erfüllung auch spontaner Wünsche, z.B. nach den neuesten Roller-Blades etc., die in keinem Fünfjahresplan berücksichtigt werden konnten.
6. Einfacher Wechsel der Berufssphäre.
(Dieser letzte Punkt vereitelt übrigens die Idee, daß die Arbeiter jeweils genau diejenigen Produktionsmittel besitzen sollten, mit denen sie gerade arbeiten. denn dann wären die Arbeiter in Firmen mit niedrigem w_i arm, die mit hohem w_i reich, und ein Wechsel der ersteren in die reiche Firma kaum möglich.)
7. Souveräne Wahlmöglichkeit, ob die Wirtschaft wachsen oder in den stationären Zustand übergehen soll.

Diese Punkte lassen sich in einem Satz zusammenfassen:

8. Die Gesellschaft sowie auch möglichst jeder einzelne soll die wirtschaftliche Freiheit haben, selber souverän bestimmen zu können über Arbeitsmenge sowie Aufteilung der Arbeit auf aktuellen Konsum (Teil II) und Wachstum (Teil I), bei voller Verfügung über die gesellschaftliche Produktivität - also bei abgeschaffter Ausbeutung - und bei voller Nutzung der technisch möglichen Effizienz der Wirtschaft - also ohne Verluste durch ineffiziente Organisation.

4 Der Verbesserungsvorschlag: KIES

4.1 Die Argumentationskette

4.1.1 Marktwirtschaft = Kapitalismus?

Wo ist in folgender Argumentationskette der Fehler? (Die Auflösung findet sich in Kapitel 4.1.2.)

1. Wir wollen die Not abschaffen. Wer aber die *Not* abschaffen will, muss die *Armut* beseitigen, denn sie ist die Quelle der Not.
2. Wer die *Armut* abschaffen will, muss die *Ausbeutung* beseitigen, denn sie ist es, die die Leute arm hält.
3. Wer die *Ausbeutung* abschaffen will, muss den *Mehrwert* beseitigen, denn dieser entsteht durch die Ausbeutung.
4. Wer den *Mehrwert* abschaffen will, muss den *Profit* abschaffen, denn der Profit ist nur der auf das Kapital verteilte Mehrwert.
5. Wer den *Profit* abschaffen will, muss den *Zins* abschaffen, denn dieser ist nur die abstrakte Form des Profits.
6. Wer den *Zins* abschaffen will, muss das *Privatkapital* beseitigen, denn privates Kapital und private Produktionsmittel werden nur gegen Zinsen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt.
7. Wer das *Privatkapital* abschaffen will, muss das *Geld* beseitigen, denn Geld ist gesellschaftlicher Reichtum in privater Hand.
8. Wer aber das *Geld* abschaffen will, muss die *Ware* und den *Markt* abschaffen, denn aus dem Warentausch entsteht binnen kurzem wieder eine Geldwirtschaft.
9. Wer die *Ware* und den *Markt* abschaffen will, muss das *Privateigentum* beseitigen, denn jedes private Eigentum kann als Ware gehandelt werden.
10. Wer das *Eigentum* abschaffen will, muss die *Freiheit* abschaffen, denn die Freiheit des Einzelnen beruht wesentlich darauf, daß er/sie einen gewissen Teil des gesellschaftlichen Reichtums sein eigen nennt und darüber bestimmen kann.

Folgerung: Wer die *Not* abschaffen will, muss die *Freiheit* beseitigen. *Not* und *Armut* gehören scheinbar zu den *Kosten der Freiheit*. (Dies bestätigen auch unsere Politiker, wenn sie sagen: Die Freiheit ist ein hohes Gut, das Opfer erfordert.)

Das ist natürlich eine trostlose Alternative: Entweder man akzeptiert die Ausbeutung oder aber die Unfreiheit.

Wie gesagt, ich behaupte, in der Argumentationskette ist ein Fehler, und zum Glück ist daher die Schlussfolgerung nicht richtig. Wer findet den Fehler?

4.1.2 Lösungsansatz: Marktwirtschaft ohne Kapitalhegemonie

Der Fehler befindet sich, wie im folgenden erläutert wird, in Punkt 3 der Kette.

Wer die Ausbeutung beseitigen will, hat nämlich nicht nur eine, sondern die folgenden zwei Alternativen:

a) Mehrarbeit und Mehrwert m beseitigen, so daß den Arbeitern das volle Äquivalent ihrer Leistung a zu 100% als Lohn v ausbezahlt wird:

$$v = a$$

d.h. $m = 0$

b) Mehrarbeit und Mehrwert beibehalten, aber dafür sorgen, daß der Mehrwert m in Form von Profit p wieder exakt denjenigen zufließt, die die Mehrarbeit geleistet haben, nämlich den Arbeitern. Also:

$$v = a - m$$

mit $m = \mu v$

und dann: $p = \rho C = m$.

Die Variante a) ist diejenige, die die Argumentationskette aus Kapitel 4.1.1 in Kraft setzt, die bei der Abschaffung von Freiheit und Eigentum endet. Die Möglichkeit b) dagegen ist die hier favorisierte.

Sie bedeutet, daß jeder Arbeiter (Nr. i) im Besitz eines Kapitals C_i sein soll, das ihm vermittels der Kapitalrendite ρ gerade einen Profit in Höhe der geleisteten Mehrarbeit einbringt, so daß er in Summe ein Einkommen

$$e_i = v_i + p_i = v_i + m_i = 100\% \cdot a_i$$

erzielt.

Der Weg, wie der Arbeiter zu dem Kapital C_i kommt, besteht im „Kapital-Einkommen Ersetzenden Zusatzgehalt (KIES)“, das vom Finanzamt (in seiner Funktion als KIES-Amt) an alle Arbeiter bezahlt wird, und das gleichzeitig für die Kapitalisten eine empfindliche Vermögenssteuer bedeutet, so daß sich die gewünschte Umverteilung und Leistungsgerechtigkeit einstellt.

Dieses KIES-Gesetz beendet die im Kapitalismus herrschende „Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ und führt im Gegenteil dazu, daß sich das Kapital der Arbeit unterordnen muss, also zur „Subsumtion des Kapitals C_i unter die Arbeit v_i “, und somit zur längst überfälligen Befreiung der Arbeit aus der Vorherrschaft des Kapitals.

4.2 Durchführungs-Szenarien

Die Formeln für den KIES haben wir in Kapitel 1.4 bereits in Minimalform dargestellt. Hier nun weitere Erläuterungen.

4.2.1 Die KIES-Veranlagung

Die neuartige Vermögenssteuer bzw. Einkommenszuzahlung KIES kann, wie in Kapitel 1.4 gezeigt, mit wenigen Gleichungen definiert werden. Der Name dieser dauerhaften („nachhaltigen“) Umverteilungsmaßnahme soll sein: Kapital-Einkommen ersetzendes Zusatzgehalt (KIES), bzw. ins Internationale übersetzt: „Capital Income Substituting Salary Upgrade“ (CISS oder KISS).

Denn das Hauptmerkmal dieses „KIES“ ist die Anbindung des Kapitaleinkommens eines Menschen an seine Arbeitsleistung a_i - wobei diese in der Regel (Ausnahmen siehe z.B.

Kapitel 4.5) aus seinem Arbeitslohn v_i erschlossen wird, denn a_i und v_i sind nach der Theorie näherungsweise proportional ($a_i = [1+\mu]v_i$ mit der Mehrarbeitsquote μ).

Dadurch wirkt die KIES-Verteilung wie ein „Regler“ für die Marktwirtschaft, der die divergierenden Tendenzen, die Zentrifugalkräfte dieses Wirtschaftssystems, auffängt und umkehrt, so daß die Marktwirtschaft tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen dient und Ausbeutung und Armut verschwinden.

(Ein anderer passender Name für den KIES wäre auch die Leistungs-gerechte Kapitalsteuer (LGKS), oder Leistungs-Orientierte Regelung des Kapitaleinkommens (LORK). Auch LORK kann ins Englische übertragen werden, als „Labour Oriented Regulation of Capital income“ (LORC), wobei bewusst Leistung mit „labour“ gleichgesetzt wird.)

Hier nochmals „in a nutshell“ die neun Gleichungen, die den KIES definieren. Jeder Mensch gibt einmal jährlich eine Einkommens- und Vermögenssteuererklärung (kurz *KIES-Erklärung*) ab; er gibt also an:

v_i das Einkommen aus Arbeit (Arbeitslohn etc.);
 C_i sein Vermögen (Produktiv- und Privatvermögen).

(Wegen möglicher Modifikationen der KIES-Berechnung, z.B. zur Berücksichtigung von in der Gehaltszahlung enthaltenem Kapitaleinkommen, siehe Kapitel 4.5.)

Daraufhin wird sie/er vom KIES-Amt (Variante des Finanzamts) einen *KIES-Bescheid* erhalten, der entweder lautet:

a) „Da Ihr Vermögen offenbar so klein ist, daß es die unbezahlte Arbeit $m_i = \mu v_i$, die Sie geleistet haben (Ihre „Verluste aus Arbeit“) nicht durch Zinseinkommen wettmachen kann, erhalten Sie vom KIES-Amt eine *Einkommensnachzahlung* in Höhe von $KIES_i$. Das Geld wird auf Ihr Konto xy überwiesen. Möge es dazu helfen, Ihr Vermögen zu mehren, so daß Sie in Zukunft weniger auf Unterstützung durch das KIES-Amt angewiesen sind.“

Oder sie/er bekommt folgenden Bescheid:

b) „Da Sie aufgrund Ihres relativ hohen Vermögens nach unserer Berechnung mehr fremde Arbeit in Form von Kapitaleinkommen in Anspruch genommen bzw. geldwerte Vorteile aus Privatvermögen genutzt haben, als Sie selbst durch Ihre Mehrarbeit anderen zukommen ließen, bzw. müssen Sie eine *Kapitalsteuer* in Höhe von $KIES_i$ entrichten. Wir bitten um Überweisung auf das Konto des KIES-Amtes bis spätestens zum tt.mm.jj. Bitte haben Sie Verständnis für diese Zahlungsaufforderung - es geht nur darum, daß Sie auf diesem Wege von dem Überschuss an fremder Arbeit, die Ihnen durch Ihr relativ hohes Kapitalvermögen jährlich zufließt, bzw. vom Überschuss an leistungsloser Privatvermögensnutzung einen Teil an Ihre weniger gut situierten Mitmenschen abgeben.“

Und wie berechnet das KIES-Amt die Einkommenszuzahlung $KIES_i$ (bzw. falls $KIES_i < 0$ ist, die Steuer $KIES_i$)? Dazu wird für jeden Entragsteller i das seiner geleisteten Arbeitsmenge entsprechende „Idealvermögen“ C_i^0 ermittelt:

$$C_i^0 = w \cdot v_i \quad (4.2.1-1)$$

mit der Hilfsgröße w - das ist die mittlere „organische Zusammensetzung“ des Kapitals der Gesamtgesellschaft (s.u.).

Diese Zahl C_i^0 wird um einen Faktor $I > 1$ vergrößert, um einen Vermögensfreibetrag C_i^T zu erhalten:

$$C_i^T = I \cdot C_i^0 \quad (4.2.1-2)$$

Zur Wahl von I siehe unten.

All diejenigen, deren reales Vermögen C_i den Freibetrag C_i^T übersteigt, müssen für das überschüssige Vermögen „Zinsen“ an das KIES-Amt abführen mit dem Zinssatz, der dem durchschnittlichen Kapital-Zinssatz (der „Umlaufrendite“) r in der Gesellschaft entspricht:

$$\text{KIES}_i = -r (C_i - C_i^T) \quad \text{für } C_i > C_i^T \quad (4.2.1-3)$$

Diese Größe ist negativ, bedeutet also eine Zahlung an das KIES-Amt.

Die weniger Vermögenden aber, oder die „Workaholics“, die wegen hohen Arbeitseinkommens v_i auch einen hohen Kapitalfreibetrag $C_i^T = I w v_i$ haben, den sie mit ihrem Realvermögen C_i nicht überschreiten, erhalten ein Ersatz-Kapitaleinkommen KIES_i vom KIES-Amt, wobei ein „KIES-Zinssatz“ r_A angewandt wird:

$$\text{KIES}_i = + r_A (C_i^T - C_i) \quad \text{für } C_i \leq C_i^T \quad (4.2.1-4)$$

Diese Größe ist positiv, bedeutet also eine Einkommensaufbesserung (d.h. eine „negative Steuer“) durch das KIES-Amt.

That's all. Es fehlt nur noch die Bestimmung der Hilfsgrößen w , I , r und r_A .

w ist, wie gesagt, die „organische Zusammensetzung“ des Gesamtkapitals:

$$w = C / v \quad (4.2.1-5)$$

mit dem Gesamt-Kapital

$$C = \sum_{i=1}^N C_i \quad (4.2.1-6)$$

und den Gesamt-Personalkosten (Lohnsumme)

$$v = \sum_{i=1}^N v_i \quad (4.2.1-7)$$

(Es wird angenommen, daß alles Kapital im Besitz der Bevölkerung ist, die aus N Personen besteht. Dies stimmt ja auch: Bei Aktiengesellschaften z.B. ist das Kapital im Besitz der n Aktionäre; Bank-Kapital gehört den Anlegern, etc.)

I ist ein – zunächst willkürlich wählbarer – Faktor, der jedoch größer als 1 sein muß. Wenn $I = 1$ wäre, würde der KIES_i die Mehrarbeit $m_i = m v_i$ voll erstatten, egal wieviel Kapital man besitzt. Somit würde jeder Anreiz für Kapitalbildung, also fürs Sparen (Geldausgeben mit Verzögerung), entfallen, so daß z.B. auch beliebiges Schuldenmachen (Geldausgeben vor

dem Geldverdienen) kostenfrei möglich ist, also die Arbeit selbst für den begünstigten KIES-Einnehmer überflüssig erschiene. $I = 1$ ist also unbrauchbar.

Andererseits bedeutet ein sehr hoher Wert von I , daß die Freibeträge C_i^T sehr hoch sind: Dadurch erhalten wir wieder die praktisch unbegrenzten Kapitaleinkommen, die wir heute haben, mitsamt der Ausbeutungswirtschaft, Kapitalballung in wenigen Händen etc. Der KIES-Mechanismus verschwindet nämlich bei $I \rightarrow \infty$.

Somit brauchen wir einen vernünftigen Zwischenwert zwischen 1 und Unendlich. Bis auf weiteres soll hier $I = 2,0$ vorgeschlagen werden: Der KIES schlägt also als Steuerforderung zu, sobald das Realvermögen das Doppelte des „Idealvermögens“ übersteigt.

r ist, wie gesagt, der Durchschnitts-Zinssatz der Gesellschaft. r soll nämlich in der KIES-Formel so eingestellt werden, daß die Personen mit den überdimensionierten Vermögen C_i , die durch selbiges einen sagenhaften Profit $Z_i = rC_i$ (aus der Mehrarbeit ihrer Mitmenschen) erzielen, all den Profit, der aus dem „Mehrkapital“ $C_i - C_i^T$ stammt, wieder abführen müssen. (Immerhin ist der Freibetrag bereits das Doppelte des der Arbeit der betreffenden Person entsprechenden „Idealvermögens“; und weiterhin wird nicht das Kapital selbst beschnitten, sondern nur das leistungslose Zinseinkommen abgeschöpft. Der KIES ist somit in dieser Reinform auch für Milliardäre immer noch „leistungsgerecht“.)

Schließlich r_A . Dies ist der Zinssatz, der für die Einkommensverbesserung der Arbeiter, die noch zu wenig Kapital besitzen, in Anschlag kommt. r_A soll aus der Bedingung berechnet werden, daß der KIES insgesamt „aufkommensneutral“ sein soll, also für das KIES-Amt mit plusminus Null aufgehen soll. Denn die KIES-Ausschüttung ist als eine *reine Umverteilungsregelung* zur Aufhebung der Effekte von Vermögenszusammenballungen konzipiert. (Diese Aufkommensneutralität hat der KIES übrigens mit der z.Z. diskutierten „Öko-Steuer“ gemeinsam. Aber der KIES ist weit sinnvoller und effektiver.) r_A ist also so einzustellen, daß sich ergibt:

$$\sum_{i=1}^N KIES_i = 0 \quad (4.2.1-8)$$

über alle Personen der Bevölkerung summiert.

Man kann leicht nachrechnen, daß sich bei $I > 1$ immer

$$r_A < r \quad (4.2.1-9)$$

ergibt. Z.B. könnte sich bei $r = 6\%$ und $I = 2$ ein typischer Wert von $r_A = 3\%$ ergeben (das hängt im Einzelnen von der tatsächlichen Kapitalverteilung in der Bevölkerung ab.). Die Tatsache, daß r_A kleiner als r ist, hat neben der Erfüllung der Gleichung (4.2.1-8) noch den erwünschten Nebeneffekt, daß die Einkünfte durch den KIES nicht die möglichen Einkünfte durch Kapitalvermögen voll ersetzen, sondern nur teilweise. Daher ist trotz KIES noch ein Anreiz zur Vermögensbildung (durch Fleiß und Sparsamkeit) gegeben, um das Gesamteinkommen zu erhöhen – was wiederum dem kontrollierten Fortschritt der Produktivkräfte zugute kommt. Der KIES vom KIES-Amt ist aber nicht nur ein Anreiz, sondern auch ein wesentliches Hilfsmittel, um erfolgreich Vermögen zu bilden und das Kapitaleinkommen zu erhöhen.

Mittelfristiges Ziel des KIES ist es, eine Gesellschaft von reichen und freien „Arbeiter-Kapitalisten“ zu schaffen, die sowohl (in Maßen) arbeiten als auch über den gesellschaft-

lichen Reichtum verfügen und somit *souverän* sind. Mehr dazu im Folgenden, wo auch gezeigt wird, wie aufgrund des zunehmenden Kapitalbesitzes in Arbeiterhand allmählich ein stationärer Zustand der Gesellschaft eintreten kann, der gekennzeichnet ist durch Wohlstand, angenehmes Arbeitsvolumen (nahe an der „einfachen Reproduktion“) und viel Zeit sowie Mittel für Gebiete jenseits der Ökonomie, also für das „Reich der Freiheit“.

4.2.2 Ergänzungen

4.2.2.1 Privatvermögen

Übrigens muß beim KIES nicht nur das Produktivvermögen in Anschlag gebracht werden, sondern das *Gesamtkapital* C_i einer Person i , also inclusive Privatbesitz, z.B. dem Grundstück, das man bewohnt, sofern es einem gehört. Dies hat den beabsichtigten Effekt, daß jemand, der z.B. ein wertvolles Villengrundstück am Seeufer bewohnt, hierfür „Mietzins“ an die Allgemeinheit zu entrichten hat, der nur dadurch gemindert werden kann, daß der Besitzer auch entsprechend arbeitet und sich somit quasi einen „Anspruch“ auf den Besitz verdient (indem er Mehrarbeit an die Gesellschaft abführt).

4.2.2.2 Unternehmerlohn

Bei Unternehmern, die gleichzeitig Firmeneigentümer und leitender Manager sind, muß das Einkommen e_i zerlegt werden in den Kapitalprofit p_i und das Arbeitseinkommen v_i . Bei kleinen Selbständigen, die ein Firmenvermögen C_i besitzen, ist das relativ einfach: Der Kapitalprofit p_i kann veranschlagt werden mit

$$p_i = r C_i ,$$

wobei r die durchschnittliche Kapitalrendite der Gesellschaft ist. Das Arbeitseinkommen v_i ergibt sich dann als Differenz des Gesamteinkommens und des Kapitalprofits:

$$v_i = e_i - p_i = e_i - rC_i .$$

Somit sind die Werte C_i und v_i , die die Basis für die KIES-Berechnung bilden, bekannt. Bei Unternehmern kann man es eventuell genauso machen.

Bei leitenden Managern, Direktoren und Vorständen von Aktiengesellschaften muß ein besonderer Effekt berücksichtigt werden: Diese Personen werden häufig, auch wenn sie kein Eigentum an der Firma haben, am Firmenerfolg beteiligt: Sie erhalten „Erfolgsbeteiligung“, d.h. einen Teil des Firmenprofits. Der Grund dafür ist offenbar das „Principal Agent Problem“ [V195]: Die Firmeneigentümer, z.B. die Aktionäre, sind von den Entscheidungen der Manager abhängig, können diese aber sachlich nicht überprüfen und bieten den Managern daher Erfolgsbeteiligung, damit diese die gleichen Interessen haben wie die Eigentümer.

Diese Erfolgsbeteiligung kann daher kaum als Arbeitseinkommen v_i verbucht werden, sondern eher als Profit p_i aus einem virtuellen Kapital C_i . Dies ist bei der KIES-Berechnung zu berücksichtigen.

Weitere nützliche Modifikationen und Präzisierungen des KIES werden in Kapitel 4.5 diskutiert.

4.3 Die New Economy

Wir wollen nun den Fall durchspielen, daß eine Population aus N Personen, die bisher die Old Economy (OE) nach Kapitel 2, also einen ordinären Kapitalismus, betrieben haben, zum Ende des Jahres $t=20$ beschließt, das KIES-Gesetz einzuführen. Hierdurch entsteht eine neue Art Marktwirtschaft, die wir als New Economy (NE) bezeichnen wollen.

Die Old Economy bestand bekanntlich zu 98% aus Arbeitern und zu 2% aus Kapitalisten. Letztere besitzen auch am Ende des Jahres $t = 20$ noch das gesamte Kapital der Gesellschaft.

Anfang des Jahres $t=21$ müssen nun alle N Personen erstmals eine KIES-Erklärung für das Jahr $t=20$ abgeben, also ihr Arbeitseinkommen v_i und ihr Vermögen C_i bekanntgeben. Die Arbeiter, da bisher besitzlos, geben $C_i = 0$ an. Umgekehrt geben die Kapitalisten $v_i = 0$ an, da sie auch im Jahre $t=20$ von Kapitaleinkommen gelebt und nicht gearbeitet haben. Daraufhin wird das KIES-Amt von den Kapitalisten KIES kassieren und diesen vollständig an die Arbeiter auszahlen. Der Einfachheit halber nehme ich an, daß diese Auszahlung sehr früh im Jahr $t=21$ passiert, so daß die Arbeiter den KIES bereits für ihre Arbeits- und Konsumpläne für das Jahr $t=21$ einkalkulieren können.

Im Gegensatz zur Einführung einer FG nach Kapitel 3 muß hier, bei der Einführung der NE, keine Enteignung stattfinden. Die krasse Ungleichheit der Vermögen von Arbeitern und Kapitalisten wird stattdessen im Laufe der ersten Jahrzehnte der NE durch die Wirkung der KIES-Umverteilung zurückgeführt werden: Die Arbeiter werden ansehnliche Vermögen bilden, während die Spitzenvermögen der „Kapitalisten“ schrumpfen, da ihnen ihr Selbstwachstums-Automatismus abhanden gekommen ist.

Was ansonsten noch passiert, wenn die Einführung der NE wunschgemäß verläuft, soll im folgenden wiederum durch Simulation einiger Jahre der NE herausgefunden werden.

Die erforderlichen Gleichungen werden sowohl im Vergleich zur OE als auch zur FG umfangreicher sein, aus mehreren Gründen:

1. Wir haben nun im Gegensatz zur FG wieder die zwei Klassen, Arbeiter und Kapitalisten, zu betrachten, denn die Unterschiede zwischen beiden (ihre Vermögen betreffend) werden nicht schlagartig zur Zeit $t=21$ verschwinden.
2. Die Klassen sind – im Gegensatz zur OE – nicht mehr so einfach definiert wie zuvor, durch $C_A = 0$ bzw. $v_K = 0$, sondern auch die Arbeiter bilden Vermögen C_A , und die Kapitalisten fangen irgendwann auch zu arbeiten an. Die Arbeitslöhne v_K der Kapitalisten werden allerdings noch lange bei Null verharren, da ihnen auf Jahre hinaus immer noch genug Kapital zu verkonsumieren verbleibt, so daß sie zunächst wie in der OE auch ohne Arbeit ein Leben in Luxus weiterführen können.
3. Die subjektiven Entscheidungen der Menschen sind wie in der FG – im Gegensatz zur OE – zu berücksichtigen, sie werden aber wegen der inhomogenen Vermögensverhältnisse noch etwas komplexer als in der FG sein.
4. Die neue Einkommensquelle KIES ist neben den Einkommen aus Arbeit und Kapital zu beachten.

Wir unterscheiden wieder wie in Kapitel 3 zwischen Sachgleichungen und subjektiven Entscheidungen. Zudem werden die rechnerischen Vorbelegungen bei Einführung der NE aufgelistet.

4.3.1 Vorbelegungen

Wie bei der FG (Kapitel 3) brauchen wir hier in der NE die Größe $t(t)$ zur Berechnung der Kapitalentwertung, weil nicht mehr mit Volldampf gearbeitet wird wie in der OE. Diese Größe wird wie bekannt initialisiert durch:

$$t(20) = C(20) / a(20) \quad (4.3.1-1)$$

Das Kapital C wird in der NE auf die zwei Klassen A bzw. K aufgeteilt. Die Initialisierung für $t=20$ ist:

$$\begin{aligned} C_A(20) &= 0 \\ C_K(20) &= C(20) \end{aligned} \quad (4.3.1-2)$$

Den Kapitalisten (K) gehört zunächst noch alles.

Weiterhin unterscheiden wir die Arbeitsmengen a_A, a_K, u_A, u_K für Arbeiter (A) und Kapitalisten (K). Bei der Einführung des NE-Rechnungswesens werden diese Größen anhand der Entsprechungen der OE initialisiert:

$$a_A(20) = a(20); \quad a_K(20) = 0 \quad (4.3.1-3)$$

$$v_A(20) = v(20); \quad v_K(20) = 0 \quad (4.3.1-4)$$

$$u_A(20) = v(20); \quad u_K(20) = u(20) \quad (4.3.1-5)$$

4.3.2 Sach-Gleichungen

4.3.2.1 KIES-Transfer

Wir fangen mit den KIES-Zahlungen an, da diese die erste Aktion der NE sein werden.

Die Aktionen des KIES-Amtes können den Sachgleichungen zugerechnet werden, denn sie haben völlig mechanisch, ohne Willkür, nach wohldefinierten, sehr einfachen Gesetzen zu erfolgen.

Als erstes berechnet das KIES-Amt die Größe $w(t)$, das ist die „Kapitalintensität“, die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ oder auch das „Kapital-Lohn-Verhältnis“ der Gesamtgesellschaft:

$$w(t) = C(t) / v(t) \quad (4.3.2-1)$$

Die Größen $C(t)$, das Gesamtkapital, und $v(t)$, die Lohnsumme, sind dem KIES-Amt vielleicht aus vorhandenen Wirtschafts-Statistiken schon bekannt, ansonsten muß es sie aus den KIES-Erklärungen der Leute berechnen wie in Kapitel 1.4.4 gezeigt. Hier in der Simulation sind $C(t)$ und $v(t)$ bereits aus der OE bekannt.

Ebenso wird die Profitrate $r(t)$ benötigt:

$$r(t) = m(t) / C(t) \quad (4.3.2-2)$$

Die Gleichung ist bereits aus der OE bekannt. Nun erfolgt für alle N Personen der Gesellschaft die KIES-Berechnung, wie in Kapitel 1.4.4 und 4.2.1 dargestellt. Hier in der Simulation werden die Zahlen aber nicht nach N Personen, sondern nur nach den zwei

Klassen zerlegt betrachtet (damit wir mit jeweils zwei statt N Zahlenwerten pro Variablenart auskommen).

Als erstes berechnen wir das Schwellenkapital (den Kapital-Freibetrag) der Kapitalisten:

$$C_K^T(t) = I w(t) v_K(t) \quad (4.3.2-3)$$

Wir verwenden durchwegs für I den Wert $I = 2$. Durch Vergleich mit dem realen Kapital $C_K(t)$ ergibt sich der KIES für die Kapitalisten:

$$k_K(t) = -r [C_K(t) - C_K^T(t)] \quad (4.3.2-4)$$

Da bei den Kapitalisten auch nach Einführung der NE noch auf Jahre hinaus das Kapital den Freibetrag übersteigt, ist $k_K(t)$ für alle t im Simulationszeitraum negativ, so daß der KIES für die Kapitalisten eine Kapitalsteuer darstellt.

Tatsächlich ist bei uns immer $v_K(t) = 0$, d.h. die Kapitalisten arbeiten gar nicht, und somit ist der Kapitalfreibetrag ebenfalls null. Daher müssen die Kapitalisten ihren gesamten Profit $p_K = r C_K$ an das KIES-Amt abführen.

Da der gesamte KIES an die Arbeiter weitergereicht wird, ist

$$k_A(t) = -k_K(t) \quad (4.3.2-5)$$

Die „Arbeiterklasse“ erhält den von den Kapitalisten gezahlten KIES mit umgekehrtem Vorzeichen als „Zusatzgehalt“ ausbezahlt. Die Kenntnis der Größe r_A aus Kapitel 1.4.4 ist in diesem speziellen Fall der zwei in sich homogenen Klassen für die KIES-Auszahlung selbst nicht nötig. Wir brauchen aber diese „Arbeiter-Profirate“ r_A , mit der das KIES-Amt das den Arbeitern fehlende Kapital „verzinst“ (im Sinne einer „negativen Kapitalsteuer“), weiter unten für die individuellen, privaten Arbeiter-Jahresplanungen. Daher wird r_A vom KIES-Amt berechnet und den Arbeitern mitgeteilt.

$$C_A^T(t) = I w(t) v_A(t) \quad (4.3.2-6)$$

$$r_A(t) = k_A(t) / [C_A^T(t) - C_A(t)] \quad (4.3.2-7)$$

Die letztere Gleichung ergibt sich durch Umkehrung der KIES-Gleichung (1.4.4-2).

Die Transaktionen des KIES-Amtes (KA) mit den beiden „Klassen“ Arbeiter (A) und Kapitalisten (K) können wie in Figur 4.3-1 veranschaulicht werden.

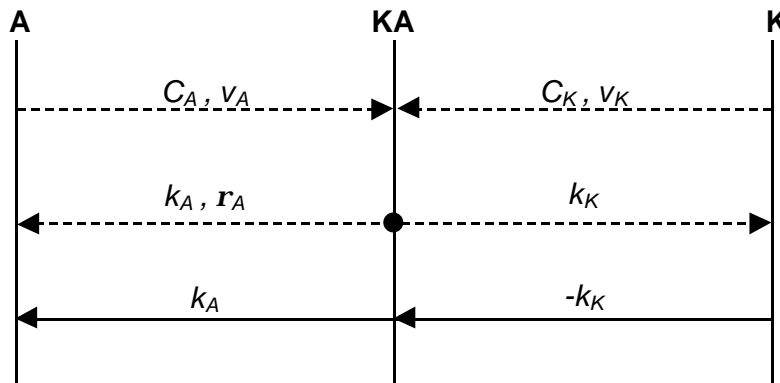


Fig. 4.3-1: Die Transaktionen des KIES-Amtes (KA). Durchgezogene Linien: Geld-Transfer (KIES-Zahlungen); gestrichelte Linien: Information (KIES-Erklärung, KIES-Bescheid).

4.3.2.2 Einkommen

Nach erfolgter KIES-Auszahlung (positiver oder negativer) können sich die Leute ihr Jahreseinkommen „nach KIES“ ausrechnen. Dies ist für Arbeiter bzw. Kapitalisten:

$$e_A(t) = v_A(t) + p_A(t) + k_A(t) \quad (4.3.2-8A)$$

$$e_K(t) = v_K(t) + p_K(t) + k_K(t) \quad (4.3.2-8K)$$

wobei p_A, p_K die Kapitaleinnahmen sind:

$$p_A(t) = r(t) C_A(t) \quad (4.3.2-9A)$$

$$p_K(t) = r(t) C_K(t) \quad (4.3.2-9K)$$

Die Einkommen setzen sich also jeweils zusammen aus den Arbeitseinkommen v_A, v_K , aus den Kapitalprofiten p_A, p_K und drittens aus dem KIES k_A, k_K .

Diese Größen werden bei den Arbeitern alle positiv sein; auch der Profit $p_A(t)$ wird ab $t=21$ vorhanden sein, da die Arbeiter Kapital ansammeln werden.

Bei den Kapitalisten ergibt sich ein etwas traurigeres Bild: Sie haben zwar hohe Kapitaleinnahmen $p_K(t)$, aber weil sie (zumindest in unserem Modell) nicht arbeiten, ist erstens $v_K(t) = 0$ und zweitens ist $k_K(t) = -p_A(t)$, so daß der KIES den ganzen Profit auffrißt. Tatsächlich sind daher die Kapitalisteneinkommen $e_K(t)$ gleich *null*! Sie müssen also in den sauren Apfel beißen und ihren Konsum durch Verbrauch ihrer Kapitalsubstanz $C_K(t)$ bestreiten.

4.3.2.3 Produktivitäts- und Kapitalveränderung

Das Wachstum der Produktivität h ist wie immer das Ergebnis der Wachstumsarbeit g . Es gilt die altbekannte Gleichung:

$$h(t+1) = h(t)[1+10\%g(t) / \text{Pop}] \quad (4.3.2-10)$$

Aus der Produktivität h leiten wir direkt die Mehrwertquote m ab. es gibt ja, wie gesagt, in der NE tatsächlich noch Mehrarbeit und Mehrwert und somit auch eine Mehrarbeitsquote m . Zu ihrer Berechnung verwenden wir die gleiche Formel wie sie in der OE galt:

$$m(t) = h(t) - 1 \quad (4.3.2-11)$$

Diese Formel ergab sich zwar in der OE direkt aus dem Ausbeutungsmechanismus, daß nämlich die Arbeiter bei 100% Arbeit nicht mehr als ihren Lebensunterhalt ausbezahlt bekommen. Dieser Zwangsmechanismus wird in der NE wegfallen, da die Arbeiter anfangen, wesentlich von Kapitaleinkommen und KIES zu leben und nur noch teilweise vom Arbeitslohn. Dennoch habe ich bisher keinen Hinweis darauf gefunden, daß Gleichung (4.3.2-11) in der NE nicht mehr gelten sollte. (De facto wird sich m in der NE aus den Nachfrageverhältnissen nach den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit einpendeln. Ich nehme bis zum Beweis des Gegenteils an, daß sich m bei $m = h - 1$ einpendelt.)

Klar ist, daß m hier nur noch die Mehrarbeitsquote und nicht mehr den Ausbeutungsgrad bezeichnet, denn die Arbeiter werden – wie wir am „Bezahlungsgrad“ sehen werden – in der NE *nicht mehr ausgebeutet*.

Nun zur Kapitalveränderung. Das Gesamtkapital C unterliegt in der NE wie in der FG zweierlei Verschleiß: der Alterung und der „Veralterung“ durch technischen Fortschritt. Diese Prozesse werden durch Reproduktion (durch Benutzung) und durch Wachstumsarbeit teilweise kompensiert, aber das Kapital wird insgesamt im Wert schrumpfen, weil die Leute weniger arbeiten.

Gleichzeitig findet ein Kapitaltransfer von den ehemaligen Kapitalisten zu den ehemaligen Arbeitern statt, der vor allem dadurch bewirkt wird, daß die Arbeiter Wachstumsarbeit g_A leisten, während die Kapitalisten mehr konsumieren als sie erarbeiten (denn sie arbeiten gar nicht), so daß sie quasi "negative Wachstumsarbeit" $g_K < 0$ „leisten“. Der allgemeine Kapital-Schrumpfungsprozess verstärkt diese Umverteilung, weil er vor allem die Kapitalbesitzer betrifft.

Die Kapitalentwertung durch „Alterung“ soll wie in der FG (und auch in der OE) bestimmt werden durch:

$$t(t+1) = t(t) \left[1 - 0,05 \cdot g(t) / Pop \right] + \frac{g(t) \cdot Year}{0,98 Pop} \quad (4.3.2-12)$$

und

$$c_t(t) = C(t) / t(t) \quad (4.3.2-13)$$

Die „Veralterung“, der moralische Verschleiß, soll ebenfalls der bereits bekannten Gleichung folgen:

$$c_g(t) = 5\% \cdot C(t) \cdot g(t) / PopYear \quad (4.3.2-14)$$

Die Höhe von $g(t)$ wird später bestimmt. Die Kapitalveränderung hängt nach der bekannten Gleichung (3.2.2-5) von $a(t)$, $c_t(t)$, $g(t)$ und $c_g(t)$ ab. Wegen der Aufteilung des Gesamtkapitals C in die den Kapitalisten bzw. den Arbeitern zukommenden Teile C_K bzw. C_A , wobei die beiden Wachstumsarbeiten g_K bzw. g_A eine Rolle spielen, wollen wir die Größen $c_t - a$ (durch Arbeit aufgehaltene Alterung) und c_g (unkompensierte Veralterung) zu einer Gesamtverschleißgröße h zusammenfassen, die dann in die beiden Teile h_K und h_A zerfällt. Diese Kapital-Verschleißgröße $h(t)$ bestimmt sich zu:

$$h(t) = c_t(t) - a(t) + c_g(t), \quad (4.3.2-15)$$

wobei auf die Kapitale C_A bzw. C_K folgende Anteile entfallen:

$$h_A(t) = h(t) \cdot C_A(t) / C(t) \quad (4.3.2-15A)$$

$$h_K(t) = h(t) \cdot C_K(t) / C(t) . \quad (4.3.2-15K)$$

Anhand dieser Verschleißgrößen und der Wachstumsarbeiten g_K bzw. g_A können wir die Kapitalveränderungen ermitteln.

Der den Arbeitern gehörende Teil C_A des Gesamtkapitals C wächst somit wie folgt:

$$C_A(t+1) = C_A(t) + [g_A(t) - h_A(t)] \cdot Year . \quad (4.3.2-16A)$$

Das Kapitalistenkapital C_K verändert sich wie folgt (es nimmt ab, da $g_K(t)$ negativ ist und somit den Kapitalverbrauch $h_K(t)$ beschleunigt statt ihn zu kompensieren):

$$C_K(t+1) = C_K(t) + [g_K(t) - h_K(t)] \cdot Year . \quad (4.3.2-16K)$$

Das Gesamtkapital $C(t)$ – das gilt natürlich analog auch für $C(t+1)$ – ist einfach die Summe aus beiden Teilen:

$$C(t) = C_A(t) + C_K(t). \quad (4.3.2-16)$$

4.3.2.4 Lohn, Mehrarbeit, Wachstumsarbeit

Die Lohnhöhen für Arbeiter (v_A) und Kapitalisten (v_K) – sofern letztere anfangen zu arbeiten – bestimmen sich aus den jeweiligen Arbeitsleistungen a_A bzw. a_K und der Mehrarbeitsquote m , denn wir gehen davon aus, daß sich die Arbeitsleistung a nach wie vor (wie in der OE) zerlegt in die durch Lohn bezahlte Arbeit v und die Mehrarbeit m mit $m = mv$. Das heißt, daß $a = v + m = (1+m)v = h v$, und somit

$$v_A(t) = a_A(t) / h(t) \quad (4.3.2-17A)$$

$$v_K(t) = a_K(t) / h(t) \quad (4.3.2-17K)$$

mit der Produktivität $h(t) = 1 + m(t)$. Die gesamte durch Lohn bezahlte Arbeit, also die Lohnsumme, ist

$$v(t) = v_A(t) + v_K(t). \quad (4.3.2-17)$$

Die geleistete Gesamt-Mehrarbeit ist

$$m(t) = m(t) \cdot v(t)$$

oder auch

$$m(t) = a(t) - v(t) \quad (4.3.2-18)$$

mit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit $a(t)$.

Nun zur Wachstumsarbeit g . Diese war in der OE ein Teil der Mehrarbeit m , nämlich es galt $g = m - u$, wobei u der Konsum der Kapitalisten war. Dieser Zusammenhang gilt aber nur, solange der Konsum der Arbeiter gleich ihrem Lohn v ist und der Mehrwert m die Arbeiter nichts angeht. Das ändert sich aber in der NE, da die Arbeiter nun auch über Profit sowie

KIES (beides Formen des Mehrwerts) als Einkommen verfügen, so daß sie erheblich über den Lohn hinaus konsumieren können. Wir brauchen daher neue Gleichungen für die Wachstumsarbeit g und deren Klassen-Anteile g_A bzw. g_K .

Die allgemeine Definition der Wachstumsarbeit g ist, daß sie die Differenz aus der geleisteten Arbeit a und der verkonsumierten Arbeit u ist, also

$$g = a - u$$

Diese Wachstumsarbeit bewirkt sowohl Produktivitäts- als auch Kapitalerhöhung. Die Kapitalvermehrung wird als Vermögenszuwachs bei den jeweiligen Mitgliedern der Gesellschaft sichtbar – je mehr einer sparen kann, desto mehr Vermögen bildet er. Die Sparleistung wiederum ist gegeben als Differenz zwischen dem Einkommen und den Konsumausgaben. Dieser Zusammenhang ermöglicht die Berechnung des Vermögenszuwachses von Arbeitern und Kapitalisten.

Die Sparleistung g_A der Arbeiter beträgt

$$g_A(t) = e_A(t) - u_A(t) \quad (4.3.2-19A)$$

wobei e_A das Einkommen und u_A die Konsumausgaben der „Arbeiterklasse“ sind. Für die Kapitalisten gilt Entsprechendes:

$$g_K(t) = e_K(t) - u_K(t). \quad (4.3.2-19K)$$

Die Gesamt-Sparleistung ist die Summe:

$$g(t) = g_A(t) + g_K(t). \quad (4.3.2-19)$$

In unserem Modell (das ein einfaches aber zutreffendes Abbild der Realität ist) ist die Summe der Einnahmen der Gesellschaft gleich der Summe der geleisteten Arbeit:

$$e_A(t) + e_K(t) = e(t) = a(t) = a_A(t) + a_K(t). \quad (4.3.2-20)$$

Denn die einzige Stelle, neben dem Konsum, wo Werte vernichtet werden, ist der durch c_t und c_g quantifizierte Kapitalverlust. Dieser schmälert aber nicht die Einkommen e_A bzw. e_K , sondern reduziert unmittelbar den Kapitalbesitz. Diese „Abschreibungen“ rechnen wir nicht in die Einkommen ein; daher entspricht die Einkommenssumme der geleisteten Gesamtarbeit ohne Abzüge.

Wegen dieser Gleichheit des Gesamteinkommens mit der Gesamtarbeit ist aber auch die Summe der Sparleistungen gleich der Gesamt-Wachstumsarbeit:

$$\begin{aligned} g_A(t) + g_K(t) &= e_A(t) - u_A(t) + e_K(t) - u_K(t) \\ &= e(t) - u(t) \\ &= a(t) - u(t) = g(t). \end{aligned} \quad (4.3.2-21)$$

Durch den KIES-Transfer wird bewirkt, daß die Arbeiter ein ihrer Leistung entsprechendes hohes Einkommen $e_A(t)$ haben, wovon sie einen hübschen Batzen als jährliche Sparleistung $g_A(t)$ abzweigen können, so daß sie signifikant Vermögen bilden und der KIES allmählich durch Zinseinnahmen abgelöst wird.

Die ehemaligen Kapitalisten dagegen haben wegen der KIES-Abgabe und wegen ihrer hier unterstellten Enthaltbarkeit beim Thema Arbeit gar kein Einkommen mehr, so daß ihre Sparleistung negativ wird – sie verbrauchen ihr Vermögen.

Daher konvergieren diese beiden Gruppen, und das Ende der Klassengesellschaft naht.

Dies also waren die „Sach-Gleichungen“ der New Economy (NE). Mit ihnen lassen sich der Verlauf der Wirtschaft und die Einkommen von Arbeitern und Kapitalisten berechnen, sobald zweierlei bekannt ist:

1. wieviel die beiden Gruppen arbeiten werden und
2. wieviel sie für Konsum ausgeben wollen.

Diese Entscheidungen werden im folgenden modelliert, in möglichst realistischer Weise.

4.3.3 Subjektive Entscheidungen

4.3.3.1 Rückblick auf die FG

„Subjektive Entscheidungen“ hatten wir bereits als Element der „Freien Gesellschaft“ in Kapitel 3.2.3. Ein Kennzeichen der FG war, daß die in ihr lebenden Menschen direkt über die gesellschaftliche Produktivität h verfügen, d.h. ihre individuellen Einkommen e_i entsprachen ihren individuellen Arbeitsmengen a_i :

$$\begin{aligned} e_i &= a_i \\ h_A &= h. \end{aligned}$$

Mit h_A ist die den arbeitenden Menschen verfügbare Produktivität bezeichnet.

Das Ergebnis war, daß die Leute in der FG mit zunehmender Produktivität h ihre für Konsumgüterherstellung (Teil II der Wirtschaft) angewandte Arbeitszeit entsprechend \sqrt{h} verkürzen, wobei natürlich die verfügbaren Konsum-Gebrauchsgüter dennoch im Gebrauchswert zunehmen (qualitativ und / oder quantitativ), da die Produktivität h schneller steigt als die Arbeitszeit abnimmt.

Da die FG-ler über die Konsumarbeit hinaus auch noch etwas für die Produktionsmittel-Weiterentwicklung tun (Wachstumsarbeit g), nimmt ihre Gesamtarbeitsmenge $a(t) = u(t) + g(t)$ zwar ebenfalls ab, aber nicht ganz so schnell wie $u(t)$. Die Arbeitszeit war in der Simulation der FG (Kapitel 3.2.4) zwanzig Jahre nach Einführung der FG auf etwa die Hälfte des heute Üblichen gefallen (also auf 20 statt 40 Wochenstunden, wenn man die Arbeitszeit in Wochenstunden mißt).

In der New Economy (NE) wird es ziemlich ähnlich laufen wie in der FG – obwohl es hier, im Gegensatz zur FG, nach wie vor die vom Kapitalismus her bekannten Schreckensdinge Profit, Zins, Mehrwert und Privatkapital gibt.

Statt der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (wie in der FG) haben wir hier die Einführung der *Profit-Umverteilung durch das KIES-Gesetz*.

Die KIES-Auszahlung bewirkt für all diejenigen, deren Kapitalbesitz C_i in etwa ihrer Arbeitsleistung a_i „entspricht“ (d.h. $C_i = w v_i = w a_i / h$), daß das Einkommen e_i die Arbeit a_i voll bezahlt: $e_i = a_i$, wie in der FG. Für diese Leute, bei denen Vermögen und Arbeit „im

Einklang“ sind, ist daher (wenn man die dem Einzelnen tatsächlich verfügbare Produktivität mit h_i bezeichnet) $h_i = h$.

Allerdings hängt durch das KIES-Gesetz diese „individuell verfügbare Produktivität“ h_i vom individuellen Kapitalbesitz C_i ab: Wer wenig besitzt, dessen h_i ist etwas geringer, wer aber genügend Kapital besitzt, kann dadurch sein h_i bis zu einer gewissen Grenze erhöhen. Dies bildet einen Anreiz zur Vermögensbildung und zum sparsamen Umgang mit Krediten.

Die subjektiven Entscheidungen über Arbeit und Konsum hängen in der NE somit nicht direkt von h , sondern mehr von h_i ab sowie vom Kapitalumfang C_i . Wie das genau geht, sehen wir im folgenden.

4.3.3.2 *Bezahlungsgrad*

Die Arbeiter haben in der NE wie gesagt ein Einkommen e_i , das aus drei Teilen besteht: Aus Arbeitslohn v_i , aus Kapitaleinnahmen $p_i = rC_i$ und aus dem KIES k_i . Nun ist aber die KIES-Formel so gestaltet, daß nicht nur der Arbeitslohn v_i , sondern auch die um den KIES aufgebesserten oder verminderten Kapitaleinnahmen, also die Summe $p_i + k_i$, vom Arbeitseinsatz a_i abhängen: *Es gibt keine von der Arbeit unabhängigen Kapitaleinkünfte mehr.* Insbesondere werden bei null Arbeit auch die Kapitaleinkünfte „nach KIES“ auf null fallen, wie man bei den Noch-Kapitalisten in der NE sehen wird.

Somit ist das Einkommen e_i vor allem eine Funktion der Arbeit a_i :

$$e_i = f(a_i) \quad (4.3.3-1)$$

Die Steigung dieser Funktion, ihre Ableitung nach a_i , können wir den „Grenzbezahlungsgrad“ der Arbeit nennen:

$$s_i' = \frac{de_i}{da_i}. \quad (4.3.3-2)$$

Der „Grenzbezahlungsgrad“ s_i' gibt an, wie gut eine zusätzliche Arbeitsstunde bezahlt wird. Weiterhin definieren wir den Bezahlungsgrad

$$s_i = e_i / a_i. \quad (4.3.3-3)$$

Ein freier, souveräner Mensch der FG, der keiner Ausbeutung unterliegt, weil ihm ja alle seine Arbeitsprodukte selber gehören, hat natürlich einen Bezahlungsgrad und einen Grenzbezahlungsgrad von $s_i = s_i' = 1$, denn bei ihm ist das Einkommen e_i identisch mit seiner Wertschöpfung a_i , also

$$\begin{aligned} e_i &= a_i ; \\ s_i &= e_i / a_i = 1 \\ s_i' &= \frac{de_i}{da_i} = 1. \end{aligned}$$

Dagegen hat ein Mensch, der nur einen Teil seiner Arbeit im Einkommen e_i bezahlt bekommt, einen Bezahlungsgrad $s_i < 1$, wogegen einer, der von der Arbeit anderer Menschen lebt, ohne selbst eine äquivalente Leistung zu liefern, $s_i > 1$ genießt.

Die individuelle Grenzproduktivität h_i' kann dann bestimmt werden als der Grenzbezahlungsgrad s_i' , multipliziert mit der gesellschaftlichen Produktivität h :

$$h_i' = s_i' h. \quad (4.3.3-4)$$

Diese Grenz-Produktivität spielt eine Rolle bei der Überlegung der Arbeiter, wieviel sie arbeiten wollen. Entsprechend gehört zum Bezahlungsgrad s_i die individuell verfügbare Produktivität h_i :

$$h_i = s_i h. \quad (4.3.3-5)$$

Im Endeffekt ist für den Arbeiter entscheidend, ob unterm Strich das Einkommen e_i der Arbeitsleistung a_i entspricht (es darf natürlich auch gerne ein Stück darüber liegen). Ist das der Fall, dann gilt:

$$s_i = 1$$

und

$$h_i = h,$$

d.h. daß der Arbeiter voll über die gesellschaftliche Produktivität h verfügt, wie die Leute in der FG.

4.3.3.3 *KIES als Funktion der Arbeit*

Wir wollen nun die Funktion $e_i = f(a_i)$ näher bestimmen und daraus den Bezahlungsgrad und den Grenzbezahlungsgrad ableiten. Dazu müssen wir sehen, wie die drei Anteile des Einkommens e_i , nämlich v_i , p_i und k_i , von der Arbeit a_i abhängen.

Beim Arbeitslohn v_i ist es einfach: Es gilt der beschriebene Zusammenhang

$$v_i = a_i / h \quad (4.3.3-6)$$

mit der Produktivität h .

Beim Profit p_i „vor KIES“ ist festzustellen, daß er – auch in der NE – tatsächlich gar nicht von der eigenen Arbeit abhängt – Profit ist ja leistungsloses Einkommen, das nur vom Kapital C_i und der Profitrate r abhängt:

$$p_i = r C_i. \quad (4.3.3-7)$$

Schließlich zum KIES k_i . Diesen haben wir zunächst in Abhängigkeit vom Vermögen C_i formuliert (siehe Kapitel 1.4):

$$k_i = \begin{cases} -r (C_i - \mathbf{1} w v_i) & \text{für } C_i > \mathbf{1} w v_i \\ +r_A (\mathbf{1} w v_i - C_i) & \text{für } C_i \leq \mathbf{1} w v_i. \end{cases}$$

Dies können wir aber auch als Funktion der Arbeit a_i ausdrücken:

$$k_i = \begin{cases} r (\mathbf{1} w a_i / h - C_i) & \text{für } a_i < a_i^T \\ r_A (\mathbf{1} w a_i / h - C_i) & \text{für } a_i \geq a_i^T \end{cases} \quad (4.3.3-8)$$

mit der „Schwellenarbeit“ a_i^T :

$$a_i^T = \frac{C_i \mathbf{h}}{\mathbf{l} \mathbf{w}}. \quad (4.3.3-9)$$

Der KIES k_i ist für $a_i < a_i^T$ negativ und für $a_i > a_i^T$ positiv, wobei a_i^T vom Vermögen C_i abhängt. Wer z.B. kein Vermögen hat, bei dem ist $C_i = 0$ und somit $a_i^T = 0$, so daß die KIES-Zahlung für ihn durchwegs positiv ist, also ein Zusatz-Einkommen darstellt, sobald er eine Arbeit a_i leistet (die mit einem Lohn $v_i = a_i/\mathbf{h} > 0$ bezahlt wird).

4.3.3.4 Einkommen „nach KIES“

Nun zählen wir v_i , p_i und k_i zusammen und erhalten das Einkommen e_i in Abhängigkeit von der Arbeit a_i und dem Vermögen C_i :

$$e = v_i + p_i + k_i = f(a_i; C_i) = \begin{cases} a_i(1+r\mathbf{l}\mathbf{w}) / \mathbf{h} & \text{für } a_i < a_i^T \\ a_i(1+r_A\mathbf{l}\mathbf{w}) / \mathbf{h} + (\mathbf{r} - r_A) C_i & \text{für } a_i \geq a_i^T \end{cases} \quad (4.3.3-10)$$

Das Einkommen ist also abschnittsweise durch zwei Geraden bestimmt, wie Figur 4.3.3-1 zeigt.

Man sieht, daß die Funktion $e_i = f(a_i)$ durch den Nullpunkt geht, d.h. bei $a_i = 0$ ist auch das Einkommen $e_i = 0$ (zumindest im Mittel), egal wieviel Zinseinkommen p_i hereinkam: p_i wird hier von k_i aufgefressen.

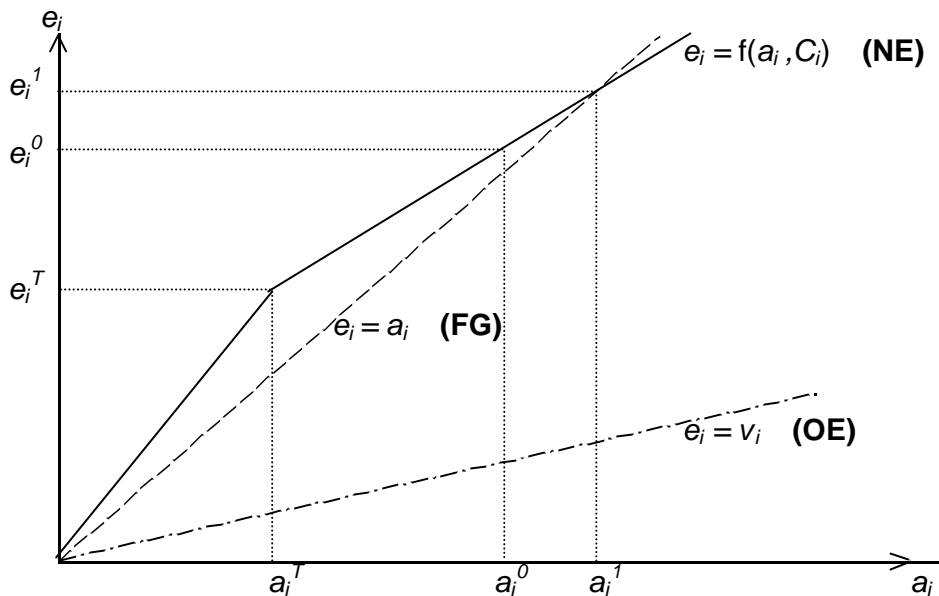


Fig. 4.3.3-1: Einkommen e_i als Funktion der Arbeitsleistung a_i . Die durchgezogene, in der Mitte geknickte schräge Linie in Fig. 4.3.3-1 stellt die in der **NE** geltende Einkommensfunktion „nach KIES“, $e_i = f(a_i, C_i)$, dar, während die gestrichelte schräge Linie die Gerade $e_i = a_i$ ist, die in der **FG** gelten würde. Zum Vergleich mit den traurigen *Arbeitereinkommen* in der **OE** ist noch die Gerade $e_i = v_i$ strichpunktiiert eingezeichnet.

Im Bereich zwischen $a_i = 0$ und $a_i = a_i^T$ folgt e_i einer Geraden mit der Steigung

$$s_K' = (1 + rlw) / h = s_i' \text{ für } a_i < a_i^T. \quad (4.3.3-11)$$

Man kann zeigen, daß $s_i' > 1$ in diesem Bereich, d.h. der Grenzbezahlungsgrad s_i' ist größer als 1, so daß die geleistete Arbeit a_i hier mit mehr als 100% bezahlt wird. Wir wollen diesen Grenzbezahlungsgrad auch mit s_K' bezeichnen, denn der Bereich $a_i < a_i^T$ ist typischerweise die Situation von „Kapitalisten“ (K), also Leuten, die im Vergleich zu ihrem Kapitalbesitz relativ wenig arbeiten. Der Kapitalbesitz wird also durch einen hohen Grenzbezahlungsgrad der Arbeit und auch durch eine hohe Grenz-Produktivität

$$h_K' = 1 + rlw \quad (4.3.3-12)$$

belohnt. Wegen $s_K' > 1$ ist natürlich $h_K' > h$.

Diese erhöhte Grenz-Produktivität ergibt sich gerade wegen des negativen KIES in diesem Bereich $a_i < a_i^T$: Der KIES ist hier eine wirkungsvolle Vermögenssteuer, die den Kapitalprofit abschöpft. Durch Arbeitseinsatz a_i kann der Vermögende einen Kapital-Freibetrag C_i^T erzielen, wodurch sich seine KIES-Zahlungen reduzieren. Er kann dann einen größeren Teil seines Kapitalprofits p_i für sich behalten, was seinem Einkommen $e_i = v_i + p_i + k_i$ zugute kommt. Das Resultat ist $s_K' > 1$.

Dieser Mechanismus der Verringerung der KIES-Vermögenssteuer durch Arbeitseinsatz funktioniert bis zur Schwellenarbeit a_i^T , denn dann ist $k_i = 0$. Wer zufällig exakt diese Schwellenarbeit leistet, hat (im Mittel) ein Einkommen

$$e_i^T = f(a_i^T; C_i) = a_i^T/h + rC_i = v_i^T + rC_i \quad (4.3.3-13)$$

mit

$$v_i^T = a_i^T/h = \frac{C_i}{Iw}. \quad (4.3.3-13a)$$

Bis hierher ist der Bezahlungsgrad gleich dem Grenzbezahlungsgrad und beide liegen über 100%: $s_i = s_i' > 1$.

Aber wir sehen in Fig. 4.3.3-1, daß oberhalb der Schwelle a_i^T die Funktion $e_i = f(a_i)$ flacher wird: Sie hat hier nur noch die Steigung

$$s_A' = (1 + r_A I w) / h = s_i' \text{ für } a_i \geq a_i^T. \quad (4.3.3-14)$$

Man kann zeigen, daß in diesem Bereich $s_i' \leq 1$ ist, d.h. die zusätzlichen Arbeitsstunden werden im allgemeinen nicht mehr ganz zu 100% bezahlt.

Dieser Grenzbezahlungsgrad oberhalb von a_i^T soll als s_A' bezeichnet werden, denn in dem Bereich $a_i > a_i^T$ bewegen sich diejenigen, die bisher nur ein geringes Vermögen C_i haben, also die Arbeiter (A) in der OE und unmittelbar nach Einführung der NE, solange bis sie mit Hilfe des KIES-Zusatzgehalts ein ordentliches Vermögen gebildet haben.

Zu s_A' gehört die Grenzproduktivität h_A' der „Arbeiter“:

$$h_A' = 1 + r_A I w. \quad (4.3.3-15)$$

Diese kann wegen $s_A' \leq 1$ geringfügig unter der gesellschaftlichen Produktivität h liegen.

Daß $s_A' \leq 1$, heißt aber noch nicht, daß $e_i < a_i$. Tatsächlich sehen wir in Figur 4.3.3-1, daß die Kurve $e_i = f(a_i)$ noch bis zum Punkt a_i^1 oberhalb der gestrichelten Linie $e_i = a_i$ verläuft, d.h. daß durchwegs für den Bezahlungsgrad $s_A \geq 1$ gilt, trotz $s_A' \leq 1$. Zum Beispiel ist auch bei $a_i = a_i^0$ mit

$$a_i^0 = h C_i / w = I a_i^T \quad (4.3.3-16)$$

immer noch das resultierende Einkommen $e_i^0 \geq a_i^0$, denn es gilt:

$$e_i^0 = f(a_i^0, C_i) = a_i^0 + r_A C_i (I - 1). \quad (4.3.3-17)$$

Was heißt das? Es heißt, daß diejenigen Personen, die aufgrund ihrer Mischung von Kapital C_i und Arbeit a_i gerade an der Grenze zwischen Arbeitern und Kapitalisten sind, wie wir sie in Kapitel 2.8.9 gefunden haben, in der NE einen Bezahlungsgrad größer oder gleich 1 genießen. Denn aus Gleichung (4.3.3-16) folgt, daß jemand, der a_i^0 leistet, an der Schwelle $w_i = w$ liegt: $w_i = C_i / v_i = h C_i / a_i = h C_i / a_i^0 = w$, so daß gerade die in Gleichung (2.8-6) definierte Grenze $w_i = w$ erreicht ist.

Erst wenn jemand über die noch oberhalb a_i^0 liegende Grenze $a_i = a_i^1$ hinaus arbeitet, kann sein Arbeits-Bezahlungsgrad s_i unter den Wert 1 fallen, denn bei a_i^1 schneidet die Kurve $f(a_i)$ die Gerade $e_i = a_i$. Für a_i^1 (die hochgestellte 1 ist ein Index, kein Exponent) gilt die etwas unansehnliche Formel:

$$a_i^1 = h C_i \frac{r - r_A}{m - r_A l w}. \quad (4.3.3-18)$$

Erst ab dieser Arbeitsmenge kann es passieren, daß der Bezahlungsgrad s_i unter 100% sinkt. Für den betreffenden arbeitenden Menschen in der NE könnte dies ein Hinweis sein, daß er sein Kapital C_i etwas aufstocken sollte, um seine individuelle „Kapitalintensität“ w_i der gesellschaftlichen Durchschnittsgröße w anzunähern, wodurch sich auch sein erzielbarer „Bezahlungsgrad“ s_i und die ihm individuell verfügbare Produktivität h_i vorteilhaft beeinflussen lassen.

In jedem Fall wird aber auch für einen nicht-vermögenden Arbeiter der Bezahlungsgrad s_i in der NE nahe bei 100% liegen, wie auch die folgende Simulation der ersten 30 Jahre der NE zeigt.

Wie groß diese Verbesserung gegenüber der OE ist, kann man durch Vergleich mit der Linie $e_i = v_i$ in Fig. 4.3.3-1 sehen: Diese zeigt das jämmerliche Einkommen, das die Lohnarbeiter in der OE erzielen: Sie müssen von nichts als dem Lohn v_i leben. Dieser liegt bei $v_i = a_i / h$, so daß nur der Bezahlungsgrad $s_i = e_i / a_i = v_i / a_i = 1/h$ herauskommt, und die individuell verfügbare Produktivität bleibt ewig bei $h_i = 1$ hängen. Bei $h = 500\%$ (das ist nicht unrealistisch!) ist das *Einkommen pro Stunde in der NE fünfmal höher als in der OE*.

4.3.3.5 Konsumarbeit der Arbeiter

Wir sprechen hier der Einfachheit halber nach wie vor von „Arbeitern“, um diejenige Gruppe von Menschen zu bezeichnen, die in der OE Arbeiter waren und nun nach Einführung der NE sich aus den Beschränkungen eines Arbeiterdaseins befreien.

Wie die Leute in der FG (Kapitel 3.2.3) werden die Leute in der NE ihre subjektiven Entscheidungen treffen über

1. die Jahres-Arbeitsmenge $a_i(t)$ und
2. die Jahresausgaben $u_i(t)$ für Konsumgüter.

Wir betrachten nun diese beiden Größen für die Arbeitergruppe insgesamt, in der einfachen Annahme, daß sich alle Arbeiter näherungsweise gleich entscheiden. (Diese Homogenitätsannahme für die Arbeiterklasse dient nur der Vereinfachung der Simulation und ist in der Realität der NE natürlich nicht zu erwarten, denn jeder Mensch hat seine persönlichen Präferenzen.) Es geht also um die Bestimmung der in Kapitel 4.3.1 bereits eingeführten Größen a_A und u_A .

Wir fangen mit u_A , den Konsumgüteraussgaben, an. Wie bei der FG klammern wir zunächst die Wachstumsarbeit g_A aus und tun so, als würden die Arbeiter nur für ihren Konsum arbeiten. Die Frage lautet also für die Gruppe der Arbeiter: Wieviel Zeit $a_A^u(t)$ wollen wir aufwenden, um das Geld $u_A(t)$ zu verdienen, womit wir unsere Konsumgüter kaufen wollen? (t gibt wie immer das Jahr an.)

Wir müssen hier zwischen der Arbeitszeit $a_A^u(t)$ und dem durch diese Arbeit erzielten Einkommen $u_A(t)$ unterscheiden. In der FG waren diese beiden Größen identisch, weil dort konstant der Bezahlungsgrad $s = 1$ herrscht.

Hier in der NE hängen aber Arbeit und Einkommen über die oben erläuterte Funktion $e_i = f(a_i; C_i)$ nach Gleichung (4.3.3-10) zusammen, was einen Bezahlungsgrad $s_i \neq 1$ (wenn auch nahe an 1) ergibt.

Wie in der FG werden die Menschen in der NE bei der Beantwortung der Frage nach dem optimalen Wert von $a_A^u(t)$ folgendes berücksichtigen: Den gewünschten Lebensstandard (LS), die Freizeit (FZ), und wie beides vom Arbeitseinsatz a_A^u abhängt.

4.3.3.5.1 Lebensstandard (LS)

Lebensstandard (LS): Dieser hängt vom Konsum-Budget $u_A(t)$ ab. Ich setze auch hier die nichtlineare, degressive Funktion $LS(u_A, \mathbf{h})$ an (wie in der FG, Gleichung 3.2.3-1), die den fallenden Grenznutzen zusätzlicher Konsumgüter ausdrückt:

$$LS(u_A, \mathbf{h}) = LS_0 \left(2 - \frac{a_A^{\max}}{\mathbf{h} u_A} \right) \quad (4.3.3-19)$$

a_A^{\max} ist diejenige Arbeitsmenge, die die Arbeiter in der OE ständig leisten müssen:

$$a_A^{\max} = 0,98 \text{ Pop.} \quad (4.3.3-20)$$

(Vergleiche Kapitel 2.6.2.)

u_A in Gleichung (4.3.3-19) hängt wiederum über die Einkommensfunktion $f(a;C)$ von a_A^u ab:

$$u_A = f(a_A^u; C_A) \quad (4.3.3-21)$$

mit $f(a;C)$ aus Gleichung (4.3.3-10). Wenn man Gleichung (4.3.3-21) in Gleichung (4.3.3-19) einsetzt, erhält man LS in Abhängigkeit von a_A^u und C_A :

$$LS(a_A^u, C_A, \mathbf{h}) = LS_0 \cdot \left[2 - \frac{a_A^{\max}}{\mathbf{h} \cdot f(a_A^u; C_A)} \right] \quad (4.3.3-22)$$

4.3.3.5.2 Freizeit (FZ)

Für den „Genuß durch Freizeit“ soll die aus der FG (Kapitel 3.2.3.3) bekannte Gleichung gelten:

$$FZ(a_A^u) = 2a_A^{\max} - a_A^u \quad (4.3.3-23)$$

Diese Gleichung besagt quasi, daß der Spaß dort absolut aufhört, wo die Arbeitszeit a_A^u auf das Doppelte des in der OE Üblichen (a_A^{\max}) ansteigen würde.

4.3.3.5.3 Lebensqualität (LQ)

Wie üblich multipliziere ich LS und FZ, um LQ zu erhalten:

$$LQ(a_A^u, C_A, \mathbf{h}) = LS(a_A^u, C_A, \mathbf{h}) \cdot FZ(a_A^u) \quad (4.3.3-24)$$

4.3.3.5.4 Die optimale Konsumarbeitsmenge

Nun brauchen wir nur noch wie in der FG die Gleichung für LQ mathematisch nach a_A^u abzuleiten und den Nulldurchgang dieser Ableitung zu bestimmen, wodurch sich derjenige Wert a_A^u ergibt, der die Lebensqualität LQ maximiert. Es ergibt sich die zugegeben etwas komplexe Formel:

$$a_A^u(t) = \frac{a_A^{\max}}{\sqrt{h_A'(t)}} \cdot \sqrt{1 + \frac{u_A^0(t)}{2 \cdot s_A'(t) \cdot a_A^{\max}} - \frac{u_A^0(t)}{s_A'(t)}}, \quad (4.3.3-25)$$

wobei

$$u_A^0(t) = [r(t-1) - r_A(t-1)]C_A(t) \quad (4.3.3-26)$$

und $s_A'(t)$, $h_A'(t)$ aus den Gleichungen (4.3.3-14) und (4.3.3-15) bekannt sind.

$u_A^0(t)$ ist der vom Kapitalvermögen C_A bestimmte Anteil der Einkommensfunktion $e_A = f(a_A^u; C_A)$, wie man durch Vergleich mit Gleichung (4.3.3-10) sieht. Solange die Arbeiter noch gar kein Kapital C_A besitzen, verschwindet C_A und somit u_A^0 in Gleichung (4.3.3-25). Dann reduziert sich die Gleichung auf:

$$a_A^u(t) = a_A^{\max} / \sqrt{h_A'(t)},$$

was genau der Gleichung (3.2.3-4) der FG (Kapitel 3) entspricht. In der Gleichung (4.3.3-26) wurden für die Profitraten r und r_A die Werte des „Vorjahres“ ($t-1$) verwendet, da nur diese zum Zeitpunkt der Arbeiter-Jahresbudgetplanung bekannt sind.

Die Gleichung (4.3.3-25) kann den Arbeitern dazu dienen, mehr oder weniger exakt die Arbeitsmenge zu bestimmen, die sie für den Erwerb des Geldes aufwenden wollen, das für Konsum zur Verfügung steht. (Sie können die erforderliche Arbeitsmenge aber auch intuitiv bestimmen. Wenn sie merken, daß sie seit der KIES-Einführung ein Mehrfaches auf dem Konto haben, werden sie auch ohne große Berechnungen ihre Arbeitswut um einen Zahn zurückschalten.)

Weiterhin können sie die Geldmenge abschätzen, die sie mit dieser Arbeit im Jahr t verdienen werden (einschließlich Kapitalprofiten und KIES-Einnahmen). Es ist dies nach Gleichung (4.3.3-10):

$$u_A(t) = u_A^0(t) + a_A^u(t) \cdot s_A'(t). \quad (4.3.3-27)$$

Diese Gleichungen (4.3.3-25) bis (4.3.3-27) gelten übrigens nur, solange für die Arbeiter $a_A^u(t) \geq a_A^T$ gilt, mit der durch das Arbeiter-Kapital C_A bestimmten Schwellenarbeit $a_A^T = C_A \mathbf{h} / (\mathbf{I} \mathbf{w})$.

Diese Bedingung ist in den ersten Jahren der NE mit Sicherheit noch erfüllt, da das Arbeiter-Kapital C_A zunächst noch klein ist und erst allmählich anwächst.

Das Ergebnis dieser ganzen expliziten oder intuitiven Überlegungen der Arbeiter sind die beiden Größen:

- Konsumausgaben $u_A(t)$ und
- geplante Arbeitsmenge $a_A^u(t)$, die voraussichtlich gerade ausreicht, $u_A(t)$ zu verdienen.

4.3.3.6 Wachstumsarbeit, Sparleistung

Wie die Leute in der FG (Kapitel 3.2.3.5), so werden auch die Arbeiter in der NE über die Arbeit a_A^u hinaus, die nur zur Erlangung der Konsumgüter dient, noch etwas drauflegen zur Zukunfts-Verbesserung: Die Wachstumsarbeit g_A^* . Wir können diese auch Sparleistung

nennen, da das mit dieser Arbeit verdiente Geld, das ja nicht für den Lebensunterhalt ausgegeben wird, gespart wird und das Vermögen der Arbeiter vermehrt.

In der FG haben wir zur Bestimmung von g die pauschale Annahme gemacht, daß die FG-ler einfach ein Viertel der konsumarbeitsfreien Zeit für Wachstumsarbeit aufwenden – drei Viertel verbleiben dann immer noch als echte Freizeit (Gleichung 3.2.3-6).

In der NE wird es auch hier wieder ein Quäntchen komplizierter, aber wohl auch realistischer. Ich denke nämlich, daß die jeweiligen, individuellen Vermögen C_i bei der Überlegung, wieviel Sparleistung noch nötig ist, eine Rolle spielen werden: Wer noch wenig C_i hat, wird etwas mehr für die Zukunft tun, wer dagegen soviel C_i hat, daß er auf Jahre hinaus davon zehren kann, ohne daß C_i signifikant abnimmt, wird Besseres zu tun haben als seine Zeit für die weitere Steigerung dieses Kapitals C_i zu verschwenden.

Bei diesen Überlegungen wird der KIES-Mechanismus eine wichtige Rolle spielen. Wie wir gesehen haben, können nämlich diejenigen, die bisher wenig C_i haben und regelmäßig unter der Kapitalschwelle C_i^T des KIES-Gesetzes liegen, ihren „Bezahlungsgrad der Arbeit“, und somit ihre individuelle Produktivität (verfügbare Gebrauchsgütermenge pro eingesetzter Arbeit), verbessern, indem sie ihr Kapital C_i vermehren. Der Zins oder Profit, den das zusätzliche Kapital ΔC_i abwirft, kommt diesen Leuten auch „nach KIES“ als Zusatzeinkommen zugute.

Dagegen müssen die Viel-Vermögenden, bei denen $C_i > C_i^T$ ist, feststellen, daß ihnen ein zusätzliches Vermögen ΔC_i nichts nützt, wenn sie es auf Profiteinnahmen anlegen. Denn der Zusatzprofit $\Delta p_i = r\Delta C_i$ wird im Mittel vom Zusatz-KIES $\Delta k_i = -r\Delta C_i$ gänzlich aufgezehrt. Eine Kapitalbildung über die Schwelle $C_i^T = I w v_i$ hinaus kann also eigentlich nur noch den einen Zweck haben: Ein Vorsorge-Guthaben zu bilden, das man später wieder verbraucht, z.B. im Alter, wenn die Arbeitsfähigkeit abnimmt. Der hierfür benötigte, an den Bedürfnissen orientierte Kapitalbedarf ist aber durch das Schwellenkapital C_i^T schon recht gut abgedeckt.

Der faszinierende Reiz der Kapitalbildung, der in der OE darin besteht, daß man vielleicht einmal soviel Vermögen hat, daß man allein von den Zinsen leben kann und auch ohne Arbeit eine ständig sprudelnde Einkommensquelle und ein sich selbst vermehrendes Kapital besitzt – dieser Anreiz wird in der NE durch das KIES-Gesetz konterkariert, welches bewirkt, daß leistungslose Zins-Einkommen der Vergangenheit angehören. (Leistungslose Zuwendungen, die die Gesellschaft aus sozialen Gründen denen selbstverständlich gewährt, die sie brauchen, sind eine ganz andere Sache.)

Die Erwägung, daß jemand nur deshalb auf Kapitalansammlung aus ist, weil es ihm um die mit dem Kapital verbundene Macht zu tun ist, soll hier erst einmal keine Rolle spielen – wir werden in Kapitel 5 beim Thema „Übergangsphänomene“ darauf zurückkommen.

Ich gehe also davon aus, daß die Arbeiter in der NE sich bei ihren Kapitalbildungswünschen irgendwie an der Schwelle C_i^T orientieren werden, da dies die Schwelle ist, ab der eine weitere Kapitalerhöhung keine Einkommensverbesserung mehr bewirkt. Die Überlegungen könnten wie folgt lauten:

- V1) Solange ich noch gar kein Eigentum habe ($C_i = 0$), verwende ich die Hälfte meiner konsumarbeitsfreien Zeit, um mir einen Privatbesitz (oder Anteil am Produktivvermögen) zu erarbeiten.
- V2) Wenn ich einmal soviel Vermögen haben sollte, daß ich damit gerade die Schwelle $C_i = C_i^T$ erreiche, ab der die Zinseinnahmen „nach KIES“ nicht mehr steigen können, dann höre ich auf, weitere Sparleistung zu erbringen.

V3) Der Bereich dazwischen wird linear interpoliert.

Dies ergibt folgende Formel für die geplante Wachstumsarbeit der „Arbeiterklasse“ (genauer: der früheren Arbeiter, die sich nun aus ihrem Arbeiterdasein befreien und durch die Durchsetzung des KIES-Gesetzes auch schon grundsätzlich befreit haben):

$$g^*_A(t) = \left[a_A^{\max} - a_A^u(t) \right] \cdot \left[1 - C_A(t-1) / C_A^T(t-1) \right] / 2 \quad (4.3.3-28)$$

Der Stern über dem g besagt, daß es eine Plangröße, eine Vorhersage für die gewünschte Sparleistung, ist. Die tatsächliche Geldmenge $g_A(t)$ nach Gleichung (4.3.2-19A), die am Jahresende für die Vermögensbildung übrigbleibt, hängt von der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivität usw. ab und kann von g^*_A geringfügig verschieden sein. Die Differenz $a_A^{\max} - a_A^u$ in Gl. (4.3.3-28) ist die konsumarbeitsfreie Zeit. Auf der rechten Seite in Gleichung (4.3.3-27) kommen $C_A(t-1)$ und $C_A^T(t-1)$ vor, das ist das Arbeiterkapital bzw. die zugehörige Kapitalschwelle des Vorjahres, $t - 1$. Es können hier nur die Vorjahreswerte verwendet werden, da die Planung der Wachstumsarbeit g^*_A zu einem Zeitpunkt durchgeführt wird, wenn $C_A(t)$ und $C_A^T(t)$ noch nicht bekannt sind.

Man kann leicht verifizieren, daß bei $C_A(t-1) = 0$ die Vorgabe V1 erfüllt ist und bei $C_A = C_A^T$ die Vorgabe V2; und die Gleichung ist linear in C_A (Vorgabe V3).

Die Gesamtarbeit der Arbeiter ist:

$$a_A(t) = a_A^u(t) + g^*_A(t). \quad (4.3.3-29)$$

Soweit die subjektiven Entscheidungen der Arbeiter in der NE über die Konsumausgaben $u_A(t)$ und die optimale Jahres-Arbeitsleistung $a_A(t)$.

Nun wollen wir aber die ehemaligen Kapitalisten in der NE nicht vergessen.

4.3.3.7 Konsumarbeit der Kapitalisten

Wir sind davon ausgegangen, daß beim Übergang von der OE zur NE am Ende des Jahres $t=20$, bei der KIES-Einführung, keine signifikanten Enteignungen durchgeführt wurden. Daher gibt es auch in den ersten Jahrzehnten nach dieser Wende noch die 2% der Bevölkerung, die deutlich mehr Kapital besitzen als der Durchschnitt. Diese bezeichnen wir hier der Einfachheit halber nach wie vor als „Kapitalisten“.

Die vermögensmäßige Angleichung zwischen Arbeitern und Kapitalisten und damit auch das Verschwinden dieser Typenbezeichnungen und der Klassen selbst wird in der NE nach und nach durch die ausgleichende Wirkung des KIES-Transfers erfolgen.

Auch die „Kapitalisten“ werden in der NE subjektive Entscheidungen treffen über ihren Konsumverbrauch und ihre Arbeitsmenge.

Dabei unterstellen wir, daß die Kapitalisten im Prinzip die gleichen Menschen mit Bedürfnissen nach Lebensstandard und Freizeit sind wie die Arbeiter. Sie mögen vielleicht durch ihre bisherige hohe Liquidität in besonderem Maße an Luxus gewöhnt sein, und sie werden auch in der Sorte Arbeit, die sie bevorzugen, besondere Ansprüche haben.

Vielleicht gibt es auch auffällig viele energische „Führungspersönlichkeiten“ unter ihnen, die als Unternehmer oder leitende Manager ihre eigene Firma oder andere Kapitalgesellschaften dirigiert haben.

Dennoch glaube ich, daß es zulässig ist, für die Modellierung der „subjektiven Entscheidungen“ dieser Minderheit die gleichen Formeln anzusetzen wie bei der Mehrheit, den bisherigen „Arbeitern“. Ich gehe also *nicht* von der unfreundlichen Annahme aus, daß diese Reichen irgendwie eine böse Natur hätten oder daß man sie vielleicht „umerziehen“ müßte. Nein – es sind Menschen wie Du und ich. Wenn sie dennoch auch in der NE noch zu anderen subjektiven Entscheidungen gelangen als die Arbeiter, so liegt das allein an ihren materiellen Umständen: eben an dem Vermögen, das sie aus der OE in die NE hinübergerettet haben.

Die Kapitalisten werden also wie die Arbeiter danach streben, ihre Lebensqualität LQ zu maximieren. Die Formel für LQ als Produkt von LS und FZ haben wir oben bei den Arbeitern bereits angegeben, es ist die Gleichung (4.3.3-24) mit den Komponenten LS und FZ nach Gleichung (4.3.3-22) und (4.3.3-23). (Man muß nur den Index A durch K ersetzen.)

Der Unterschied fängt jedoch da an, wo das Einkommen u_K als Funktion der Arbeit a_K^U und des Kapitals C_K ermittelt und in die Gleichung (4.3.3-22) eingesetzt wird. Für die „Kapitalisten“ wird nämlich noch lange das persönliche Kapital C_i über die durch die Arbeit und das KIES-Gesetz definierte Schwelle C_i^T hinausragen, oder anders ausgedrückt: Sie werden mit ihrer Arbeit a_i unter der zum Vermögen C_i passenden Schwellenarbeit a_i^T nach Gleichung (4.3.3-9) liegen.

Daher gilt für diese ehemaligen Kapitalisten die obere Zeile von Gleichung (4.3.3-10):

$$u_K = f(a_K^U; C_K) = a_K^U (1+rIw) / h. \quad (4.3.3-30)$$

Das Kapital C_K kommt auf der rechten Seite dieser Gleichung gar nicht mehr explizit vor. Wie das? Die Kapitalisten werden doch große Kapitaleinnahmen haben? – Ja, schon. Die Erklärung liegt eben darin, daß sie diese Profite nur dann für sich behalten können, wenn sie auch arbeiten. Andernfalls kommt der KIES zur Wirkung. Im Endeffekt können diese Leute ihren Kapital-Freibetrag C_K^T durch die Arbeit linear anheben. Daher ist ihre Einkommens-Arbeit-Relation eine Gerade durch den Nullpunkt mit der Steigung

$$s_K' = s_K = (1+rIw) / h \quad (4.3.3-31)$$

(Wiederholung von Gleichung 4.3.3-11).

Dies zeigt auch Figur 4.3.3-1 in Kapitel 4.3.3.4. Aus dem „Bezahlungsgrad“ s_K' ergibt sich die für die Kapitalisten anwendbare individuelle Produktivität h_K' :

$$h_K' = h_K = 1+rIw \quad (4.3.3-32)$$

(Dies ist eine Wiederholung von Gleichung 4.3.3-12).

Durch Vergleich mit Gleichung (4.3.3-14) und (4.3.3-15) sieht man, daß sogar $s_K' > s_A'$ und $h_K' > h_A'$ gilt, also der Grenz-Bezahlungsgrad der Kapitalisten höher ist als der der Arbeiter. Das liegt daran, daß im allgemeinen $r > r_A$, also der echte Kapitalzins r höher ist als der KIES-Zinssatz r_A , mit dem das virtuelle, noch fehlende Arbeiter-Kapital verzinst wird. Es heißt einfach, daß die Steigung im unteren Bereich in Figur 4.3.3-1 diejenige im oberen Bereich übertrifft.

Da die Gleichung (4.3.3-30) im Gegensatz zu (4.3.3-27) linear von a_K^u abhängt ohne konstanten Anteil a_K^0 , da sie also durch den Nullpunkt geht, gilt für a_K^u wieder die aus der FG bekannte einfache Formel, daß a_K^u mit der Wurzel aus der Produktivität h_K fällt:

$$a_K^u(t) = a_K^{\max} / \sqrt{h_K(t)}. \quad (4.3.3-33)$$

Dabei ist $a_K^{\max} = 0,02 \text{ Pop}$ (4.3.3-34)

diejenige Arbeitsmenge, die die Kapitalisten leisten würden, wenn jeder von ihnen wie ein Arbeiter in der OE arbeiten würde.

Mit dieser Arbeitsmenge $a_K^u(t)$ könnten die „Kapitalisten“ in der NE ein Einkommen

$$u_K(t) = a_K^u(t) \cdot s_K'(t) \quad (4.3.3-35)$$

erzielen, das die Wertschöpfung aus ihrer Arbeit $a_K^u(t)$ sogar übersteigt, denn die Kapitalisten genießen wegen ihres hohen Vermögens einen Bezahlungsgrad s_K' nach Gleichung (4.3.3-11) und (4.3.3-31), der größer als 1 ist.

Das sollte eigentlich ein hoher Anreiz zum Arbeiten sein. Wir haben aber vorhin gesagt, daß die Kapitalisten voraussichtlich auch in der NE noch einige Jahre lang von der Arbeit Abstand nehmen werden. Wieso das? Die Erklärung folgt sogleich.

4.3.3.8 Wachstumsarbeit der Kapitalisten

Wir gehen also davon aus, daß die „Kapitalisten“ in der NE Konsumausgaben in Höhe von $u_K(t)$ nach Gleichung (4.3.3-35) tätigen werden. Um sich das Geld hierfür zu verdienen, müßten sie eine Arbeitsmenge $a_K^u(t)$ leisten. Aber: Sie haben ja auch noch ihr Kapital. Dieses bringt ihnen zwar kein von der Arbeit unabhängiges Zinseinkommen mehr, aber man kann ein Kapital ja auch substanzmäßig anfangen zu verbrauchen, was immerhin den Vorteil bringt, daß man jahrelang gut lebt, ohne arbeiten zu müssen, also mit super Lebensqualität.

Ich nehme einmal an, daß unsere Kapitalisten hinreichende Lebemänner / Lebedamen sind, um sich so zu verhalten; daß sie also weder Workaholics noch machtbesessene Kapitalakkumulatoren sind, die Reichtum als Selbstzweck anstreben.

Konkret wenden wir einfach auch hier die Gleichung (4.3.3-18) an, die sich für die Modellierung der Wachstumsarbeit der Arbeiter bewährt hat:

$$g_K^*(t) = [a_K^{\max} - a_K^u(t)] \cdot [1 - C_K(t-1) / C_K^T(t-1)] / 2 \quad (4.3.3-36)$$

Lustigerweise ist aber hier nun $g_K^*(t)$ negativ, da C_K noch einige Jahre lang C_K^T übersteigt.

Die endgültige Arbeitsmenge der Kapitalisten ergäbe sich dann durch Addition der Konsumarbeit und der Wachstumsarbeit:

$$a_K^*(t) = a_K^u(t) + g_K^*(t) \quad (4.3.3-37)$$

Nur ist diese Größe meistens ebenfalls negativ, da $g_K^*(t)$ nicht nur negativ ist, sondern sogar die Konsumarbeit betragsmäßig übersteigt.

Da es schlechterdings unmöglich ist, eine negative Arbeitsmenge zu leisten, bleibt uns nur übrig, diese Größe $a^*_K(t)$, solange sie negativ ist, durch Null zu ersetzen:

$$a_K(t) = \begin{cases} a^*_K(t) & \text{wenn } a^*_K(t) > 0 \\ 0 & \text{wenn } a^*_K(t) \leq 0 \end{cases} \quad (4.3.3-38)$$

Somit kommt heraus, daß die ehemaligen Kapitalisten in der NE null Arbeit leisten, so daß sie auch null Einkommen haben und daß sie dennoch sich einen luxuriösen Konsum im Wert von $u_K(t)$ gönnen. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Verbrauch eines Teils ihres immensen Kapitals.

Solange sie sonst keinen Unsinn mit ihrem Kapital C_K anstellen (siehe Kapitel 5), sehe ich nichts besonders Schlimmes in diesem Verhalten der anfangs noch Extrem-Reichen in der NE. Das Einkommen der Arbeiter wird durch diese Nichtarbeit und diesen Konsum seitens der Minderheit nicht beeinträchtigt. Ausbeutung und Armut sind vorbei; das ist der wesentliche Fortschritt in der NE.

Abschließend noch die Gleichung für die Gesamtarbeit der Gesellschaft:

$$a(t) = a_A(t) + a_K(t) \quad (4.3.3-39)$$

So, nun haben wir alle Gleichungen für den Blick in eine bessere „Zukunft der Marktwirtschaft“ beisammen.

4.3.4 Die ersten 30 Jahre der New Economy

Die Tabelle 4.3.4-1 zeigt das Ergebnis der Simulation von 30 Jahren der Neuen Wirtschaft, die sich ergibt, wenn zum Ende des Jahres $t=20$ das KIES-Gesetz eingeführt wird.

Die Tabelle entsteht durch zyklische Anwendung der in Kapitel 4.3.2 und 4.3.3 aufgelisteten Gleichungen, die insbesondere als Neuerung gegenüber OE und FG das KIES-Gesetz (Gleichung 4.3.2-4 und -5) enthalten. Die Vorbelegung für $t=20$ geschieht nach Kapitel 4.3.1.

Der Übersichtlichkeit halber habe ich aus den über 40 Zustandsvariablen, die für $t=20$ bis $t=50$ zyklisch berechnet werden müssen, nur die 17 bedeutendsten Kenngrößen für die Darstellung ausgewählt und in den Spalten 2 bis 18 der Tabelle dargestellt. Spalte 1 gibt das Jahr t an.

Tabelle 4.3.4-1: Vorschau auf 30 Jahre „New Economy“ (NE) <Siehe nächste Seite>

Größe	$r(t)$	$k_A(t)$	$C_A(t)$	$r_A(t)$	$e_A(t)$	$p_A(t)$	$p_K(t)$	$h(t)$	$C_A(t)$	$C_K(t)$	$v_A(t)$	$m(t)$	$g_A(t)$	$g(t)$	$a_A^u(t)$	$u_A(t)$	$a_A(t)$	$e_A^{off}(t)$
Einheit	1/Year-	Pop	PopYear	1/Year	Pop	Pop	Pop	-	PopYear	PopYear	Pop	Pop	Pop	Pop	Pop	Pop	Pop	Pop
Gleichung	4.3.2-2	4.3.2-4,5	4.3.2-6	4.3.2-7	4.3.2-8A	4.3.2-9A	4.3.2-9K	4.3.2-10	4.3.2-16A	4.3.2-16K	4.3.2-17A	4.3.2-18	4.3.2-19A	4.3.2-19	4.3.3-25	4.3.3-27	4.3.3-29	4.3.4-1
Jahr t																		
20	5,68%	0,827	29,15	2,84%	0,980	0,000	0,827	6,417	0,00	14,58	0,153	0,827	0,827	0,817	0,980	0,153	0,980	6,289
21	3,85%	0,538	29,59	1,87%	0,665	0,032	0,538	6,941	0,83	13,97	0,096	0,570	0,291	0,281	0,351	0,374	0,665	4,618
22	3,88%	0,523	29,11	1,86%	0,657	0,042	0,523	7,136	1,09	13,47	0,092	0,565	0,293	0,282	0,351	0,364	0,657	4,688
23	3,91%	0,508	28,66	1,86%	0,649	0,053	0,508	7,338	1,34	12,99	0,088	0,561	0,291	0,281	0,343	0,358	0,649	4,765
24	3,94%	0,494	28,24	1,85%	0,642	0,063	0,494	7,544	1,59	12,53	0,085	0,557	0,290	0,280	0,334	0,352	0,642	4,841
25	3,97%	0,480	27,84	1,84%	0,634	0,072	0,480	7,755	1,82	12,10	0,082	0,552	0,288	0,278	0,325	0,346	0,634	4,917
26	3,99%	0,466	27,47	1,83%	0,626	0,082	0,466	7,971	2,05	11,68	0,079	0,548	0,286	0,276	0,316	0,340	0,626	4,992
27	4,00%	0,452	27,12	1,82%	0,619	0,091	0,452	8,191	2,27	11,29	0,076	0,543	0,284	0,274	0,307	0,334	0,619	5,066
28	4,02%	0,439	26,79	1,80%	0,611	0,100	0,439	8,416	2,48	10,91	0,073	0,538	0,282	0,273	0,299	0,329	0,611	5,140
29	4,03%	0,425	26,47	1,79%	0,603	0,108	0,425	8,645	2,68	10,55	0,070	0,533	0,280	0,271	0,290	0,323	0,603	5,213
30	4,04%	0,412	26,17	1,77%	0,595	0,116	0,412	8,879	2,88	10,21	0,067	0,528	0,278	0,268	0,281	0,318	0,595	5,285
31	4,04%	0,399	25,88	1,75%	0,587	0,124	0,399	9,117	3,06	9,88	0,064	0,523	0,275	0,266	0,273	0,312	0,587	5,356
32	4,04%	0,387	25,61	1,73%	0,580	0,131	0,387	9,360	3,24	9,56	0,062	0,518	0,273	0,264	0,264	0,307	0,580	5,426
33	4,04%	0,374	25,34	1,71%	0,572	0,138	0,374	9,607	3,42	9,25	0,060	0,513	0,270	0,261	0,256	0,302	0,572	5,495
34	4,04%	0,362	25,08	1,68%	0,564	0,145	0,362	9,858	3,58	8,96	0,057	0,507	0,268	0,259	0,247	0,297	0,564	5,564
35	4,04%	0,351	24,83	1,66%	0,557	0,151	0,351	10,113	3,74	8,68	0,055	0,502	0,265	0,257	0,239	0,292	0,557	5,630
36	4,04%	0,339	24,59	1,64%	0,549	0,157	0,339	10,373	3,89	8,41	0,053	0,496	0,263	0,254	0,231	0,287	0,549	5,696
37	4,03%	0,328	24,36	1,61%	0,542	0,163	0,328	10,636	4,04	8,14	0,051	0,491	0,260	0,251	0,223	0,282	0,542	5,760
38	4,02%	0,317	24,13	1,59%	0,534	0,168	0,317	10,904	4,17	7,89	0,049	0,485	0,257	0,249	0,215	0,277	0,534	5,824
39	4,01%	0,307	23,90	1,57%	0,527	0,173	0,307	11,175	4,31	7,65	0,047	0,480	0,254	0,246	0,207	0,272	0,527	5,885
40	4,00%	0,297	23,68	1,54%	0,519	0,177	0,297	11,450	4,43	7,41	0,045	0,474	0,252	0,243	0,199	0,268	0,519	5,946
41	3,99%	0,287	23,47	1,52%	0,512	0,182	0,287	11,728	4,55	7,18	0,044	0,468	0,249	0,241	0,192	0,263	0,512	6,005
42	3,98%	0,277	23,25	1,49%	0,505	0,186	0,277	12,011	4,67	6,96	0,042	0,463	0,246	0,238	0,184	0,259	0,505	6,062
43	3,97%	0,268	23,04	1,47%	0,498	0,189	0,268	12,296	4,78	6,75	0,040	0,457	0,243	0,235	0,176	0,255	0,498	6,118
44	3,95%	0,259	22,84	1,44%	0,490	0,193	0,259	12,585	4,88	6,54	0,039	0,452	0,240	0,232	0,169	0,250	0,490	6,173
45	3,94%	0,250	22,63	1,42%	0,483	0,196	0,250	12,878	4,97	6,34	0,038	0,446	0,237	0,229	0,162	0,246	0,483	6,226
46	3,93%	0,241	22,43	1,39%	0,477	0,199	0,241	13,173	5,07	6,15	0,036	0,440	0,234	0,227	0,155	0,242	0,477	6,278
47	3,91%	0,233	22,23	1,37%	0,470	0,202	0,233	13,472	5,15	5,96	0,035	0,435	0,231	0,224	0,147	0,238	0,470	6,327
48	3,90%	0,225	22,03	1,34%	0,463	0,204	0,225	13,773	5,23	5,78	0,034	0,429	0,228	0,221	0,140	0,234	0,463	6,376
49	3,88%	0,218	21,83	1,32%	0,456	0,206	0,218	14,078	5,31	5,61	0,032	0,424	0,226	0,218	0,134	0,231	0,456	6,422
50	3,87%	0,210	21,64	1,29%	0,450	0,208	0,210	14,385	5,38	5,44	0,031	0,418	0,223	0,215	0,127	0,227	0,450	6,467

4.3.4.1 Profiträte

Die Profiträte $r(t)$ steht am Anfang der Tabelle, nicht weil das so eine zentrale Größe in der NE wäre, sondern weil sie als Hilfsgröße in die KIES-Berechnung eingeht, und der KIES ist kennzeichnend für die NE.

Für das Jahr $t=20$ gelten noch weitgehend die Verhältnisse der Old Economy (OE), wie sie in Kapitel 2 in Tabelle 2.6 dargestellt sind. Denn erst am Ende des Jahres $t=20$ wird erstmals der KIES-Transfer, also die Umverteilung der Kapital-Einkommen, durchgeführt.

Daher gilt für $t=20$ noch die Profiträte $r(t) = 5,68\%$, die derjenigen in der OE entspricht. Diese gibt bekanntlich das Verhältnis des Mehrwerts $m(t)$ zum Kapital $C(t)$ an.

Im Jahr $t=21$, also nach Einführung des KIES-Transfers, nimmt die Profiträte $r(t)$ dann schlagartig auf 3,85% ab. Der Grund dafür ist, daß die Leute wegen ihres erheblich höheren Stundenlohnes „nach KIES“ nun für einen verbesserten Lebensstandard weniger arbeiten müssen als in der OE, wodurch auch deutlich weniger Mehrwert $m(t)$ geschaffen wird. Das Kapitalvolumen $C(t)$ ändert sich aber von $t=20$ bis $t=21$ nur wenig. Daraus ergibt sich der Fall der Profiträte $r(t) = m(t) / C(t)$.

In den Folgejahren, bis $t=30$, steigt $r(t)$ dann wieder leicht an, und zwar wegen des abnehmenden Kapitalvolumens $C(t)$. Anschließend bleibt $r(t)$ bei knapp 4% p.a.

4.3.4.2 KIES-Transfer

Der KIES $k_K(t)$, den die „Kapitalisten“ ab dem Jahr $t=20$ wegen ihrer immensen Vermögen an das KIES-Amt abführen müssen, wird nach Gleichung (4.3.2-4) berechnet. Da der KIES ein „Nullsummenspiel“ ist, woran das KIES-Amt nichts verdienen darf, wird der ganze KIES als $k_A(t)$ an die Arbeiter ausbezahlt. Diese nur im Vorzeichen verschiedenen Größen sind in Spalte 3 der Tabelle aufgelistet.

Im Jahre $t=20$, das eigentlich noch zur OE gehört, haben die Arbeiter noch voll rangeklotzt und eine Arbeitsleistung von $a_A(20) = 0,98 \text{ Pop}$ erbracht, wovon nur $v_A(t) = 0,153 \text{ Pop}$ als Lohn ausbezahlt wurde, während der Mehrwert $m(t) = 0,827 \text{ Pop}$ zunächst in der „Wirtschaft“, d.h. auf der Kapitaleseite, verblieb.

Am Jahresende aber kommt das große Erwachen für die Kapitalbesitzer und die Weihnachtsüberraschung für die Arbeiter: Die ersteren müssen den ganzen Mehrwert $m(t)$ als KIES $k_A(t) = -k_K(t) = 0,827 \text{ Pop}$ via KIES-Amt an die letzteren überweisen.

Somit haben die Arbeiter, Lohn $v_A(t)$ und KIES $k_A(t)$ zusammengerechnet, zu 100% das Äquivalent ihrer Arbeitsleistung als Jahreseinnahmen erhalten.

In den Folgejahren reduziert sich dieser KIES-Transfer deutlich. Das hat zwei Gründe: Erstens wird, wie bereits erläutert, weniger Mehrwert produziert, und der KIES ist ein Teil des Mehrwerts. Zweitens werden die Arbeiter allmählich zu Kapitalbesitzern, die mit ihrem Kapital Profite erwirtschaften – daher brauchen sie immer weniger KIES-Einnahmen, die ja eine Kapitaleinkommen-Ersatzleistung darstellen.

4.3.4.3 Schwellenkapital für die Arbeiter

Dies ist die Größe $C_A^T(t)$ nach Gleichung (4.3.2-6). Sie ist eine Hilfsgröße im Rahmen der KIES-Berechnung. Das KIES-Amt teilt diese Größe (die in der Praxis individuell verschieden ist) den Arbeitern (und überhaupt jedem KIES-Pflichtigen) mit. $C_A^T(t)$ gibt an, bis zu welcher Höhe der Kapitalbesitz die Kapitaleinnahmen „nach KIES“ und somit auch den individuellen „Bezahlungsgrad“ oder die individuelle Produktivität (siehe Kapitel 4.3.3.2) vorteilhaft

beeinflussen würde. Ein Kapital, das $C_A^T(t)$ übersteigt, trägt zum Einkommen nichts mehr bei, da dann der KIES den Zusatzprofit abschöpft.

Die Schwelle $C_A^T(t)$ hängt von der geleisteten Arbeit $a_A(t)$ bzw. vom damit erzielten Arbeitslohn $v_A(t)$ ab.

Der Wert $C_A^T(20) = 29,15 \text{ PopYear}$ sagt den Arbeitern, daß jeder einzelne eigentlich ein Kapital in Höhe von ca. 29 „Mannjahren“, also das Ergebnis von 29 Jahren Arbeit, ansammeln sollte, um auf einen maximalen Bezahlungsgrad zu kommen. Das ist doppelt so viel wie das durchschnittliche Kapital pro Kopf in der Gesellschaft, welches zu diesem Zeitpunkt 14,58 Mannjahre beträgt (siehe Spalte $C_K(t)$). Dies ist also seitens des KIES-Amtes eine Aufforderung zur Vermögensbildung in Arbeiterhand. (Alternativ dazu können die Arbeiter, sobald sie ein gewisses Vermögen gebildet haben, auch ihre Arbeitsmenge reduzieren, um Vermögen und Arbeitsmenge in Einklang zu bringen, was den besten Bezahlungsgrad ergibt.)

Das KIES-Amt hilft gleichzeitig durch die KIES-Auszahlung dazu, daß das Vermögensbildungsziel nicht utopisch ist.

Andererseits haben die Arbeiter durch die KIES-Einnahmen auch ohne Kapitalbesitz schon einen guten Bezahlungsgrad (nämlich $s_A(t) = 100\%$ in der Simulation), so daß die Erreichung der Schwelle C_A^T nicht allzu dringend ist.

$C_A^T(t)$ nimmt in den Folgejahren nach $t=20$ leicht ab, und zwar weil das gesellschaftliche Gesamtkapital und damit auch das Durchschnittskapital pro Kopf abnimmt.

4.3.4.4 *KIES-Profiträte*

Eine weitere Nebengröße aus der KIES-Berechnung ist die KIES-Profiträte $r_A(t)$, mit welcher das KIES-Amt denjenigen Leuten (de facto den Arbeitern), die mit ihrem Kapital C_A^T noch unter der Schwelle $C_A^T(t)$ liegen, den Kapitalfehlbetrag verzinst, damit sie Ersatz-Kapitaleinnahmen erzielen.

Wie wir sehen, liegt $r_A(t)$ unterhalb der echten Profiträte $r(t)$, nämlich in $t=20$ bei 2,84% im Vergleich zu 5,68%. Auch in den Folgejahren ist $r_A(t)$ durchwegs nur etwa ein Drittel bis halb so hoch wie $r(t)$. Es lohnt sich also trotz der KIES-Einnahmen, Kapital zu bilden und dadurch die KIES-Einnahmen durch echtes Kapitaleinkommen abzulösen.

4.3.4.5 *Gesamteinkommen der Arbeiter*

Die sechste Spalte der Tabelle 4.3.4-1 zeigt das Gesamteinkommen $e_A(t)$ der Arbeiter nach Gleichung (4.3.2-8A). Diese Größe sollte man mit der vorletzten Spalte vergleichen, wo jeweils die Jahres-Arbeitsmenge $a_A(t)$ der Arbeiter verzeichnet ist: Siehe da – die beiden Größen sind identisch. Die Arbeiter erhalten mit den Jahreseinnahmen $e_A(t)$ ihre Arbeit zu 100% bezahlt. Somit liegt ein Bezahlungsgrad von 100% und ein Ausbeutungsgrad von 0% vor: **Die Ausbeutung ist beseitigt!**

Wie groß ist die Einkommensverbesserung durch Einführung des KIES-Gesetzes? Hierzu muß man sich klar machen, daß das Arbeitseinkommen ohne die KIES-Zulage allein aus dem Arbeitslohn v_A bestehen würde. Zum Zeitpunkt $t = 20$ haben wir also:

- Arbeitslohn $v_A(20) = 0,153 \text{ Pop}$
 - KIES-Zulage $k_A(20) = 0,827 \text{ Pop}$
 - Einkommen „nach KIES“ $e_A(20) = 0,980 \text{ Pop}$
- Prozentuale Einkommenserhöhung somit: 641%.

Das Einkommen hat sich eben exakt um den Faktor $h(t)$, die gesellschaftliche Produktivität, erhöht. Das ist dasselbe Ergebnis wie in der FG (Kapitel 3.2.4), wo ab dem Ende des Jahres $t=20$ *per definitionem* – und durch Vergesellschaftung alles Privateigentums – das gesamte Ergebnis der Arbeit $a(t)$ den Arbeitenden zufällt (wobei allerdings die Produktionsmittel nicht mehr den Privatpersonen, sondern der von ihnen beauftragten „Kapital-Verwaltungsbehörde“ übereignet sind).

In der NE wird diese Einkommenserhöhung um den Faktor $h(t)$ – und damit die Abschaffung der Ausbeutung – nicht durch Abschaffung von Mehrwert, Profit und Privateigentum erreicht, sondern allein durch die *kleine Korrektur der Marktwirtschaft*, die in der Einführung des KIES-Gesetzes besteht, also einer Vermögenssteuer für die einen und eines leistungsorientierten Zusatzeinkommens für die anderen.

Bei Betrachtung der Spalte $e_A(t)$ in Tabelle 4.3.4-1 fällt auf, daß $e_A(t)$ ab dem Jahr $t=20$ ständig abnimmt, am stärksten beim Übergang von $t=20$ zu $t=21$. Dies sieht nach einem fallenden Einkommen aus. Ist das in Ordnung? Hier die Antworten:

1. Man muß zunächst den Zuwachs zwischen $t=19$ (noch Old Economy) und $t=20$ betrachten. Laut Tabelle 2.6 lag das Arbeitereinkommen im Jahr $t=19$ noch bei $v(t) = 0,165$ Pop und wäre wie gesagt auch in $t=20$ bei $v_A(t) = 0,153$ Pop verharret ohne die KIES-Einführung. So niedrig wie am Ende der OE wird es in der NE niemals mehr werden, und dies obwohl die Leute um 30% bis 55% weniger arbeiten werden in der NE.
2. Das abnehmende Einkommen ab $t=20$ entspricht einfach dem abnehmenden Arbeitseinsatz – die Leute haben ab $t=21$ erheblich mehr Freizeit. Es gilt in unserer Simulation immer $e_A(t) = a_A(t)$; 100% Bezahlungsgrad.
3. Dieses in „Pop“ gemessene, abnehmende Einkommen bedeutet dennoch – in Gebrauchswerten gemessen – einen erheblichen Kaufkraftzuwachs. Man darf ja die Produktivitätssteigerung nicht übersehen. Wir können hier das in „Kaufkraft“ gemessene Einkommen $e_A^{eff}(t)$ definieren als:

$$e_A^{eff}(t) = e_A(t) \cdot h(t) \quad (4.3.4-1)$$

mit der Produktivität $h(t)$ ähnlich wie $u_{eff}(t)$ in Kapitel 3. Wenn wir nun z.B. die Jahre $t=21$ und $t=50$ vergleichen, ergibt sich:

t	$e_A(t)$	$h(t)$	$e_A^{eff}(t)$
21	0,665	6,941	4,62
50	0,450	14,385	6,47

Tab. 4.3.4-2: Kaufkraftzuwachs des abnehmenden Einkommens

Obwohl also das Einkommen der Arbeiter-Gesamtheit vom Jahr $t=21$ bis $t=50$ um 32% abnimmt, von 0,665 Pop auf 0,450 Pop (dies entspricht exakt der abnehmenden Arbeitsmenge in diesem Zeitraum), steigt die Menge und Qualität der hiermit erwerbenden Gebrauchsgüter wegen des Produktivitätszuwachses, und somit $e_A^{eff}(t)$, von 4,62 auf 6,47 Einheiten, also um 40%.

Falls in der NE sich so etwas wie das in Kapitel 2 definierte „Idealgeld“ durchsetzt, das in CU gemessen wird, wobei jahrein jahraus 1 CU = 1 Arbeitsminute „einfacher Arbeit“ wert ist, dann wird in diesem völlig inflationsfreien Geld tatsächlich das wertmäßig verringerte Einkommen $e_A(t)$ sich auch in einem verringerten Nominalwert ausdrücken, trotz der gestiegenen „Kaufkraft“.

Es scheint mir aber auch genauso möglich, daß in der NE ein Geld verwendet wird, das nur im *bürgerlichen* Sinn als inflationsfrei bezeichnet werden kann, während es im Vergleich zum „Idealgeld“, also in „Wert“ gemessen, einem jährlichen Wertverfall unterliegt, der dem Produktivitätszuwachs $h(t+1)/h(t)$ entspricht. In diesem „bürgerlichen“, scheinbar stabilen Geld, kosten die Grund-Gebrauchsgüter wie Nahrung, Kleidung, Wohnung (Miete), jahrein jahraus immer gleich viel, obwohl sie wegen der Produktivitätszunahme weniger Wert enthalten, und daher also ständig billiger werden sollten.

Dieses Geld drückt somit nicht den „Wert“, also die enthaltene Arbeit, sondern die Gebrauchsgüter-Kaufkraft eines Einkommens aus. In diesem Geld gemessen, würde also das Einkommen der Arbeiter ab dem Jahr $t=21$ nicht wie $e_A(t)$ fallen, sondern wie $e_A^{eff}(t)$ steigen, trotz nachhaltiger Arbeitszeitverkürzung. Da dies für die Leute in der NE vielleicht psychologisch angenehmer ist als ein nominell – wegen der Arbeitszeitverkürzung – fallendes Einkommen, kann man möglicherweise die Verwendung dieses eher „bürgerlichen“ Geldes anstelle der CUs befürworten. – Auf die tatsächliche Kaufkraft der Einkommen, also das Verhältnis von Einkommen zu Warenpreisen, sollte diese Wahl der Währungseinheit keinen Einfluß haben.

4.3.4.6 *Kapitaleinkommen der Arbeiter*

Die Größe $p_A(t)$ gibt die Profite wieder, die die arbeitenden Menschen in der NE neben ihrem Arbeitslohn $v_A(t)$ und ihren KIES-Einnahmen $k_A(t)$ als Einkommen verbuchen können. Die Profite resultieren natürlich aus dem Kapitalvermögen, das die Arbeiter nun mehr und mehr ihr eigen nennen können.

Im Jahr $t=20$ ist $p_A(20)$ noch null, da die Arbeiter in der OE so gut wie besitzlos waren und es im Jahr $t=20$ immer noch sind. Durch die KIES-Einnahmen sind die Arbeiter jedoch in der Lage, bereits im Jahre $t=21$ Kapitalrücklagen in Höhe von $C_A(21) = 0,83 \text{ PopYear}$ zu bilden: Wir nehmen nämlich an, daß sie die KIES-Einnahme von $k_A(20) \cdot \text{Year} = 0,827 \text{ PopYear}$, die am Ende des Jahres $t=20$ erfolgt, zunächst vollständig auf die hohe Kante legen.

Dieses Kapital in Höhe von $0,83 \text{ PopYear}$ wirft im Jahr $t=21$ bereits einen Profit von $p_A(21) = 0,032 \text{ Pop}$ ab, da die Profitrate $r(21) = 3,85\%$ beträgt. Dieses Kapitaleinkommen ist immerhin bereits ein Drittel soviel, wie die Arbeiter im selben Jahr $t=21$ an Arbeitslohn verdienen werden.

Da die Vermögen der Arbeiter ständig weiter steigen werden, nehmen auch ihre Kapitaleinnahmen zu, so daß diese z.B. 30 Jahre später, bei $t=50$, den Wert $p_A(50) = 0,208 \text{ Pop}$ erreichen, was dann fast die Hälfte des Arbeitereinkommens ausmacht.

Übrigens nehmen in dem Maße, wie die direkten Kapitaleinnahmen der Arbeiter steigen, die Ersatz-Kapitaleinnahmen, nämlich die KIES-Zuwendungen an die Arbeiter, ab. Im Jahr $t=20$ machen die *KIES-Einnahmen sage und schreibe 84% der Gesamteinnahmen* der Arbeiter aus ($k_A / e_A = 0,827 / 0,980$). Im Jahr $t=50$ sind es dann nur noch 47%, während die direkten Kapitalprofite oder Zinseinnahmen mit 46% zum Arbeiter-Budget beitragen. Die Arbeiter werden durch ihren zunehmenden Kapitalbesitz also unabhängig sowohl von ständigen Lohn-Einnahmen als auch von den Zuwendungen des KIES-Amtes.

4.3.4.7 *Kapitaleinkommen der Kapitalisten*

Wie sich die Profite der Noch-Kapitalisten entwickeln, zeigt $p_K(t)$ in Spalte 8 der Tabelle 4.3.4-1. Sie nehmen im Jahr $t=21$ erst einmal schlagartig ab, weil die Arbeiter weniger schufteten und daher weniger Mehrwert schaffen. Die Profite fallen dann weiter, bis z.B. bei $t=50$ auf den Wert $p_K(50) = 0,210 \text{ Pop}$.

Allerdings sind diese Kapitalistenprofite im gesamten Simulationszeitraum höher als die Profite, die die Arbeiter erzielen. Das liegt daran, daß trotz der Wirkung des KIES-Mechanismus das riesige Kapital, das diese Minderheit von 2% der Bevölkerung in unserem Modell besitzt, sich nur langsam abbaut. Bei $t=50$ scheint gerade der Moment zu sein, wo beide Gruppen, Arbeiter und Noch-Kapitalisten, erstmals etwa gleich viel Kapital besitzen und daher gleich hohe Profite einstreichen, wobei allerdings die Kapitalistenprofite sich auf nur 2% der Bevölkerung verteilen, während die Profite, die an die Arbeiter gehen, auf 98% der Bevölkerung verteilt werden.

Es ist sicherlich ernsthaft zu prüfen, ob die Geschwindigkeit dieses Ausgleichsprozesses ausreicht.

Andererseits haben die Kapitalisten in der NE keinen großen Vorteil von den Profiten, die sie einnehmen: Sie müssen nämlich aufgrund ihrer unterstellten Enthaltung von der Arbeit den gesamten Profit $p_K(t)$ als $k_K(t)$ an das KIES-Amt abliefern. Und auch wenn sie, um diese Vermögenssteuer abzumildern, anfangen würden zu arbeiten, könnten sie ihre KIES-Zahlungspflicht nur um wenige Prozent reduzieren, denn soviel können sie beim besten Willen nicht schuffen, daß ihre Arbeitsleistung auch nur annähernd mit ihren aus der OE übernommenen Vermögen korrespondieren könnte.

4.3.4.8 Produktivität

Die gesellschaftliche Produktivität $h(t)$ wird sich auch in der NE aufgrund der nach wie vor geleisteten „Wachstumsarbeit“ weiterentwickeln, allerdings in vernünftigem Maß und nicht mehr so hektisch und chaotisch wie in der OE. Eine Verlängerung der Simulation der OE über den Zeitpunkt $t=20$ hinaus ergibt, daß sich die Produktivität $h(t)$ in der OE in den zwanzig Jahren von $t=20$ bis $t=40$ von $h(20) = 6,42$ auf $h(40) = 35,6$ versechsfachen (!) würde, mit all den zugehörigen technischen Revolutionen und den Umwälzungen der Berufsbilder und der Anforderungen an die Menschen, sowie mit den unabsehbaren Folgen neuer Techniken für die Integrität von Mensch und Natur, und verbunden mit Firmenkonkursen und der Arbeitslosigkeit all derer, die bei der hektischen Fahrt aus der Kurve fliegen. Wenn man nicht die Notbremse zieht.

In der NE dagegen wächst die Produktivität $h(t)$ um ca. 2-3% pro Jahr, was in etwa eine Verdopplung von $h(t)$ innerhalb von 25 Jahren ergibt. Damit läßt sich m.E. gut leben. Darüberhinaus stellt der KIES-Mechanismus, der ja auf leistungsgerechte Bezahlung unabhängig von der Höhe der individuellen Wachstumsarbeit abzielt, einen Ausgleichsmechanismus dar, der verhindert, daß die Gesellschaft sich nach heutigem Schema in „Sieger“ und „Verlierer“ aufteilt. Hierzu später mehr.

4.3.4.9 Kapitalbesitz der Arbeiter

In der OE war die Arbeiterklasse definiert als diejenige Mehrheit der Bevölkerung, die über kein nennenswertes Kapital oder Vermögen verfügt – da das Kapital in Händen der Kapitalisten konzentriert ist.

In der NE wird sich das ändern. Die Gruppe der arbeitenden Menschen (98% in meinem Modell) wird signifikant Vermögen bilden. Der Verlauf der Größe $C_A(t)$ in Tabelle 4.3.4-1 demonstriert das. Im Jahr $t=20$ ist $C_A(t)$ noch auf Null. Ein Jahr später ist $C_A(21) = 0,83$ PopYear, hat also den Umfang von 0,83 Jahren gesellschaftlicher Gesamtarbeit.

Der Zuwachs setzt sich ab $t=22$ nicht mehr so rasant fort wie im ersten Jahr nach der Wende, da die Arbeiter erst einmal einen Gang zurückschalten und ihre Jahres-Arbeitszeit deutlich verkürzen (um ca. ein Drittel) bei gleichzeitig erhöhten Konsumausgaben. Das macht sich bei der Wachstumsarbeit $r_A(t)$ und beim Kapitalwachstum bemerkbar.

Dennoch hat die vormals quasi besitzlose Mehrheit der Bevölkerung im Jahr $t=30$, zehn Jahre nach der Wende, ein Vermögen von $C_A(30) = 2,88$ PopYear und bei $t=50$ ist $C_A(50) = 5,38$ PopYear. Dieses Vermögen entspricht ca. 5,4 Mannjahren pro Kopf, oder ca. 30 Jahresarbeitslöhnen bei vollem Arbeitseinsatz.

Im Jahr $t=50$, also 30 Jahre nach der Wende, ist in unserem Modell die ehemalige Arbeiterklasse immerhin im Besitz von etwa der Hälfte des Gesamtkapitals der Gesellschaft. Die andere Hälfte gehört allerdings nach wie vor den 2% der Bevölkerung, die in der OE die Kapitalisten waren.

4.3.4.10 *Eigentum der Kapitalisten*

Das Vermögen (Kapital incl. Privatbesitz) der Kapitalisten nimmt in der NE ab. Im Jahr der KIES-Einführung, bei $t=20$, besitzen sie noch das Gesamtkapital der Gesellschaft: $C_K = 14,58$ PopYear. Zehn Jahre später sind es noch 10,21 PopYear, und bei $t=50$ sind es $C_K(50) = 5,44$ PopYear, etwa gleich viel wie die Arbeiter insgesamt besitzen.

Diese Kapitalabnahme kommt nicht nur vom KIES-Transfer selber oder vom persönlichen Konsum der Kapitalisten, sondern auch von der allgemeinen Kapital-Schrumpfung, da wegen der reduzierten Gesamtarbeit nur noch ein Teil des Kapitals reproduziert wird. Das gesellschaftliche Gesamtkapital beträgt zur Zeit $t=50$ nur noch $C(50) = C_A(50) + C_K(50) = 5,38 + 5,44 = 10,82$ PopYear.

4.3.4.11 *Arbeitslohn*

Die ausgezahlte Lohnsumme $v_A(t)$ nimmt von $t=20$ nach $t=21$ stark ab, von 0,153 auf 0,096 Pop, da die Arbeiter auch nur noch ca. 2/3 soviel arbeiten wie früher. Die Reduktion des Lohnes macht ihnen aber gar nichts aus, da sie durch die KIES-Einnahmen weit mehr als kompensiert wird. So haben die Arbeiter am Ende des Jahres $t=20$ einen KIES in Höhe von 5,4 (in Worten: fünf-komma-vier) Jahreslöhnen erhalten. Das ist ja auch der Grund, warum sie im Jahr $t=21$ kürzertreten.

Die Lohnsumme – oder allgemeiner: das direkt durch Arbeit verdiente Einkommen – nimmt wertmäßig in der Folge noch weiter ab, einmal wegen weiterer Arbeitszeitverkürzung und zweitens, da wegen der zunehmenden Produktivität $h(t)$ der an die Kapitaleseite ausgezahlte Mehrwert $m(t)$ im Vergleich zum Arbeitslohn $v_A(t)$ zunimmt, denn es gilt vermutlich nach wie vor der Zusammenhang $m(t) / v(t) = \mathbf{m}(t) = h(t) - 1$.

Diese Verschiebung der Einkommen vom Arbeitseinkommen hin zum Kapitaleinkommen stört wiederum die Arbeiter nicht, da sie selber diese Verschiebung vorwegnehmen: Sie werden, wie wir gesehen haben, Kapitalbesitzer und kassieren mehr und mehr den von ihnen an die „Wirtschaft“ geleisteten Mehrwert als Profit auf ihren Kapitalbesitz (Unternehmensbeteiligung, Aktien, Grundbesitz etc.) wieder ein.

4.3.4.12 *Mehrarbeit, Mehrwert*

Der Mehrwert $m(t)$ und damit der gesellschaftliche Gesamtprofit nimmt, wie Tabelle 4.3.4-1 zeigt, in der NE ab. Und zwar wegen der Abnahme der Gesamtarbeit. Allerdings nimmt der

Mehrwert $m(t)$ relativ gesehen einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung ein. Das läßt sich kaum verhindern, weil die Produktionsweise wegen zunehmender Produktivität immer kapitalintensiver wird und somit die Kosten für den „Faktor Kapital“ im Vergleich zu den Kosten für den „Faktor Arbeit“, also im Vergleich zu den Lohnkosten, zunehmen werden.

Wenn die Arbeiter wie in der OE nach wie vor ausschließlich vom Lohn v_A leben müßten, kämen sie durch diese Zunahme der Mehrwertquote m in eine prekäre Lage, wie auch am Ende von Kapitel 2 gezeigt wurde. In der NE jedoch können sie der wirtschaftlichen Entwicklung gelassen engegensehen, da sie selber die Konsumenten des Mehrwerts werden, der ihnen als KIES oder als Kapitalprofit auf ihr eigenes Konto zurückfließt.

4.3.4.13 Wachstumsarbeit der Arbeiter

Derjenige Teil der Wertschöpfung der Arbeiter, den sie nicht konsumieren, sondern sparen, ist die Wachstumsarbeit seitens der Arbeiter. Diese Größe $g_A(t)$ nach Gleichung (4.3.2-19A) ist in der OE immer identisch mit dem Mehrwert $m(t)$, denn der Mehrwert geht in der OE die Arbeiter „nichts an“: Er gehört der Kapitalseite und ist zwangsläufig dem Konsum der Arbeiter entzogen.

In der NE jedoch gelangt der Mehrwert wieder dorthin zurück, wo er herkommt: zu den Arbeitern. Daher können diese nun frei entscheiden, in welchem Maße sie den Mehrwert ihren Konsumausgaben zuführen und in welchem Maße sie sparen und Eigentum bilden.

Wenn sie diese Entscheidung nach den Modellannahmen des Kapitels 4.3.3 durchführen, haben wir das Ergebnis in Tabelle 4.3.4-1: Etwa die Hälfte des Mehrwerts $m(t)$ wird als Wachstumsarbeit oder „Sparleistung“ $g_A(t)$ seitens der Arbeiter investiert.

4.3.4.14 Wachstumsarbeit der Gesellschaft

Die gesellschaftliche Wachstumsarbeit $g(t)$ setzt sich aus den Anteilen der beiden Gruppen, der Arbeiter und der Noch-Kapitalisten, zusammen. Leider ist aber (in unserem Modell) die von den Kapitalisten „geleistete“ Wachstumsarbeit negativ, da sie nur konsumieren und nicht arbeiten. Das Ergebnis ist, daß die gesellschaftliche Wachstumsarbeit $g(t)$, die letztlich den Fortschritt der Produktionsweise bewirkt, leicht unter dem von den Arbeitern geleisteten Anteil $g_A(t)$ liegt.

4.3.4.15 Geplante Konsumarbeit

Nun kommen wir zu einigen Variablen, die die subjektiven Jahres-Planungen der Arbeiter wiedergeben. Die Größe $a_A^u(t)$ in Spalte 16 der Tabelle 4.3.4-1 gibt an, wieviel Arbeit die große Mehrheit der Leute in der NE, also die arbeitende Bevölkerung, für optimal hält im Hinblick auf ihre Lebensqualität, die ja bestimmt wird durch den Lebensstandard und die verfügbare freie Zeit für Hobbies, Sport, Vergnügen, Kontemplation und was auch immer.

Im Jahr $t=20$ ist das noch der Maximalwert $a_A^u(20) = 0,98$ Pop, denn hier, am Ende der OE, stecken 98% der Menschen noch in der Treitmühle und haben keine Wahlfreiheit in der Menge Arbeit, die für einen Lebensunterhalt nötig ist. (Daß manche von diesen 98% keine Arbeit finden, ändert nichts daran, daß sie ohne das Arbeitseinkommen kaum überleben können.)

Ab Jahresbeginn von $t=21$ ist aber das *Reich der Freiheit* angebrochen. Da nun der Bezahlungsgrad der Arbeit auf 100% hochschnellt und somit die hohe Produktivität der Wirtschaft, $h(20) = 6,4$ zu Beginn der NE, auch den Arbeitern zur Verfügung steht, kommen diese durch ihre private Kosten-Nutzen-Analyse, wie in Kapitel 4.3.3 geschildert, zu dem

Ergebnis, daß eigentlich etwa ein Drittel der bisherigen Arbeitsmenge angemessen ist für ein Optimum aus Lebensstandard und Muße.

Daher bewegen sich die Werte für $a_A^u(t)$ ab $t=21$ im Bereich zwischen 0,351 und 0,127 Pop.

4.3.4.16 Konsumausgaben

Die gleiche Kosten-Nutzen-Analyse der Arbeiter führt zu einer Planung der Konsumausgaben $u_A(t)$. Diese liegen gleich für das Jahr $t=21$ mehr als doppelt so hoch wie im Jahr $t=20$, nämlich bei 0,374 Pop. (Daß diese Zahl sogar über der geplanten Konsum-Arbeitsmenge $a_A^u(t)$ liegt, obwohl der Bezahlungsgrad $s_A(t)$ ziemlich genau bei 1 liegt, muß irgendwie an der Mathematik liegen – aber im Moment nehmen wir das mal so hin.) Die erhöhten Konsumausgaben müssen nicht heißen, daß nun jeder Arbeiter zwei Autos und drei Weltreisen konsumiert, sondern es kann bedeuten, daß die Menschen sich bessere Wohnungen leisten, evtl. ein Haus im Grünen oder eine Eigentumswohnung kaufen, gesündere Lebensmittel zu sich nehmen, evtl. ihren Kindern eine Privatschule nach eigener Wahl gönnen, sich überhaupt wieder mehr Kinder leisten, sich eine gute Altersversorgung gönnen und nicht zuletzt ärmeren Mitmenschen, Asylbewerbern und anderen Bedürftigen, eine Freude machen.

4.3.4.17 Gesamt-Arbeitsmenge

Die Gesamtarbeitsmenge $a_A(t)$ der Arbeiter liegt über der reinen Konsumarbeit $a_A^u(t)$, da die Arbeiter noch zusätzlich „Wachstumsarbeit“ leisten, um Eigenkapital zu bilden und ihre Zukunft zu sichern. Die resultierende Gesamt-Arbeit ist in Spalte 18 dargestellt. Sie bewegt sich zwischen 0,665 und nur noch 0,45 Pop.

Da die Kapitalisten annahmegemäß nicht arbeiten, ist $a_A(t)$ auch die Gesamtarbeit der Gesellschaft.

4.3.4.18 Kaufkraft der Arbeiter-Einkommen

Die letzte Spalte von Tab. 4.3.4-1 zeigt $e_A^{eff}(t)$: das ist das Einkommen $e_A(t)$, multipliziert mit der Produktivität $h(t)$. Dies drückt die Kaufkraft der Arbeitereinkommen aus, die in der OE wie bekannt ständig bei $e_A^{eff}(t) = a_A(t) = 0,98$ Pop verharret. In der NE liegt sie erheblich höher. Ab $t=21$ steigt $e_A^{eff}(t)$ trotz sinkendem $e_A(t)$ kontinuierlich an: Kaufkraftmäßiger Einkommenszuwachs bei reduzierter Arbeitszeit.

4.3.4.19 Sonstige Variablen

Die übrigen Größen, die in Kapitel 4.3.1 – 4.3.3 definiert wurden und zur NE gehören, sollen hier aus Platzgründen nicht nochmals diskutiert werden. Wer will, kann jederzeit die hier dargestellte Simulation anhand der entsprechenden Gleichungen selbst nachvollziehen.

4.3.5 OE und NE, grafisch

Im folgenden zeigen wir die Verläufe der wichtigsten Größen aus der *Alten Wirtschaft* (OE, von $t=1$ bis $t=20$) und der anschließenden *Neuen Wirtschaft* (NE, ab $t=21$), so wie sie sich aus der Simulationergeben haben und wie sie mehr oder weniger auch in der Realität stattfinden können.

Das erste Diagramm zeigt die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft, a_A , in „Pop“. Ein „Pop“ ist das, was eine Gesellschaft aus N Personen schafft, wenn alle Leute im arbeitsfähigen Alter 100% arbeiten, d.h. jedenfalls über 1.600 Arbeitsstunden pro Jahr. Die Arbeiterschaft in der OE leistet 0,98 Pop, denn nur 98% der Gesellschaft sind Arbeiter, die restlichen 2% sind (in

meinem Modell) die Kapitalbesitzer. Die Arbeitsleistung der Arbeiter ist gleich der der Gesellschaft, denn es arbeitet sonst niemand.

Mit dargestellt ist der Arbeitslohn v_A und das Arbeiter-Einkommen e_A , sowie der KIES k_A und der Profit p_A , wobei letztere beiden Größen erst ab $t=20$ von Null verschieden sind.

Das zweite Diagramm zeigt die Kaufkraft der Arbeitereinkommen, das ist das Einkommen, multipliziert mit der Produktivität der Wirtschaft, gibt also Auskunft darüber, wieviel Gebrauchswert sich die Arbeiter leisten können.

Das dritte Diagramm zeigt die Kapitalvermögen von Kapitalisten und Arbeitern.

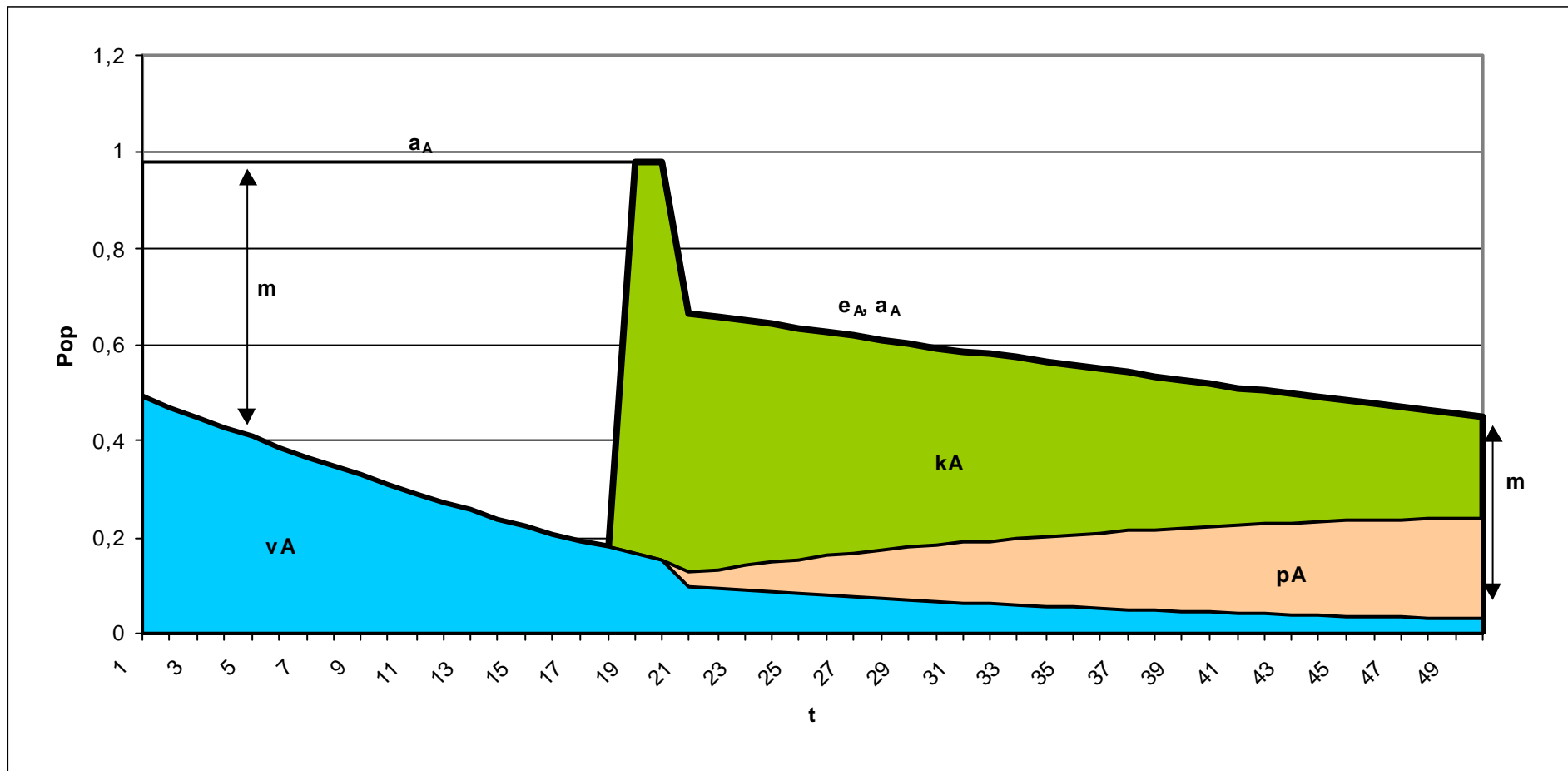


Fig. 4.3-1: Arbeitsmenge und Arbeitereinkommen vor und nach der Wende.

a_A : Arbeitsleistung, Wertschöpfung

v_A : Arbeitslohn

p_A : Kapitaleinkommen, Profit

k_A : KIES-Einkommen

m : Mehrarbeit

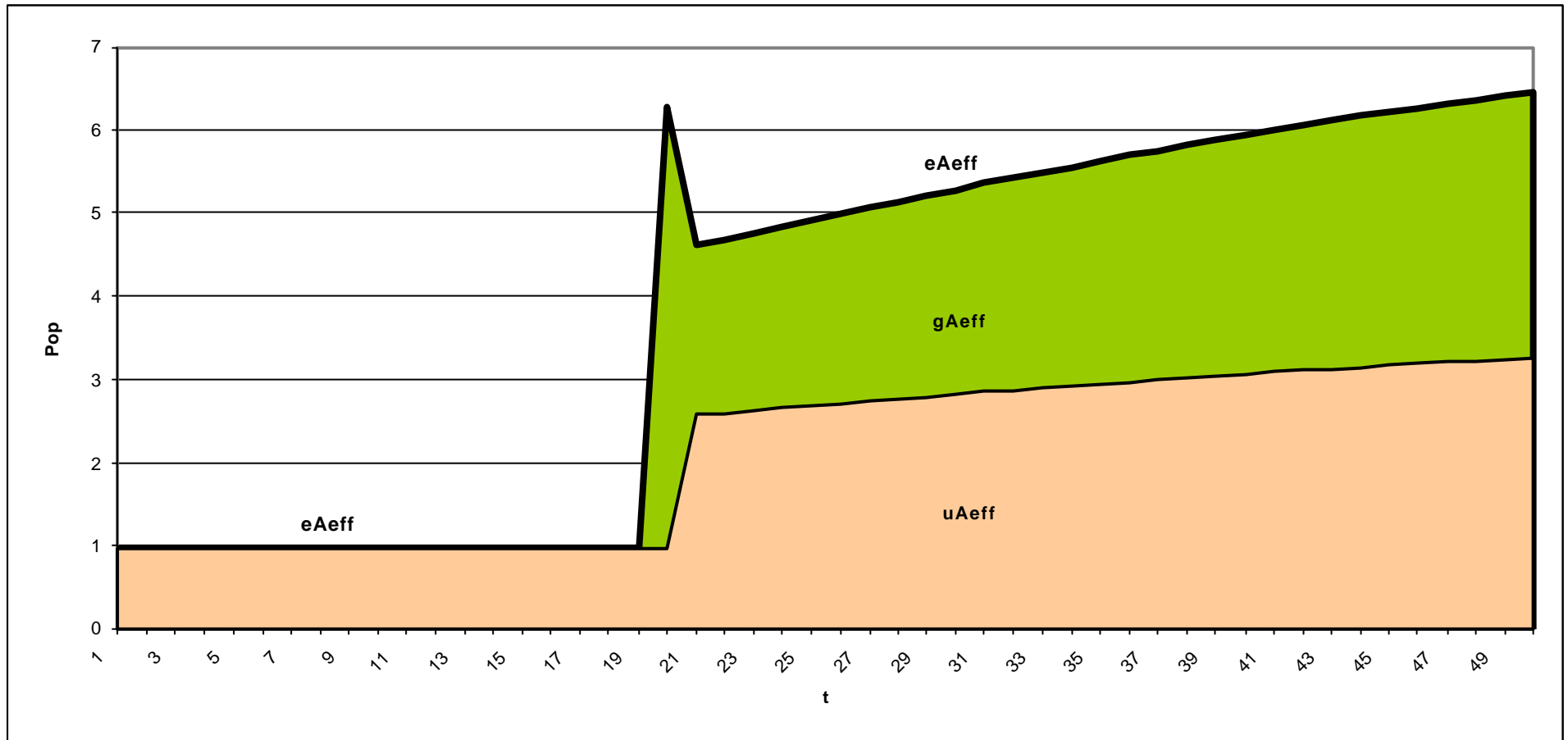


Fig. 4.3-2: Arbeitereinkommen e_A^{eff} , Konsumausgaben u_A^{eff} und Sparleistung (Vermögensbildung) g_A^{eff} , in Kaufkraft gemessen, vor und nach der Wende.

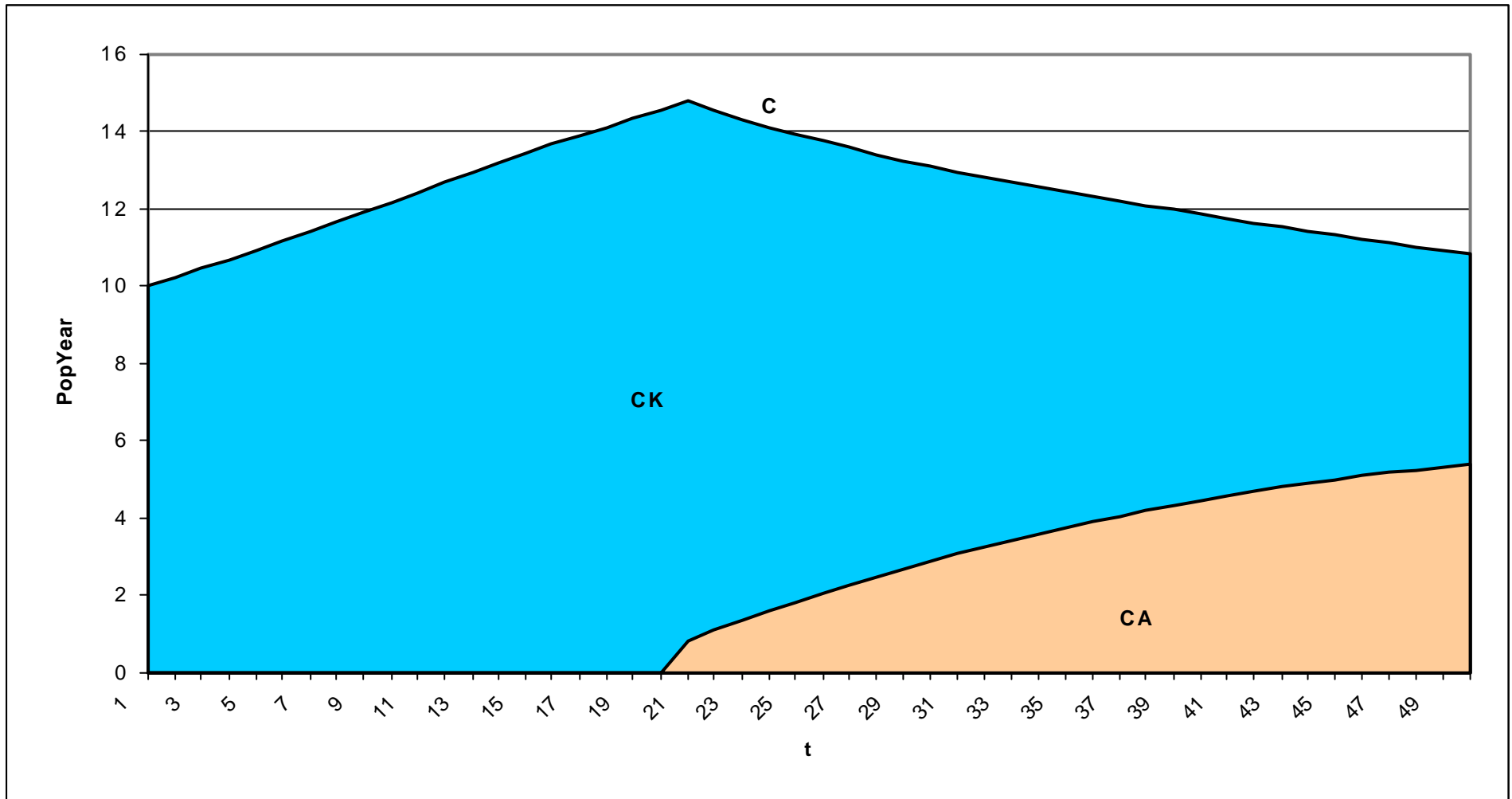


Fig. 4.3-3: Gesamtkapital C der Gesellschaft, bestehend aus den Kapitalvermögen der Kapitalisten, C_K , und der Arbeiter, C_A , vor und nach der Wende.

Fig. 4.3-1 zeigt im ersten Teil, $t=1$ bis 19, die OE. Die Arbeiter leisten ständig $a_A = 0,98 \text{ Pop}$, erhalten aber jedes Jahr weniger Lohn v_A ausbezahlt (die Inflation des Geldes verschleiert diese Tatsache in der Regel). Dieser Lohn v_A ist das einzige Einkommen e_A , das sie haben. Im Jahr $t=20$ schnell nun e_A plötzlich hoch auf 0,98 Pop und stimmt mit der Arbeitsleistung a_A überein. Dies ist die Wirkung der KIES-Einführung, des Anbruchs der NE. Im Jahr $t=21$ und folgende reduzieren dann die Leute ihre Arbeitsleistung und haben dennoch mehr Einkommen e_A als in der OE. Bis zum Jahr $t=50$ kann man dann verfolgen, wie allmählich das Kapitaleinkommen, der Profit p_A , einen immer größeren Anteil des Einkommens e_A ausmacht.

Fig. 4.3-2 zeigt die Kaufkraft des Einkommens der Arbeiter. Hierzu wurde das Einkommen e_A mit der Produktivität h multipliziert, was e_A^{eff} ergibt.

Während der Phase der OE ist e_A^{eff} konstant bei 1,0 Pop, d.h. die Arbeiter können sich vom Einkommen e_A (dem Arbeitslohn) nicht mehr leisten als den bescheidenen, mehr oder weniger gleichbleibenden Lebensunterhalt u_A^{eff} eines Arbeiters. Sie können sich gerade mal reproduzieren und sonst nichts. (Daß ihnen bei Super-Leistung auch mal ein bescheidener Luxus gewährt wird, so wie der Bauer seinen Tieren für gute *Performance* Kraftfutter gibt, ändert nichts an der Aussage, daß dies des Arbeiters Lebensunterhalt ist.) Wegen der zunehmenden Produktivität h ist für konstanten Konsum u_A^{eff} immer weniger Geldausgabe u_A und daher weniger Einkommen $e_A = v_A$ nötig: Der „Wert der Arbeitskraft“ fällt.

Im Jahr $t=20$ schnell das kaufkraftmäßige Einkommen hoch auf über 6,0 Pop, das sechsfache des Wertes in der OE. Danach reduzieren die Arbeiter ihre Leistung, geben aber dennoch zunehmend mehr für Konsum u_A^{eff} aus und legen gleichzeitig g_A auf die hohe Kante, was kaufkraftmäßig ($g_A^{eff} = g_A \cdot h$) ebenfalls ständig mehr Sparleistung ist.

In Fig. 4.3-3 schließlich sieht man, wie das Kapital, das in der OE ausschließlich den Kapitalisten gehört, bis $t=21$ ständig steigt. In den ersten Jahren der NE nimmt es wegen der reduzierten Arbeitsleistung der Gesellschaft wieder ab. Gleichzeitig geht ein zunehmender Kapitalanteil von den Kapitalisten (C_K) in Arbeiterhand (C_A) über.

4.3.6 Studienthemen

In den beiden ersten Diagrammen (Fig. 4.3-1 und 4.3-2) gibt es diese etwas unschönen Zacken zum Zeitpunkt $t=20$. Man kann vermuten, daß dies gewisse Turbulenzen in der Gesellschaft hervorruft, die aus regelungstechnischer Sicht vielleicht lieber vermieden werden sollten. Solche Ausreißer erschweren vermutlich auch die Synchronisation zwischen verschiedenen Ländern, die annähernd *simultan* die Ausbeutung abschaffen wollen.

Eine weitere Frage ist, wie nahe diese Simulationen an der Wirklichkeit real existierender kapitalistischer Länder sind. Daher ist es ratsam, vor der tatsächlichen KIES-Einführung folgende Studienfragen zu klären:

1. Wie sind die Kapitale C_i und die Arbeitseinkommen v_i tatsächlich verteilt, in einzelnen Ländern, Kontinenten und weltweit? Wo liegt der Wert w , die mittlere Kapitalintensität, oder das Verhältnis des Gesamtkapitals C zum Gesamt-Arbeitslohn v ?
2. Welche KIES-Transferströme würden sich daher ergeben, intra- und international? Wieviele Personen wären KIES-Zahler, wieviele KIES-Begünstigte?
3. Kann man den KIES „sanft“ in Kraft setzen, um die Turbulenzen zu minimieren? Z.B. durch allmähliche Senkung des Parameters I bis auf den Zielwert $I = 2$? Ist wirklich $I = 2$ optimal? Kann man I durch demokratische Abstimmung direkt durch die Bevölkerung einstellen lassen?

Ein weiteres wichtiges Studienthema ist die Bewertung von nicht monetär, also nicht mit Geld ausgeglichener Arbeit, oder von unentgeltlich geleisteter Arbeit (über die in [GL98] so viel gesprochen wird), z.B. die Arbeit innerhalb einer Familie oder die von Subsistenzbauern auf ihren eigenen Feldern. Solche nicht mit Geld entlohnte Arbeit muß dennoch einen Anspruch auf Kapitalbesitz begründen. Die zur Ermittlung der KIES-Ausgleichszahlungen verwendeten Gleichungen sind hier sinngemäß zu verallgemeinern.

4.4 Weitere Aspekte des KIES-Mechanismus

4.4.1 Vermeidung von Siegern und Verlierern

Im Kapitalismus herrscht ein ständiger Verdrängungswettbewerb, bei dem sich sowohl Firmen als auch Länder, Nationen und die beteiligten Menschen in Sieger und Verlierer aufteilen.

Das Prinzip ist wie folgt: Zwei Subjekte, sagen wir die Firmen A und B, konkurrieren um Marktanteile. Beide Firmen setzen maximal viel Wachstumsarbeit ein, die sie aus ihren Mitarbeitern herausquetschen, um durch Innovationen, Time to market, Kostenreduktion, Effizienz, Flexibilität, die schiere Größe etc. die Nase vorn zu haben.

Eines Tages gewinnt dann eine der beiden Firmen, weil der Absatzmarkt nicht unendlich groß ist und daher für zwei expandierende Ochsenfrösche keinen Platz hat. Sagen wir, es gewinnt A. Dann ist ab diesem Tag A der *Winner* und B der *Looser*. Das Kapital von B entwertet schlagartig, B muß vielleicht Bankrott anmelden oder zumindest „umschulen“, sich ein neues Betätigungsfeld suchen. Vielleicht kauft A die entwerteten Produktionsmittel von B für einen Spottpreis auf.

Nach dem Prinzip „*The winner takes it all*“ wird hier der vielleicht zunächst kleine Produktivitätsunterschied im Sinne eines chaotischen Systems in eine Riesen-Differenz umgewandelt: Reichtum bei A, längerfristige Verlustsituation bis hin zur dauerhaften Armut bei B.

Das singuläre Ereignis des Gewinns im Konkurrenzkrieg begründet einen permanenten Vorsprung für A, einen oft nicht mehr einholbaren Kapital-Vorteil.

Um diese Katastrophe zu vermeiden oder zu ihren Gunsten ausgehen zu lassen, rackern alle Firmen im Kapitalismus, was das Zeug hält, und zwar auf dem Rücken ihrer Arbeiter und Angestellten und mit tatkräftiger Unterstützung durch die nationale Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik.

Hier kann das KIES-Gesetz vorteilhaft eingreifen.

Erstens wird, wie wir gesehen haben, der ganze Wachstumsprozeß erheblich verlangsamt, weil die Arbeiter wegen ihres neuen Wohlstands nicht mehr einsehen werden, warum sie sich bis an die gesundheitlichen Grenzen abrackern sollen, wo sie doch bereits im Schongang ein Vielfaches des früheren Einkommens verdienen. Dadurch wird auch die Häufigkeit von solchen Verdrängungsereignissen einer Firma B durch A abnehmen.

Zweitens wird ein soches Ereignis, falls es denn tatsächlich einmal vorkommt, keinen permanenten Kapital-Vorteil von A gegenüber B begründen. Denn der KIES ist ein Regler, der diejenigen begünstigt, die weniger Kapital haben. Sobald die Firma B eine Kapitalentwertung erleidet, erhält sie (bzw. die betroffenen Kapitalbesitzer) bei nächster Gelegenheit eine höhere KIES-Zuzahlung. Falls also z.B. die Angestellten der Firma B selber die Besitzer des Kapitals dieser Firma sind, werden sie für die Kapitalentwertung teilweise durch den KIES entschädigt.

Umgekehrt muß die Firma A, falls sie durch das Verdrängungsereignis einen herausragenden Kapital-Wertzuwachs erfuhr, umso mehr KIES abführen.

Das Ergebnis sollte daher sein, daß

1. Kapitalbesitz kein uneinholbarer Vorsprung mehr ist,
2. Verdrängungsereignisse nur noch zeitlich begrenzte Folgen haben, so daß es keine dauerhaften Verlierer mehr gibt,
3. generell das Prinzip „volle Bezahlung der Leistung“ auch für diejenigen gilt, die einmal kurzfristig Pech haben und an einem Platz, in einer Branche gearbeitet haben, die sich wegen des Fortschritts der Produktionsweise neu ausrichten muß.

Ein anderer Aspekt ist, ob die KIES-Einführung selbst Sieger und Verlierer zur Folge hat. Die Antwort ist: Einerseits ja. Gewinner sind diejenigen, die heute unter den kapitalistischen Verhältnissen leiden, Verlierer ist kurzfristig die andere Seite. Andererseits nein, denn *mittelfristig geht es der gesamten Gesellschaft in der NE besser.*

4.4.2 Internationale Anwendung

Für den Erfolg des KIES-Mechanismus ist es notwendig, daß die „KIES-Gesellschaft“ eine gewisse „kritische Masse“ von Personen und Kapital umfaßt. Denn das KIES-Gesetz zielt darauf ab und hat zur Folge, daß die Ausbeutung innerhalb des „KIES-Gebietes“ beseitigt ist, so daß alle beteiligten Personen einen Bezahlungsgrad nahe an 1,0 genießen. In der Folge wird weniger gearbeitet werden, insbesondere weniger „Wachstumsarbeit“ als in den Ländern, wo noch Ausbeutung herrscht. Dies wiederum führt zu einem gemäßigeren Anstieg der Produktivität und zu langsamerem technischen Fortschritt.

Letzteres kann für die KIES-Gemeinschaft zu einem Problem werden, wenn sie zu klein und von zu vielen „Feinden“ umgeben ist, die an der OE festhalten. Siehe Kapitel 5.

Andererseits führt die Anwendung des KIES-Ausgleichsmechanismus im internationalen Maßstab, über die Staatsgrenzen hinweg, zu segensreichen Modifikationen der „*Terms of Trade*“ des Welthandels, einmal zwischen den Industrieländern und zweitens auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern.

Zwischen den Industrieländern wird die eben geschilderte Wirkung des KIES-Gesetzes, die Überwindung der Spaltung der an der Marktwirtschaft Beteiligten in Sieger und Verlierer, sich vorteilhaft auswirken. Kein Land wird mehr seinen wirtschaftlichen Untergang fürchten müssen, wenn es einmal weniger Wachstumsarbeit leistet als andere. Denn die KIES-Ausgleichszahlungen führen dazu, daß auch diejenigen Beteiligten, die – wie die Arbeiter in der OE – wenig bis kein Kapital besitzen, dennoch nicht in die Tretmühle der Ausbeutung hineingeraten. Somit werden kleine Differenzen im Reichtum verschiedener Länder nicht wie im alten Kapitalismus (OE) durch das Zinsgesetz ins Groteske vergrößert, sondern das KIES-Gesetz trägt dazu bei, Reichtumsunterschiede und somit auch Unterschiede in der Produktivität und im Bezahlungsgrad wieder auszugleichen.

Daher entschärft sich der internationale Wettbewerb signifikant. Der Schlachtruf „Globalisierung“ verliert seinen Schrecken. Die *Globalisierung* ist dann nichts anderes mehr als die *wünschenswerte Erweiterung der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung* auf die ganze Welt zum Wohl der Bevölkerung in allen Erdteilen.

Im Verhältnis der Industriestaaten zu den *Entwicklungsländern* wirkt der KIES wie eine großangelegte Entwicklungshilfe und ein spürbarer Schuldenerlaß. Denn die internationalen Kapitalbesitzer und Gläubiger der Entwicklungsländer, die sich in den „Metropolen“ der Industrieländer befinden, werden einen erheblichen KIES-Transfer an all die arbeitenden und

besitzlosen Menschen der Entwicklungsländer leisten müssen. Dieser Geldstrom von Nord nach Süd fließt den heutigen Zinsströmen, die der Dritten Welt die Luft abschnüren, diametral entgegen und kann dazu beitragen, daß die Bevölkerung der Dritten Welt – wie die Arbeiter in den Industrieländern – selber Besitzer des Kapitals werden, das sie für ihre tägliche Arbeit und für ein erfreuliches Leben brauchen.

Übrigens hätte auch der „*Aufbau Ost*“ in Deutschland, die wirtschaftliche Stärkung der Gebiete der ehemaligen DDR, wesentlich gerechter und eleganter durch Einführung des KIES-Transfers an die dortigen Arbeiter als durch die kapitalistenfreundlichen Abschreibungsmodelle bewerkstelligt werden können.

Für all diese Wirkungen ist es nur notwendig, das KIES-Gesetz international, für die Bevölkerung aller beteiligten Länder, so anzuwenden, *als gäbe es keine Staatsgrenzen*. Z.B. muß die durchschnittliche Kapitalintensität w (Gleichung 1.4.4-3) aus dem Gesamtkapital C und dem Gesamt-Arbeitseinkommen v im ganzen *KIES-Gebiet* ermittelt werden, egal in welchem Staatsgebiet die jeweilige Bevölkerung wohnt.

Technisch kann das natürlich so laufen, daß die einzelnen Staaten Teilsummen für C und v (und weitere, die Vermögensverteilung kennzeichnende Größen) innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs bilden und diese dann einem internationalen Gremium melden zur Bildung der Gesamtsumme (bzw. des Gesamt-Histogramms). Daraufhin wird für jede Region berechnet, ob sie zum Netto-Zahler oder zum Netto-Empfänger von KIES wird, und *über einen internationalen Ausgleichsfonds findet der KIES-Ausgleich statt*.

4.4.3 Geldkreislauf, Werteflußdiagramm

Wir wollen für die NE die gleiche Bilanz erstellen wie für die OE in Kapitel 2.7.1, um zu sehen, ob immer noch die Arbeiter gegen ihren Willen Mehrarbeit und Wachstumsarbeit abliefern müssen oder ob nun mehr Freiheit herrscht.

Wir betrachten wiederum drei „Substanzen“, wo Werte entstehen oder vernichtet werden und wo Geld und Güter gespeichert werden können: Die Gruppe der arbeitenden Menschen (A), die Gruppe derer, die nicht arbeiten, sondern ihr Kapital verbrauchen (K) und den Bereich des Kapitals selbst (C), das sind die Produktionsmittel sowie Privatbesitz inclusive des Bodens. Dazu gibt es noch den „Papierkorb“, in den bestimmte Abschreibungen (Wertverluste) wandern.

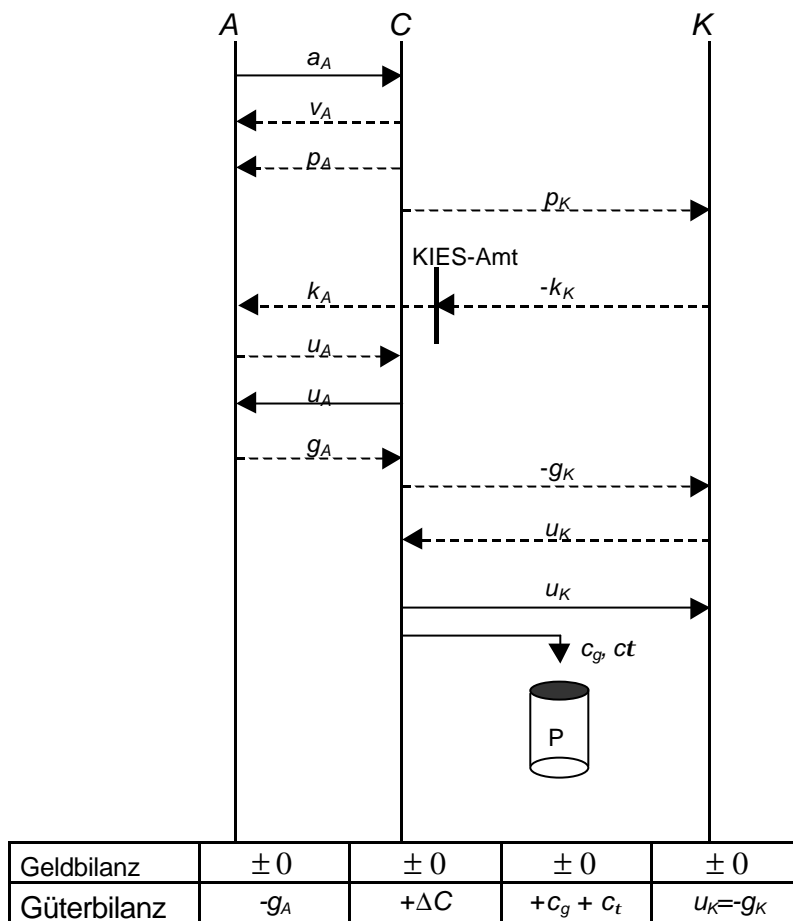


Fig. 4.4-1: Werteflußdiagramm für die „New Economy“ (NE). Durchgezogene Pfeile bedeuten echte Güterbewegungen; gestrichelte Pfeile sind reine Geldbewegungen. Es bedeuten:

- a_A : Arbeitsleistung, Wertschöpfung durch Arbeit;
- v_A : Arbeitslohn;
- $p_{A,K}$: Profit, Kapitaleinkommen;
- $k_{A,K}$: KIES-Zahlung;
- $u_{A,K}$: Konsum;
- $g_{A,K}$: Neue Kapitalanlage, Sparleistung
- c_g, c_t : Abschreibungen
(wg. Fortschritt bzw. mangelnder Reproduktion).
- A: Arbeiter,
- K: Noch-Kapitalisten,
- C: Kapital, Produktionsmittel,
- P: „Papierkorb“, Wertesenke.

Zunächst die Arbeiter (A). Sie leisten an die Unternehmen (C) – die ihnen zum Teil selbst gehören – Arbeit a_A nach Gleichung (4.3.3-29), also nach ihrem eigenen Gutdünken. Dafür erhalten sie zunächst Arbeitslohn v_A (Gleichung 4.3.2-17A). Außerdem haben sie Kapitaleinkommen p_A nach Gleichung (4.3.2-9A) aufgrund ihres Kapitalbesitzes – oder sie haben entsprechenden Privatbesitz (z.B. ein Haus), den sie selbst nutzen. Zusätzlich erhalten sie KIES k_A nach Gleichung (4.3.2-5) vom KIES-Amt. Diese drei Einkommensanteile ergeben in der Summe eine in der Regel 100%ige Bezahlung der Arbeit a_A .

Schließlich kaufen die Arbeiter Konsummittel im Wert von u_A (Gleichung 4.3.3-27) von den Unternehmen und legen den Rest ihres Einkommens als Spargeld g_A (Gleichung 4.3.2-19A) in der Wirtschaft an, wodurch ihr Vermögen C_A wächst. Bilanz: Geldmäßig ± 0 (sie behalten kein Geld zu Hause im „Sparstrumpf“); wertemäßig „- g_A “, d.h. ein Teil ihrer Arbeit, nämlich die Wachstumsarbeit g_A , ist ohne äquivalenten Konsummittelverzehr geblieben – er blieb quasi „unbezahlt“. Wie das? Liegt her Ausbeutung vor? Nein: Mit dieser Zusatzarbeit haben die Arbeiter sich einen Anteil am gesellschaftlichen Vermögen gesichert, der ihnen in den Folgejahren hübsche Profite einbringt. Diese Wachstumsarbeit wurde echt freiwillig geleistet; die Arbeiter hätten auch ohne diese Extraarbeit reichlich genug Einnahmen für ihren Lebensunterhalt erzielt – im Gegensatz zu den Zwangsverhältnissen in der OE.

Nun die „Kapitalisten“ (K) oder allgemein die, die in der NE vom Verbrauch ihres Vermögens leben (das können auch „Rentner“ sein, die nicht mehr arbeiten): Sie erhalten Profit p_K nach Gleichung (4.3.2-9K), den sie aber leider als „negativen KIES“ k_K nach Gleichung 4.3.2-4 ans KIES-Amt abliefern müssen. Für ihren Lebensunterhalt entnehmen sie daher die Größe „- g_K “ nach Gleichung (4.3.2-19K) ihrem Kapital C_K und kaufen sich damit ihre Konsummittel im Wert von u_K (Gleichung 4.3.3-35). Bilanz: Ein Plus bei den Gütereinnahmen von u_K . Aber: dafür haben sie ihren Kapitalbesitz C_K um $g_K = -u_K$ reduzieren müssen. Sie haben also im Gegensatz zu den Kapitalisten in der OE niemanden ausgebeutet.

Die Unternehmen C : Wir wollen nicht auf jedes Detail eingehen, sondern nur festhalten, daß sie den Mehrwert $m = a_A - v_A$, den sie zunächst von den Arbeitern einkassieren, als Profit p_A bzw. p_K an beide Seiten, entsprechend den Kapitalanteilen, auszahlen. Letztlich fließt aber der ganze Mehrwert m wieder zu den Arbeitern zurück, da diese den Profit p_K indirekt als k_A vom KIES-Amt nachgeliefert bekommen.

Die Unternehmen wachsen im Ergebnis um die Größe ΔC , mit

$$\Delta C = g_A + g_K - h_A - h_K \quad (4.4.3-1)$$

mit g_A, g_K, h_A, h_K nach Gleichung (4.3.2-15) und (4.3.2-16).

Da in den Größen h_A, h_K der Verschleiß c_t (Gleichung 4.3.2-13) enthalten ist, welcher in den ersten Jahren der NE deutlich größer als die gesamte gesellschaftliche Arbeit a ist, findet in den ersten Jahren der NE nur teilweise Kapitalreproduktion statt und ΔC ist negativ, bis die Einschwingphase der NE überstanden ist.

4.5 Modifikationen des KIES-Gesetzes

4.5.1 Progressive Bewertung des Kapitalvermögens

Das Vermögen C_i des Einzelnen bzw. sein „Überschuß-Vermögen“ $\Delta C_i = C_i - C_i^T$ geht nach der KIES-Formel, Gleichung (1.3.3-2), linear in den oberhalb von C_i^T zu zahlenden KIES ein.

Nun gibt es ja, besonders kurz nach der Abschaffung der OE, also nach der KIES-Einführung, zum Teil solch astronomische Vermögen C_i , daß diese trotz der leistungsgerechten Ausgleichszahlung an die bisher Besitzlosen noch 100 Jahre und mehr die gesellschaftliche Vermögensverteilung verzerren können. (Z.B. gibt es heutzutage Privatvermögen im Umfang von mehr als 10.000 Mannjahren.)

Hier scheint mir das arme, kleine KIES-Gesetz, das eigentlich als „Kleinsignalregler“ zur Steuerung des eingeschwungenen Zustands konzipiert ist, doch etwas überfordert. Man könnte den KIES-Mechanismus jedoch gegenüber sehr großen Vermögen etwas kräftigen, indem man eine „Progression“ einbaut: Vermögen im Umfang von 100 Mannjahren könnten z.B. wie $C_i = 110$ Mannjahre gewertet werden, 200 Mannjahre so wie 300; 1.000 Mannjahre so wie 10.000 oder ähnlich.

Das muß man sich mal in Ruhe überlegen.

4.5.2 Degressive Bewertung des Arbeitseinkommens

In die KIES-Formel bzw. in die Berechnung der Kapitalschwelle C_i^T nach Gleichung (1.4.4-1) geht der Arbeitslohn v_i linear ein. Dabei wurde unterstellt, daß v_i wirklich nur Lohn für Arbeit ist und nicht bereits Kapitaleinkommen darin enthalten ist.

Nun variieren aber die in der Marktwirtschaft erzielten Stundenlöhne beträchtlich. Und zwar macht sich vor allem eine gute Ausbildung in einem deutlich höheren Einkommen bei gleichem Arbeitseinsatz (Anstrengung, Zeitaufwand) bezahlt.

Mir scheint daher, man kann die Augen nicht davor verschließen, daß es sich bei dem Wissen und Können, das sich einer in jahrelangem Schulbesuch, Studium oder durch Berufsausübung angeeignet hat, um Kapital handelt – um das sogenannte „*Humankapital*“. (Eine angeborene Begabung kann folgerichtig als „naturgegebenes Humankapital“ bezeichnet werden.)

Somit müßte man eigentlich die Angabe über das Arbeitseinkommen g_i , die jemand in der „KIES-Erklärung“ macht, jeweils zerlegen in das reine Arbeitseinkommen $v_i' < v_i$ und das Kapitaleinkommen $p_i' = v_i - v_i'$, das aus dem Humankapital entspringt. Dies scheint vor allem dann dringlich, wenn für v_i Werte angegeben werden, die deutlich über 100.000 CU pro Jahr, dividiert durch $m+1$, liegen, oder ein Vielfaches dessen betragen, was ein durchschnittlich ausgebildeter Arbeiter erzielt. (Ein Jahr mit 1.667 Arbeitsstunden hat 100.000 Arbeitsminuten, so daß man in dieser Zeit mit „einfacher Arbeit“ theoretisch 100.000 CU, dividiert durch $m+1$, an Arbeitslohn erhält, wobei m die Mehrarbeitsquote ist.)

Um hier die KIES-Ermittlung nicht zu komplex werden zu lassen, könnte ich mir eine vereinfachte Lösung vorstellen: Die Arbeitseinkommen v_i werden „degressiv“ gewertet. Wenn jemand ein v_i meldet, das doppelt so hoch ist wie das eines „einfachen Arbeiters“ (z.B. $v_i = 2 v_0$), wird es nur als 1,5-fach so hoch gewertet ($v_i' = 1,5 v_0$); wer ein viermal so hohes Einkommen ($4 v_0$) angibt, bei dem wird nur die Hälfte, also $2 v_0$, anerkannt, oder ähnlich. – Die gute Ausbildung wird sich dennoch unterm Strich in einem guten Gesamteinkommen „nach KIES“ bezahlt machen.

Auch hierüber muß man in aller Ruhe nachdenken und z.B. durch Simulationen die Wirkung studieren.

4.5.3 Vertrauensschutz, die Lage der Rentner

Die abrupte KIES-Einführung trifft diejenigen, die sich durch harte Arbeit eine kleine Rücklage für das Rentenalter gebildet und dabei die zu erwartenden Kapitalzinsen mit einkalkuliert haben, mit unfreundlicher Härte. Hier muß man aus Gründen des Vertrauensschutzes über passende Übergangsregelungen nachdenken.

Andererseits wird es im eingeschwungenen Zustand der NE wahrscheinlich als ganz normal abgesehen werden, daß ein Kapital, das man sich als Altersrücklage angesammelt hat, ab dem Moment, wo man zu arbeiten aufhört („in Rente geht“), nicht mehr weiter anwächst: die durchschnittlichen Kapitalzinsen sind ja dann nach dem Buchstaben des KIES-Gesetzes an das KIES-Amt abzuliefern. Das während der aktiven Arbeitsphase zurückgelegte Kapital wird dann eben im Lauf der Rentnerjahre verbraucht. (Das sehen übrigens andere Leute, die über wirtschaftliche Alternativen nachgedacht haben, genauso: [Ke94], [Cr97].) Damit es dann auch solange reicht, wie man es braucht, wird man normalerweise eine Rentenversicherung einschalten, die das Kapital „verrentet“.

4.6 Aspekte der New Economy

Durch die Einführung des KIES-Gesetzes in die Freie Marktwirtschaft entsteht aus dem Kapitalismus (Old Economy, OE) eine Marktwirtschaft ohne Ausbeutung und ohne Wachstumszwang: Die New Economy (NE).

Im folgenden wollen wir an diese einige Fragen stellen, die den in Kapitel 2.8 an die OE gestellten entsprechen.

4.6.1 Ist Wachstum in der NE notwendig?

Nein. Wachstum entsteht in der NE aus der freiwilligen Leistung von Wachstumsarbeit g durch die einzelnen Gesellschaftsmitglieder, nicht wie in der OE aus der zwangsweise den Arbeitern abgepreßten Mehrarbeit.

In der NE können sich die Arbeiter jederzeit dazu entschließen, den gesamten Mehrwert m , der ihnen ja als Profit p oder KIES k wieder ausbezahlt wird, konsumtiv mitsamt v als u zu vernutzen, so daß die Wachstumsarbeit $g = a - u$ auf Null sinkt. Dadurch passiert nichts anderes, als daß der Zustand der *Einfachen Reproduktion* ([K2], Kapitel 20, 21), der im Kapitalismus die Katastrophe bedeutet hätte, eintritt. In der NE ist dieser *Stationäre Zustand* der Wirtschaft, die Einfache Reproduktion, nach allem, was ich aus heutiger Sicht erkennen kann, mit keinerlei Krisenerscheinung verbunden.

De facto wird vermutlich auch in der NE immer ein Wachstum der Produktivität stattfinden, da die Leute schon aus Neugier ein wenig Arbeitszeit für den technischen Fortschritt aufwenden werden. Gewisse technische Verbesserungen der Produktionsweise sind allein schon deshalb nötig, da die bisherige Wirtschaft, die natürliche Ressourcen unwiederbringlich verbraucht, in eine dauerhaftere, mehr zyklische Form (Sonnenenergie, Recycling) überführt werden muß, wie in Kapitel 2.6.2.5 bereits angesprochen.

Eine andere Lage liegt allerdings vor, falls die NE sich noch nicht in genügend großem Maßstab ausgebreitet hat, und es daher noch OE-Blöcke auf der Welt gibt, die den technischen Fortschritt als Waffe, nicht zuletzt militärisch, gegen die NE-Gemeinschaft in Stellung bringen. In diesem Fall ist die Möglichkeit der NE-Leute, über die optimale Wachstumsgeschwindigkeit frei zu entscheiden, durch die äußere Bedrohung eingeschränkt. Dennoch ist auch das kein Grund, die Ausbeutung womöglich wieder einzuführen, die KIES-Zahlungen wieder abzuschaffen und die punktförmige Kapitalkonzentration wieder

zuzulassen, bloß um der *OE* Paroli zu bieten. Man wird da hoffentlich intelligentere Lösungen finden.

4.6.2 Ist andauernde Arbeit in der NE notwendig?

Nein. Im Kapitalismus (Old Economy, *OE*) wird der technische Fortschritt offenbar zu einem Problem für die Leute, vor allem weil die Arbeitslosigkeit sich anscheinend mit der Zunahme der Produktivität verschärft, und weil die meisten nur durch andauernde Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern können. In der *NE* dagegen kommt der technische Fortschritt praktisch allen zugute, was vor allem dazu führt, daß man auch mit Teilzeitarbeit ein volles, für ein gutes Leben hinreichendes Einkommen erzielt.

Welche Antworten die NE auf das Problem der Arbeitslosigkeit gibt, wurde bereits in Kapitel 2.9.3 (Der Ausweg) dargestellt: Jeder Mensch wird erstens in relativ kurzer Zeit ein ausreichendes Vermögen ansparen können, das ihm hilft, auch längere arbeitsfreie Perioden gelassen überstehen zu können. Zweitens ist es bei verlangsamtem Fortschritt der Produktionsverfahren wesentlich leichter, die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Arbeitsplätze mit hoher Vorhersage-Sicherheit zu lösen, d.h. der Einzelne kann die Stelle antreten, für die er sich ausgebildet hat. Drittens veraltet in dieser gemütlichen Wirtschaftsweise einmal Gelerntes nicht mehr so schnell. Und viertens kann jemand, der relativ schlecht ausgebildet ist, sich in der NE einfach mehr Zeit für eine Aufgabe nehmen: Er wird dennoch wegen des hohen Bezahlungsgrades der Arbeit seinen Lebensunterhalt auch mit seinem verringerten Wirkungsgrad verdienen können.

Für die Anhänger der These, daß Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden kann, kann ich noch hinzusetzen: In der *NE* findet eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung statt, da man in der halben Zeit bereits mehr als doppelt soviel Einkommen erwirtschaften kann, so daß kein vernünftiger Mensch mehr so rackern wird wie heute.

Egal wie hoch die Produktivität *h* einmal sein wird: In der *NE* wird immer dafür gesorgt sein, daß sie allen Leuten zugute kommt, nicht nur den Experten, die in der *OE* die arroganten, anspruchsvollen, uferlosen Leistungsanforderungen der Wirtschaft erfüllen oder den wenigen, die in der *OE* über Kapital verfügen.

Daher meine ich, daß die *NE* nie ein Problem damit bekommen wird, daß die Produktivität zu hoch sein könnte, daß man also in minimaler Zeit alles Nötige herstellen kann.

Daher sind auch die neuesten Vorschläge aus Soziologenkreisen von wegen „Bürgerbeschäftigung jenseits der Erwerbsarbeit“ oder auch „Tittytainment“ (Brot und Spiele für die Hinausgedrängten) abwegig und nicht zu empfehlen.

4.6.3 Die Rolle des Staates in der NE

Man wird auch in der *NE* so etwas wie einen Staat brauchen: eine Institution, die das Gewaltmonopol innehat und die dafür sorgt, daß demokratisch beschlossene Gesetze eingehalten und Personen und Eigentum vor Übergriffen von innerhalb und außerhalb der Gesellschaft geschützt sind.

Der Staat soll selbstverständlich demokratisch aufgebaut sein und zu seinen Handlungen von der Bevölkerung beauftragt werden, damit er der Bevölkerung nutzt und sonst niemandem.

Der Staat der *NE* wird sich aber in einigen Punkten von den bekannten kapitalistischen Staaten unterscheiden.

4.6.3.1 *Er nimmt sich zurück*

Er soll sich *zurücknehmen*, weniger wichtig machen. Er braucht nicht gleich „abzusterben“, wie es die Kommunisten einmal erträumten, aber er soll sich auf seine unvermeidlichen Grundfunktionen zurückziehen.

4.6.3.2 *KIES-Abwicklung*

Der Staat soll auf die ordnungsgemäße Durchführung der KIES-Verteilung achten. Er muß insbesondere das KIES-Amt mit Inkasso-Rechten ausstatten, und muß auch überwachen, daß der KIES an die Richtigen (und vollständig) ausbezahlt wird.

4.6.3.3 *Subsidiaritätsprinzip*

Vorzug der dezentralen Regelung gegenüber der zentralistischen.

4.6.3.4 *Polizei*

Diese soll auf ein Minimum reduziert sein. Das scheint auch möglich, da wegen der ausgeglichenen sozialen Verhältnisse, die der KIES bewirkt, weniger sozialer Sprengstoff vorhanden sein wird.

4.6.3.5 *Militär*

Die Notwendigkeit der Militärs wird wesentlich davon abhängen, wie der Rest der Welt auf die KIES-Einführung im KIES-Gebiet reagiert.

4.6.3.6 *Soziales*

Das Sozialwesen, das in den bürgerlichen Staaten wegen der weitverbreiteten Armut in der OE einen der größten Budgetposten darstellt, kann in der NE auf wesentlich niedrigerer Flamme vor sich hin köcheln. Denn die Leute in der NE werden reich und wohlhabend, es bricht wirklich der „Wohlstand für alle“ aus, den ein Protagonist der OE einmal der sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“ nachgesagt hat.

4.6.3.7 *Arbeitsschutz*

In der OE sieht sich der Staat genötigt, den Unternehmen gewisse Schranken aufzuerlegen, damit sie die Ausbeutung nicht zu weit treiben: Es gibt das Verbot von Kinderarbeit, eine Begrenzung von Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit, Ladenschlußgesetze – alles zum Schutz der Arbeitnehmer, die offenbar im Kräftespiel des freien Marktes notorisch der Kapitaleseite unterlegen sind und daher des staatlichen Schutzes bedürfen. Oft mußte der Staat sogar noch von den Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften, zu diesen Schutzmaßnahmen gedrängt werden.

In der NE werden die Arbeiter eine wesentlich stärkere Position gegenüber der Kapitaleseite haben: Erstens sind sie kurze Zeit nach Einführung der NE bereits Mitbesitzer vieler Firmen, da das Kapital immer breiter gestreut wird. Über diese Eigentumsrechte können sie – z.B. auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften – auf die Firmenpolitik Einfluß nehmen. Zweitens sind die Leute in der NE binnen kurzem genügend wohlhabend, so daß sie von der kontinuierlichen Verfügbarkeit eines Arbeitsplatzes nicht mehr abhängen. Daher werden sie, wenn jemand ihnen einen Arbeitsplatz mit unzumutbaren Arbeitszeiten oder anderen Härten anbietet, entweder dankend ablehnen oder einen entsprechenden saftigen Zuschlag, z.B. für Wochenendarbeit, herausschlagen. Die „Arbeitgeber“ werden daher aus marktwirtschaftlichem Eigeninteresse heraus die Arbeitsplätze so „human“ gestalten, daß diese eine genügende Nachfrage bei den knappen Arbeitskräften erzeugen. Denn in der NE kann es leicht zu einer Knappheit an Arbeitskräften statt an Arbeitsplätzen kommen, da den „Arbeitern“ bereits ca. 3-6 Monate Arbeit pro Jahr ausreichen, um prächtig zu leben.

Daher regelt sich das Problem mit dem Arbeitsschutz rein marktwirtschaftlich und der Staat hat auch hier weniger zu tun.

4.6.3.8 Wirtschaftspolitik

In der NE versucht der Staat ständig, sein Volk und Land als Anlagesphäre für das internationale Kapital attraktiv herzurichten: Standortpolitik. Ständig subventioniert er hier einen Investor, erläßt dort die Steuern, greift selbst als Kapitalgeber ein usw. In der NE wird meines Erachtens dieser Ausverkauf von Land und Leuten an das Kapital abnehmen. Stattdessen wird hoffentlich einmal ein Wettbewerb der Staaten um *Attraktivität für die arbeitenden Menschen* beginnen. Die Chancen dafür stehen in der NE nicht schlecht, denn generell wird die Position der Arbeit gegenüber dem Kapital durch den KIES gestärkt, und es wird eher die Arbeit knapp als das Kapital.

Aber am besten ist, wenn der Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft heraushält und abgesehen von der Sicherung des Eigentums, der Herausgabe von Banknoten und der Durchsetzung des KIES-Gesetzes nicht in die Wirtschaft eingreift.

4.6.3.9 Schulwesen

Bisher betrachtet der Staat die Organisation des Schulwesens mitsamt der Schulpflicht als seine hoheitliche Aufgabe, wahrscheinlich deshalb, weil viele Eltern in früherer Zeit und auch heute noch oft nicht einsehen, warum die Kinder die Schulbank drücken sollten statt sich als billige Arbeitskräfte auf dem Feld und in den Fabriken nützlich zu machen, und auch weil die Eltern ein privat organisiertes Schulwesen gar nicht finanzieren konnten. Dabei hat der Staat das Interesse an der Heranbildung von gut funktionierenden Staatsbürgern, Arbeitskräften und, wenn es sein muß, Soldaten.

In der NE dagegen werden die nun wohlhabenden Eltern ihren Kindern von sich aus eine gute Bildung zukommen lassen wollen, und sie können auch Schulgeld aufbringen, um alternative Schulen zu finanzieren (z.B. über Schulvereine), in die der Staat nichts hineinzureden hat. Daher wird auch auf diesem Feld der Einfluß des Staates abnehmen.

4.6.3.10 Steuern

Da der Staat insgesamt weniger Aufgaben hat, braucht er auch weniger Steuern zu kassieren. (Den KIES bezeichne ich nicht als Steuer, denn er ist ein Nullsummenspiel, an dem der Staat nichts verdient.) Wo der Staat sich im einzelnen seine Einnahmen herholt, ob mehr durch direkte oder indirekte Steuern, ob anhand der Einkommen „vor“ oder „nach KIES“, darüber will ich hier nicht spekulieren.

Ich will nur noch – weil es die Intention dieses Buches weiter klären kann - auf eine bestimmte Steuer eingehen, die *Erbschaftssteuer*.

In der heutigen Welt des Kapitalismus gibt es eine Einrichtung namens Erbschaftssteuer. Leute mit hohem Vermögen können dieses aufgrund der Erbschaftssteuer nur mehr oder weniger reduziert an ihre Erben weitergeben.

Man könnte meinen, daß so eine Steuer gut zum KIES paßt, der ja auch vor allem die großen Vermögen attackiert. Ich bin nicht dieser Meinung. Der KIES hat nichts gegen hohe Vermögen, solange die betreffende besitzende Person durch ihre hohe Arbeitsleistung das Vermögen „rechtfertigt“. Der KIES verfolgt zunächst einmal das Leistungsprinzip: 100% Bezahlung der Leistung, keine Ausbeutung derer, die Arbeit leisten, durch die Besitzenden.

Wenn nun jemand ein Vermögen erarbeitet hat und es, statt es selber zu verbrauchen, an seine Erben oder sonst jemanden weiterreicht, dann ist es nicht selbstverständlich, daß sich in diesem Moment der Staat einschaltet und sich an dem Kapital-Transfervorgang bereichert.

Falls der begünstigte Erbe das Vermögen „mißbraucht“, also nicht wie der Vorbesitzer durch eigene Arbeit „rechtfertigt“, wird bei ihm automatisch der KIES zuschlagen; dafür ist eine Erbschaftssteuer nicht notwendig. Falls das Vermögen zur Arbeit des Erben „paßt“, ist die Erbschaftssteuer erst recht unbegründet. (In diesem Fall halte ich's mit *Goethe*: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“ – Wer mit dem Erbe sinnvoll arbeitet, soll es auch besitzen dürfen.)

Eine andere Frage ist, ob etwa in der Übergangszeit, in den ersten Jahren nach der KIES-Einführung, wenn noch viele ehemalige Kapitalisten auf ihren astronomischen Vermögen sitzen, die sie in der OE durch Ausbeutung, Landnahme etc. „gemacht“ haben, eine Erbschaftssteuer angebracht ist, um den nötigen Vermögensausgleich zwischen den gesellschaftlichen Klassen zu beschleunigen. Aber dies ist eine Ausnahmesituation. Siehe Kapitel 5.

Soviel also zur Rolle des Staates in der NE.

4.6.4 Die Rolle der Banken

Zur Rolle der Banken (vgl. Kapitel 2.8) möchte ich nur anmerken, daß diese auch in der NE nötig sind zur Bündelung des Kapitals. Es ist ganz in Ordnung, wenn die Banken nach wie vor für das ihnen anvertraute Kapital die rentabelste Anlagesphäre suchen. Die Banken müssen sich allerdings daran gewöhnen, daß sie es in der NE nicht mehr mit wenigen Großkapitalisten einerseits und mit armen Schluckern andererseits zu tun haben, sondern mit einer Vielzahl an der Wirtschaft Beteiligten, die jeweils Vermögen von mehreren Mannjahren ihr eigen nennen.

4.6.5 Parteien, Gewerkschaften

Parteien wird es auch in der NE geben, denn es soll ja eine demokratische Gesellschaft sein, und politische Fragen, die zu lösen sind, wird es noch genug geben.

Parteien werden jedoch vor allem am Ende der OE, vor dem Übergang zur NE, eine wichtige Bedeutung haben: Zumindest eine von ihnen wird sich die Einführung des KIES-Gesetzes auf die Fahnen schreiben, und wenn sie die Mehrheit der Stimmen erzielt, findet die Wende statt.

Gewerkschaften oder andere Arbeitervertretungen wird es wohl auch in der NE noch geben. Jedoch wird sich ihr Aufgabenfeld etwas ändern, da sie nicht mehr so arme Schlucker wie heute zu vertreten haben und nicht mehr gegenüber dem Kapital auf so verlorenem Posten stehen wie heute. Heutzutage müssen die Gewerkschaften ständig versuchen, die Gesetze des Arbeitsmarktes zu überlisten und den „Wert der Arbeitskraft“ (siehe Kapitel 2.3) etwas hochzuschrauben, indem sie kleine Kartelle innerhalb der Arbeitnehmerschaft bilden.

In der NE dagegen haben die Arbeiter den Markt auf ihrer Seite: Sie werden durch das freie Spiel der Kräfte, allein auf Basis des KIES-Gesetzes, ihre Interessen durchsetzen können. Gewerkschaften sind dann nicht mehr so lebenswichtig für die Arbeiter. Möglicherweise braucht man nicht einmal mehr Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, da jeder einzelne Mensch in der NE, wie geschildert, eine genügend starke Verhandlungsposition hat, wenn es um solche Dinge wie Lohnhöhe und Arbeitszeit geht.

Aber zur Sicherheit sollten die Gewerkschaften diesen Prozeß der Stärkung der Arbeiter durch die Bedingungen der NE aufmerksam und aktiv mitverfolgen, damit das gewünschte Ergebnis herauskommt.

4.6.6 Dritte Wege

Es gab und gibt in letzter Zeit verschiedene Ansätze zu einem „Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“. Wir wollen einige davon hier Revue passieren lassen und sehen, wie sich das in diesem Buch vorgeschlagene Konzept dazu verhält.

4.6.6.1 Prager Frühling 1968

Zum Beispiel ist aus der Bewegung des „Prager Frühlings“ 1968 eine solche Initiative hervorgegangen [3W74].

Diese Bewegung „Dritter Weg“ in den sechzigern und Abfang der siebziger Jahre hatte zum Ziel, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, der sowohl die Macht des Kapitals als auch die des Staates in Schranken hält. Ich glaube, zwischen den damaligen Bestrebungen und dem, was ich hier als „New Economy“ vorschlage, können gewisse Gemeinsamkeiten festgestellt werden, aber auch Unterschiede, wie man aus den folgenden Zitaten aus einem damaligen Buch [3W74] ersehen kann.

„Der Sozialismus“ (nach den Vorstellungen dieses 3. Weges) „entsteht als eine Gesellschaft ohne Klassengegensätze und ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; sie beruht auf der allgemeinen Verbindung von Arbeit und Unternehmen; es ist eine Gesellschaft mit einem Wirtschaftssystem, das sich planmäßig des Marktes bedient; eine Gesellschaft der sozialen und nationalen Gerechtigkeit; eine industriell entwickelte Gesellschaft, in der die Produktivkräfte sich intensiv entfalten; eine Gesellschaft, die durch den Reichtum ihrer Springquellen ein menschenwürdiges Leben und freundschaftliche Beziehungen gegenseitiger Kooperation zwischen den Menschen möglich macht; eine Gesellschaft, die nach und nach Raum für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit öffnet.“ ([3W74], S. 62)

Diese Aussagen können auch für die NE zutreffen, vielleicht mit der kleinen Korrektur, daß die NE sich des Marktes nicht „planmäßig“, sondern „bewusst“ bedient, denn in der NE gibt es wirklich noch den freien Markt für Waren, Arbeit und Kapital und nicht einen auf Konsumgüter reduzierten Markt im Dienste einer sozialistischen Planwirtschaft. - Auch soll sich die menschliche Persönlichkeit nicht erst „nach und nach“ entfalten, sondern gleich mit der Wende zur NE.

„Das sozialistische Programm enthält jedoch keine bloß formale, sondern eine ‘reale Vergesellschaftung’, das heißt, die Schaffung von Wirtschaftsformen, die faktisch die Gewähr dafür bieten, daß alle Arbeitenden den Produktionsprozeß wirklich beherrschen und sich die Schaffung des Reichtums zu eigen machen, statt ihr zu dienen. ... Entsprechend der jeweiligen Form und Funktion der gesellschaftlichen Produktivkräfte bedient sich die sozialistische Gesellschaft einer breiten Skala von Eigentumsformen, um jede nur denkbare unternehmerische Initiative der Werktätigen zu mobilisieren.“ ([3W74], S. 64)

Auch diese Ausführungen treffen auf die NE zu, bis auf den letzten Halbsatz, in dem die „Werktätigen“ das Objekt einer Mobilisierung werden - dieser Halbsatz sollte stattdessen lauten: „um der Bevölkerung jede nur denkbare Freiheit bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen.“

4.6.6.2 Dreigliederung des sozialen Organismus

Die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist ursprünglich ein Konzept des Begründers der Anthroposophie und der Waldorfschulen, Rudolf Steiner (1861-1925). Die grundlegende Idee der Dreigliederung ist es - kurz gefaßt -, die Ideale der Französischen Revolution, nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, auf die drei wichtigsten Bereiche der Gesellschaft sinnvoll anzuwenden, nämlich ein Freies Geistesleben, ein auf Gleichheit beruhendes Rechtswesen und eine auf Brüderlichkeit beruhende Wirtschaft anzustreben. Dieser Vorschlag ist seitdem weiterentwickelt worden und wird in vielen Büchern und Vorträgen (z.B. [Me88], [Bo92], [UH97]) sowie in Zeitschriften, z.B. dem Dreigliederungs-Rundbrief [R3G] diskutiert.

Kennzeichen dieses Konzeptes sind unter anderem:

- Die Wirtschaft soll auf Assoziationen aufbauen; das sind Zusammenschlüsse von Produzenten, dem Handel, sowie Verbrauchern, die gemeinsam Wirtschaftsziele definieren, Verträge intern und mit anderen Assoziationen schließen und so die Ziele verwirklichen.
- Bei Krediten sollen die Zinsen nicht im Vordergrund stehen, stattdessen soll das gemeinsame Interesse mit dem Kreditnehmer ein Motiv für das Verleihen von Geld sein.
- Als wesentliche Quelle für die Firmengewinne wird die Produktivität und die Kreativität angesehen, die aus dem Geistesleben herrührt. Daher sollen umgekehrt die Firmen aus ihren Gewinnen „Schenkungs-geld“ an die Institutionen des Geisteslebens abgeben.
- Eine Trennung von Arbeit und Einkommen wird angedacht: Der einzelne soll nicht in erster Linie wegen des Strebens nach Einkommen arbeiten, sondern um seinen Mitmenschen und der Gesellschaft etwas Gutes zu tun.

Vom Geistesleben wird ausgesagt ([Bo92], S. 27): „Es ist selbstverständlich, daß das Geistesleben in direktem Sinne keine wirtschaftlichen Werte produziert. Es ist für seine materielle Grundlage deshalb von einem Geldstrom aus dem Wirtschaftsleben abhängig (Überschüsse, Gewinne).“

Diese Konzepte verdienen großen Respekt. Leider ist hier nicht der Platz, um auf mehr Details einzugehen. Ich verweise auf die zitierte Literatur.

Allerdings ist mir auch daran gelegen, mögliche Fehler bei den Ansätzen der verschiedenen Dritten Wege aufzudecken, um schließlich zu einem gemeinsamen, überzeugenden und realisierbaren Lösungsvorschlag zu gelangen. Daher möchte ich auf einige kritische Anmerkungen nicht ganz verzichten.

- Die Firmengewinne stammen, wie in diesem Buch eindringlich gezeigt wurde, aus dem Mehrwert, d.h. aus der den Arbeitern und Angestellten abverlangten Mehrarbeit. Daran hat das Geistesleben eigentlich keinen besonderen Verdienst.
- Die Produktivität und ihre beständige Erhöhung ist zum Teil durch geistige Leistung begründet, aber genauso auch durch jede andere „Vorausarbeit“ oder „Wachstumsarbeit“, wie ich sie in diesem Buch genannt habe. Nicht nur Erfindungen und neue Entwicklungen (Ingenieurleistungen, Forschung und Entwicklung) erhöhen die Produktivität, sondern auch jede neu aufgestellte Maschine, Fabrikhallen, Infrastruktur usw, wobei die Herstellung dieser Produktionsmittel die Kombination vieler Arbeiten erfordert, nicht nur der Tätigkeit des Geisteslebens.
- Die Trennung von Arbeit und Einkommen ist in Teilbereichen ein gangbares Prinzip – aber für einen großen Wirtschaftsraum, z.B. eines Landes oder darüber hinaus, ist es wohl etwas unrealistisch: Das erzielbare Einkommen ist dort nach wie vor ein wichtiges Motiv für die Arbeitsleistung.

Daher glaube ich, daß der in diesem Buch propagierte modifizierte Markt, der das Leistungsprinzip besonders zur Geltung bringt, weil er die Ausbeutung vermeidet, und der zu „Reichtum für alle“ führt, wahrscheinlich gegenüber dem Dreigliederungsvorschlag gut bestehen kann.

Das Geistesleben und das Kulturleben können von diesem allgemeinen „Reichtum“ sehr wohl profitieren, denn wenn die Menschen allgemein mehr freie Zeit und auch etwas mehr Geld haben, dann werden sie sich eine bessere Ausbildung und Bildung (Humankapital) zukommen lassen können und werden auch solche Bedürfnisse befriedigen wollen, die heute als Luxus einer gewissen Oberschicht gelten: Theaterbesuche, Seminare, Konzerte besuchen etc. Auch Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft können dann zunehmen etc. Diese können dann direkt von ihren privaten „Kunden“ getragen werden (Schülereltern, Studierenden), so daß sie weder auf staatliche Zuschüsse noch auf Sponsoring aus der Wirtschaft angewiesen sein müssen.

4.6.6.3 Freiwirtschaft nach Silvio Gesell

Ein weiterer „Dritter Weg“, der auf Konzepten von Silvio Gesell (deutsch-argentinischer Kaufmann Anfang des 20. Jahrhunderts) beruht, ist u.a. durch zwei Bücher ([Ke94], [Cr97]) bekanntgemacht worden und wird momentan in einer Zeitschrift diskutiert ([D3W]).

Kernaussagen dieser Bewegung sind, daß das Stocken des Geldumlaufs eine Hauptursache für Krisen ist. Damit es unattraktiv wird, Geld zu horten, werden Mechanismen vorgeschlagen, die das Geld quasi „altern“ lassen.

Margrit Kennedy schreibt ([Ke94], S. 30): „Mit dem Zins in unserem Geldsystem ist also eine Umverteilung von Geld verbunden, welche nicht auf Leistung beruht, sondern letztlich darauf, daß jemand die freie Marktwirtschaft ... durch Zurückhalten des Austauschmittels behindern und für die Aufgabe dieser Behinderung eine Belohnung erzwingen kann. ... Dies ist eine andere und eine weit subtilere und effektivere Form der Ausbeutung als jene, die Karl Marx zu beheben versuchte. Fraglos hatte er recht, auf die Quelle des Mehrwerts in der *Produktionssphäre* hinzuweisen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft realisiert sich der Mehrwert jedoch erst in der *Zirkulationssphäre* von Geld und Waren, ja in immer größerem Umfang ausschließlich in der Geldsphäre.“

Weiterhin werden in diesen Büchern die Begriffe „Zins“ und „Inflation“ immer in einem Atemzug genannt, so als wären sie das Gleiche. Das Wort „Kapital“ dagegen kommt fast gar nicht vor, da stattdessen alle Übel als Ergebnis der Institution „Geld“ angesehen werden.

Auch hier kann ich nicht auf Details eingehen. Aber ich denke, ich muß doch darauf hinweisen, daß die normale, von Marx beschriebene Ausbeutung mittels der Mehrwertproduktion in der *Produktionssphäre* nach wie vor genau das ist, wovon die kapitalistische Wirtschaft lebt und worunter die Mitglieder dieser Gesellschaft zu leiden haben. Eine daneben existierende „weit subtilere und effektivere Form der Ausbeutung“ kann ich nicht erkennen. Daher bin ich dafür, diese über 100 Jahre alte erste Form der Ausbeutung vorrangig zu bekämpfen und abzuschaffen, durch die Vorschläge dieses Buches.

Gegen den Zins muß man dabei gar nicht so sehr vorgehen – ich habe in diesem Buch gezeigt, daß eine ausbeutungsfreie Wirtschaft und sogar ein inflationsfreies Geld sich sehr wohl mit der Existenz des Zinses (und des Zinseszinses) vertragen können. Es kommt eben darauf an, wer das Kapital besitzt und wo daher die Zinsen hinfließen.

Und auch das Geld sollte nicht überbewertet werden: „Kapital“ ist das Lösungswort! Dabei kann Kapital die verschiedensten Formen annehmen: Produktionsmittel, Boden, Immobilien, Wertpapiere, Aktien etc, sogar auch „Humankapital“. In Form von Geld liegt es meist tatsächlich nur kurze Zeit vor, denn Geld bringt erst dann Zinsen, wenn man es investiert und in „lebendes Kapital“ verwandelt.

Übrigens wird die beliebte Unterscheidung zwischen Geldkapital und Produktivkapital meines Erachtens überbewertet: Die Meinung, daß allein durch Spekulation mit Geldkapital irgendein realer Profit entstehen könnte, der mit dem in der Produktionssphäre entstehenden Mehrwert nichts zu tun hätte, ist eine Illusion.

4.7 Die Zukunft der Marktwirtschaft, die wir herbeiführen können

Zusammenfassung von Kapitel 4: Dieses Kapitel hat gezeigt, wie die New Economy (NE) aussieht, die durch Einführung des „Kapital-Einkommen Ersetzenden Zusatzgehalts“ (KIES) in die freie Marktwirtschaft entsteht.

Wenn man die in Kapitel 4.3.4 dargestellten Entwicklungslinien der NE in die Zukunft verlängert, ergibt sich in etwa folgendes Bild:

- Die Menschen werden ca. ein Viertel bis halb so viel arbeiten wie heute und dabei ein Mehrfaches an Wohlstand genießen.
- Der technische Fortschritt wird sich weniger hektisch als heute vollziehen, nämlich nur noch mit etwa einem Viertel der heutigen Geschwindigkeit. Die Produktivität wird aber in jedem Fall weiter steigen, gerade in dem Maße, wie die Menschen es wollen.
- Die Arbeitslöhne werden wahrscheinlich generell an Volumen (in „Wert“, CU, gemessen) abnehmen – in „Kaufkraft“ gemessen nehmen sie dennoch zu, weil die Waren preisgünstiger werden. Daneben wird das Kapitaleinkommen jedes Menschen zunehmen.
- Die KIES-Zahlungen, die am Anfang der NE für den Vermögensausgleich sorgen, und die zunächst den größten Teil der Arbeitereinkommen ausmachen werden, nehmen allmählich ab, so daß der KIES schließlich nur noch die Funktion eines „Kleinsignalreglers“ zur Stabilisierung der leistungsgerechten Vermögensverteilung ausübt.
- „Arbeitslosigkeit“ wird als seltsames, anachronistisches Problem der überwundenen „Old Economy (OE)“ erscheinen, da man in der NE sowohl von Arbeitseinkommen als auch Kapitaleinkommen lebt und generell nur noch das halbe Jahr (oder ca. 20 Lebensjahre insgesamt) für Geld arbeitet.
- Das gesamte Kapital der Gesellschaft wird sich schließlich in Händen derer befinden, die arbeiten. Wenn jemand zu arbeiten aufhört, kann er in Ruhe sein Kapital verbrauchen, es wird aber nicht mehr von alleine weiterwachsen wie in der Old Economy (OE). (Zum Thema Kapital-Rücklage fürs Alter siehe auch [Ke94]. – Bei dem Problem, die Altersrücklage für die gesamte Zeit, in der man sie verbrauchen will, gleichmäßig aufzuteilen, können kapitalstockbasierte Rentenversicherungen zur Lösung beitragen.)
- Das Gesamtkapital der Gesellschaft ist (wertmäßig) nur noch ein Viertel bis halb so groß wie in der aufgeblähten Wirtschaft der OE. Durch den Rückzug der Wirtschaft, die Abnahme des Arbeitsvolumens, den Rückgang des „Reichs der Notwendigkeit“, die Zunahme des „Reichs der Freiheit“ wird nicht nur der Mensch, sondern auch die Natur geschont, und die Menschen können sich auf eine herrliche Zukunft einrichten.

5 Übergangsphänomene

Wie kann sich diese neue Regelung (KIES), durch die die Marktwirtschaft ihren Charakter als „Kapitalismus“ verliert, weil nicht mehr die Arbeit unter das Kapital, sondern das Kapital unter die Arbeit subsumiert wird, in genügend großem Maßstab durchsetzen?

5.1 Die homogene Lösung

Die sogenannte „Welt-Evolution“ kann mit den geringsten Kollisionen ablaufen, wenn praktisch alle Gegenden dieser Welt gemeinsam die neue Kapitalbewertung einführen. Dann gibt es nirgendwo lokale Rückzugswinkel (Steuerparadiese) für das Kapital, so daß wir über das Phänomen Kapitalflucht etc. nicht nachzudenken brauchen.

Dies setzt natürlich voraus, daß die wichtigsten der neuen Gedanken vorher weltweit verbreitet werden und bei der Bevölkerung Anklang finden.

Damit die krassen Vermögensunterschiede, die in der OE herrschen, in der NE nicht noch Jahrzehnte weiterbestehen und eine gewisse Gefahr des Rückfalls in die OE heraufbeschwören, kann das KIES-Gesetz für die Übergangszeit eventuell durch nichtlineare Komponenten ergänzt werden (siehe Kapitel 4.5, 4.6), um das „Großsignalverhalten“ dieses ökonomischen Reglers zu verbessern.

5.2 Die inhomogene Lösung

Falls es aber nicht so homogen abläuft, und sich z.B. ein Kerngebiet und ein Randgebiet mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der KIES-Einführung herausbilden, muß man sich beizeiten über folgende Effekte Gedanken machen:

1. *Kapitalflucht*: Der Kies ist natürlich ein Standortnachteil aus Sicht des Kapitals. Personen mit großem Kapitalbesitz, also hohem $w_i = C_i / v_i$, könnten daher versucht sein, ihr Kapital in Gegenden zu transferieren, die beim KIES-System nicht mitmachen, bzw. sie wandern höchstpersönlich mitsamt ihrem C_i aus.
2. *Einwanderung der Arbeiter in das Kerngebiet*: Der KIES beschert den Arbeitern eine kräftige Einkommenserhöhung. Das macht das KIES-Gebiet attraktiv für Arbeiter, denn KIES ist ein Standortvorteil aus Sicht der Arbeiter.
3. *Nachteile wegen verringerter Wachstumsarbeit*: Ein Hauptziel der KIES-Einführung ist es, die Ausbeutung zu beseitigen. Dies heißt, man muß für den gleichen oder auch höheren Wohlstand weniger arbeiten. Die direkte Folge ist, daß Teil II der Wirtschaft etwas zunimmt während Teil I, die Wachstumsarbeit, deutlich abnimmt. Somit wird der technische Fortschritt, die Produktivitätserhöhung, verlangsamt. Wenn andere Regionen dieser Erde währenddessen noch die alte Ausbeutung beibehalten, werden diese mit der Zeit einen Produktivitätsvorsprung erlangen. Es wird dann zunehmend schwerer sein, noch in diese Gegenden zu exportieren oder mit ihnen am Weltmarkt zu konkurrieren.

Man müßte hier wohl über eine gewisse Autarkie (Selbstversorgung) nachdenken, also die Möglichkeit, ohne den Handel mit diesen Ländern auszukommen. Diese Autarkie wird um so leichter gelingen, je größer der Einzugsbereich der Neuen Wirtschaft ist und je besser dieses Einzugsgebiet mit den nötigen Rohstoffen ausgestattet ist.

In so einer Lage wird die Versuchung groß sein, vom „feindlichen“ Umland Kredite und

geliehene Maschinen anzunehmen, in der Hoffnung, auf diese Weise den Produktivitätsvorsprung einholen zu können. Hiermit würde man sich aber in gefährliche Abhängigkeit begeben wegen des Zwangs, die Kredite mit weltmarktfähigen Produkten zurückzuzahlen.

Die KIES-Länder sollten möglichst überhaupt keine Kredite von solchen Kapitalgebern annehmen, die sich dem KIES-System entziehen. Denn jeder, der für ein solches Kapital arbeitet oder der Zinsen dorthin zahlt, der hat diesem Kapital Mehrarbeit geleistet, die unwiederbringlich verloren ist – keine Chance, sie indirekt wiederzuerlangen.

Wenn jemand, der sich von so einem „Fremdkapital“, das keinen KIES abführt, hat ausbeuten lassen, anschließend beim KIES-Amt den Antrag auf KIES stellt, kann das KIES-Amt mit Fug und Recht entgegnen: Dieser Mehrwert ist verloren, da kann man nichts machen.

4. Leider sind es nicht allein marktwirtschaftliche Mechanismen des Umlands, mit denen das Kerngebiet in der Übergangszeit rechnen muß. Aus der Geschichte der Sowjetunion und des Ostblocks ist bekannt, zu welchen politischen und sonstigen Mitteln die „Freie Welt“ greift, wenn es um Recht und Freiheit des Kapitals geht. Sehr beliebt sind z.B. *Boykott-* und *Embargo-*Maßnahmen. Noch heute gibt es die COCOM-Liste, auf welcher der Westen mißliebige Länder (Rußland, Cuba etc.) vermerkt hat, in welche hochwertige Technologiegüter nicht exportiert werden dürfen.
5. Und schließlich könnte vom Umland die *militärische* Karte gespielt werden, in zwei Varianten:
 - Wettrüsten, also die militärische Drohung des Umlands, dem KIES-Gebiet den Garaus zu machen (worauf dieses irgendwie reagieren muß, wahrscheinlich durch eigene Rüstung); dies könnte auf Totrüsten abzielen, denn das kapitalistische Umland wird mitbekommen, daß das KIES-Gebiet wegen der abgeschafften Ausbeutung weniger Mittel für so unsinnige „Faux frais“ wie das Militär übrig hat;
 - zweitens: die Ausführung der Drohung.



Mit diesen lieblichen Phänomenen muß man sich leider für den Fall der inhomogenen Entwicklung herumschlagen. Aber ich denke, auch diese Aufgaben sind lösbar, und es wäre doch gelacht, wenn die Menschheit die Befreiung aus der Tretmühle, in der wir uns heute befinden, nur deswegen nicht anpackt, weil es beim Übergang gewisse Vorsichtsregeln zu beachten gilt.

6 Zusammenfassung und Schlusswort

Wir haben in Kapitel 1 die Aufgabe geschildert, die es zu lösen gilt: Die Beseitigung der vielfältigen Formen von Not, Armut und Ausbeutung auf dieser Welt. Wir haben festgestellt, daß diese Übel offenbar mit der Wirtschaftsform zusammenhängen, und daß die heute vorherrschende Form der Wirtschaft die Marktwirtschaft ist, und zwar in ihrer Ausprägung als Kapitalismus, und daß die Alternative „Sozialismus“ aus verschiedenen Gründen praktisch verschwunden ist.

Dann haben wir in Kapitel 1 bereits den neuen Vorschlag skizziert, mit welchem die Vorherrschaft des Kapitals in der Marktwirtschaft beendet werden kann, so daß eine Marktwirtschaft mit mehr Freiheit als je zuvor, mit Wohlstand für alle, ohne Ausbeutung und ohne Wachstumszwang entsteht. Diese neue Wirtschaft, die auf dem Wertgesetz und anderen Erkenntnissen von Marx beruht, wurde in diesem Buch einfach als New Economy, NE, bezeichnet. Ob man sie z.B. auch als sozialistische Marktwirtschaft (nicht mit der Wirtschaft Chinas verwechseln!) oder vielleicht als Dritten oder Vierten Weg bezeichnen könnte, kann in der nun hoffentlich anhebenden Diskussion nebenbei geklärt werden.

In Kapitel 2 habe ich versucht, die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Marx'schen Dreiteiler, Kapital Band 1 bis 3 [K1, K2, K3], anhand unserer heutigen Situation darzustellen, wobei das Ziel nicht war, diese drei Bücher wie ein Tryptichon auszulegen und zu interpretieren, sondern das Ziel war, dem Leser / der Leserin die Mechanismen dieser Wirtschaft mit Hilfe der Marx'schen Einsichten so klar zu machen, daß ihm/ihr deutlich wird, was die Quelle der Armut ist und wo er/sie den Hebel zur Veränderung ansetzen kann.

Kapitel 3 befasst sich dann mit den Voraussetzungen und den Anforderungen an eine vernünftige Wirtschaftsform. Dazu wird dort die sogenannte Freie Gesellschaft (FG) besprochen, die auf der Abschaffung der Ausbeutung, aber auch auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruht, was gewisse Nachteile mit sich bringt.

Die Lösung der gestellten Aufgabe, nämlich das KIES-System zur Einführung des echten Leistungsprinzips (Einkommen entspricht der individuellen Leistung ohne Abzug des Mehrwerts) in die Marktwirtschaft, wodurch der heutige Zwang zur uferlosen Leistung verschwindet, wird in Kapitel 4 ausführlich dargestellt. Die voraussichtliche Entwicklung dieser New Economy (NE) wird anhand der Simulation der ersten dreißig Jahre nach der „Wende“ demonstriert.

Kapitel 5 befasst sich mit der Frage, wie der Übergang zum neuen Wirtschaftssystem sich praktisch vollziehen könnte und auf welche Widerstände man gefasst sein muss.

Dieses Buch begann mit der Verwunderung darüber, warum der Groschen einfach nicht fallen will. Ich bin zuversichtlich, denselben mit diesem Buch wieder ein wenig in Bewegung versetzt zu haben und bin nun gespannt, ob er seinen Weg findet.

Die Diskussion ist eröffnet.

7 Anhang: Leserbriefe und Flugblätter

Zur weiteren Verdeutlichung der Gedankenwelt dieses Buches werden hier einige Leserbriefe und Flugblätter abgedruckt, mit denen der Autor im Jahre 1998 versucht hat, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Im folgenden finden sich bereits veröffentlichte wie auch noch unveröffentlichte Leserbriefe.

Die Originalartikel, auf die sich die Leserbriefe beziehen, werden hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben; ihre Kenntnis ist zum Verständnis der Leserbriefe nicht unbedingt erforderlich, da diese weitgehend „self-contained“ sind. Der Leser wende sich ggf. an die betreffende Zeitung.

7.1 Leserbriefe

7.1.1 Leserbrief: Waren die 68er erfolgreich?

Eingereicht an die SZ am 10. Mai 98. Nicht im Druck erschienen.

Zu dem Artikel Unter dem Pflaster liegt der Zaster von Claudius Seidl in der SZ vom 2./3. Mai 98 im Feuilleton, Seite 13.

Der Artikel hat den provokanten Untertitel: „Die Revolution hat gesiegt, der Kapitalismus auch“. Hierzu hätte ich folgende Anmerkungen.

Die „Revolution“ der 68er hatte im Prinzip zwei Richtungen: a) Den *politisch-kulturellen* Impuls: Den „Muff unter den Talaren“ auslüften, die Macht der Familie und anderer bürgerlicher Institutionen verringern, Abkehr vom „Konsumterror“, Frauenemanzipation, sexuelle Befreiung, Bürgerbewegungen, mehr Demokratie etc.; b) den *politisch-ökonomischen* Impuls: Die Notstandsgesetze verhindern, den Vietnamkrieg und die Ausbeutung der Dritten Welt beenden, die Arbeiter befreien, „Das Kapital“ entmachten. Es scheint so, daß der kulturelle Impuls in vielfältiger Weise erfolgreich war: Ausbildung und Arbeitswelt wurden modernisiert; es gibt Bürgerbewegungen und die Grünen, kurz gesagt: Mehr Demokratie. Dies kann man evtl. auch mit „Verwestlichung“ bezeichnen: Angleichung der politischen Kultur Deutschlands an den US-amerikanischen Standard. Der zweite, gegen den Kapitalismus gerichtete Impuls war aber offenbar nicht erfolgreich: Im Gegenteil: Der Kapitalismus blüht stärker denn je. Er hat sich sogar die Ergebnisse des kulturellen Impulses der 68er zunutze gemacht, wie in dem Artikel anschaulich darstellt. Da aber die 68er nicht gerade eine Stärkung des Kapitalismus, sondern seine Beschränkung, wenn nicht gar Beseitigung, zum Ziel hatten, ist die Aussage, daß die „Revolution gesiegt“ hätte, natürlich etwas gewagt. Man kann genauso gut zu dem Ergebnis kommen, daß die 68er-Bewegung in ihrem Kern gescheitert ist, denn sie hat die wirkliche Befreiung der Gesellschaft aus der Vorherrschaft des Kapitals nicht geschafft.

Die Frage ist nun: Warum hat die 68er-Bewegung diesen für ihre Initiatoren ungewollten Verlauf genommen? Die Antwort ist, daß die Bewegung einige wesentliche Fehler gemacht hat: 1) Sie hat die Unfreiheit der Menschen hauptsächlich als *kulturell* bedingt angesehen und hat daher gemeint, die Abschaffung des „Spießertums“ und die Betonung von Kreativität und Spontaneität würde die große Befreiung bringen. 2) Sie hat sich unter dem Stichwort „Konsumterror“ gegen die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter gewandt und hat sich dadurch den berechtigten Vorwurf zugezogen, elitär und arrogant zu sein. 3) Sie hat das Wesen des Kapitalismus, nämlich die Unterordnung der ganzen Gesellschaft unter das Prinzip der *Kapitalverwertung*, nicht zur Kenntnis nehmen wollen. 4) Sie hat als konstruktiven Vorschlag für die Zukunft nur einen mehr oder weniger schwammig definierten Begriff von

„Sozialismus“, oder gar von „Rätedemokratie“ angeboten, was angesichts des fragwürdigen Beispiels des „Real existierenden Sozialismus“ im Osten bei niemand Vertrauen erweckt hat.

Diese Fehler haben im Endeffekt zum Scheitern der 68er-Bewegung geführt, denn daß sie dem modernen, aggressiven Kapitalismus der 80er und 90er-Jahre kulturell den Weg gebahnt haben, kann man nur mit einigem Zynismus als einen Erfolg der damaligen Bewegung bezeichnen. Man kann außerdem davon ausgehen, daß diese dem Kapital dienlichen kulturellen Umwälzungen (Abschaffung der bürgerlichen Beschränkungen des Kapitaleinsatzes, wie in dem Artikel beschrieben) wohl auch ohne die 68er sich in den 80er und 90er Jahren so oder so durchgesetzt hätten.

Abschließend kann man fragen: Was hätten die 68er konkret anders machen müssen, damit sie ihr Ziel, den Kapitalismus in die Schranken zu weisen anstatt ihn zu fördern, erreicht hätten? Meine Ansicht dazu ist: Sie hätten die Bedürfnisse der Menschen, inclusive der materiellen Bedürfnisse, ernst nehmen sollen; sie hätten studieren sollen, auf welche Weise diese im Kapitalismus den Kapitalinteressen untergeordnet werden, und sie hätten einen konkreten Vorschlag erarbeiten und publizieren sollen, wie die Menschen nicht nur kulturell, sondern auch ökonomisch befreit werden können.

Die 68er hatten zu dieser Nachdenk-Arbeit offenbar leider keine Zeit oder sie fanden einfach nicht die Lösung des Knotens. Inzwischen sind aber immerhin dreißig weitere Jahre ins Land gegangen und einige alte 68er haben im Stillen diese wissenschaftliche Arbeit nachgeholt. Das Ergebnis ist eigentlich so einfach, daß es sogar hier, in diesem Leserbrief, kurz skizziert werden kann: Die Befreiung der Menschen aus der Vorherrschaft des Kapitals kann auf elegante Weise - bei vollständiger Erhaltung der Effizienz der Marktwirtschaft - dadurch geschehen, daß vermittels einer aufkommensneutralen, leistungsorientierten *Kapitalsteuer* (Eigentümer großer Kapitalmengen zahlen eine Steuer, die als Einkommenszuschuß an arbeitende Menschen mit wenig Vermögen ausbezahlt wird) der Wirkungsgrad der eigenen Leistung für die arbeitenden Menschen wesentlich erhöht wird. Hierdurch wird der Zustand beendet, daß das in der Wirtschaft angesammelte Kapital ein Eigenleben gegenüber den Arbeitenden bekommt, und daß die Menschen (Arbeitende wie Arbeitslose) sich nach den Gesetzen eines anscheinend den Menschen aus der Hand geglittenen Weltmarkts richten müssen, wie wir es heute sehen. - Ein orthodoxer Sozialismus mit Abschaffung des Eigentums, Planwirtschaft usw. ist also für die Emanzipation der Menschen über das Kapital völlig überflüssig; die Lösung besteht vielmehr in der Einführung des leistungsorientierten Profitausgleichs in die Marktwirtschaft durch die skizzierte **positiv-negative Kapitalsteuer**, die für die meisten ein „**Kapitaleinkommen ersetzendes Zusatzgehalt**“ (**KIES**) darstellt. Das Ergebnis ist eine „**Marktwirtschaft mit sozialistischem Antlitz**“.

Wenn die 68er diesen Weg damals rechtzeitig erkannt hätten, bräuchten sie sich heute nicht das zweifelhafte Lob gefallen zu lassen, daß sie dem schrankenlosen Kapitalismus der 90er-Jahre den Weg gebahnt hätten.

Natürlich ist auch die Umsetzung des hier skizzierten Mechanismus zur Kapitalmacht-Beschränkung durch steuerliche Maßnahmen kein Kinderspiel, da viel Bewußtseinsarbeit zu leisten ist, damit die Mehrheit der Menschen den Nutzen der Maßnahme erkennt, und da mit massiver Gegenwehr von Seiten der Kapital-Besitzer und ihrer Klientel zu rechnen ist. Für einen Erfolg dieser Befreiungspolitik ist mit Sicherheit eine internationale konzertierte Aktion nötig. Aber mit dem Drive von 1968 wäre es wahrscheinlich zu schaffen. Also sollte die Lehre aus 1968 und danach die sein, daß man zumindest jetzt, 1998, diese neue Politik einleiten sollte, so daß im Jahr 2000 endlich erkennbar ist, daß die Menschen den Weg zur Befreiung aus den Zwängen der Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts angetreten haben.

7.1.2 Leserbrief: Die Quelle des Reichtums unter den Teppich gekehrt

Unter diesem Titel erschien der folgende Leserbrief am 27. Juli 1998 in der SZ, allerdings in gekürzter Form (praktisch nur die erste Hälfte, die mit einer offenen Frage endet). Die von der SZ weggelassenen Passagen werden hier in eckige Klammern gesetzt.

Zum Leitartikel „Viagra für die FDP“ von Heribert Prantl in der SZ vom 29. Juni.

Die FDP dreht durch. Wie sagte Herr Westerwelle auf dem Parteitag: „Wir setzen auf die Leistungsträger dieser Gesellschaft, auf die Fleißigen, nicht die Faulen“, „weniger Staat, mehr Eigenverantwortung der Bürger“. [Mit diesem Argument plädiert die FDP für mehr „Freie Marktwirtschaft“, Senkung der Steuern, Reform (d.h. Reduzierung) der Sozialleistungen.]

Die FDP hat folgenden Leistungsbegriff: Wer viel verdient, leistet viel; wer wenig verdient und Sozialleistungen braucht, ist faul. Ich glaube, wir müssen die FDP mal daran erinnern, welche Einkommensquellen es gibt. Wenn ich meine Einkommensteuererklärung ausfülle, sehe ich folgende Unterscheidung: a) Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, b) Einkommen aus Kapital und Vermögen. Aha. Man kann also Geld verdienen durch Arbeiten oder auch durch „Haben“: Aktien, Ländereien, „Forderungen“ aller Art. Das ist erfreulich. Es gibt also eine Alternative zum täglichen Schaffe-schaffe: Den Besitz von Vermögen und Kapital. Also sollten wir schauen, daß wir alle Kapitalbesitzer werden. Aber wer wird dann noch arbeiten, wenn jedermann ein Einkommen aus Kapitalvermögen bezieht? Das ist offenbar auch die Sorge der FDP. Daher plädiert sie dafür, daß der Staat sich möglichst aus Wirtschaft und Gesellschaft zurückzieht, damit jedermann auf sich allein gestellt ist.

Dann wird - darauf setzt die FDP - folgendes passieren: a) Wer Vermögen hat, kann das daraus entspringende Einkommen mit dem Segen des liberalen Staates bedenkenlos einkassieren und verbrauchen oder sinnvollerweise wieder anlegen, wodurch „Wachstum“ entsteht. b) Wer kein Vermögen, aber eine gute Idee hat, kann versuchen, ein Unternehmen zu gründen, und so nach Abzahlung der Bankkredite in die Gruppe der Vermögenden aufzusteigen. c) Wer kein Vermögen und auch keine die Banken überzeugende Unternehmensidee hat, bleibt Angestellter oder Arbeiter: Er bezieht sein Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit und muß dafür für zwei (mindestens) arbeiten: Für sich selbst und für die, die Einkommen aus Kapital statt aus Arbeit beziehen. Durch die große Arbeitsmenge, die diese Gruppe c zu leisten gezwungen ist, entsteht wiederum „Wachstum“. d) Schließlich gibt es Leute, die den hohen Leistungsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht genügen (vielleicht wohnen sie nur am falschen Ort) und die auch kein Kapital haben. Diese werden Tagelöhner oder arbeitslos.

Das Schöne hieran aus Sicht der FDP ist erstens, daß die Vermögenden endlich Ruhe haben vor den sozialistischen Wünschen nach Vermögensausgleich und Leistungsgerechtigkeit, zweitens, daß die Nicht-Vermögenden kräftig schufteln müssen, wodurch ein sauberes Wirtschaftswachstum entsteht, so daß der Standort Deutschland im Globalisierungswettbewerb die Nase vorn hat, und drittens, daß das Ganze unter dem Etikettenschwindel „Leistungsgesellschaft“ läuft, wo doch die viel größeren Einkommen nicht aus Leistung, sondern aus Kapitalvermögen entspringen, also nicht den Fleißigen, sondern den „Faulen“ (O-Ton Westerwelle) zugute kommen.

[Die Bezeichnung Leistungsgesellschaft ist nur insofern richtig, als die meisten eben mangels Vermögen zu ständiger Volldampfleistung gezwungen sind, um überhaupt existieren zu können. Daß „Leistung“ aber in dieser Gesellschaft der einzige Weg wäre, um Geld zu verdienen, kann wohl niemand behaupten, denn das hieße, die Kapitaleinkommen zu ignorieren. Die FDP ist Meister darin, diese Quelle des Reichtums unter den Teppich zu kehren.]

Dabei ist eigentlich das vorgebliche Ziel der FDP, die „Leistung“ zu belohnen, gar nicht so falsch. Überlegen wir mal, was es hieße, wenn wir die FDP hier beim Wort nähmen. Es hieße, die Einkommen aus Kapitalvermögen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Sind diese denn aus irgendeiner Leistung gerechtfertigt?

[Doch - wird nun mancher einwenden - das Kapitalvermögen ist doch durch Fleiß und Sparsamkeit entstanden, und das ist ja auch eine Leistung. Darauf fallen mir aber drei Antworten ein:

1) Nicht jedes Vermögen ist wirklich durch Fleiß und Sparsamkeit entstanden: Vor allem Land- und Grundbesitz sind oft das Ergebnis altertümlicher Besitztitel oder von gewaltsamer Landnahme (man denke an die Kolonien). Grundstücke haben ihren Wert hauptsächlich durch ihre Lage, nicht durch den Fleiß ihrer Besitzer.

2) Wenn es Fleiß und Sparsamkeit war: Wie lange liegt das zurück? Manche Firmenvermögen haben ihren Ursprung im vorigen Jahrhundert.

3) Kapitalvermögen wachsen ab einer gewissen Mindestgröße „von alleine“.

Genaugenommen wachsen sie natürlich nicht von alleine, sondern durch die Arbeit derer, denen dieses Kapital Arbeitsplätze schafft. Daher ist das Vermögen nur zum kleinsten Teil Ergebnis der Leistung des Vermögenden (dieser legte im besten Fall den Grundstein für das Vermögen), sondern vielmehr die gespeicherte Arbeit vieler Mitmenschen, die sich um die „Verwertung“ des Vermögens verdient gemacht haben, indem sie damit gearbeitet haben.

Also wenn wir es mit der Forderung der FDP nach Belohnung von Leistung ernst meinen, müssen wir die Kapitaleinkommen ganz anders behandeln. Z.B. könnte man verlangen, daß die Einkommen aus Kapital und Vermögen an die Arbeitsleistenden ausbezahlt werden und nicht an die Kapitalbesitzer. Mit dieser Forderung wären wir allerdings über das Ziel hinausgeschossen, denn wenn die Einkommen der Menschen nur noch von ihrer momentanen Leistung abhängen, wäre praktisch jeder Kapitalbesitz wertlos. Es gäbe keinen Anreiz mehr für Sparen, Vorausarbeit, Reichtumsansammlung.

Man kann es aber wie folgt machen: Wir bestimmen einmal pro Jahr für jeden Menschen einen Kapital-Freibetrag, der der Arbeitsleistung dieses Menschen (oder seinem/ihrer Einkommen aus Arbeit) proportional ist. Dann wird das reale Vermögen der Person mit diesem Freibetrag verglichen. Wenn das Vermögen den Freibetrag übersteigt, muß die Person z.B. 6% Steuer auf den den Freibetrag übersteigenden Vermögensanteil abführen. Wenn aber - wie bei den meisten Leuten - das Vermögen unter dem Freibetrag liegt, bekommt man z.B. 3% des fehlenden Vermögens als Zuschuß vom Finanzamt ausbezahlt. Wenn z.B. der Freibetrag 2 Mio DM beträgt (das ist konservativ geschätzt), bekommt man 60000 DM vom Finanzamt, im Sinne einer „*Negativen Kapitalsteuer*“.

Durch diese Kapitalsteuer ist es zwar immer noch ein Vorteil, Kapitalbesitzer zu sein, aber die Einkommen der Menschen sind nun im wesentlichen durch ihre Arbeit, also durch die „Leistung“ bestimmt. Das müßte der FDP doch eigentlich gefallen, oder?

Ich bin dafür, daß wir diese Gedanken einmal der FDP mitteilen. Sie wird dann wohl zugeben, daß es ihr gar nicht um eine volle, angemessene Bezahlung der Leistung der arbeitenden Menschen in diesem Land geht, sondern 1) um die Betreuung ihrer Klientel, nämlich der mehr oder weniger Vermögenden im Land, und 2) um die Förderung von „Wachstum“ und „Standort Deutschland“, indem der Leistungsdruck auf die Nicht-Vermögenden und die „sozial Schwachen“ noch weiter erhöht wird.

Bei all diesem Leistungsgerede sollten wir aber auch die soziale Komponente nicht vergessen, denn wenn immer nur die Leistung als Maßstab für die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen genommen wird, enden wir in einer unmenschlichen Gesellschaft.

Zusammengefaßt:

- 1) *Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.* Auf deutsch: Wer die Interessen derer vertritt, die ihr Einkommen nicht aus Arbeit, sondern aus Vermögen beziehen, soll nicht nach Belohnung der „Leistung“ schreien.
- 2) Wenn schon Leistung der Maßstab für Bezahlung sein soll, muß man sehen, daß die Kapitaleinkommen das krasse Gegenteil dieser Forderung sind.
- 3) Es gibt eine Möglichkeit, echte Leistungsgerechtigkeit in die Marktwirtschaft einzuführen, nämlich auf dem Weg der oben dargestellten „Negativen Kapitalsteuer“. Hierdurch nimmt interessanterweise der Leistungsdruck auf die Bevölkerung ab, und das Leben wird erheblich gemütlicher!
- 4) Man sollte den Begriff „Leistung“ aber auch nicht überstrapazieren: Im Endeffekt geht es darum, daß alle Menschen ihre Wünsche, Bedürfnisse und Sehnsüchte befriedigen können, auch diejenigen, die aufgrund widriger Umstände nicht soviel ökonomische Leistung erbringen können: Eine reiche Gesellschaft muß gefälligst in der Lage sein, auch diesen Mitmenschen ein würdiges und erfreuliches Dasein zu ermöglichen. Nur der Wahnsinn der unkontrollierten Kapitaleinkommen (Bill Gates besitzt bereits US\$ 100 Milliarden) muß als erstes erkannt und durch eine sinnvolle Regelung zurückgeführt werden.]

7.1.3 Leserbrief: Nachhaltigkeit durch Negative Kapitalsteuer

Eingereicht an die SZ am 3. 8. 98. Nicht im Druck erschienen.

Zum Artikel "Lobgesänge auf die Langsamkeit", von Volker Wöhrl in der Beilage "SZ am Wochenende", 1./2. 8. 98

Der Artikel weist mit Recht darauf hin, daß viele bedenkliche Erscheinungen der heutigen Wirtschaft (Fehlen der Muße, riskante Technikfolgen, unverantwortlicher Naturverbrauch) aus dem Zwang zu Wachstum und Beschleunigung herrühren. - Dieser Zwang ist meiner Meinung nach ein direktes Ergebnis davon, daß das Anlagevermögen in den meisten Ländern in wenigen Händen konzentriert ist, so daß effektiv nur diese wenigen über Umfang und Verwendung von Kapital für Neuinvestitionen entscheiden können. Wenn das Produktivvermögen homogener gestreut wäre, würden die daraus entspringenden Kapitaleinkünfte nicht mehr wie heute automatisch in Neuinvestitionen umgesetzt oder an die Börse drängen, sondern sie würden einen Teil des Lebensunterhalts der Bevölkerung bilden. Die Folge wäre, daß viele sich mehr Muße gönnen würden, da die Summe der Einkommen aus Arbeit und Kapitalvermögen den Familien auch bei Teilzeitarbeit des Ernährers oder der Ernährerin ein gutes Leben ermöglichen würden. Das Wachstum, der Naturverbrauch und auch das Bruttosozialprodukt würden auf vernünftige Werte zurückgehen, die zu einer nachhaltigen Wirtschaft passen. Der Zwang zur Beschleunigung wäre vorbei, man könnte neue Technologien in Ruhe austesten und dem 21. Jahrhundert gelassen entgegensehen.

Wie könnte eine solche homogene Kapitalverteilung bewirkt werden? Meiner Ansicht nach kommt hier eine aufkommensneutrale Kapitalsteuer in Betracht, die so gestaltet ist, daß Leute mit großem Kapitalbesitz diese Steuer zu zahlen hätten und daß auf der anderen Seite Personen mit wenig Vermögen die Steuer als "Negative Kapitalsteuer" ausbezahlt bekommen, wobei zusätzlich die Arbeitsleistung des Einzelnen als Maß für seinen Anspruch auf Steuerauszahlung dienen kann. Hierdurch würde sofort ein Teil der Kapitaleinkommen in die Verfügung der arbeitenden Menschen übergehen, so daß über seine Verwendung

(Konsum oder Neuinvestition) die Bevölkerungsmehrheit bestimmt, und zwar in voller marktwirtschaftlicher Freiheit. Auf Dauer würde sich eine breite Vermögensbildung ergeben mit den bekannten günstigen Auswirkungen auf Altersvorsorge und eigenverantwortliche Lebensgestaltung.

Man fragt sich, warum dieser Weg der Demokratisierung der Wirtschaft durch steuerliche Kapitalausgleichs-Regelung anscheinend von den Berufsökonomern bisher nicht gesehen wurde. So kompliziert ist der Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung und Wachstum bzw. Wohlstand ja nicht. Leider drängt sich die Befürchtung auf, daß es den meisten Wirtschaftsfachleuten und ihren Auftraggebern aus Staat und Wirtschaft gerade um das Kapitalwachstum zu tun ist, und daß sie deshalb mit Absicht die ungleiche Vermögensverteilung nicht eindämmen, sondern sogar noch fördern. Falls dem so ist, kann man nur hoffen, daß sich recht bald das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen überall ausbreitet und daß die Menschen daraufhin eine entsprechende Wende der Wirtschaftspolitik und der Kapitalbesteuerung herbeiführen.

7.1.4 Leserbrief: Der Arbeitsmarkt ist bereits im Gleichgewicht

Unter diesem (von der SZ gewählten) Titel erschien ein Leserbrief am 26. August 1998 in der SZ. Den Schlußsatz hat die Zeitung weggelassen, ich setze ihn daher in Klammern.

Leserbrief zum Artikel von Nikolaus Piper "Langfristig sind wir tot. Zukunft der Arbeit (VIII)" in der SZ Nr. 179 vom 6.8.98, S. 11.

Das falsche Paradigma vom Verschwinden der Erwerbsarbeit wird mit Recht kritisiert, denn die moderne Wirtschaft wird niemals auf ihre Hauptantriebsquelle, die bezahlte Arbeit, verzichten, obgleich sie natürlich mit dieser Ressource stets sparsam umgeht und auf einen niedrigen Preis der Arbeit achtet.

Gleichzeitig sind aber in dem Artikel andere "falsche Paradigmen" enthalten, z.B. die Vorstellung, daß die Nachfrage nach Waren praktisch unbegrenzt sei, solange die Menschen Nahrung, Kleidung, ein bißchen Luxus und "es besser haben" wollen, und daß die Menschen immer bereit seien, für diese unbegrenzte Nachfrage zu arbeiten. Hier wird übersehen, daß zum "es besser haben" auch eine Zunahme an Freizeit gehört, und daß der Großteil der Nachfrage in der heutigen Wirtschaft nicht aus dem Bedarf an Konsumgütern herrührt, sondern aus dem an Investitionsgütern, was mit der Notwendigkeit begründet wird, Wachstum, Produktivitätssteigerung und Kostenreduktion zu erzielen, um am Weltmarkt bestehen zu können. Die Nachfrage nach Waren wird also in der Tat konstant hoch bleiben, aber nicht wegen der überschaubaren Bedürfnisse der Menschen, sondern wegen der grenzenlosen, als "Sachzwang" erscheinenden Gier des Kapitals nach Rendite und Wachstum.

Ein zweites nicht nachvollziehbares Paradigma lugt aus dem Nebensatz hervor, daß "der Arbeitsmarkt wieder im Gleichgewicht ist und ich einen Arbeitsplatz haben könnte". Der Arbeitsmarkt ist bereits im Gleichgewicht! Wie sonst könnte er über Jahre hinaus bei denselben zehn Prozent Arbeitslosigkeit verharren? Das Gleichgewicht schließt eben ein, daß 90 Prozent der Arbeitskräfte gebraucht werden, weil sie sich lohnen, und der Rest nicht. Ich wette, daß dagegen eine Arbeitslosigkeit von null Prozent ein Ungleichgewicht darstellen würde: Binnen kurzem würde sich ein solcher Ausnahmefall auf den heutigen ökonomischen Normalzustand zubewegen.

Schließlich die Hauptsache: Dem Artikel ist ein großes Lob der Erwerbsarbeit zu entnehmen. Auch dieses Paradigma kann ich nicht einsehen. Die Leute, die für ihren Lebensunterhalt

ausschließlich auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sind doch eher zu bedauern. Ich schlage daher vor, daß über eine breite Vermögensbildung nachgedacht wird, durch die die Menschen eine gewisse Unabhängigkeit von kontinuierlicher, lebenslanger Erwerbsarbeit gewinnen könnten. Die Kapitaleinkommen, die dann jeder neben seinem Arbeitseinkommen genießen würde, würden auch die subventionistischen Bürgergeld- und Kombilohnmodelle erübrigen. Die Quelle für diese Vermögensbildung könnte logischerweise eine Kapitalsteuer sein für diejenigen, die exotisch viel Vermögen haben; dieselbe Steuer sollte dagegen an diejenigen, die viel leisten und wenig Vermögen haben, als "Negative Kapitalsteuer" ausgezahlt werden. Die Steuer ist somit aufkommensneutral und gleichzeitig leistungsorientiert.

[Fazit: Es gibt noch mehr "falsche Paradigmen in der Debatte", als in dem Artikel aufgezeigt wurden.]

7.1.5 Leserbrief: Mehr Demokratie in die Wirtschaft

Eingereicht an die SZ am 17. Aug. 98. Veröffentlichung wurde von der Leserbrief-Redaktion der SZ mit Hinweis auf die begrenzte Druckfläche abgelehnt (obwohl der Brief sehr kompakt ist).

Zum Artikel "Zeitarbeit hat Zukunft", von Dagmar Deckstein im Wirtschaftsteil, S. 25, der SZ vom 14./15./16. 8. 98

Wenn man die Prämisse akzeptiert, daß wir in einer „immer instabileren Arbeitswelt“ leben, die angeblich zwangsläufig aus der „technologischen Instabilität“ folgt, dann scheint Zeitarbeit eine sinnvolle Anpassungsreaktion zu sein. Dass man dabei jedoch nur 63% des Durchschnittseinkommens erzielt, reduziert allerdings den Wert dieser Beschäftigungsform und erinnert doch wieder an die Situation von Tagelöhnern.

Aber wie steht es mit der Prämisse? Eigentlich ist überhaupt nicht einzusehen, warum angesichts des immensen technischen Fortschritts (mit dem bekannten Produktivitätszuwachs, d.h. Abnahme der notwendigen Arbeit) die Anforderungen der Arbeitswelt an Flexibilität und Einsatzbereitschaft ständig zu- statt abnehmen, und dass wir überhaupt auf Veränderungen von Technologie und Arbeitswelt immer nur reagieren, statt Ausmaß und Richtung des Fortschritts bewußt zum Wohl der Menschen aktiv zu bestimmen. Man hat den Eindruck, dass die Wirtschaft ein Bereich ist, der irgendwie fremdbestimmt ist und in dem das demokratische Prinzip noch nicht recht Fuß gefasst hat.

Der Schlüssel für eine aktivere Rolle der Bevölkerung im Wirtschaftsleben scheint die Frage der Kapitalverteilung zu sein. Dass hier Handlungsbedarf besteht, sagt auch L. Thurow in dem zitierten Buch „Die Zukunft des Kapitalismus“ (auf S. 361): „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“ Eine breitere Vermögensverteilung hätte zunächst unmittelbar den Effekt, dass die Menschen Rücklagen hätten für Zeiten von Nicht-Arbeit, Weiterbildung etc., und dass sie weniger von Vollarbeitseinkommen abhängig wären, weil sie mehr im eigenen Heim (mietfrei) wohnen sowie Kapitaleinkommen genießen würden. Unter dieser Voraussetzung könnte man sogar Zeitarbeitseinkommen in Höhe von nur 63% der Vollerwerbseinkommen in breitem Maße akzeptieren.

Vor allem aber würde Demokratie in die Wirtschaft einziehen, weil jeder Einzelne dann auf Basis seines Kapitalanteils mitbestimmen könnte, was mit den Kapitalprofiten geschieht: Verbrauch oder Neuinvestition, und falls Investition, in welcher Branche. Da viele sich hier für Konsum statt Sparen entscheiden würden, würden technischer Fortschritt und Wachstum sowie die damit verbundene Destabilisierung von Technik und Arbeitswelt sich verlangsamen.

Wenn das dem demokratischen Willen der Mehrheit entspricht, muss man solche ökonomischen Entwicklungen offenbar akzeptieren. Wachstum an sich ist kein Selbstzweck.

Die homogenere Vermögensverteilung könnte leicht durch eine Kombination aus Kapitalsteuer einerseits und kräftigen Vermögenswirksamen Leistungen andererseits bewirkt werden. Falls nun der Einwand kommt, dass solche Umverteilungsmaßnahmen wegen der einsetzenden Kapitalflucht nicht machbar seien, dann zeigt das gerade, in welche katastrophale Abhängigkeit vom Kapital die Menschen sich hineinmanövriert haben und wie dringend daher die Demokratisierung der Wirtschaft ist.

7.1.6 Leserbrief: Das Kapital braucht eine Leitplanke

Unter diesem von der SZ gewählten Titel erschien dieser hochkomprimierte Leserbrief am 24. 9. 1998 in der SZ. Der Begriff „Leitplanke“ ist aus dem besprochenen Artikel entlehnt.

*Zum Artikel "**Aufbruch in die globale Welt**", von Helmut Maier-Mannhart im Wirtschaftsteil, S. 21, der SZ vom 19./20. 9. 98.*

Es stimmt, dass die internationale marktwirtschaftliche Arbeitsteilung, wie David Ricardo vor 150 Jahren demonstriert hat, zum Wohlstandsgewinn der *Länder* beiträgt. Aber meines Erachtens sollte die Wirtschaft mehr anstreben, nämlich den Wohlstand der *Menschen*! Und dieses Ziel erfordert mehr als nur die marktwirtschaftliche Freizügigkeit für Waren und Kapital. Der Wohlstand der Menschen hängt entscheidend von der nationalen und internationalen *Kapitalverteilung* ab.

Es ist für jedermann offenkundig, dass die pure Freie Marktwirtschaft die Tendenz hat, dass sich das Kapital an wenigen Punkten kristallisiert, so dass die breite Masse der Bevölkerung de facto keine Verfügung über das Kapital besitzt. Lester C. Thurow sagt dazu in seinem Buch „Die Zukunft des Kapitalismus“ (auf S. 361): „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“

Daher ist eine „Leitplanke für das Kapital“ nötig, die bewirkt, dass Kapitalzusammenballungen nicht entstehen oder sich zumindest in wenigen Jahren wieder auflösen. Mit „Kapitalzusammenballung“ sind hier nicht Aktiengesellschaften gemeint, die im Besitz vieler Aktionäre sind, sondern die Konzentration großer Vermögen bei wenigen Personen. Eine passende Leitplanke kann z.B. die Form einer „*Kapitalsteuer mit Freibetrag*“ annehmen. d.h. dass Spitzenvermögende eine Abgabe zahlen, die als kräftige „Vermögenswirksame Leistung“ oder auch „*Negative Kapitalsteuer*“ an Wenig-Vermögende ausbezahlt wird. Eine solche Steuer fördert wesentlich die Demokratisierung der Wirtschaft und widerspricht nicht der marktwirtschaftlichen, internationalen Freizügigkeit des Kapitals.

Solche Reglementierungen müssen - wie im Artikel formuliert - weltweit getroffen werden, dann wirken sie sich auch nicht wettbewerbsverzerrend aus. Also ist als erstes eine internationale Aufklärung der Menschen über die *volkswirtschaftlichen Nachteile der Kapitalzusammenballung bei wenigen Vermögenden* nötig.

Marktwirtschaftliche Arbeitsteilung und Globalisierung sind wunderbar und begrüßenswert - sofern weltweit eine Regelung installiert wird, die Kapitalzusammenballungen auflöst.

7.1.7 Das Produktivkapital liegt in den Händen weniger Reicher

7.1.7.1 Der Leserbrief

Leserbrief, erschienen am Freitag, 13.11.98, in der SZ.

Zum Artikel "Aufbruch - aber wohin?", von Helmut Maier-Mannhart in der SZ vom 23.10.98, und zum diesbezüglichen Leserbrief „Ein falscher Gerechtigkeitsbegriff“ in der SZ Nr. 257 vom 7./8.11.98, S. 45.

Der Zusammenhang zwischen ausgeglichener Vermögensverteilung einerseits und Wohlstand und Demokratie andererseits wird weithin unterschätzt. Daher werden Initiativen in Richtung einer demokratischeren Vermögensverteilung gerne als „platte Umverteilung“ diskreditiert. Auch der Leserbrief behauptet, daß einerseits Gerechtigkeit und Vermögensverteilung nichts miteinander zu tun hätten (Gerechtigkeit sei „kein Ergebnis mathematischer Operation“) und daß andererseits bei einem Vermögensausgleich der allgemeine Vermögenszuwachs vernachlässigbar wäre (in der Anekdote mit Baron Rothschild bekommt jeder Franzose nur 1 Franc). Hierzu ein paar Korrekturen.

Erstens: Thema Wohlstand. Es geht um weit mehr als nur um 1 Franc oder auch Dollar pro Person. Das Produktivvermögen pro Kopf der Bevölkerung beträgt in den industrialisierten Ländern rund 500 000 US Dollar (Quelle: L. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus [LT96], S. 424). Bei einer theoretischen Gleichverteilung wäre also jeder Privathaushalt (zwei Personen je Haushalt angenommen) mit ca. 1 Mio \$ an der Wirtschaft beteiligt. Bei bescheidenen 5 Prozent Rendite ergäbe das ein Jahres-Kapitaleinkommen von 50 000 Dollar, d.h. ca. 80 000 DM pro Haushalt, also praktisch eine Einkommensverdoppelung im Vergleich zu heute, wo die meisten Privathaushalte fast ausschließlich vom „Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit“ leben - die Hälfte der Haushalte hat weniger als 38 000 DM auf der hohen Kante, s. SZ vom 3./4.1.98. Die breit gestreuten Kapitaleinkommen würden ersichtlich „Wohlstand für alle“ bedeuten.

Zweitens: Thema Demokratie. Die Produktivvermögen treten - nicht nur in Deutschland - ziemlich konzentriert auf: Weniger als 5 Prozent aller Haushalte besitzen mehr als 50 Prozent des Produktivkapitals (SZ, 3./4.1.98). Nun stellt Kapitalvermögen natürlich wirtschaftliche Macht dar. Was bedeutet somit diese vermögensmäßige Schieflage für die Demokratie? L. Thurow sagt: „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“

Drittens: Thema Leistungsgerechtigkeit. Wie verträgt es sich hiermit, daß ein Großteil des Volkseinkommens nicht für Arbeitsleistung, sondern für die Zurverfügungstellung der „Faktorleistung Kapital“ bezahlt wird? Wenn man den Spruch „Leistung soll sich wieder lohnen“ ernst nimmt, muß man eigentlich fordern, daß die Vermögen sich in Händen derer befinden, die arbeiten, so daß die Kapitaleinkommen genauso wie die Arbeitseinkommen den wirklich Aktiven zugute kommen.

Man kann einwenden (z.B. Wirtschaftswoche 5.6.97), daß es für das Wachstum des Bruttosozialprodukts besser ist, wenn es große Vermögensunterschiede gibt, also der Unterschied zwischen Arm und Reich erhalten bleibt. Der Einwand ist richtig - denn die bisher am Volksvermögen kaum beteiligte Bevölkerung würden den unverhofften Reichtum durch umverteilte Kapitaleinkommen sicherlich zuerst dem Konsum zugute kommen lassen und nicht mehr dem Sparen, d.h. Investieren, und sie würde auch bei der Arbeitszeit kürzer treten, wenn sie nicht mehr nur von Arbeitseinkommen leben muß. Das Bruttosozialprodukt würde daher nur noch behutsam wachsen. Aber ist maximales Wachstum wirklich die Voraussetzung für Wohlstand? Ist nicht der ständige Wachstumswang eher eine Belastung für die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit? Wenn man es recht betrachtet, ist

gerade die Umverteilung der Kapitaleinkommen, und zwar vorzugsweise so, daß sie an die Arbeitseinkommen gekoppelt werden, eine Lösung für viele der gesellschaftlichen und ökologischen Probleme unserer Welt. Langfristig entsteht hierbei eine Wirtschaft, die man als „Volkskapitalismus“ (Grüske/ Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft, Stichwort „Kapitalismus“) bezeichnen kann oder auch als „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, da in ihr der Mensch und nicht mehr das Kapital im Mittelpunkt steht.

7.1.7.2 Antwort darauf

Zu obigem Leserbrief erscheint unter dem Titel „Vermögen der Deutschen“ ein Antwort-Leserbrief in der SZ am 17.11.98, in welchem meine von L. Thurow übernommenen Zahlen zum Vermögen der Deutschen angezweifelt werden. Es heißt da: „Die Deutsche Bundesbank bezifferte für 1992 das Geldvermögen der deutschen Privathaushalte auf etwa 3,6 Billionen Mark (Quelle: Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, 11. Ausgabe, 1996). Umgelegt auf 80 Millionen Einwohner in Deutschland ergibt dies ca. 45 000 Mark pro Kopf. ... Wie der zitierte L. Thurow auf seine Zahlen kommt (500 000 Dollar Pro-Kopf-Vermögen, 50 000 Dollar Kapitaleinkünfte pro Jahr) ist nicht nachvollziehbar.“

Ich denke aber, daß meine Angaben zum Produktivvermögen sehr wohl einer Überprüfung standhalten, und zwar würde ich folgendes ins Feld führen.

- 1) Der Antwort-Leserbrief bezieht sich auf das „Geldvermögen“ und nicht auf das Produktivvermögen. Das Produktivvermögen umfaßt weit mehr als das Geldvermögen, nämlich unter anderem das in Produktionsanlagen, Infrastruktur, Immobilien, Grundstücken etc. vorhandene Kapital. Das Immobilienvermögen alleine beträgt bereits mehr als das Geldvermögen, wie einer Statistik in der SZ am 19./20.12.98 (auf S. 22) zu entnehmen war, in der das Geldvermögen für 1997 mit 5,3 Billionen und das Immobilienvermögen mit 7,3 Billionen DM angegeben ist.
- 2) Die Schätzung des Produktivvermögens pro Kopf ist folgender Stelle aus [LT96], S. 424, entnommen: „Die Weltbank hat vor nicht allzu langer Zeit für mehrere Länder der Welt Schätzungen zum Produktivvermögen pro Einwohner herausgegeben. ... In Australien beträgt es pro Kopf 835 000 Dollar, in Kanada liegt es bei 704 000 Dollar. ... Das Land und die Bodenschätze bilden den größten Teil des gesamten Produktivvermögens. ... Im Gegensatz dazu steht ein Land wie Japan. Mit einem Produktivvermögen von 565 000 Dollar pro Einwohner steht es auf der Weltrangliste an fünfter Stelle. Über 80% dieses Produktivvermögens ist Vermögen in Form von menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten und Wissen. Die Vereinigten Staaten werden ... mit 421 000 Dollar pro Einwohner geführt.“ Aus diesen Zahlen habe ich die runde Zahl von 500 000 Dollar für Deutschland herauskristallisiert. Ob dabei allerdings das „Humankapital“ (die menschlichen Fähigkeiten) tatsächlich einen so großen Anteil hat wie L. Thurow für Japan angibt, halte ich für etwas hochgegriffen. Richtig ist aber, daß das Kapitalvermögen auch das Humankapital umfaßt, so daß die in diesem Buch hier erhobene Forderung nach breiter Kapitalstreuung eben auch die Forderung nach guter Bildung und Ausbildung für alle umfaßt.
- 3) Die Angaben des „Jahrbuches“, woraus die Zahlen im Antwort-Leserbrief entnommen sind, sind ihrerseits mit Vorsicht zu genießen. Mir wurde berichtet, daß dieses Jahrbuch in einer Fußnote darauf aufmerksam macht, daß bei der Ermittlung des Geldvermögens in Deutschland ausgerechnet die Haushalte mit den vermutlich größten Vermögen ausgeklammert werden, nämlich „alle Haushalte mit einem Monatseinkommen über DM 36 000.“ Ich fürchte, daß durch diese Methode der Durchschnittsbildung der wissenschaftliche Wert der Jahrbuch-Statistik deutlich beeinträchtigt ist. Warum diese Manipulation durchgeführt wird, ist mir nicht bekannt – vielleicht ist es vornehmes Understatement und soll eventuellem Unmut bei den Lesern über die wahren Verhältnisse vorbeugen.

7.1.8 Brief: Marx ging zu weit

Der folgende Brief vom 8.10.98 an den Gegenstandpunkt-Verlag, München, Herausgeber der marxistischen Vierteljahresschrift „Gegenstandpunkt“ [GSP], kann dazu dienen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ansichten in diesem Buch und dem orthodoxen marxistischen Standpunkt zu verdeutlichen.

Hallo,

ich begrüße es, daß Ihr anscheinend K. Marx mit wissenschaftlicher Objektivität begegnet und auch vor Kritik, wo sie angebracht ist, nicht zurückschreckt. So habe ich schon gewisse kritische Bemerkungen gegenüber diesem Verstorbenen bei Euch gelesen, z.B. dass es ein Quatsch war, daß er die Arbeiter im „Kommunistischen Manifest“ ausgerechnet mit dem Argument mobilisieren wollte, dass der Lauf der Geschichte sowieso zwingend den Sieg des Kommunismus herbeiführen wird - vielleicht hat Marx hierbei darauf spekuliert, dass die Arbeiter sich lieber auf die Seite des zukünftigen Siegers schlagen sollten. Im folgenden möchte ich einige weitere kritische Anmerkungen zu diesem „Role Model“ loswerden. Ich möchte Euch dabei bestärken, Marx dort nachzufolgen, wo er recht hat, und umgekehrt umgekehrt.

Marx hat in bewundernswerter Weise den Kapitalismus kritisiert, indem er noch einmal (in Anknüpfung an Ricardo) klargelegt hat, dass der Wert der Produkte aus der Arbeit stammt und dass die Kapitaleinkommen auf Ausbeutung beruhen.

Er hat aber gleichzeitig den Kapitalismus auch mit dem abwegigen Argument kritisiert, dass dieser nicht effizient sei, nämlich: (1) Es gibt regelmäßig Krisen, wobei Kapital entwertet wird, und (2) der Kapitalismus stelle eine Beschränkung dar angesichts der Entwicklung der Produktivkräfte, die nach Überwindung des Eigentums schreien.

Diese zweite Art der Kritik, nämlich dem Kapitalismus Unfähigkeit vorzuwerfen, seine eigenen Ziele zu erreichen (Kapitalwachstum, Maximierung der Produktivkräfte), halte ich für einen dicken Fehler des Altvorderen. (Kann sein, dass es zu der damaligen Zeit nicht so klar war, dass die Krisen keine Systemkrisen waren sondern nur die üblichen Verlaufsformen des kapitalistischen Wachstums, aber dennoch war es ein Fehler, in diese Krisen irgendwelche Hoffnungen zu setzen.)

Diese falsche Art der Kapitalismuskritik hat bei einigen Marx-Nachfolgern zu folgenschweren Irrtümern geführt. Zum Beispiel haben die Ostblock-Sozialisten diese fehlerhafte Aussage, dass der Sozialismus oder Kommunismus der Entfaltung der Produktivkräfte besser dienlich sei als der Kapitalismus, in naiver Weise ernst genommen und haben, mit dem Schuh auf das Rednerpult klopfend (Chruschtschow), behauptet, dass sie den Westen in wenigen Jahren im Punkte Technologie überflügelt haben werden. Werch ein Illtum! Wie kann man gleichzeitig die Ausbeutung abschaffen und den Kapitalismus im Wachstum überflügeln wollen ??? Die Ostblock-Sozialisten haben anscheinend den Zusammenhang zwischen Ausbeutung und Wachstum gar nicht verstanden. Praktisch haben sie ihn dann aber anscheinend doch kapiert: Sie haben schließlich, um ökonomisch mit dem Westen mithalten zu können, eine saftige Ausbeutung der ihnen ausgelieferten Bevölkerung zu organisieren versucht, wozu sie ja, als Staatskapitalisten, im Prinzip in der Lage waren. Sie sind aber dann trotzdem gescheitert, weil (1) die Ausbeutung mittels der zentralen Anordnungen nicht so wirkungsvoll war wie die durch das Kapitalverhältnis im Westen - die Befehle des jeweiligen Ostblock-Staates waren für die Bevölkerung nicht so beunruhigend wie die existenzielle Lebensbedrohung am Freien Markt, und (2) die Idee der Planwirtschaft, also die Meinung, dass eine zentrale Ressourcenverteilung durch eine sagenhaft allwissende Behörde den Bedürfnissen der Menschen halbwegs entsprechen könnte, ist halt wirklich ein Irrtum.

Planung ist in gewissen abgegrenzten Bereichen notwendig und sinnvoll (Eisenbahnfahrpläne, Business Plans der Firmen etc.), aber genauso wichtig ist es, dass (1) Bedürfnisse auch lokal und spontan befriedigt werden können (wieviele Semmeln ich nächsten Samstag brauche, weiß ich erst am Samstag früh; und vielleicht will ich demnächst In-line Skaters oder ein Handy oder eine Internet-Homepage, wer weiß? Die Wirtschaft muß auf solche spontanen Bedürfnisse eingehen können), und dass (2) zwischen den großen Firmen ein Wettbewerb herrscht - damit sie die Bedürfnisse der Verbraucher ernst nehmen müssen.

Also diese Behauptung von Marx, dass die Fortentwicklung der Produktivkräfte über kurz oder lang die Schranken des Kapitalismus sprengen wird, ist ziemlicher Humbug.

Aber eigentlich will ich auf etwas anderes hinaus, nämlich, dass Marx „das Kind mit dem Bad ausgeschüttet hat“. Marx ging zu weit! Ich meine damit, dass er für die Erreichung des Ziels, den Kapitalismus abzuschaffen, zu einem falschen Mittel gegriffen hat. Er hat - in braver Tradition der damals schon vorhandenen sozialistischen Bewegung - in der Institution des *Privateigentums* die Wurzel allen Übels gesehen.

Dabei ist das Privateigentum erst dann eine schlimme Sache, wenn die Mehrheit der Produktionsmittel sich in der Hand einer Minderheit von Personen befindet. Denn erst durch diese Ungleichverteilung der Produktionsmittel - oder allgemein des Kapitals - wird die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten: die Besitzenden und die auf Lohnarbeit Angewiesenen. Und erst durch diese Ungleichverteilung entsteht die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Dies scheint K. Marx nicht erkannt zu haben. Er meinte offenbar, dass die Institution des Privateigentums zwangsläufig die Spaltung der Gesellschaft in wenige Besitzende und viele Besitzlose bewirken würde, und dass es keine andere Gegenmaßnahme gäbe als die Abschaffung des Eigentums überhaupt.

Möglicherweise hat er einfach keine praktikable Lösung gesehen, wie man diese katastrophale Ungleichverteilung der Vermögen beseitigen und dennoch das Privateigentum beibehalten könnte.

Dabei gibt es natürlich diese einfache Lösung, die Ihr bereits kennt: der Staat muß von denjenigen, die große Kapitalvermögen besitzen, eine Kapitalsteuer verlangen, die auf der anderen Seite als „Negative Kapitalsteuer“ an arbeitende Menschen mit wenig Vermögen ausbezahlt wird. Diese Umverteilungssteuer wird erstens in absehbarer Zeit die aus den materiellen Unterschieden herrührenden Klassenunterschiede einebnen und zweitens auch danach für die Stabilität dieser ausgeglichenen Vermögensverteilung sorgen.

Das hat Marx nicht gesehen oder gar nicht sehen wollen. **Er wollte weiter gehen.** Er hat in der Abschaffung des Eigentums die einzig senkrechte Lösung gegen den Skandal der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gesehen. Hierdurch **ging er zu weit.**

Wir sollten diesen Marx'schen Fehler, das Kind mit dem Bad auszuschütten, nicht nachvollziehen, sondern sollten zwischen Marktwirtschaft (einem Mittel zur Ressourcen-Allokation) und Kapitalismus (eine Wirtschaft mit dem Ziel der Kapitalvermehrung) unterscheiden. So wenig es stimmt, dass der Kapitalismus der effizienteste Weg zur Allokation der Ressourcen Arbeit und Kapital ist (er schmückt sich hier mit fremden Federn, nämlich mit denen der Marktwirtschaft), so falsch ist es auch, zu behaupten, man müsse die Marktwirtschaft durch Planwirtschaft ersetzen, um den Kapitalismus zu beseitigen.

7.2 Flugblätter

7.2.1 Flugblatt: Frage eines lesenden Arbeiters

Verteilt am 14. 8. 98 auf der Wahlkampfveranstaltung von Jürgen Trittin, Vorstandssprecher der Partei Bündnis 90/Die Grünen, im Hofbräuhaus München.

Frage eines lesenden Arbeiters an Jürgen Trittin: Sind alle Formen des Geldverdienens gleich?

Plädoyer für die Negative Kapitalsteuer: Sie nützt Mensch und Natur

„Jede Form des Geldverdienens muß gleich behandelt werden, an der Börse wie am Fließband.“ (??)

Mit diesem Argument tritt Jürgen Trittin dafür ein, die bisherige Regelung, daß Aktiengewinne steuerfrei bleiben, vorausgesetzt die Zeit zwischen Kauf und Verkauf der Aktien beträgt mehr als sechs Monate, zu streichen. Recht so - könnte man meinen - durch die Gleichbehandlung aller Einkommensarten würde wenigstens diese seltsame Bevorzugung der Einkommen aus Börsengeschäften im Vergleich zu den Arbeitseinkommen beseitigt. Der Trittin'sche Vorschlag scheint also in die richtige Richtung zu gehen.

Aber nicht alles, was in die richtige Richtung zielt, ist auch nachhaltig zielführend. Denn: Sind diese beiden Einkommensarten wirklich vergleichbar? Einkommen aus Arbeit ist schließlich begründet aus körperlicher und/oder geistiger Anstrengung über einen gewissen Zeitraum hinweg, z.B. 1600 Stunden im Jahr, egal ob es nun Arbeit am Fließband, als Fernfahrer, am Schreibtisch, am Computer, als Journalist, Ingenieur oder auch Beamter gewesen ist. Dagegen ist Einkommen aus Kapitalanlagen das Ergebnis tapferen Konsumverzichts über einen gewissen Zeitraum hinweg, z.B. 8760 Stunden im Jahr (das Kapital arbeitet im Gegensatz zum Menschen rund um die Uhr, sieben Tage die Woche), egal ob es nun Anlage in Aktien, Immobilien oder sonstigem ist. Der Anleger verzichtet in dieser ganzen Zeit darauf, das Kapital zu verbrauchen, egal wie schwer ihm das fällt, denn mit der angelegten Geldmenge könnte man sich ja herrliche Reisen, ein Feriendomizil oder sonstige hübsche Konsumgüter leisten. Der Kapitalanleger aber weiß, welchen Wert das Sparen hat, und schafft sich daher einen Nebenverdienst durch nicht-konsumierte Kapitalanlagen.

Also: Diese beiden Leistungen, **die Leistung des arbeitenden Menschen über 1600 Stunden hinweg und die Leistung des tapferen und risikofreudigen Kapitalanlegers (oder gar Spekulanten?) über 8760 Stunden hinweg sind nicht wirklich vergleichbar.** Der eine arbeitet; der andere verzichtet auf unnötigen Konsum und geht möglicherweise ein gewisses Verlustrisiko ein, wenn er sich bei der Kapitalanlage ungeschickt anstellt. Außerdem sind die Kapitalanleger, einschließlich der Aktionäre, sehr wichtig für das Florieren der Wirtschaft, denn sie schaffen Arbeitsplätze für diejenigen, die ihr Geld durch körperliche oder geistige Leistung verdienen und sich mangels eigenem Vermögen die nötigen Produktionsmittel, die man an einem Arbeitsplatz braucht, nicht selber beschaffen können. Daß die Kapitalanleger ihr teures Geld nicht gratis zur Verfügung stellen, sondern dafür eine kleine Anerkennung in Form von Zinsen, Dividenden oder auch Gewinnmitnahmen aus Kursbewegungen beanspruchen, ist nur recht und billig. Daher sollte man nicht leichtfertig die Einnahmen aus Arbeit und die Einnahmen an der Börse in einen Topf werfen. Die letzteren sind wegen ihres anders gearteten Ursprungs besonders zu behandeln - ob besser oder schlechter als die Einnahmen „am Fließband“, darauf kommen wir gleich.

Eigentlich rennt Herr Trittin offene Türen ein, wenn er die Gleichbehandlung der verschiedenen Einkommensarten fordert. Denn offenbar ist genau das das Prinzip der heutigen Einkommensteuer: Es werden all die disparaten Einkommen - aus nichtselbständiger Arbeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapital und Vermögen - einfach addiert, und auf die Gesamtsumme wird die Einkommensteuer erhoben. Daß es da gewisse Freibeträge und Ausnahmen gibt, wie z.B. die Nichtbesteuerung von Aktiengewinnen unter gewissen Vorbedingungen, beeinträchtigt nicht das Prinzip.

Aber genau **diese Gleichbehandlung der Einkommen aus Arbeit und aus Kapitalanlagen ist doch gerade der Skandal der heutigen Wirtschaft!** Hierdurch wird nämlich vom Staat praktisch bestätigt, daß es einerseits Leute gibt - und das sind die mehreren -, die ausschließlich auf Arbeit als ihrer Quelle des Lebensunterhalts angewiesen sind und dabei auch noch die Gewinne der Arbeitsplatzgeber und deren Kapitalwachstum mitfinanzieren müssen, und daß andererseits der gesellschaftliche Reichtum, vor allem Produktivkapital und Boden, in wenigen Händen konzentriert bleibt, da derjenige, der dieses Kapital besitzt, auch ohne jegliche Eigenleistung dieses erhalten und vermehren kann.

Doch genug der Klagen. Man kann ja etwas tun gegen diesen weltweit die Armut zementierenden Wahnsinn. - Und zwar kann man **mit einer erstaunlich einfachen Steuergesetzänderung die Misere an der Wurzel packen.**

Ja ja, wir wissen: Die triviale Lösung des Problems mit den Kapitaleinkommen wäre natürlich, Einkommen aus Kapital, Aktiengewinne, Zinsen etc. an sich abzuschaffen. Aber dann wäre jede Kapitalanlage für Privatleute uninteressant (da der Zins = „interest“ fehlt), und es würde nichts übrigbleiben als das ganze Kapital zu verstaatlichen und eine Planwirtschaft einzuführen. Dieses Szenario wurde bekanntlich schon praktisch durchgespielt - Schwamm darüber. Zum Glück gibt es eine weniger triviale Lösung des Problems. Was wir vorschlagen, ist: **Kapitalbesitz soll besteuert werden**, und zwar in der Form, daß

a) derjenige, der viel arbeitet, auch viel Kapital besitzen kann, ohne es versteuern zu müssen; im Gegenteil, **wenn er wenig besitzt, erhält er sogar eine „Negative Kapitalsteuer“, also eine Einkommenszahlung, vom Finanzamt;**

b) dagegen müssen diejenigen, die viel besitzen, eine kräftige positive Kapitalsteuer abführen, die nur in dem Maße reduziert wird, wie die Betreffenden nachweislich arbeiten. Das geleistete Arbeitsvolumen kann in der Regel aus dem Arbeitseinkommen hergeleitet werden. Diese ganze Kapitalsteuer soll **aufkommensneutral** sein, d.h. alles, was das Finanzamt von den Kapitalbesitzern einnimmt, soll ohne Rest an die wenig besitzenden Arbeitenden ausgeschüttet werden.

Der Effekt dieser Steuer ist eine veritable Aufwertung des Leistungsprinzips mit dem Ergebnis, daß

- 1) die meisten nicht mehr so viel schuften müssen für ihren Lebensunterhalt wie heute, da sie pro Arbeitsstunde nach Steuer („netto“) mehr verdienen;
- 2) eine breite Vermögensbildung stattfindet mit den positiven Wirkungen auf die Altersvorsorge und die Möglichkeit zur Eigenverantwortung;
- 3) die Arbeitslosigkeit abnimmt, da die Leistungsanforderung (Menge, Intensität) je Arbeitsplatz zurückgeht;
- 4) **letztlich auch die Natur aufatmet (Grüne, herhören!)**, da die Wirtschaft als Ganzes in ruhigere Bahnen kommt, der Berufsverkehr und die Geschäftsreisen abnehmen und der Zwang zum Wachstum im Kuriositätenkabinett der Ökonomiegeschichte landet.

(Ende der Ausbaustrecke für Nicht-Mathematiker. Es folgt die Darstellung der einfachsten Form der Negativen Kapitalsteuer durch Formelzeichen.) Es gilt:

$$k_i = r_A \cdot (C_i^T - C_i) \quad \text{wobei} \quad C_i^T = \tau \cdot v_i$$

Die Größe k_i ist die Negative Kapitalsteuer oder besser das Zusatzeinkommen, das das Finanzamt einem Menschen mit Vermögen C_i und Arbeitseinkommen v_i („vau i“) auszahlt. Die Größe ρ_A (sprich „rho A“) ist eine Art „Zinssatz“, der unterhalb der allgemeinen Kapitalrendite liegen soll (damit sich Kapitalbesitz nach wie vor lohnt). C_i^T ist der Kapitalfreibetrag, welcher durch einen Faktor τ (sprich „tau“) mit dem Arbeitseinkommen (z.B. Lohn) v_i zusammenhängt. Wie man an der Gleichung für k_i sieht, findet eine Auszahlung von k_i statt, wenn der Freibetrag C_i^T größer ist als das tatsächliche Vermögen C_i der steuerpflichtigen Person. Andernfalls - wenn das Vermögen C_i über dem Freibetrag liegt - wird k_i negativ, d.h. dieser Kapitalbesitzer muß leider Kapitalsteuer zahlen.
(Fortsetzung der Ausbaustrecke. Das folgende sollte wieder für jedermann verständlich sein.)

Ein Beispiel: Sei $v_i = 100000$ DM/Jahr das Arbeitseinkommen einer Person i , und $\tau = 10$ Jahre der Faktor, mit dem der Kapitalfreibetrag C_i^T berechnet wird. Somit ist $C_i^T = 1$ Mio DM. Sei weiterhin der hier anzuwendende Zinssatz $\rho_A = 3\%$ p.a. Die Negative Kapitalsteuer hängt nun vom Vermögen C_i der Person ab. Fall a: Der Mensch ist quasi besitzlos, d.h. $C_i = 0$. Dieser arme Tropf erhält zur Aufbesserung seiner Verhältnisse eine Negative Kapitalsteuer von $k_i = 30000$ DM/Jahr vom Finanzamt. Fall b: Der Mensch hat ein Vermögen (z.B. ein Haus sowie Aktien) im Wert von zufällig genau 1 Mio DM. Hier ist $C_i = C_i^T$, so daß das Finanzamt ihn (bzgl. der Negativen Kapitalsteuer) in Ruhe läßt. Fall c: Der Mensch hat Reichtümer im Wert von z.B. 10 Mio DM (so etwas gibt es! Kann man überall nachlesen): Er muß 3% von 9 Mio DM, also 270000 DM, ans Finanzamt abführen. Falls er sein Kapital zu einer Rendite von 6% angelegt hatte, muß er also 45% von den Einnahmen abführen. Es bleibt aber jedem überlassen, ob und wie er sein Geld anlegt. Wenn es „unproduktiv“, z.B. in Form einer Villa, einem Privatjet, einer Yacht oder einem brachliegenden Grundstück angelegt wird, ist dennoch Kapitalsteuer fällig. Die Steuer ermutigt also zur produktiven Verwendung des Kapitals oder zu seiner Verschenkung, wenn einer nichts damit anfangen kann.
(Anmerkung: Dies ist die einfachste Form der „Negativen Kapitalsteuer“. In einer anderen, etwas verschärften Variante wird für den Bereich $C_i >$ („größer als“) C_i^T nicht der gemäßigte Zinssatz ρ_A , sondern direkt die Umlaufrendite ρ in Anschlag gebracht.) Mit dieser Negativen Kapitalsteuer werden das Einkommen aus Kapital und das aus Arbeit ganz verschieden behandelt. Und das ist auch richtig so, denn wir müssen hinkommen zu Verhältnissen, wo der Mensch die Wirtschaft beherrscht und nicht mehr das Kapital den Menschen.

Bei allem Verständnis für Jürgen Trittins Interesse an angemessener Besteuerung von Aktiengewinnen möchten wir ihm und den Grünen daher wünschen, daß sie in ihren Äußerungen zur Wirtschaft in Zukunft mehr Einblick in die Gesetze von Marktwirtschaft und Kapitalismus erkennen lassen und ihren ökonomischen Standpunkt besser verdeutlichen. Ansonsten werden sie weder den Bedürfnissen der Natur noch denen der wirtschaftlich tätigen Menschen jemals zum Erfolg verhelfen können.

7.2.2 Flugblatt: Die Marktwirtschaft, ihr Konstruktionsfehler, und wie man ihn behebt

Konzipiert im Frühjahr 1998, bisher nur im Freundeskreis veröffentlicht.

Dieses Informationsblatt erläutert:

- 1) was die Marktwirtschaft an sich für eine geniale Erfindung ist;
- 2) warum sie aber dennoch immer wieder zu Armut, Streß, Arbeitslosigkeit führt;
- 3) wie man den Systemfehler der heutigen Marktwirtschaft beheben kann, so daß eine Marktwirtschaft ohne Armut, ohne Klassengegensätze und ohne Wachstumszwang, mit hohen Einkommen und „Wohlstand für alle“ entsteht.

Die Marktwirtschaft ist an sich eine geniale Einrichtung.

In jeder Gesellschaft sind wirtschaftliche Probleme zu lösen, die aus der „Knappheit“ von Gütern resultieren ([V195], S. 3). „Knappheit“ heißt hier aber nur, daß man mit den verfügbaren Ressourcen Kapital, Arbeit, Boden und den damit hergestellten Gütern ökonomisch umgehen muß; es heißt nicht, daß immer zu wenig davon da ist - eine effiziente Wirtschaft hat gerade die Aufgabe, jedwede Mangelerscheinungen zu überwinden und die materiellen Probleme zu einem Ding der Vergangenheit zu degradieren.

Zur Lösung des Problems der möglichst effizienten Aufteilung der Ressourcen auf die jeweiligen Wirtschafts und Gesellschaftssphären (Landwirtschaft, Industrie, Verwaltung; Warenherstellung, Dienstleistungen; Marketing, Fertigung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung; Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur etc.) gibt es zwei prinzipiell verschiedene Ansätze:

1) Marktwirtschaft; 2) Planwirtschaft.

In der *Marktwirtschaft* (1) wird diese Verteilungsaufgabe den *Märkten* mit ihrem Mechanismus von *Angebot und Nachfrage* zugetraut: Es gibt Märkte für Waren&Dienstleistungen, Geld, Kapital sowie den Arbeitsmarkt, auf dem die Menschen ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt anbieten.

In der zentralen *Planwirtschaft* (2) dagegen wird diese Ressourcenallokation von einer zentralen Verteil-Behörde vorgenommen.

Es hat sich inzwischen gezeigt, daß - wie auch theoretisch zu erwarten war - die *Marktwirtschaft* mit ihren *dezentralen* Mechanismen weit besser in der Lage ist, die Ressourcenallokation effizient durchzuführen. Das heißt natürlich nicht, daß in der Marktwirtschaft überhaupt nicht geplant wird, aber diese Planung bezieht sich nur jeweils auf bestimmte Teilgebiete der Wirtschaft. Der wesentliche Unterschied ist, daß es in der Marktwirtschaft eine Konkurrenz auf den verschiedenen Märkten gibt, so daß die jeweiligen Körperschaften, auch wenn sie intern eine Planwirtschaft betreiben, gegeneinander um die beste Performance konkurrieren müssen; dies führt - trotz gelegentlicher Reibungsverluste, Irrwege und Kollisionen - zur Maximierung der Effizienz der Gesamtorganisation.

Warum gibt es dennoch Armut und Arbeitslosigkeit?

Der Konstruktionsfehler der Marktwirtschaft

Die „Erfinder der Marktwirtschaft“ haben - absichtlich oder unabsichtlich - einen kleinen Schönheitsfehler dieser Wirtschaftsweise übersehen: Es gibt in ihr zwei grundsätzlich verschiedene Einkommensquellen, die - wenn man sie gleich behandelt - zu einer Divergenz der Vermögen und zu einer Spaltung der Gesellschaft in zwei deutlich unterscheidbare „Klassen“ führt. Es gibt nämlich:

a) Einkommen aus Arbeit

b) Einkommen aus Kapital und Vermögen.

Einkommen aus Arbeit ist vor allem Lohn oder Gehalt der Arbeiter und Angestellten, daneben auch die Beamtengehälter und die Bezüge von Leitenden Managern sowie Unternehmern und Selbständigen, *sofern sie aus deren Arbeit entspringen*.

Einkommen aus Kapital und Vermögen sind dagegen leistungslose, nicht aus eigener Arbeit entspringende Einkommen, z.B. Zinseinnahmen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, und die Bezüge von Unternehmern und Selbständigen, *soweit sie nur auf deren Eigentumsrechten beruhen*. Diese Kapitaleinkommen beruhen auf dem *Zinsprinzip* (siehe auch das Stichwort „*Zinseinkommen*“ in [WW95]): Wer Kapital oder Vermögen besitzt, darf für dessen Benutzung eine Gebühr verlangen, und zwar soviel, wie der Markt hergibt.

Das Faszinierende an den *leistungslosen Einkommen* ist nun, daß sie „von alleine“ sprudeln und so das Kapital, woraus diese Einkommen entspringen, quasi automatisch immer weiter anwächst, sofern man es nur richtig anlegt. Das Kapital hat nämlich wie ein *Katalysator* die Eigenschaft, für den Wirtschaftsprozeß nützlich zu sein, ohne sich dabei zu verbrauchen.

Dagegen sind die *Einkommen aus Arbeit* durch die Arbeitsmenge, die ein Mensch schafft, begrenzt, und außerdem sind die Löhne wegen der Gesetze des Arbeitsmarkts mehr oder

weniger beschränkt auf den notwendigen Lebensunterhalt der Arbeiter, so daß sie prinzipiell nicht über dasjenige Maß ansteigen, was ein Mensch so für ein bescheidenes Leben braucht, egal wie sehr der Arbeiter oder Angestellte motiviert ist und Leistung bringt. De facto ist gerade die Differenz zwischen der von den Arbeitenden geleisteten Wertschöpfung und dem, was an Lohn ausbezahlt wird, die Quelle der leistungslosen Einkommen auf der Kapitaleseite.

Das *Zinsprinzip* (Profit wandert immer da hin, wo bereits viel Vermögen vorhanden ist) führt zur Reichtumsansammlung in Händen weniger und zur ständigen „Ausbeutung“ der großen Mehrheit der Menschen.

Diese Ausbeutung zeigt sich sowohl an den Arbeitenden wie an den *Arbeitslosen*: Die ersteren müssen bis zum Umfallen ranklotzen (Überstunden leisten, immer flexibel, motiviert und mobil sein), bloß um ihren Lebensunterhalt zu verdienen; die letzteren genügen aus irgendwelchen Gründen (unpassende Ausbildung, zu alt, zu jung, falscher Wohnort) nicht den hohen Ansprüchen der „Wirtschaft“ und müssen daher sehen, wo sie bleiben.

Fazit: Durch den unkontrollierten Zinsmechanismus ist die Marktwirtschaft zum „*Kapitalismus*“ entartet, wodurch der legendäre Ruf der Marktwirtschaft als eine Einrichtung, die „Wohlstand für alle“ garantiert, ruiniert wurde.

Wie läßt sich der Fehler beheben? „*Arbeit soll sich wieder lohnen!*“

Wir wollen nun das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, wie es in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in mehreren Ländern dieser Erde geschehen ist. Wir wollen also die Marktwirtschaft mitsamt Privateigentum an Produktionsmitteln, Zinseinkommen, Arbeitsmarkt usw. vollständig beibehalten.

Das einzige, was sich ändern soll, ist: *Arbeit soll sich wieder lohnen*. Denn - mal ehrlich - lohnt sich das Arbeiten, wenn der größte Teil der erarbeiteten Werte ständig der Kapitaleseite anheimfällt?

Ja, doch! Und zwar dann, wenn man selber nicht nur auf der Seite der Arbeit, sondern auch auf der Kapitaleseite steht. Wenn man also Kapital besitzt, und zwar gerade soviel, daß die eigene Arbeit durch die Summe aus Arbeitslohn und Kapitaleinkommen voll bezahlt wird. Wie kann eine solche an der Arbeitsleistung orientierte Kapitalverteilung bewirkt werden? Durch eine einfache fiskalische Maßnahme: Eine **Vermögenssteuer** einerseits und eine **Negative Kapitalsteuer** für Wenig-Besitzende andererseits. Diejenigen, die viel arbeiten und wenig besitzen, sollen nämlich ein sogenanntes

„Kapital-Einkommen ersetzendes Zusatzgehalt“ (KIES)

bekommen, das sich auf der anderen Seite aus einer Vermögenssteuer für wenig-arbeitende Viel-Besitzer finanziert, so daß der KIES ein aufkommensneutrales *Nullsummenspiel* darstellt. Die **Formel für den KIES** k_i , den ein Mensch erhält, soll lauten:

$$k_i = \begin{cases} +\mathbf{r}_A \cdot (C_i^T - C_i) & \text{falls } C_i \leq C_i^T \\ -\mathbf{r} \cdot (C_i - C_i^T) & \text{falls } C_i > C_i^T \end{cases}$$

Dabei ist C_i das Kapitalvermögen der betreffenden Person und C_i^T ihr Kapital-Freibetrag, der umso höher ist, je mehr Einkommen aus Arbeit der Mensch erzielt hat. (Bei Rentnern wird die frühere Arbeit, bei Hausfrauen die familiäre Arbeit beim Arbeitseinkommen angerechnet.) Der KIES k_i ist also für kleine bis mittlere C_i positiv, während er bei Überschreitung des leistungsabhängigen Kapital-Freibetrags C_i^T negativ wird, sich somit in eine Vermögenssteuer verwandelt, die den Profit, der aus dem Überschußkapital entspringt, abschöpft. Der Parameter \mathbf{r} (rho) ist nämlich die durchschnittliche Umlaufrendite des Kapitals; \mathbf{r}_A dagegen ist ein unterhalb von \mathbf{r} liegender „virtueller Zinssatz“, mit dem das „KIES-Amt“ (eine gemeinnützige „Non-Profit“ Abteilung des Finanzamts, die den KIES-Transfer durchführt) den

wenig-besitzenden Arbeitern und Angestellten ihr (noch) nicht vorhandenes Vermögen verzinst, so daß sie es in kurzer Zeit zu realem Vermögen bringen.

Der **Effekt** dieses „**KIES-Gesetzes**“ ist, daß die Kapitaleinkommen an die Arbeitseinkommen gekoppelt werden; die Einkommen aus Arbeit werden durch den KIES erheblich aufgestockt, das Phänomen „Armut“ wird zurückgeführt; die Menschen müssen für ihren Lebensunterhalt deutlich weniger arbeiten, haben mehr Freizeit für ihre Familie etc.; Teilzeitarbeit bei vollem Einkommen „nach KIES“ wird zur Norm; die Mittel für gehobene Bedürfnisse wie Bildung und Kultur nehmen zu; die für einen Lebensunterhalt erforderlichen Mindestvoraussetzungen an Leistungskraft und Arbeitsgeschwindigkeit werden zurückgeschraubt, wodurch der Grund der hohen *Arbeitslosigkeit verschwindet*, die Firmengewinne werden nicht mehr automatisch in das Wachstum von Kapital und Produktivität hineingesteckt, sondern gehen erst einmal in die Verfügung der Arbeitenden über, die dann frei entscheiden können, ob sie diesen „Mehrwert“ konsumieren oder für Neu-Investitionen verwenden wollen; der *Zwang zum Wachstum verschwindet*, die PCs und die Produktionsanlagen veralten langsamer, es wird weniger weggeworfen, der Berufsverkehr reduziert sich; die Natur kann sich erholen. Der KIES ist im Endeffekt ein *Regler*, der die divergierenden Tendenzen der Marktwirtschaft auffängt und eine Konvergenz der Verhältnisse bewirkt, so daß die Spaltung zwischen Kapital und Arbeit verschwindet und die Menschen zu souveränen Subjekten ihrer Wirtschaft werden.

Falls es gelingt, diesen Profit-Ausgleichsmechanismus, der die unerwünschten Wirkungen des Zinsgesetzes neutralisiert, international einzuführen, wird der Wettbewerbs-„Orkan“ auf dem Weltmarkt sich beruhigen; das Schicksal eventueller gelegentlicher „Verlierer“ des Konkurrenzkampfes wird gemildert und die Entwicklungsländer werden aus dem Würgegriff der Zinsabhängigkeiten befreit.

Dies wäre für alle Beteiligten ein Segen. Wir halten also fest: 1) Marktwirtschaft und Kapitalismus sind nicht dasselbe; 2) Zwischen den zwei Übeln des Kapitalismus einerseits und der zentralen Planwirtschaft andererseits gibt es einen sauberen, durchgerechneten Mittelweg: die

Marktwirtschaft mit leistungsgeregelter Profitverteilung.

Mehr Aufklärung zu den Mechanismen der heutigen Marktwirtschaft wie auch eine detaillierte, quantitative Darstellung der zukünftigen „New Economy“, die sich durch die KIES-Einführung ergeben kann, findet sich in dem Buch [KLB], das gegenwärtig für den Druck vorbereitet wird. Weitere Informationen folgen.